

Landesbank Berlin Holding
GESCHÄFTSBERICHT 2010



Konzernkennzahlen – Auf einen Blick

GuV-Rechnung		1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009¹⁾	1.1.–31.12. 2008	1.1.–31.12. 2007	1.1.–31.12. 2006
Zinsüberschuss	Mio. €	725	862	1.247	815	743
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Mio. €	105	185	63	-68	118
Provisionsüberschuss	Mio. €	274	262	302	297	368
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	Mio. €	7	-15	-18	3	3
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	Mio. €	349	478	-344	-45	186
Ergebnis aus Finanzanlagen	Mio. €	-22	-107	-308	-4	50
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	Mio. €	8	-14	-18	12	-4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Mio. €	84	41	139	119	636
Verwaltungsaufwendungen	Mio. €	1.003	985	940	965	1.115
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	Mio. €	317	337	-3	300	749
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	Mio. €	0	-8	12	6	35
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	Mio. €	317	329	9	306	784
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Mio. €	52	64	-35	76	97
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	Mio. €	265	265	44	230	687
Bilanz		31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Bilanzsumme	Mio. €	131.477	143.835	145.388	142.163	141.625
Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn /-verlust	Mio. €	2.722	2.712	1.962	2.847	2.624
Stille Einlagen (nom.)	Mio. €	700	700	700	700	700
Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV	Mio. €	2.547	2.891	3.292	xx	xx
Kennzahlen		1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009¹⁾	1.1.–31.12. 2008	1.1.–31.12. 2007	1.1.–31.12. 2006
Cost-Income-Ratio	%	70,4	65,4	94,0	80,6	56,3
Eigenkapitalrendite vor Steuern ²⁾	%	11,8	14,0	0,4	10,8	35,3
		31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Gesamtkennziffer nach KWG ³⁾	%	16,89	16,82	16,41	15,04	10,6
Kernkapitalquote nach KWG ³⁾	%	15,24	14,45	13,74	11,80	7,2
Aktie		1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009¹⁾	1.1.–31.12. 2008	1.1.–31.12. 2007	1.1.–31.12. 2006
Gewinn je Aktie ⁴⁾	€	0,27	0,25	0,03	0,21	0,67
		31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Börsenkaptalisierung	Mio. €	4.397	3.328	2.928	6.366	7.851
		1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009¹⁾	1.1.–31.12. 2008	1.1.–31.12. 2007	1.1.–31.12. 2006
Aktienkurs (Schlusskurs Frankfurter Börse)						
höchst	€	4,41	3,76	6,32	8,18	7,96
tiefst	€	3,24	2,07	2,18	5,25	3,11
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)		31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
	Anzahl	5.985	6.009	5.999	5.965	5.960

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ durchschnittliches IFRS-Eigenkapital

³⁾ RVG-Gruppe; nach Feststellung der Jahresabschlüsse

⁴⁾ verwässertes = unverwässertes Ergebnis

Inhalt

Die Landesbank Berlin Holding AG	2	Jahresabschluss des Konzerns	113
Unternehmensprofil	2	Gesamtergebnisrechnung des Konzerns	114
Brief des Aufsichtsratsvorsitzenden	3	Der Konzern im Quartalsvergleich	116
Brief des Vorstands	4	Bilanz des Konzerns	118
Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG	6	Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns	120
Unsere Geschäftsfelder	8	Kapitalflussrechnung des Konzerns	122
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	32	Notes	124
Aktie der Landesbank Berlin Holding AG	33		
Ratingübersicht	34	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	206
Konzernlagebericht	35	Entsprechenserklärung/Versicherung der gesetzlichen Vertreter	207
Der Konzern im Überblick	36		
Allgemeiner Verlauf im Überblick	50	Weitere Informationen	208
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2010	53	Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG	209
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2010	66	Organe der Landesbank Berlin Holding AG	212
Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	67	Corporate Governance-Bericht	214
Risikobericht	68	Wichtige Adressen	218
Chancen- und Prognosebericht/Ausblick	107	Wesentliche Beteiligungen	221
		Abkürzungsverzeichnis	222

Unternehmensprofil

Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine börsennotierte Finanzholding mit Sitz in der deutschen Hauptstadt. Sie ist die Muttergesellschaft der Landesbank Berlin AG. Die Landesbank Berlin ist eine Universalbank, deren historischen Kern die im Jahr 1818 gegründete Berliner Sparkasse bildet. Vom Tag ihrer Gründung an erfüllt die Berliner Sparkasse ununterbrochen einen öffentlichen Auftrag im Dienst der Stadt. Am Bankplatz Berlin ist sie Marktführer und steht für Kundennähe, Fairness, Sicherheit und Modernität.

Das Geschäftsmodell basiert auf vier Säulen: dem Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, bei dem die Bank als kundennahes, innovatives Institut eine herausragende Stellung einnimmt, dem auf die Anforderungen von Investoren und Wohnungsbaugesellschaften ausgerichteten Immobilienfinanzierungsgeschäft sowie ausgewählten Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft.

Privatkunden steht das flächendeckende Filialnetz der Berliner Sparkasse zur Verfügung. Die Abwicklung des Tagesgeschäfts und die Betreuung bei Standardprodukten erfolgen im PrivatkundenCenter, während beratungsintensivere Anlage- und Vorsorgethemen in FinanzCentern betreut werden. Die Beratungsexpertise für Kunden mit komplexen Bedürfnissen ist in VermögensanlageCentern gebündelt. Das stationäre Angebot wird durch moderne Vertriebswege wie Online-Banking und mobile Beratung ergänzt. Mit Bankprodukten für Altersvorsorge, Vermögensaufbau, Konsum- und Immobilienfinanzierung sowie für Zahlungsverkehr und Liquiditätsmanagement stellt die Bank ihren Kunden ein umfassendes Angebot bereit.

Im Firmenkundengeschäft hat die Landesbank Berlin eine führende Position als Bankpartner für Gewerbekunden und mittelständische Unternehmen. Für kompetente und individuelle Betreuung sorgen erfahrene Berater in den Direktionen Firmenkunden der Landesbank Berlin sowie in den FirmenkundenCentern der Berliner Sparkasse. Mit der BusinessLine steht Gewerbekunden zudem ein moderner und effizienter Vertriebsweg zur Verfügung. Die Kompetenzzentren Leasing und Factoring, Ausland, Gründungen und Unternehmensnachfolge sowie Electronic Banking runden die Angebotspalette ab.

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung bündelt die Landesbank Berlin ihre Kompetenzen für individuelle Finanzierungslösungen für gewerbliche Immobilienprojekte. Mit den beiden Marken Landesbank Berlin und Berlin Hyp werden Investoren, Wohnungsbaugesellschaften, Kapitalanlagegesellschaften und Immobilienfonds sowie ausgewählte Developer im Inland und in ausgewählten europäischen Märkten betreut. In Deutschland zählt der Konzern Landesbank Berlin zu den größten Anbietern für gewerbliche Immobilienfinanzierungen.

Im Kapitalmarktgeschäft betreut die Landesbank Berlin vor allem Finanzinstitute und institutionelle Kunden. Die Bank ist auf ausgewählte Aktivitäten fokussiert, in denen sie über führende Expertise verfügt. Sie profiliert sich auch für private Interessenten als kompetenter Anbieter von Kapitalmarktprodukten und ist mit ihren Handelsaktivitäten anerkannter Geschäftspartner. Ein umfassendes Netzwerk von Handelspartnern bietet den direkten Marktzugang zu allen relevanten Handelsplätzen. Mit der LBB-INVEST verfügt die Bank über einen Fondsanbieter, der sich in der Spitzengruppe der deutschen Kapitalanlagegesellschaften etabliert hat.

Brief des Aufsichtsratsvorsitzenden

Sehr geehrte Damen und Herren,

wirtschaftlicher Aufschwung auf der einen Seite, Spannungen an den Finanzmärkten durch Währungsturbulenzen beim Euro auf der anderen – in diesem vielschichtigen Geschäftsjahr 2010 konnte sich die Landesbank Berlin zusammen mit der Berliner Sparkasse im Markt behaupten. Sie erwirtschaftet gute Erträge als verlässlicher Partner ihrer Kunden.

Denn im Geschäftsmodell der Landesbank Berlin stehen die Kunden im Zentrum. Die Privat- und Firmenkunden in Berlin, die Kunden im gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäft und im Kapitalmarktgeschäft ebenso wie die Sparkassen in Deutschland sollen durch Leistung und Preis überzeugt werden. Qualität spielt dabei die zentrale Rolle.

Natürlich geht es um die Qualität der Produkte und Dienstleistungen, aber auch Verbesserung der Abläufe, um im Interesse der Kunden und Eigentümer noch effektiver zu arbeiten. Die Steigerung von Qualität und Leistung ist deshalb eine zentrale Managementaufgabe innerhalb dieser Bank, die wie ihre Eigentümer, die Sparkassen, einen Anspruch auf die Qualitätsführerschaft bei ihren Produkten und Dienstleistungen erhebt.

Neben dem direkten Kundengeschäft der Landesbank Berlin sollen aus der Eigentümerschaft der Sparkassen interessante Geschäftsfelder für die Bank ausgebaut werden. So wurde für die Auto- und Konsumentenfinanzierung der Sparkassen gemeinsam mit der Deutsche Leasing AG ein Spezialinstitut gegründet. Die Kreditantragsbearbeitung, alle Folgeprozesse und das Risikomanagement kommen aus einer Hand. Das bürgt für Qualität, zudem bleibt die gesamte Wertschöpfung innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die Landesbank Berlin ist gut aufgestellt, den Herausforderungen des Geschäftsjahres 2011 zu begegnen und ihren Beitrag für eine positive Weiterentwicklung der Sparkassen-Finanzgruppe zu leisten.

Im Namen des Aufsichtsrats danke ich Ihnen für das Vertrauen, das Sie in die Landesbank Berlin setzen und bitte Sie, die Bank auf diesem Weg weiterhin konstruktiv zu begleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Der Aufsichtsrat



Heinrich Haasis
Vorsitzender

Brief des Vorstands

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

die Landesbank Berlin hat das Geschäftsjahr 2010 nach einer Vielzahl externer Herausforderungen zu einem guten und erfolgreichen Ende gebracht. In einem wechselvollen Bankenjahr musste die gesamte Finanzbranche erneut schwierige Aufgaben bewältigen. Während die deutsche Wirtschaft stärker als erwartet expandierte, rutschten einige europäische Länder in eine besorgniserregende Staatsschuldenkrise. Der Vertrauensverlust der Anleger in die Solidität der Staatsfinanzen führte dabei wiederum zu erheblicher Verunsicherung an den Finanzmärkten. Insbesondere im zweiten Quartal bereitete die Situation in Griechenland und in anderen europäischen Staaten der Finanzwirtschaft Sorgen.

In diesem anspruchsvollen Umfeld ist es der Landesbank Berlin Holding AG gelungen, dennoch an das gute Vorjahresergebnis heranzureichen. Das operative Konzernergebnis vor Steuern betrug 317 Mio. €. Nach Steuern haben wir einen Gewinn von 265 Mio. € erwirtschaftet. Das Ergebnis ermöglicht uns sowohl die Stärkung der Kapitalbasis als auch die Zahlung einer Dividende auf Vorjahresniveau in Höhe von 140 Mio. € vorzuschlagen. Das zeigt: Unser Geschäftsmodell ist über Konjunktur- und Marktzyklen hinweg erfolgreich und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meistern auch schwierige Marktphasen.

Unverändert positiv hat sich unser Kundengeschäft entwickelt und damit den größten Beitrag zum Konzernjahresergebnis 2010 geleistet. Das betrifft alle vier Geschäftsfelder. Dabei profitieren wir bereits heute von Maßnahmen zur strategischen Weiterentwicklung des Konzerns Landesbank Berlin. Im Privat- und Firmenkundengeschäft stand dabei die Kundenzufriedenheit im Mittelpunkt. Hier erkennen wir, wie hoch das Vertrauen ist, das sich unsere Bank erarbeitet hat. Das Jahr 2010 war darüber hinaus wichtig für die Weiterentwicklung unserer Strategie im Geschäft mit den Sparkassen. Hier haben wir die Zusammenarbeit ausgebaut und zugleich vertieft – das betrifft Produkte und Dienstleistungen sowohl für das Privatkunden- und Kapitalmarktgeschäft als auch für die Marktfolge. Und schließlich erfolgte im Oktober 2010 eine Kapitalerhöhung bei der Berlin Hyp sowie anschließend der Erwerb der verbleibenden Anteile, so dass die Landesbank Berlin AG nunmehr alle Anteile an der Immobilientochter hält. Damit haben wir das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft deutlich gestärkt. Mit unseren beiden Marken LBB und Berlin Hyp gehören wir zu den führenden Anbietern in Deutschland.

Im Berichtsjahr gab es wichtige personelle Veränderungen im Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG. Dr. Thomas Veit ist zum Jahresende 2010 in den Ruhestand getreten. Über acht Jahre hatte er den Konzern der Landesbank Berlin und dessen Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung maßgeblich vorangebracht und mit großem Engagement das Fundament für eine nachhaltige Entwicklung der Bank gelegt. Dafür danken ihm Vorstand und Aufsichtsrat auch an dieser Stelle. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung im Vorstand der Landesbank Berlin AG hat zum 1. Januar 2011 Jan Bettink, zuletzt Vorstandsvorsitzender der Berlin Hyp, übernommen. In den Vorstand der Holding ist zum Jahresbeginn Martin K. Müller nachgerückt.

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, das Geschäftsjahr 2011 wird uns wie die gesamte Branche erneut vor große Herausforderungen stellen. Die Märkte werden volatil bleiben, die Folgen der Finanz- und Schuldenkrise sind weiter spürbar. Hinzu kommen jedoch insbesondere die Auswirkungen neuer gesetzgeberischer Maßnahmen, etwa die in diesem Jahr erstmals fällige Bankenabgabe sowie Basel III mit seinen regulatorischen Anforderungen an die Eigenkapitalunterlegung. Auch müssen wir uns auf absehbare strukturelle Veränderungen innerhalb der S-Finanzgruppe im Zusammenhang mit der Neuordnung der West LB sowie der Eigentümerstruktur bei der Deka einstellen. Die Landesbank Berlin ist mit ihrem kundenorientierten Geschäftsmodell auf diese Entwicklungen gut vorbereitet.

Ein wichtiges Ziel ist auch für 2011 der Ausbau unseres Geschäfts mit den Sparkassen. Wir wollen für die Sparkassen bundesweit ein verlässlicher und kompetenter Verbundpartner sein. Nicht zuletzt die mit der Deutschen Leasing gemeinsam entwickelte Plattform zur Auto- und Konsumentenfinanzierung wird uns dabei weiter voranbringen. Ab Mitte des Jahres soll die neue Bank mit dem Namen „S-Kreditpartner GmbH“ offiziell an den Start gehen.

Für das laufende Geschäftsjahr erwarten wir eine leicht abgeschwächte aber dennoch positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Mit Blick auf die zugespitzte Verschuldungssituation einiger Staaten der Eurozone und die damit verbundenen Risiken sowie die neuen regulatorischen Anforderungen wird auch 2011 ein anspruchsvolles Jahr für die Finanzbranche sein. Die Landesbank Berlin geht davon aus, die positive Entwicklung im operativen Geschäft fortsetzen und das Ergebnis sukzessive steigern zu können. Dabei setzen wir auf den weiteren Ausbau des soliden Kundengeschäfts in allen vier Geschäftsfeldern. Wir nutzen Marktchancen – aber immer auf Basis der realen Kapitalkraft und der Risikotragfähigkeit unserer Bank.

Mit dieser Strategie verfolgen wir das Ziel einer nachhaltig erfolgreichen Geschäftsentwicklung bei wachsender Ertragskraft im Interesse unserer Eigentümer, Kunden und Mitarbeiter.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand



Dr. Johannes Evers



Martin K. Müller

Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Martin K. Müller

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Jan Bettink

Landesbank Berlin AG

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG

Patrick Tessmann

Landesbank Berlin AG

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen-
und Giroverbands**Bärbel Wulff***

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

stellv. Vorsitzende

stellv. Vorsitzende des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG**Heiko Barten***

Landesbank Berlin AG

Vorsitzender des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG**Hans Jörg Duppré**

Landesbank Berlin Holding AG

Präsident des Deutschen Landkreistages

Michael Dutschke*

Landesbank Berlin Holding AG

Mitglied des Betriebsrats der

Landesbank Berlin AG,

Referent Informationstechnologie der

Landesbank Berlin AG

Christina Förster*

Landesbank Berlin Holding AG

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen

der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Gerhard Grandke

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen-
und Giroverbands Hessen-Thüringen**Artur Grzesiek**

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler*

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Spezialist/ Teamkoordinator Internationales
Geschäft der Landesbank Berlin AG

Sabine Hentschel-Vélez Garzón*

Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Referentin Business Management
der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/
Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin

Claus Friedrich Holtmann

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Geschäftsführender Präsident des
Ostdeutschen Sparkassenverbands

Michael Jänichen*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Bereichsleiter Firmenkunden der
Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel*

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Mitarbeiter im Projektmanagement des
Bereichs Informationstechnologie der
Landesbank Berlin AG

Thomas Mang

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Präsident des Sparkassenverbands
Niedersachsen

Frank Meysel*

Landesbank Berlin Holding AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Mitarbeiter im Bereich Compliance
der Landesbank Berlin AG

Peter Mohr*

Landesbank Berlin AG
Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG

Wolfgang Pansegrau*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
stellv. Vorsitzender des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Helmut Schleweis

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Heidelberg

Peter Schneider

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg

Friedrich Schubring-Giese

Landesbank Berlin Holding AG
Vorstandsvorsitzender der
Versicherungskammer Bayern

Dr. Harald Vogelsang

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding
und der Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf*

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Unsere Geschäftsfelder

Private Kunden

- Marktführerschaft im Geschäft mit privaten Kunden konnte weiter ausgebaut werden
- LBB ist größte Kreditkartenemittentin in Deutschland
- Vertriebsstrukturen werden an den veränderten Bedürfnissen der Kunden neu ausgerichtet
- Gemeinschaftsunternehmen „S-Kreditpartner GmbH“ zur Konsumenten- und Autofinanzierung wird im Sommer gegründet

Marktführerschaft weiter ausgebaut

Traditionell versorgen wir unter der Marke „Berliner Sparkasse“ private Kunden mit umfassenden Lösungen für alle finanziellen Bedürfnisse. Klassische Werte wie Kundennähe, Fairness und Qualität zu einem angemessenen Preis überzeugen dabei gerade auch in diesen unruhigen Zeiten die Kunden, so dass wir unsere Marktführerschaft im Geschäft mit privaten Kunden weiter ausbauen konnten. Die starke Stellung im Raum Berlin wird ergänzt durch die überregionalen Aktivitäten im Kreditkartengeschäft mit Co-Branding-Partnern und im Konsumentenfinanzierungsgeschäft. Das Direktbankgeschäft wird über die Mehrheitsbeteiligung an der netbank AG betrieben. Gleichzeitig stellen wir uns aktiv den Herausforderungen des sich immer schneller wandelnden Umfelds und führten bereits 2009 neu gestaltete Privatgirokontomodelle ein. Im Jahr 2010 hat sich das Nettowachstum des Kontenbestands nochmals verstärkt. Nach einem Plus von knapp 27.000 Konten im Vorjahr stieg der Bestand in den neuen Modellen 2010 noch einmal um 34.000 auf 716.400 Konten. Der Zuwachs an Marktanteilen setzt sich damit im zweiten Jahr fort. Insgesamt betreut das Geschäftsfeld 1,1 Mio. Privatgirokonten.

Vertriebsstrukturen orientieren sich am Kunden

Mit dem Projekt „Wege zum Kunden“ haben wir 2010 begonnen, die Vertriebsstrukturen des Geschäftsfelds Private Kunden neu auszurichten. Nach umfangreichen Kundenbefragungen und Analysen werden die Kompetenzen im beratungsintensiven Geschäft zur Geldanlage und Altersvorsorge in sogenannten FinanzCentern gebündelt. Der neu geschaffene Vertriebsbereich Direkt konzentriert sich auf die Erschließung von Geschäftspotenzialen bei den Kunden, die ihren Bankkontakt nicht mehr über den stationären Vertrieb halten wollen. Der mit Blick auf 2011 begonnene Aufbau der mobilen Beratung folgt dem Trend zur Betreuung des Kunden vor Ort, gerade bei einkommensstarken Personen und Freiberuflern. Der sukzessive Umbau der Strukturen erfolgt im Verlauf der nächsten zwei Jahre.

Das flächendeckende Vertriebsnetz der Berliner Sparkasse umfasst damit 68 neue FinanzCenter mit angeschlossenem PrivatkundenCenter, 65 allein-stehende PrivatkundenCenter, 23 Vermögensanlage-Center, 3 ImmobilienCenter und einen Private Banking-Standort. Im CityContest 2010 der Zeitschrift Focus Money hat die Berliner Sparkasse als „Beste Bank in Berlin“ abgeschnitten. Die Qualität unserer Beratung wurde damit auch aus externer Sicht bestätigt.

Das bewährte Multikanalangebot aus Telefon-Banking und Internetpräsenz mit dem Online-Banking haben wir beständig weiterentwickelt, um insbesondere die direkte Abschlussfähigkeit, zum Beispiel bei Kontoeröffnungen, zu steigern. Stolz sind wir auf die Vergabe des „Online-Banking Award 2010“ in der Kategorie Service für das Online-Banking der Berliner Sparkasse. Im Rahmen einer Studie der PASS Consulting Group wurden über 55 Bankportale bewertet.

Erträge und Einlagen deutlich gewachsen

Die Erträge im Geschäftsfeld Private Kunden haben sich 2010 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert. Dies geht wesentlich auf das zinstragende Geschäft zurück. Dieses überkompensiert das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft, das noch unter den Auswirkungen der Finanzmarktkrise stand. Im sonstigen betrieblichen Ergebnis war ein Sondereffekt aus der Veräußerung der Beteiligung ATOS Worldline Processing GmbH zu verzeichnen.

Trotz des sehr geringen absoluten Zinsniveaus konnte das Geschäftsfeld Private Kunden bei den Spar- und Geldanlagen deutlich wachsen. Dies war eine direkte Folge der Verhaltensänderungen der Kunden hin zu mehr Sicherheit infolge der Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise. Die Einlagenbestände stiegen um 7 %, während das Provisionsgeschäft mit Wertpapieren erneut unter den Erwartungen blieb.

S-Kreditpartner GmbH für Auto- und Konsumentenkredite

Das Kreditgeschäft hat sich 2010 nahezu planmäßig entwickelt. Überregional startete vergangenes Jahr mit dem Angebot des Sparkassen-Privatkredits die bundesweite Zusammenarbeit mit anderen Sparkassen. Inzwischen bieten deutschlandweit 25 kooperierende Sparkassen das Produkt ihren Kunden vor Ort an. Die Aktivitäten im Konsumentenfinanzierungsgeschäft mit der Sparkassen-Finanzgruppe und dem Autohandel werden Mitte 2011 in ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Deutsche Leasing AG, die „S-Kreditpartner GmbH“, eingebracht. In Vorbereitung auf die Gründung wurde eine einheitliche technische Plattform für den Sparkassen-Privatkredit und den Sparkassen-Autokredit entwickelt, die den Kooperationspartnern seit Beginn des Jahres 2011 zur Verfügung steht. Bereits seit Mitte 2010 werden Sparkassen gemeinsam mit der Deutsche Leasing AG aus einer Hand betreut. Die S-Kreditpartner GmbH soll als spezialisierter Verbundpartner dazu beitragen, analog zu der starken Stellung der Sparkassen in anderen Geschäftsbereichen auch ihren Marktanteil in der Auto- und Konsumentenfinanzierung zu forcieren.

Größter Kreditkartenemittent

Der Konzern ist mit 2,1 Mio. ausgegebenen Karten weiterhin größter Emittent von Kreditkarten in Deutschland. Wachstumsmotor sind dabei große Co-Brandings wie mit dem ADAC, Amazon und Air Berlin mit 1,8 Mio. emittierten Karten. Zur weiteren Verstärkung der Sicherheitsstandards im kartengestützten Zahlungsverkehr hat der Konzern 2010 alle ausgegebenen Kreditkarten mit einem neuen Sicherheitsmikrochip (EMV-Chip) ausgestattet. Diese Maßnahme hat im Jahr 2010 bereits zu einem Rückgang der Risikovorsorge aus dem Kreditkartengeschäft geführt.

Firmenkunden

- Erträge gegenüber dem Vorjahr erneut gesteigert
- Geschäftsfeld ist Marktführer in der Region
- Repräsentative Befragung belegt Loyalität und Zufriedenheit der Firmenkunden
- „S-Finanzcheck“ der Sparkassen-Finanzgruppe als strukturierter Gesprächstyp in den FirmenkundenCentern eingeführt

Geschäftsbeziehungen vertieft

Die Landesbank Berlin hat 2010 im regionalen Firmenkundengeschäft ihre marktführende Stellung in einem anhaltend intensiven und konsolidierten Wettbewerbsumfeld weiterhin behauptet. Konzernweit werden unter den Marken „Berliner Sparkasse“ und „Landesbank Berlin“ kleine und mittelständische Unternehmen betreut. Das erfolgreiche Geschäftsmodell ist Ausdruck langfristig stabiler Kundenbeziehungen und gegenseitigen Vertrauens, das sich in der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise erneut bewährt hat. Im Kernmarkt Berlin-Brandenburg ist es gelungen, die Geschäftsbeziehungen zu den Firmenkunden weiter zu vertiefen. Als kompetente Regionalbank setzt die Landesbank Berlin auf Kundennähe und Qualität mit einem ausgeprägten Serviceverständnis für unternehmerisches Handeln. Dieses Betreuungskonzept war auch im Jahr 2010 erfolgreich. Im Geschäftsfeld Firmenkunden wurden 2010 die Erträge gegenüber dem Vorjahr erneut gesteigert.

Beratung bei Unternehmensgründungen

Die strukturierte Marktbearbeitung im Firmenkundengeschäft führte dazu, dass wir nicht nur bestehende Kundenverbindungen vertiefen, sondern auch neue Geschäftsbeziehungen akquirieren konnten. In der Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Berlin hat nach wie vor auch die Beratung und Finanzierung

von Unternehmensgründungen einen großen Stellenwert. Nennenswert sind die Aktivitäten beim Innovationspreis Berlin-Brandenburg und die Initiative Business-Plan-Wettbewerb. Mit anerkannter Expertise ist die Berliner Sparkasse im Gründungsgeschäft Marktführer in der Region. Hierbei werden auch innovative Konzepte verfolgt, wie mit der seit 2010 von der Berliner Sparkasse moderierten Gruppe „GründerClub Berlin“ in einem etablierten Social-Media-Netzwerk.

Kundenloyalitätsmanagement in allen Vertriebswegen

Die Qualitätsstrategie mit einem umfassenden, an die Bedarfsstrukturen der Kundengruppen angepassten Betreuungskonzept zeigt Wirkung. Im Jahr 2010 haben wir das im Vorjahr eingeführte, innovative Loyalitätsmanagement in den Steuerungs- und Vertriebsprozess erstmals in allen Kundensegmenten und Vertriebswegen implementiert. Repräsentative Befragungen von Gewerbekunden und mittelständischen Unternehmen durch zwei unabhängige Marktforschungsinstitute ergaben, dass sich 2010 die Loyalität und die Zufriedenheit in allen Kundensegmenten und nahezu allen Leistungsbereichen im Vergleich zu dem bereits hohen Vorjahresniveau erhöht haben. Besonders ausgeprägt war die Zufriedenheit mit der Beratungsqualität und den Leistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gestiegene Teilnahmebereitschaft der Kunden an der Loyalitätsbefragung ist Ausdruck dafür, dass sie das Angebot verstärkt nutzen, in den Dialog mit der Landesbank Berlin einzutreten.

LBB-Mittelstandsumfrage

Die 2010 gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung erneut durchgeführte LBB-Mittelstandsumfrage mit unseren Kunden ist ein weiteres Medium, um Einschätzungen über deren wirtschaftliche Lage und Zukunftsaussichten zu erhalten. Dazu zählen Erkenntnisse zur Finanzausstattung, zu geplanten Investitionsvorhaben und zu Finanzierungsquellen. Die Befragungsergebnisse werden für Beratungs- und Vertriebsaktivitäten sowie zur flexiblen Ausgestaltung des Angebotsportfolios genutzt, zum Beispiel bei Finanzierungsanfragen.

Erfolgreiches Neugeschäft

Im Kreditgeschäft mit Firmenkunden zeigten sich im Berichtsjahr zwei Tendenzen: Zum einen lag der Bestand an Kundenforderungen Ende 2010 insbesondere durch Rückführung größerer Engagements sowie durch Überleitung einzelner, bedeutender Engagements an das Geschäftsfeld Kapitalmarkt unter dem Vorjahresniveau. Zum anderen entwickelte sich das Neugeschäft durch eine systematische Marktbearbeitung in allen Vertriebswegen unter Beibehaltung der stringenten Risikopolitik der Bank sehr erfolgreich. Die Einlagen der Firmenkunden, unter anderem zur Anlage freier Liquidität, stiegen auch 2010 wieder an. Insgesamt war das Kundengeschäft durch erhöhte Zins- und Provisionsüberschüsse sowie moderate Risikokosten geprägt.

Hohe Kundenbindung

Im Ergebnis repräsentativer Kundenbefragungen gaben 2010 rund 90 % unserer Gewerbekunden und rund 78 % unserer mittelständischen Kunden an, dass die Berliner Sparkasse beziehungsweise die Landesbank Berlin ihre Hausbank ist. Der Trend,

die Landesbank Berlin verstärkt als Partner für Finanzierungen, für das Einlagengeschäft oder andere Dienstleistungen auszuwählen, unterstreicht die hohe Kundenbindung und das gestiegene Vertrauen in die Landesbank Berlin. Dabei haben sich strukturierte Gesprächstypen unter Einbindung von Spezialisten zu wichtigen Themenfeldern als Grundlage qualifizierter Beratungsgespräche bewährt. Im Jahr 2010 wurde der „S-Finanzcheck“ für Geschäftskunden der Sparkassen-Finanzgruppe in allen FirmenkundenCentern der Berliner Sparkasse flächendeckend eingeführt.

Mix von Vertriebswegen etabliert

Der Vertriebswegemix aus BusinessLine, FirmenkundenCentern und Direktionen Firmenkunden hat sich am Markt als Erfolgskonzept etabliert. Im Berichtsjahr bescheinigte der TÜV Rheinland dem Geschäftsfeld Firmenkunden erstmals für das gesamte Firmenkundengeschäft über alle Vertriebswege hinweg eine zertifizierte Service- und Beratungsqualität. Die Qualitätssiegel bestätigen das hohe Anspruchs- und Leistungsniveau unseres Firmenkundengeschäfts. Um das erreichte Niveau als strategischen Wettbewerbsfaktor zu sichern und auszubauen, wurden 2010 gemeinsam mit renommierten Beratungsunternehmen Studien zur künftigen Entwicklung des Firmenkundengeschäfts erstellt.

Immobilienfinanzierung

- Positive Marktstimmung im Immobilienfinanzierungsgeschäft spiegelt sich im Neugeschäft wider
- Erfolge im Kernmarkt Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten
- Anteil der Auslandsfinanzierungen mit Augenmaß leicht gesteigert
- Mehr als 90 % des Neugeschäfts in guten und sehr guten Risikoklassen

Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Im strategischen Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wird das gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft der LBB und der Berlin Hyp sowohl im Vertrieb als auch in der Marktfolge in enger organisatorischer Verbindung betrieben. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Geschäftsfeld vollständig abgebildet. Die Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung konzentrieren sich auf Finanzierungen auf objektgedeckter Basis.

Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren, Wohnungsbaugesellschaften, Kapitalanlagegesellschaften und Immobilienfonds sowie ausgewählte Developer. Den Kunden bieten wir die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen an, wobei flexible und individuelle Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen besondere Stärken des Geschäftsfelds sind. Durch das gemeinsame Agieren der LBB und der Berlin Hyp im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung bieten wir unseren Kunden die komplette Leistungskraft einer erfahrenen Immobilienbank sowie einer starken Universalbank. Im Jahr 2010 war das Geschäftsfeld einer der aktivsten Anbieter in der Branche und konnte dadurch seine Top-Position im Markt weiter festigen.

Erfolge im Neugeschäft

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung verzeichnete im Jahr 2010 im Kernmarkt Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten erneut ein erfolgreiches Neugeschäft unter Einhaltung strenger Risiko- und Rentabilitätsparameter. Die im zweiten Halbjahr 2009 eingesetzte leichte Belebung setzte sich im Berichtsjahr am inländischen und an unseren ausländischen Kernmärkten fort. Insbesondere die Rückkehr der ausländischen Investoren führte im Inland zu einer deutlichen Zunahme des Transaktionsvolumens.

Die positive Marktstimmung spiegelt sich auch im Neugeschäft wider. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte das Kontrahierungsvolumen (ohne Prolongationen) mit 6,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr (4,8 Mrd. €) deutlich steigern. Schwerpunkt bildeten in den Kundensegmenten weiterhin die Investoren mit einem Anteil von 77 %. Regionaler Schwerpunkt waren mit 48 % (Vorjahr: 35 %) unverändert die Metropolregionen der alten Bundesländer. Bei den Objektarten entfielen 76 % auf gewerblich genutzte Immobilien und 24 % auf Wohnimmobilien. Die Messung und Steuerung der Vertriebsleistung erfolgte anhand der Neugeschäftsvolumina sowie des Margebarwerts aus dem Neugeschäft.

Mit Augenmaß und unter Würdigung der regionalen Gegebenheiten wurde das Auslandsgeschäft betrieben. Im Neugeschäft stieg der Anteil der Auslandsfinanzierungen leicht auf 36 % (Vorjahr: 31 %). Relativiert wird dieser Anteil dadurch, dass rund 61 % des Auslandsneugeschäfts (1,24 Mrd. €) auf deutsche Kapitalanlagegesellschaften entfallen, bei denen in der Regel zusätzlich objektunabhängige Sicherheiten vereinbart wurden. Der Anteil der Auslandsfinanzierungen am gesamten Immobilienfinanzierungsbestand lag im Berichtsjahr bei 16 % (Vorjahr: 12 %).

Risikoorientierung an erster Stelle

Der Konzern hielt auch 2010 unverändert an seinem Grundsatz fest, nur Geschäfte einzugehen, die den strengen internen Rentabilitäts- und Risikokriterien entsprechen. Dementsprechend lag die Quote der sehr guten und guten Risikoklassen im Neugeschäft bei mehr als 90 %. Erfreulich waren eine hohe Auflösung der Risikovorsorge und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, so dass die Nettoneubildung mit 74 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (140 Mio. €) deutlich reduziert werden konnte.

Gezielte Bestandssteuerung

Zur Steuerung des Kreditbestands und Vermeidung von Risikokonzentrationen werden für das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung Zielpportfolien für die jeweiligen Kategorien in den Segmenten Beleihungsgebiete, Kundengruppen, Objektnutzungsarten sowie Risikoklassen festgelegt. Diese Ziele werden für jeweils einen Zeitraum von drei Jahren festgelegt und jährlich fortgeschrieben. Die Analyse und Berichterstattung zur Zielüberprüfung erfolgt monatlich.

Langjährige Partnerschaften

Der Konzern wird seine erfolgreiche Strategie in der Immobilienfinanzierung fortführen. Er setzt unverändert auf einen leistungsfähigen und kunden-nahen Vertrieb. Unsere Geschäftspolitik bleibt auf langfristige Partnerschaft im Sinne einer traditionellen Hausbankverbindung mit individuellen Cross-Selling-Angeboten ausgelegt, von der Kunden und Bank profitieren.

Kapitalmarktgeschäft

- Mit Erholung an den internationalen Finanzmärkten haben sich auch die Gesamterträge im Kapitalmarktgeschäft der LBB stabilisiert
- Kundengeschäft weiterhin im Fokus
- Auf verändertes, defensiv ausgerichtetes Anlegerverhalten angepasste Anlageprodukte entwickelt
- Ausstehendes Zertifikatevolumen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen

Aktivitäten des Geschäftsfelds

Die LBB betreibt das Kapitalmarktgeschäft (KMG) in den Bereichen Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading und Internationales Geschäft ergänzt durch die Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST. Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus operative Einheiten an den Auslandsstandorten London und Luxemburg.

Client Business konzipiert und vertreibt im Wesentlichen Aktien-, Zins- und Währungsprodukte für private und institutionelle Kunden. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen.

Treasury und Trading steuert die Liquidität des Konzerns und sichert die langfristige Refinanzierung. Zusätzliche ist Treasury und Trading verantwortlich für das Management der kurz- und langfristigen Handels- und Investmentstrategien.

Das Internationale Geschäft betreibt in enger Kooperation mit dem Firmenkundengeschäft Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsgeschäft sowie das Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in ausgewählten Regionen.

Stabilisierung der Ertragslage in zweiter Jahreshälfte

Das Jahr 2010 war geprägt von den Auswirkungen der krisenhaften Zuspitzungen der Kredit- und Refinanzierungssituation einiger Staaten. Insbesondere die Finanzlage der südeuropäischen Peripheriestaaten (PIIGS-Staaten) führte in den ersten sechs Monaten des Jahres zu erheblichen Spreadausweitungen von Staatsanleihen, Banken- und Finanztiteln und damit zu einem dramatischen Rückgang der Bewertungspreise dieser Titel. Trotz der risikodiversifizierten und defensiven Aufstellung des KMG gab es im ersten Halbjahr erhebliche Ergebnisbeeinträchtigungen.

Gleichzeitig ergaben sich wie bereits im Vorjahr Opportunitäten in margenstarken Anlageprodukten mit einem für die Bank angemessenen Risikoprofil. Die abgeschlossenen Neugeschäfte trugen zu einem positiven Zinsergebnis bei. Mit der Erholung an den internationalen Finanzmärkten in der zweiten Jahreshälfte haben sich auch die Gesamterträge stabilisiert, so dass das Geschäftsjahr auf Vorjahresniveau abgeschlossen wurde.

Kundengeschäft im Mittelpunkt

Das Kundengeschäft steht weiterhin im Fokus des KMG. Das Geschäftsfeld verfolgt die Strategie, die Emission und Distribution von maßgeschneiderten strukturierten Produkten beständig auszubauen und den Anteil der kontinuierlichen und wenig volatilen Erträge am Gesamtertrag weiter zu steigern. In Reaktion auf das veränderte, defensiv ausgerichtete Verhalten der Anleger hat das KMG angepasste Anlageprodukte entwickelt. Das Ziel unserer Vertriebsstrategie ist es, den Kundenstamm um neue Kundengruppen zu erweitern und bestehende Kundenbeziehungen zu intensivieren.

Zertifikatevolumen nimmt zu

Das ausstehende Zertifikatevolumen konnte im Vergleich zum Vorjahresniveau um 0,4 Mrd. € gesteigert werden. Das Fondsvolumen der LBB-INVEST hat sich in einem schwierigen Marktumfeld mit 11,6 Mrd. € stabil entwickelt. Wie auch in den Vorjahren wurde die Landesbank Berlin AG in den Kategorien „Zertifikate-Haus des Jahres 2010“ und „Zertifikat des Jahres 2010“ für den Publikumspreis nominiert und ist für das Top Rendite Portfolio-Zertifikat mit dem 2. Platz ausgezeichnet worden. Preise in dieser Kategorie stehen für Innovationskraft und bemerkenswerte Neuerungen am Markt.

Im Internationalen Geschäft wurde eine gezielte und risikoorientierte Ausweitung der Zielregion vorgenommen. Dank einer starken Nachfrage nach ECA-gedecktem Geschäft entwickelte sich das Kreditvolumen im Jahr 2010 besser als geplant.

Den Erfolg der Landesbank Berlin machen die Mitarbeiter.

Im Konzern Landesbank Berlin Holding sind rund 6.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, dazu kommen noch gut 200 Auszubildende. Sieben Menschen aus der Bank stellen wir Ihnen auf den folgenden Seiten vor. Sie werfen Schlaglichter auf die verschiedensten Tätigkeitsfelder unseres Konzerns.

Jeder von ihnen setzt sich an seinem Arbeitsplatz direkt oder indirekt für Kunden ein: Sei es als Kundenberater in einer Filiale oder als interner Dienstleister für Kollegen in der Bank. Und jeder findet in der Stadt Berlin seinen speziellen Ort, um Energie zu tanken und neue Ideen zu entwickeln.



„Mit dem Kunden sprechen und die Produkte anbieten, die genau zu seinem Bedarf passen – das macht mir an meinem Beruf am meisten Spaß.“



Martina Ortmann

ist Vertriebsmitarbeiterin der LBB im Bereich Client Business. Sie berät Banken und Vermögensverwalter beim Kauf von Kapitalmarktprodukten wie Unternehmensanleihen, Zertifikaten oder Produkten zum Zinsmanagement. Im Lauf eines Jahres besucht sie etwa 150 Kunden, dazu kommen Roadshows in den deutschen Finanzzentren und Informationsveranstaltungen in Berlin. Ihre Reisen führen Martina Ortmann bis nach Österreich, Luxemburg und in die Schweiz. Von Überredungskunst als Vertriebsstrategie hält sie nicht viel: Mit dem Kunden zusammen herauszufinden, was er braucht und ihm dann eine passende Lösung anzubieten, das macht ihr an ihrem Beruf am meisten Spaß. Wer viel auf Reisen ist, weiß das Kulturangebot in der Heimat besonders zu schätzen. Martina Ortmann begeistert sich für moderne Kunst, zum Beispiel in der Neuen Nationalgalerie.



„Für meinen Berufsstart als Jurist ist die LBB als großes Unternehmen mit vielfältigen Aufgaben genau das Richtige.“



Timo Leonhardt

arbeitet als Jurist in der Rechtsabteilung für Privat- und Firmenkunden. Nach seinem Studium und Referendariat in Kiel und Hamburg wollte er in ein großes Unternehmen. Die Landesbank Berlin mit ihrem Trainee-Programm für juristische Hochschulabsolventen war da für ihn genau das Richtige. Hier probte er gut ein Jahr „on the job“ den Übergang von der Theorie in die Praxis. Die Themen und Rechtsgebiete sind vielfältig und reichen von Legitimationsfragen bei Kontoeröffnungen über Stellungnahmen zu Verträgen bis zur telefonischen Betreuung der Kollegen aus den Filialen bei rechtlichen Problemen. Auch Klageverfahren bleiben naturgemäß nicht aus. Aber oft gelingt es, schon im Vorfeld zusammen mit den Kunden eine Lösung zu finden, mit der beide Seiten gut leben können. Timo Leonhardt hat das Trainee-Programm erfolgreich beendet und freut sich auf neue berufliche Herausforderungen in der LBB. Auch in Berlin fühlt er sich inzwischen bestens zu Hause: Zu einem gelungenen Wochenende gehört für ihn auf jeden Fall eine Stunde in seinem Lieblingscafe in Berlin-Mitte.



„Im Private Banking ist kein Kunde wie der andere. Deshalb wird unsere Betreuung für jeden maßgeschneidert.“



Norman Castendyck

hat es als Leiter des Private Banking in der LBB mit hoch vermögenden Kunden zu tun. Dazu zählen nicht nur Privatleute, sondern auch Firmen oder Verbände. Neben klassischer Vermögensverwaltung wird Expertise im Nachlassmanagement oder in der Betreuung von Stiftungen geboten. Auch wenn die Kundengruppe des Private Banking sehr individuell ist, war die Reaktion auf die Finanzkrise doch ähnlich wie bei vielen: Man wünschte sich Sicherheit, Beständigkeit und eine Bank, auf die man sich verlassen kann. Nicht wenige Kunden, die das Vertrauen in ihre Bank verloren hatten, kamen so zur LBB. Eine Herausforderung ist es nun, auch diese neuen Kunden durch höchste Qualität in Beratung und Service zu überzeugen. Oberstes Ziel für Norman Castendyck und seine Mitarbeiter ist es deshalb, sich täglich neu auf die spezifischen Bedürfnisse jedes einzelnen Kunden auszurichten. Sportliche Herausforderungen sucht Norman Castendyck in der Freizeit auf dem Rennrad. Der Grunewaldturm am Ufer der Havel ist ein beliebter Ausgangspunkt für anspruchsvolle Radstrecken.



„Ich betreue Existenzgründer aus allen Branchen. Da lernt man selbst auch immer wieder etwas dazu.“



Susanne Fibranz

hat ihren Arbeitsplatz im KompetenzCenter Gründungen und Unternehmensnachfolge. Mit zwölf Kolleginnen und Kollegen begleitet sie pro Jahr etwa 300 Gründer aus allen Firmenbranchen auf ihrem Weg zum eigenen Unternehmen. Der führt vom ersten Überblick über die Planungsunterlagen im Internet über ein Kennenlern-Gespräch und Vorschläge zur Finanzierungsform bis zur Betreuung durch die Bank für die nächsten drei bis vier Jahre. Eine solche Verbindung verlangt sorgfältige Prüfung von beiden Seiten. Viele potenzielle Kunden sprechen mit mehreren Banken oder holen sich Empfehlungen von anderen Firmeninhabern. Wenn sie sich dann für die LBB entscheiden, weil sie sich hier am besten aufgehoben fühlen, ist das immer wieder eine schöne Bestätigung. Wenn alle Unternehmensgründer versorgt sind, engagiert sich Susanne Fibranz für den Betriebssport der LBB als Leiterin der Sparte Handball. Und falls es mal etwas ruhiger zugehen soll, schnappt sie sich Golden Retriever Dorri für einen ausgedehnten Spaziergang durch den Berliner Tiergarten.



„In meinem Geschäft sind Vertrauen
und gewachsene Kundenbeziehungen
das A und O.“



Knut König

betreut Wohnungsunternehmen im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung. Seine Geschäftspartner kommen hauptsächlich aus Berlin, aber auch Kunden aus Bayern, Sachsen oder Nordrhein-Westfalen finden sich in seiner Datei. Er berät nicht nur zu Objektfinanzierungen und zur Optimierung von Finanzierungen, sondern ist auch mit Anlageprodukten und Dienstleistungen zum Zahlungsverkehr zur Stelle, ganz nach Bedarf des Kunden. Das Wichtigste in seinem Metier sind gewachsene und konstante Kundenbeziehungen; nicht wenige bestehen mit der Bank schon seit mehr als 60 Jahren. Knut König hatte schon immer ein besonderes Talent, sich auf ganz unterschiedliche Menschen einzustellen. Als Student hat er sich mit Stadtführungen durch Berlin etwas dazuverdient. Die Passion für Geschichte und Architektur der Stadt ist geblieben. In der ersten Reihe eines Berliner Doppeldecker-Busses – einem seiner erklärten Lieblingsplätze – hat er den besten Überblick über die Stadt.



„Eine Ausbildung bei der Berliner Sparkasse ist eine gute Basis für meinen weiteren Berufsweg.“



Alena Britova

ist Auszubildende im 1. Lehrjahr bei der Berliner Sparkasse. In den ersten Monaten hat sie schon Erfahrungen mit Kontoeröffnungen, Sparbüchern und Krediten gesammelt. Die Filiale, in der sie ausgebildet wird, liegt in einem Einkaufszentrum. Das bedeutet ein bunt gemischtes Publikum und viel Laufkundschaft. Der Kontakt mit ganz unterschiedlichen Kunden gefällt ihr besonders gut. Auch mit ihren neuen Kolleginnen und Kollegen fühlt sie sich wohl. Alle haben sie sehr nett aufgenommen und vom Arbeitsklima ist sie begeistert. Ein wichtiger Faktor für jemanden, der das erste Mal ganz auf sich gestellt ist. Mit ihren Eltern kam Alena Britova vor zwölf Jahren aus Omsk in Sibirien nach Chemnitz. Nach dem Schulabschluss sollte es unbedingt eine große Stadt sein. Umso mehr hat sie sich gefreut, dass es gleich Berlin geworden ist. Für Alena Britova ist alles neu: Der Beruf, die Stadt, die erste eigene Wohnung. Viel Zeit für Entdeckungen hat sie noch nicht gehabt. Deshalb startet sie ihre Kennenlern-Tour mit einem Klassiker, dem Berliner Gendarmenmarkt.



„Was mir an meiner Arbeit am besten gefällt? Dass ich etwas aufbauen und bewegen kann.“



Michael Langner

leitet den Bereich Kapitalmarktgeschäft Service des Backoffice-Dienstleisters BankenService GmbH. Banklehre, BWL-Studium, zahlreiche Stationen in der Unternehmensgruppe: Michael Langner sucht gern neue Herausforderungen. Bei seiner aktuellen Tätigkeit kommt ihm besonders zugute, dass er im Konzern schon viele Arbeitsgebiete näher kennen gelernt hat. Eine seiner Aufgaben war der Vertrieb im Sales-Bereich des Geldhandels. Nun ist er am Ende der Prozesskette als Betriebsbereichsleiter für die Abwicklung der Geschäfte im Backoffice zuständig. Hauptkunde des BankenService ist die LBB, aber auch Drittkunden aus dem Bundesgebiet werden zunehmend akquiriert. Das Beste an seinem Beruf ist für Michael Langner die Möglichkeit, sein Arbeitsgebiet zu gestalten und etwas aufzubauen, denn der BankenService expandiert weiter. Einen idealen Ausgleich zur Büroarbeit findet er nicht weit von zu Hause am Teltowkanal. Beim Joggen am Wasser kommt er auf andere Gedanken – und die besten Ideen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Anforderungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich in den letzten Jahren dynamisch verändert. Nicht nur der innerbetriebliche Strukturwandel, sondern auch die durch die demografische Entwicklung veränderten Rahmenbedingungen am Personal- und Arbeitsmarkt fordern eine kontinuierliche Anpassung der persönlichen Qualifikation. Dem muss die Bank durch adäquate Maßnahmen gerecht werden.

Die Bank bietet ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Führungskräften vielfältige Möglichkeiten zur zielgerichteten Qualifizierung. Hierzu gehören unter anderem eine fundierte Ausbildung für Bankkaufleute und Bachelor-Studenten der Fachrichtung Bank und Informationstechnologie sowie diverse Trainee-Programme für Hochschulabsolventen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen zum Aufbau von Persönlichkeits- und Methodenkompetenzen sowie zur fachlichen und vertrieblichen Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In gezielten, zentral gesteuerten Entwicklungs- und Qualifizierungsprogrammen werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte in ihren aktuellen Aufgabengebieten unterstützt beziehungsweise systematisch auf die Übernahme neuer Tätigkeiten vorbereitet.

Um die Gesundheit und auch die Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten, baut die Landesbank das Gesundheitsmanagement weiterhin kontinuierlich aus. Dazu wurden auf Basis der Ergebnisse einer Mitarbeiterbefragung vielfältige Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Leistungssteigerung umgesetzt. Im Jahr 2011 wird dazu eine weitere Befragung zum Thema Gesundheit folgen.

Darüber hinaus wird das Führungsfeedback wiederholt. In einem anonymen Verfahren bewerten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Führungskräfte und bieten ihnen so die Chance, Anregungen zur weiteren Verbesserung des Führungsverhaltens und zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Team mitzunehmen.

Für Fachspezialisten werden weitere Qualifizierungsprogramme konzipiert und realisiert. Die Programme haben zum Ziel, die Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Arbeitsbereichen zu stärken, und die hohe Qualität ihrer Arbeit sicherzustellen.

Der Entwicklung von Nachwuchskräften misst die Landesbank Berlin gleichbleibend hohe Bedeutung bei und setzt ihr Engagement für Ausbildungsmöglichkeiten in der Bank in unveränderter Form fort.

Zusätzlich wird ein neues Mentoringprogramm für Frauen starten. Ziel des Programms ist es, Mitarbeiterinnen mit Potenzial bei der Vorbereitung auf Führungs- und Fachpositionen zu unterstützen sowie den Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer über Hierarchiegrenzen hinweg zu fördern.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Vertretern im Namen der Bank ausdrücklich. Ohne ihren Einsatz und ihr Engagement wären der eng terminierte Ablauf der strategischen Projekte und die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben nicht möglich gewesen.

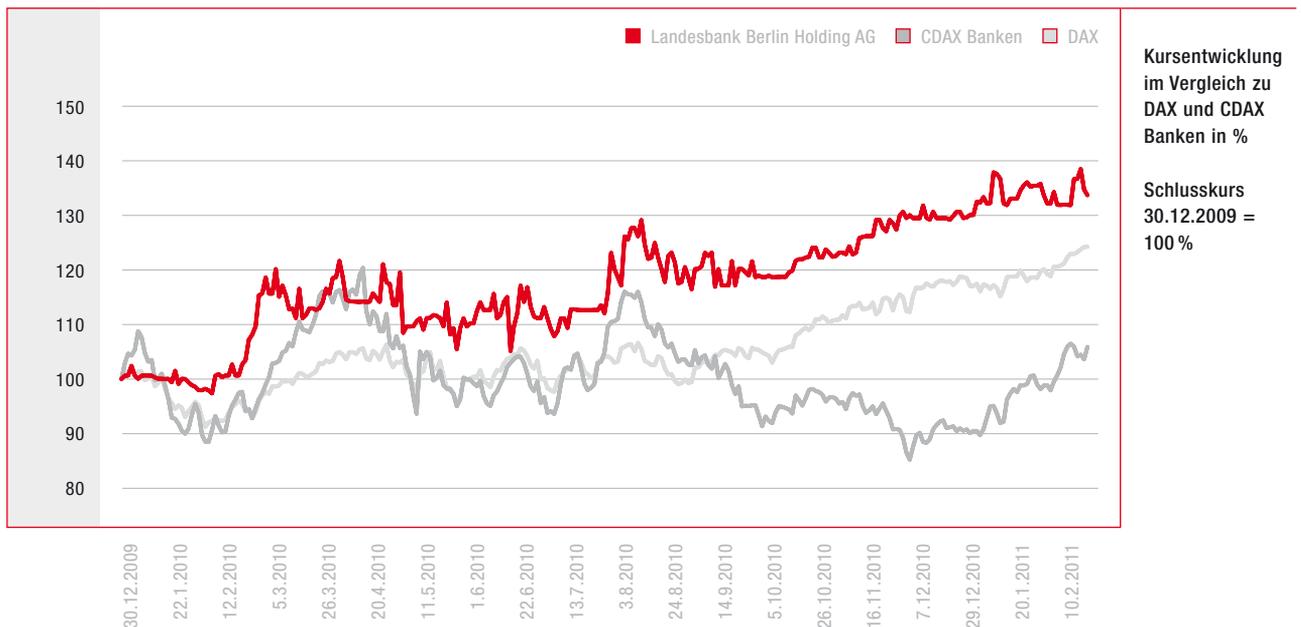
Aktie der Landesbank Berlin Holding AG

Nahezu im gesamten Jahr 2010 war die Entwicklung des Aktienkurses der Landesbank Berlin Holding AG besser als die DAX-Performance und auch die des Vergleichsindex CDAX Banken.

Im ersten Halbjahr 2010 konnte der CDAX unsere Aktienperformance noch an einigen Tagen übertreffen. In der zweiten Jahreshälfte entwickelte sich die Aktie dann aber deutlich besser als DAX und CDAX. Zum Ende des Jahres 2010 lag der Aktienkurs der Landesbank Berlin Holding AG bei 4,40 € und damit um 32 % über dem Niveau des Jahresanfangs von 3,33 €. Der DAX legte im gleichen Zeitraum um 16 % zu, der CDAX sank um 10 %.

Angesichts des insgesamt guten Ergebnisses der Landesbank Berlin Holding AG werden Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung am 16. Juni 2011 vorschlagen, an die Aktionäre eine Dividende in Höhe von 0,14 € pro Aktie auszuschütten. Aus dem Gewinn wurden im Rahmen der Aufstellung 13,9 Mio. € in die gesetzliche Rücklage und 124,3 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Die Aktie der Landesbank Berlin Holding AG ist an den Börsen Berlin-Bremen, Frankfurt und Düsseldorf im amtlichen Handel (General Standard) notiert.



Ratingübersicht

	Moody's		Fitch		dbrs
Ungarantierte Verbindlichkeiten					
Langfrist-Rating	A1		AA-		A (hoch)
Kurzfrist-Rating	P-1		F1+		R-1 (mittel)
Ausblick	stabil		stabil		stabil
Finanzkraft	D+		C/D		BBB+
Garantierte Verbindlichkeiten					
Langfrist-Rating	Aa1		AAA		-
Kurzfrist-Rating	P-1		F1+		-
Ausblick	stabil		stabil		-
Pfandbriefe					
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa		AAA		-
Hypothekendarlehen	Aaa		-		-

Die garantierten Verbindlichkeiten unterliegen noch der Gewährträgerhaftung.

Konzernlagebericht

Der Konzern im Überblick	36	Risikobericht	68
Organisatorische und rechtliche Struktur	36	Rahmenbedingungen	68
Vorstand und Ressortverteilung	38	Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling	69
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB	39	Verantwortlichkeiten	69
Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat	39	Gesamtrisikosteuerung	70
Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB	47	Aufsichtsrechtliche Eigenmittelbestandteile des Konzerns	72
Allgemeiner Verlauf im Überblick	50	Adressenausfallrisiken	76
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	50	Auslandsvolumen	83
Geschäftstätigkeit des Konzerns	50	Liquiditätsrisiken	87
Weitere Aktivitäten	52	Marktpreisrisiken	91
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2010	53	Verbriefungstransaktionen	96
Ertragslage	54	Immobilienrisiken	97
Vermögenslage	62	Operationelle Risiken	98
Finanzlage	65	Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	104
Auswirkungen der Konsolidierung	65	Sonstige Risiken	106
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2010	66	Chancen- und Prognosebericht / Ausblick	107
Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	67	Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage	107
		Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder	108
		Soll / Ist-Vergleich	112
		Schätzverfahren / Mittelfristplanung	112
		Zusammenfassung / Gesamtaussage	112

Der Konzern im Überblick

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur des Konzerns Landesbank Berlin Holding (Konzern) stellt sich zum 31. Dezember 2010 wie folgt dar:



- Die börsennotierte Aktiengesellschaft Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100% an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) beteiligt. Mehrheitsaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 88,03%. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die 10,63% der Anteile hält. Insgesamt betragen die Anteile der S-Erwerbsgesellschaft einschließlich der Anteile der S-Beteiligungsgesellschaft somit 98,66%. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft
- übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.
- Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB unterhält Niederlassungen in London und Luxemburg.
- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin (BankenService), an der netbank AG (netbank) und an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp).

Die LBB hat mit dem BankenService am 26. März 2010 einen Beherrschungsvertrag im Sinne von § 291 Abs. 1 Satz 1 AktG geschlossen. Der Vertrag wurde mit Eintragung ins Handelsregister des BankenService am 2. Juli 2010 wirksam.

Im Oktober 2010 hat die LBB die von der Norddeutschen Landesbank in Höhe von 8,07 % gehaltenen Anteile an der Berlin Hyp erworben und damit ihren Anteil auf 99,66 % erhöht. Darüber hinaus nahm sie an einer Kapitalerhöhung der Berlin Hyp im Umfang von rund 100 Mio. € teil und schloss einen Ergebnisabführungsvertrag mit der Berlin Hyp. Am 9. Dezember 2010 hat die außerordentliche Hauptversammlung der Berlin Hyp dem Verlangen des Vorstands der LBB als Vertreter des Hauptaktionärs mehrheitlich zugestimmt, gemäß § 327a Abs. 1 Satz 1 AktG die Aktien der Minderheitsaktionäre der Berlin Hyp auf die Hauptaktionärin gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung zu übertragen. Nach Wirksamwerden dieses Beschlusses durch Eintragung in das Handelsregister am 25. Januar 2011 verfügt die LBB über 100 % der Anteile an der Berlin Hyp.

Der Konzern ist wie folgt organisiert:

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder, das Zinsmanagement und die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge gegliedert. Die strategischen Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassen unter anderem die Bereiche Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Backoffice-Dienstleistungen des BankenService und der Kreditbereiche der LBB. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft
Zinsmanagement			
Corporate Center / Marktfolge			

Die Mitarbeiterkapazität im Konsolidierungskreis des Konzerns lag mit 5.985 am 31. Dezember 2010 leicht unter dem Vorjahreswert von 6.009. Der Frauenanteil lag bei 62,9 % der Gesamtbelegschaft und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Die Fluktuationsquote war mit insgesamt 2,9 % beziehungsweise um Altersaustritte bereinigt mit 1,7 % sehr gering.

Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung wie die Programme zur Vorbereitung einer ersten Führungsaufgabe und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten wurden fortgeführt. Darüber hinaus startet die Landesbank Berlin ein neues Mentoringprogramm für Frauen. Ziel dieser Qualifizierungsmaßnahme ist es, Mitarbeiterinnen auf Führungs- und Fachpositionen vorzubereiten und den Wissenstransfer über Hierarchiegrenzen hinweg zu fördern.

Vorstand und Ressortverteilung

Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding setzte sich zum 31. Dezember 2010 aus den Herren Dr. Johannes Evers und Dr. Thomas Veit zusammen.

Mit Ablauf des 31. Dezember 2010 hat Herr Dr. Thomas Veit seine Vorstandsmandate bei der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG niedergelegt. Ab dem 1. Januar 2011 setzt sich der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG aus den Herren Dr. Evers und Martin K. Müller zusammen.

In der Landesbank Berlin hat Herr Patrick Tessmann seit 1. April 2010 das Ressort Private Kunden von Herrn Dr. Evers übernommen. Zum gleichen Zeitpunkt ist die Ressortzuständigkeit Personal von Herrn Dr. Veit auf Herrn Dr. Evers übergegangen. Die ehemaligen Ressorts von Herrn Dr. Veit verantworten seit 1. Januar 2011 Herr Dr. Evers (Finanzen) und Herr Hans Jürgen Kulartz (Organisation und Informationstechnologie) sowie Herr Jan Bettink (Immobilienfinanzierung), der zum 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB eingetreten ist.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind wie folgt geregelt:

Dr. Johannes Evers (Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Private Kunden (bis 31. März 2010)
Finanzen (ab 1. Januar 2011)
Unternehmensentwicklung und Recht
Revision
Personal (ab 1. April 2010)

Dr. Thomas Veit

(bis 31. Dezember 2010)
Landesbank Berlin Holding AG
Landesbank Berlin AG
Immobilienfinanzierung
Finanzen
Organisation
Informationstechnologie
Personal (bis 31. März 2010)

Jan Bettink

(ab 1. Januar 2011)
Landesbank Berlin AG
Immobilienfinanzierung

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG
Kapitalmarktgeschäft

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG
Firmenkunden
Organisation (ab 1. Januar 2011)
Informationstechnologie
(ab 1. Januar 2011)

Martin K. Müller

Landesbank Berlin Holding AG
(ab 1. Januar 2011)
Landesbank Berlin AG
Risiko und Controlling
Compliance
Kreditgeschäft
Risikobetreuung
BankenService GmbH

Patrick Tessmann

(ab 1. April 2010)
Landesbank Berlin AG
Private Kunden

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG haben eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG auf der Grundlage des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 abgegeben.

Weiterhin hat die Gesellschaft Informationen zu Unternehmensführungspraktiken abgegeben, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen und als praktische Umsetzungen des DCGK anzusehen sind.

Zur Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen hat die Gesellschaft eine Beschreibung vorgenommen.

Die Gesellschaft hat von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht und die Erklärungen zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB auf der Internetseite www.lbb-holding.de veröffentlicht.

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Das Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG (LBB) wird im folgenden Vergütungsbericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der Fassung vom 26. Mai 2010 erläutert. Die zusammengefasste Darstellung erfolgt aus Gründen der Transparenz und im Interesse der besseren Übersichtlichkeit für beide Gesellschaften in einem Bericht. Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Alle operativen Aufgaben,

mit Ausnahme der Grundfragen der Unternehmenspolitik und der Beteiligungsrechte, werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags von der LBB wahrgenommen. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Des Weiteren werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Vergütung des Vorstands

Die Vergütung des Vorstands im Berichtszeitraum entsprach sowohl den Anforderungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) als auch den aufsichtsrechtlichen Anforderungen des Rundschreibens 22/2009 der BaFin vom 21. Dezember 2009 (BaFin-Rundschreiben). Eine Anpassung des Vergütungssystems an die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) ist erfolgt.

Das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente wird vom jeweiligen Aufsichtsratsplenum beschlossen und regelmäßig überprüft. Dieses ist auch für die Festlegung der individuellen Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder zuständig. Der jeweilige Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) bereitet die entsprechenden Beschlüsse des Plenums vor.

Kriterien für die Bemessung der festen und der variablen Vergütungsbestandteile sind die Aufgaben des jeweiligen Vorstands, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtremiums sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des von ihm verantworteten Geschäftsbereichs sowie des gesamten Unternehmens. Die Höhe der variablen Vergütung ist dabei auch davon abhängig, dass sich die erzielten Erfolge als nachhaltig erweisen. Bei der Festsetzung der Gesamtvergütung wird deren Angemessenheit anhand eines Vergleichs, der zum einen die Vergütung von Geschäftsleitern anderer deutscher Gesellschaften der Finanzbranche mit einer ähnlichen Größe und Komplexität und zum anderen das Lohn- und Gehaltsgefüge im eigenen Unternehmen einbezieht, überprüft. Die feste und die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands stehen in einem angemessenen Verhältnis zueinander, so dass von einer variablen Vergütung keine signifikante Abhängigkeit besteht, diese aber einen wirksamen Verhaltensanreiz setzen kann. Insgesamt ist das Vergütungssystem so ausgerichtet, dass negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen vermieden werden.

Dem Vorstand der Holding gehörten zum 31. Dezember 2010 der Vorsitzende Herr Dr. Johannes Evers sowie Herr Dr. Thomas Veit an. Sie waren zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Dem Vorstand der LBB gehörten zum 31. Dezember 2010 darüber hinaus die Herren Serge Demolière, Hans Jürgen Kulartz, Martin K. Müller und Patrick Tessmann an.

Mit Wirkung zum 1. April 2010 wurde Herr Tessmann in den Vorstand der LBB bestellt. Herr Dr. Veit hat seine Mandate im Vorstand der Holding sowie der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2010 niedergelegt. Der Aufsichtsrat der Holding hat mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 Herrn Müller in den Vorstand der Holding bestellt und der Aufsichtsrat der LBB

hat Herrn Jan Bettink, bis zum Ablauf des 31. Dezember 2010 Vorstandsvorsitzender der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB bestellt.

Unabhängig von der organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstandsmitgliederverträge, Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge der Vorstände der Holding mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind. Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind somit für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge der für beide Unternehmen tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 T€ je Vorstandsmitglied beziehungsweise 6 T€ für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden im Jahr 2010 von der Holding 132 T€ (Vorjahr: 128 T€) der LBB als Aufwandsersatz erstattet.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D&O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder war dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex zunächst ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Für die Zeit ab dem 1. Juli 2010 ist entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 93 Abs. 2 AktG ein Selbstbehalt von 10 % des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen

der festen jährlichen Vergütung vereinbart worden. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

In den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands sind für ihre Bezüge folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

Feste Vergütung

Die feste Vergütung besteht aus den erfolgsunabhängigen Vergütungsbestandteilen. Hierzu zählen das Grundgehalt, das in gleichen monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt wird (ruhegehaltstfähiges Festgehalt), und eine vertraglich festgelegte jährliche (nicht ruhegehaltstfähige) Vergütung. Diese wird den Herren Dr. Evers, Demolière, Kulartz, Müller und Dr. Veit nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Holding und der LBB ausgezahlt. Herr Tessmann erhält das nicht ruhegehaltstfähige Festgehalt in zwölf gleichen Monatsraten. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom jeweiligen Aufsichtsrat spätestens in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Dabei werden die oben genannten Kriterien sowie die Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland herangezogen. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht nicht.

Variable Vergütung

Die Mitglieder des Vorstands können für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine variable Vergütung erhalten. Über die Zahlung und ihre Höhe wird im Folgejahr durch das jeweilige Aufsichtsratsplenum nach Vorbereitung durch seinen BPS-Ausschuss Beschluss gefasst. Dabei werden die oben genannten Kriterien, insbesondere die persönliche Leistung des jeweiligen Vorstands, der Beitrag und die Entwicklung seines Ressorts und der Erfolg des Gesamtunternehmens im Betrachtungszeitraum, herangezogen.

Entsprechend den aktien- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009, verstärkt auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet worden und hat eine mehrjährige Bemessungsgrundlage erhalten.

In einem ersten Schritt wird für das Vorstandsmitglied die individuelle Höhe der variablen Vergütung anhand des Geschäftsergebnisses, der Situation und Entwicklung des vom Vorstandsmitglied verantworteten Ressorts, seiner Aufgaben und seiner persönlichen Leistungen, der Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie unter Beachtung etwaiger Sonderinflüsse auf das Geschäftsergebnis ermittelt. Die variable Vergütung darf die Festvergütung des Vorstandsmitglieds nicht überschreiten. In einem zweiten Schritt wird unter Zugrundelegung der variablen und der festen Vergütungsbestandteile die ermittelte Gesamtvergütung zusätzlich auf ihre Angemessenheit im horizontalen und vertikalen Vergleich geprüft. In einem dritten Schritt wird die variable Vergütung durch den Aufsichtsrat festgesetzt.

Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 wurde im Anschluss an die Festsetzung im Jahr 2010 zu 60 % ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt und in Teilbeträgen in den auf das Jahr der Festsetzung der variablen Vergütung folgenden drei Geschäftsjahren zur Auszahlung festgesetzt. Der Aufsichtsrat beschließt nach Feststellung des Jahresabschlusses eines jeden Geschäftsjahres im Zurückbehaltungszeitraum unter Berücksichtigung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns über die einzelnen Teilraten, deren Höhe pro Jahr maximal 13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung betragen kann.

Maßgebliche Bemessungsgröße ist – unter Ausblendung von Sondereinflüssen – das im geprüften und testierten Einzelabschluss der Holding nach HGB ausgewiesene Ergebnis vor Steuern (HGB-Ergebnis der Holding) in dem der Festsetzung der jeweiligen Teilrate vorausgehenden Geschäftsjahr. Wird ein HGB-Ergebnis der Holding erreicht, das zu mindestens 100 % dem HGB-Ergebnis im Geschäftsjahr entspricht, für das die variable Vergütung ursprünglich festgesetzt wurde (Ausgangswert), kann im Regelfall von einer nachhaltigen Wertentwicklung des Konzerns ausgegangen werden, welche die Festsetzung einer Teilrate in voller Höhe (13,33 % der festgesetzten variablen Vergütung) rechtfertigt. Liegt das Ergebnis unter dem Ausgangswert, entscheidet der Aufsichtsrat, in welcher Höhe die jeweilige Teilrate ausgezahlt wird. Dies kann zu einer Kürzung bis hin zum Ausfall führen.

Zudem wird der Aufsichtsrat bei der Festsetzung und Höhe einer jeden Teilrate prüfen, ob die Entwicklung und der Erfolgsbeitrag des jeweiligen Vorstandsressorts und die persönlichen Leistungen, die der Aufsichtsrat bei der Bemessung der variablen Vergütung zugrunde gelegt hat, sich auch aus der Rückschau der nachfolgenden Geschäftsjahre als nachhaltig herausgestellt haben. Dabei werden auch die vom Vorstandsmitglied und die in seinen Ressorts eingegangenen Risiken einbezogen.

Bei Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds wird die Festsetzung der auf den Zurückbehaltungszeitraum gestreckten Teilbeträge durch die Beendigung der Organstellung und/oder die Beendigung des Anstellungsverhältnisses nicht berührt; eine Anrechnung anderweitigen Erwerbs findet nicht statt.

Von einer Vergütung in Aktien oder aktienbasierten Instrumenten wurde abgesehen. Die Ausgabe von Aktien der Holding ist nicht zweckmäßig. Der Aktienkurs der Holding spiegelt wegen des geringen Streubesitzes von weniger als 1,5 % und der damit verbundenen Marktengung die wirtschaftliche Entwicklung

der Holding nicht wider. Die Ausgabe von neuen Aktien der LBB ist angesichts der Eigentümerstruktur mit der Holding als Alleinaktionärin nicht im Interesse des Konzerns. Aktien der LBB und der Holding, die nicht liquide handelbar sind, stellen auch kein sinnvolles Anreizinstrument für die Vorstandsvergütung dar. Die Schaffung von aktienbasierten Instrumenten (Phantom Stocks) bei der LBB bringt keinen Vorteil gegenüber der Festsetzung einer variablen Vergütung in bar, denn solche aktienbasierten Instrumente wären auch in bar auszuzahlen und müssten sich an denselben Kriterien orientieren, die der Festsetzung der variablen Vergütung zugrunde gelegt werden.

Weitere Vergütungskomponenten (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestanden für die Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2010 nicht.

Nach den neuen Anforderungen der InstitutsVergV wird die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010, noch einmal weitreichender als bisher auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Nach der bisherigen Regelung wurden 40 % der variablen Vergütung zunächst zurückbehalten und 60 % im Basisjahr, dem Jahr nach dem Geschäftsjahr, auf das sich die variable Vergütung bezieht, ausgezahlt. Der zurückbehaltene Betrag wurde gestaffelt über einen Zeitraum von drei Jahren und vorbehaltlich der Nachhaltigkeit des Erfolgsbeitrags in Teilbeträgen ausgezahlt.

Dieses Verhältnis hat sich mit der neuen Regelung verkehrt. Nunmehr werden 60 % der variablen Vergütung zunächst zurückbehalten, 40 % entfallen auf das Basisjahr. Für den zurückbehaltenen Teil der variablen Vergütung beschließt der Aufsichtsrat in den drei darauf folgenden Geschäftsjahren jeweils nach Feststellung des Jahresabschlusses über die Freigabe des entsprechenden Teilbetrags. Die Freigabe kann

erteilt werden, wenn die Entwicklung des Konzerns und der individuelle Erfolgsbeitrag des Vorstandsmitglieds sich als nachhaltig erwiesen haben. Die Nachhaltigkeit wird anhand des bereits beim bisherigen Verfahren dargestellten Vorgehens geprüft. Nachhaltigkeit vorausgesetzt, kann die Höhe der einzelnen Teilbeträge pro Jahr maximal 20 % der im Basisjahr insgesamt festgesetzten variablen Vergütung betragen.

Von den im Basisjahr und in den drei darauf folgenden Jahren durch den Aufsichtsrat freigegebenen Teilbeträgen der variablen Vergütung wird sodann jeweils die Hälfte sofort ausgezahlt. Die andere Hälfte des freigegebenen Teilbetrags wird einer zweiten Nachhaltigkeitsbemessung unterzogen und dafür zunächst einem sogenannten nachhaltigen Instrument zugeordnet. Nach Zuordnung zum nachhaltigen Instrument unterliegt der Teilbetrag einer Auszahlungssperrfrist von weiteren drei Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist wird die tatsächliche Auszahlungshöhe anhand der Entwicklung dreier Kennziffern bemessen. Abgestellt wird auf Kennziffern auf Basis des HGB-Ergebnisses der Holding vor Steuern (HGB-Ergebnis), des IFRS-Gesamtergebnisses der Periode der Holding ohne Steuern (IFRS-Gesamtergebnis) und auf die Eigenkapital-Rentabilität auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals im Verhältnis zum operativen IFRS-Konzernergebnis des Geschäftsjahres. Bei der Bemessung werden alle drei Kennziffern gleich gewichtet. Vorbehaltlich der Nachhaltigkeit des Erfolgsbeitrags kommt der letzte Teilbetrag der variablen Vergütung somit im siebten Jahr nach dem Geschäftsjahr, auf das sie sich bezieht, zur Auszahlung.

Ergeben sich während des Zurückbehaltungszeitraums gesellschaftsrechtliche Änderungen im Konzern, die einen wesentlichen Einfluss auf die Gesamtertrags- und Risikostruktur haben, kann der Aufsichtsrat den oben genannten Faktor entsprechend korrigieren.

Sonstige Vergütungen

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Die auf die private Nutzung entfallende Lohn- beziehungsweise Einkommensteuer wird gegenüber den Vorstandsmitgliedern mit Ausnahme von Herrn Tessmann von der LBB übernommen.

Gegenüber Herrn Tessmann hat die LBB in den ersten sechs Monaten seiner Vorstandstätigkeit Unterbringungs- und Reisekosten in Höhe von insgesamt 21 T€ übernommen.

Gesamtvergütung

Die Mitglieder des Vorstands haben für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2010 eine Vergütung von insgesamt 5.326 T€ bezogen (Vorjahr: 4.475 T€). Hierin enthalten ist die vertraglich festgelegte nicht ruhegehaltfähige Vergütung in Höhe von 1.843 T€ (Vorjahr: 1.844 T€). Davon sind 188 T€ im Geschäftsjahr 2010 zur Auszahlung gekommen; 1.655 T€ kommen im Geschäftsjahr 2011 zur Auszahlung. Für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 wurde an die Mitglieder des Vorstands entsprechend den oben dargestellten Kriterien eine variable Vergütung von insgesamt 1.610 T€ festgesetzt (Vorjahr: 0 T€). Hiervon entfielen 270 T€ auf den im Jahr 2009 aus dem Vorstand ausgeschiedenen Herrn Hans-Jörg Vetter, die im Geschäftsjahr 2010 gezahlt wurden. Den zum 31. Dezember 2009 amtierenden Mitgliedern des Vorstands wurden 60 % der variablen Vergütung (804 T€) nach Feststellung der Jahresabschlüsse 2009 ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % (536 T€) werden für einen Zeitraum von drei Jahren zurückbehalten. Für das Geschäftsjahr 2008 wurden keine variablen erfolgsabhängigen Vergütungen gezahlt.

Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 sowie die zur Auszahlung kommenden Beträge des Rückbehalts des Geschäftsjahres 2009 können zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht verlässlich geschätzt werden. Entsprechende Angaben werden im Halbjahresfinanzbericht 2011 dargestellt.

Für die Tätigkeit in Tochtergesellschaften der Holding und der LBB haben die Mitglieder des Vorstands keine zusätzlichen Leistungen, insbesondere weder Sitzungsentgelt noch Aufwandsentschädigungen, erhalten.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied weder zugesagt noch im Geschäftsjahr gewährt.

Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für den folgenden Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Tessmann bis zu sechs Monaten, Herrn Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Evers, Herrn Kulartz und Herrn Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses. Nach Ablauf dieser Zeit haben die genannten Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf Ruhegehalt wegen Berufsunfähigkeit. Scheiden Herr Müller oder Herr Tessmann infolge Invalidität aus ihrem Dienstverhältnis aus, erhält jeder ab dem darauf folgenden Monat eine Invalidenrente, deren Höhe sich nach den Bestimmungen für das Ruhegehalt bemisst, wobei Zeiten der Invalidität nicht als geleistete Dienstjahre gelten.

Im Falle der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB), haben die Mitglieder des Vorstands einen Anspruch auf die Zahlung von Ruhegehalt.

Herr Dr. Veit hat entsprechend dem mit ihm geschlossenen Dienstvertrag von dem Recht Gebrauch gemacht, nach Vollendung des 62. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand zu treten. Dieses Recht haben auch die amtierenden Vorstände Herr Kulartz und Herr Tessmann. Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Dr. Evers und Herrn Demolière oder durch die LBB gekündigt werden. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind:

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres sowie durch Ablauf der Bestellung, Herr Tessmann nach Ablauf einer Wiederbestellung, soweit die Bestellung nicht erneut verlängert wird, es sei denn, eine angebotene Verlängerung der Bestellung und des Dienstvertrags zu gleichen oder nicht schlechteren Bedingungen wird abgelehnt oder ein wichtiger Grund im Sinne des § 626 Abs. 1 BGB liegt vor.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Müller und Herrn Tessmann setzt die Zahlung des Ruhegehalts bereits im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich nach einem bestimmten Prozentsatz vom ruhegehaltsfähigen Festgehalt, der sich um 2 %, für Herrn Tessmann um 1,34 %, für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr erhöht. Für jedes Vorstandsmitglied ist vertraglich ein Höchstsatz vereinbart. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils das ruhegehaltsfähige Festgehalt zu 100 %, bei Herrn Demolière jedoch nur zu 69 %.

Im Einzelnen:

	Erworbener Versorgungsanspruch per 31.12.2010 in %	Höchstsatz in %
Herr Demolière	53	60
Herr Dr. Evers	60	60
Herr Kulartz	60	75
Herr Müller	46	70
Herr Dr. Veit	56	60
Herr Tessmann	30	50

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Endet das Dienstverhältnis von Herrn Tessmann durch Kündigung aus wichtigem Grund, den Herr Tessmann zu vertreten hat, verringert sich das Altersruhegeld um 50 %.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden bezüglich der zum 31. Dezember 2009 amtierenden Vorstandsmitglieder keine Änderungen der dargestellten Zusagen vereinbart.

Der Barwert Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IFRS für den zum Bilanzstichtag amtierenden Vorstand betrug 11.094 T€ (Vorjahr: 11.404 T€).

Im Jahr 2010 wurden für Leistungen, die den Vorstandsmitgliedern für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, aus den Rückstellungen Beträge in Höhe von 546 T€ aufgelöst und 236 T€ den Rückstellungen zugeführt (im Vorjahr wurden saldiert 2.262 T€ zugeführt).

Die individualisierten Angaben zum Barwert der Leistungen, die den Mitgliedern des Vorstands für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, sowie die im Geschäftsjahr aufgewandten oder zurückgestellten Beträge werden im Konzernanhang dargestellt.

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorzuschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden zum 31. Dezember 2010 Haftungsverhältnisse im Volumen von insgesamt 297 T€ (Vorjahr: 296 T€).

Ferner wurden im Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.619 T€ gezahlt (Vorjahr: 6.442 T€). In der Angabe sind 270 T€ für Herrn Vetter für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 enthalten.

Der Barwert Pensionsverpflichtungen (DBO) nach IFRS für diese Personengruppe betrug zum Bilanzstichtag 84.036 T€ (Vorjahr: 94.206 T€).

Diese Bezüge und Rückstellungen betreffen neben den ehemaligen Vorständen und deren Hinterbliebenen der LBB auch die der Holding. Dies beruht darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB im Jahr 2006 auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden seinerzeit ebenfalls auf die LBB übertragen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des jeweiligen Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem langfristigen Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Für den Aufsichtsrat der LBB sind die Vergütungsregelungen in § 11 ihrer Satzung niedergelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des jeweiligen Unternehmens gekoppelte Vergütung ist für beide Aufsichtsratsgremien nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

- Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung in Höhe von 15.000,- € beziehungsweise bei der LBB in Höhe von 10.500,- €.
- Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.
- Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrats sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,- €, der Vorsitzende erhält 15.000,- €, der Stellvertreter 12.500,- €. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,- €, die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht. Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Auch für die Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB besteht eine Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung für die Mandatstätigkeit vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahres.

- Aufsichtsrat Holding:
Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge in Höhe von 389 T€ zu zahlen (Vorjahr: 390 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

■ Aufsichtsrat LBB:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge in Höhe von 262 T€ zu zahlen (Vorjahr: 262 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

■ Aufsichtsrat Holding (Konzern):

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding und in Aufsichtsräten anderer Konzernunternehmen einschließlich der Ausschüsse sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding für das Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge in Höhe von 620 T€ zu zahlen (Vorjahr: 634 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding und der LBB Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten beziehungsweise es bestanden Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2010 insgesamt im Volumen von 85 T€ (Vorjahr: 111 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt beziehungsweise gewährt.

Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 nennwertlose Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme. Die weiteren Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 Aktiengesetz (AktG).

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, soweit sie dem Vorstand bekannt sind

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Käuferin) hat sich beim Erwerb der Aktien vom Land Berlin (808.996.446 Stimmrechte entsprechend einem Stimmrechtsanteil von 80,95 %) gegenüber dem Land Berlin (Verkäufer) verpflichtet, das Eigentum an den erworbenen Aktien für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren nach dem 8. August 2007 nicht auf eine andere Person zu übertragen, es sei denn, bei dieser Person handelt es sich um ein verbundenes Unternehmen der Käuferin im Sinne des § 15 AktG oder ein anderes Mitglied der S-Finanzgruppe, und diese Person (und gegebenenfalls alle weiteren mit der Käuferin verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG beziehungsweise andere Mitglieder der S-Finanzgruppe, auf welche Verkäufer-Aktien übertragen werden) übernimmt gegenüber dem Verkäufer ebenfalls diese vertragliche Verpflichtung.

Das Stimmrecht der Aktionäre ist, von folgenden Ausnahmen abgesehen, weder durch ein Gesetz noch durch die Satzung beschränkt. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Gesellschaft eigene Aktien in ihrem Bestand hält, können daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach den der Gesellschaft vorliegenden Informationen hält die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland unmittelbar 88,03 % der Stimmrechte. Sie wird durch ihre alleinige Komplementärin, die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland vertreten; dieser sind die Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen. Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland hält unmittelbar 10,63 % der Stimmrechte. Sie wird durch ihre persönlich haftende Gesellschafterin, die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg vertreten, so dass die Stimmrechte mittelbar dieser Gesellschaft und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg zuzurechnen sind.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Die Gesellschaft hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sind nicht in einer Weise am Kapital beteiligt, dass eine indirekte Ausübung von Kontrollrechten durch die Arbeitnehmer stattfindet. Da die Aktien der Gesellschaft Inhaberaktien sind, liegen der Gesellschaft keine detaillierten Angaben über ihre Streubesitzaktionäre und damit einen eventuellen privaten Aktienbesitz von Arbeitnehmern vor.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Änderungen der Satzung

Für die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands gelten die §§ 84 und 85 AktG. Gemäß § 6 Abs. 1 der Satzung wird die Anzahl der Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestimmt. Der Vorstand besteht mindestens aus zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder auf höchstens fünf Jahre. Gemäß § 31 MitbestG ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit des Aufsichtsrats erforderlich. Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine Finanzholdinggesellschaft im Sinne des § 1 Abs. 3a KWG, so dass gemäß § 2d KWG die Mitglieder des Vorstands zuverlässig sein müssen und die zur Führung der Geschäfte erforderliche fachliche Eignung haben müssen. Die Satzung enthält keine weiteren Bestimmungen.

Gemäß § 16 Abs. 3 der Satzung werden die Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt. Für die Änderung der Satzung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG. Nach § 12 Abs. 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat zu Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, befugt.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Die Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 hatte die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2010 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 14. Juni 2015 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass die Erwerbspreise den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien im Xetra-Handels-system (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorausgegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten dürfen. Zudem darf der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben bestand gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juni 2009 bis zum 30. September 2010 die Befugnis zum Erwerb eigener Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 15. Juni 2010 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 14. Juni 2015 eigene Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass der Kaufpreis je Aktie den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten darf und insgesamt aufgrund dieser Ermächtigung nur Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden dürfen. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Vorstand wurde jeweils ermächtigt, Aktien, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworben werden,

ganz oder in Teilen, in letzterem Fall auch durch mehrfache Ausübung der Ermächtigung, einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Er kann dabei vorsehen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktionäre am Grundkapital erhöht. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Von den Befugnissen aus den oben genannten vier Beschlüssen wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Es gibt keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels im Falle eines Übernahmeangebots stehen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern

Es sind keine Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder den Arbeitnehmern getroffen worden. Im Übrigen wird auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“ verwiesen.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einem durchwachsenen Winterhalbjahr belebte sich das Wirtschaftsgeschehen in Deutschland zur Jahresmitte 2010 durchgreifend. Die Expansion war breit fundiert. Der Export profitierte bei zumeist schwachem Euro von der voraneilenden Erholung in Asien und den USA. Ausrüstungsinvestitionen und Konsum erholten sich von niedrigen Ausgangswerten. Gestützt wurde dieser Prozess durch günstige Finanzierungskonditionen, eine bessere Kapazitätsauslastung und abnehmende Beschäftigungssorgen der Privathaushalte. Für die Öffentlichen Haushalte wurde zwar ein Konsolidierungskurs beschlossen, der aber nachfrageseitig noch nicht zur Geltung kam. Zum Jahresende ließ die Dynamik nach. Das Auftragswachstum verlangsamte sich nach erreichter Niveau-normalisierung. Die Exporte in das europäische Ausland gingen sogar leicht zurück. Dennoch war die Stimmung in den deutschen Unternehmen bis zur Jahreswende sehr gut.

Die expansive Geldpolitik wurde beibehalten. Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ ihren Refinanzierungssatz bei 1%, baute die von Geschäftsbanken gehaltenen Überschussreserven im Eurosystem aber ab und erreichte auf diese Weise erste Konditionsanpassungen am Interbankenmarkt.

Für erhebliche Spannungen an den Kapitalmärkten sorgte die schwindende Bonität einzelner Mitgliedsstaaten der Eurozone. Der drastische Anstieg der Risikoprämien erzwang im Frühjahr ein international abgestimmtes Rettungsprogramm, welches bis in das Jahr 2013 befristet wurde, die Ursachen der Schuldenkrise aber nicht behob. Ergänzend beschloss die Finanzminister der 27 EU-Staaten Ende November die Eckpunkte eines künftig dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM). Unwägbarkeiten über Form und Umfang einer Einbindung privater Gläubiger in künftige Restrukturierungen verunsicherten die Marktteilnehmer nachhaltig.

Berlin wird für das Berichtsjahr eine deutlich kleinere Wachstumsrate aufweisen als die anderen Bundesländer. Allerdings ist dies in erster Linie Ausdruck eines geringeren Einbruchs in der Region während der Rezession, so dass der Basiseffekt niedriger ausfiel. Insgesamt wurde der Trend einer zum Bundesdurchschnitt aufholenden Wirtschaftsentwicklung jedoch bestätigt. Berlin stützt sich dabei auf einen vergleichsweise hohen Wertschöpfungsanteil des Dienstleistungssektors, anhaltende Zuwächse im Tourismus und eine gegenüber zyklischen Schwankungen vergleichsweise robuste Industriestruktur. Jedoch ist die Region Berlin-Brandenburg geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen in überwiegend kleineren Umsatzgrößenklassen.

Mit der Besserung der konjunkturellen Lage festigt sich der positive Trend im Kundengeschäft des Konzerns. In der Immobilienfinanzierung profitierte die Bank von der positiven Entwicklung der Immobilienmärkte. Im Kapitalmarktgeschäft blieben die Wirkungen des unruhigen Marktgeschehens eng umgrenzt.

Geschäftstätigkeit des Konzerns

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern Landesbank Berlin Holding weiter darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern nimmt eine zunehmend stärkere Rolle als Dienstleister in der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen.

Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden strategischen Geschäftsfeldern sowie dem Zinsmanagement und den Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge betrieben.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** betreibt das Universalbankgeschäft mit Privatpersonen. Im regionalen Geschäft der Berliner Sparkasse werden rund 2 Mio. Privatkunden betreut. Das überregionale Kreditkartengeschäft wird überwiegend mit sogenannten Co-Branding-Partnern (zum Beispiel ADAC, Amazon, Air Berlin) betrieben und umfasst rund 1,8 Mio. ausgegebene Kreditkarten. Zusammen mit den eigenen Kartenprogrammen beläuft sich der Bestand an emittierten Kreditkarten auf 2,1 Mio.

Im überregionalen Konsumentenkreditgeschäft wird zusammen mit der Deutsche Leasing AG der Ausbau einer Konsumentencreditplattform für die bundesdeutschen Sparkassen vorangetrieben, die Mitte 2011 in die Gründung einer eigenständigen Konsumentencreditbank – die „S-Kreditpartner GmbH“ – münden soll. Die netbank stellt für die LBB ein Investment in den Direktbank-Kanal dar.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** betreut rund 64.400 Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen. Zentrales strategisches Ziel ist die Sicherung der starken Marktposition durch Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale im Kernmarkt Berlin-Brandenburg. Dabei haben Qualität als Wettbewerbsfaktor und die Vertiefung der Kundenbeziehungen eine besondere Bedeutung. Der Marktauftritt erfolgt mit den Marken Landesbank Berlin AG im mittelständischen Firmenkundengeschäft und Berliner Sparkasse im Gewerbekundengeschäft.

In der gewerblichen **Immobilienfinanzierung** sind die LBB und die Berlin Hyp gemeinsam tätig. Alle Mitarbeiter des Immobilienfinanzierungsgeschäfts arbeiten institutsübergreifend nach einheitlichen Regelungen und Prozessen. Das Geschäftsmodell verbindet die Vorteile einer Pfandbriefbank mit denen einer Universalbank. Das Geschäftsfeld betreut rund 2.300 Risikogemeinschaften mit rund 6.100 Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Schwerpunktmäßig werden die Geschäfte mit gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, Immobilienfonds und ausgewählten Developern betrieben. Die Kundenbetreuung erfolgt neben dem Sitz der Banken in Berlin durch vier inländische Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München sowie durch fünf Repräsentanzen im Ausland (Niederlande, Polen, Tschechische Republik, Großbritannien und Frankreich). Die Kreditbearbeitung findet zentral in Berlin statt.

Das Kapitalmarktgeschäft (KMG) umfasst die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum Geschäftsfeld KMG gehören darüber hinaus die Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London und Luxemburg. Das Kapitalmarktgeschäft folgt mit dieser Aufstellung der Strategie der Bank, diversifizierte Einkommensströme aus einer breiten Palette von Aktivitäten zu erschließen. Im Rahmen des „KMG-Strategieprojekts“ wurde das Zielbild für die zukünftige Vertriebsstrategie definiert. Basierend auf der detaillierten Analyse von Zielkunden und Kundenbedürfnissen wurden zusätzliche Ertragspotenziale identifiziert. Das Geschäftsfeld ist Anbieter von Finanzdienstleistungen für interne und externe Kunden. Das Kundengeschäft wird ergänzt durch das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften. Gleichzeitig wird im Kapitalmarktgeschäft die Liquidität des Konzerns gesteuert und die langfristige Refinanzierung sichergestellt.

Weitere Aktivitäten

Vorbereitungen auf die Umstellung des Kernbankensystems

Seit Februar 2009 wird die Umstellung des derzeitigen Kernbankensystems auf OneSystem Plus (OSPlus) für April 2011 vorbereitet. Hintergrund der Vereinheitlichung der IT-Systemlandschaft in der Sparkassen-Finanzgruppe ist die 2008 erfolgte Fusion der Dienstleistungsunternehmen FinanzIT und Sparkassen Informatik zur Finanz Informatik. Durch die Konzentration auf einen Dienstleister werden für die LBB deutliche Synergien erwartet.

Ausbau des Geschäfts mit Sparkassen

Der Konzern versteht sich als Dienstleister für Sparkassen. Er unterhält Geschäftsbeziehungen zu mehr als 300 Instituten und baut dieses Geschäft bedarfsgerecht aus. Dabei konzentriert die LBB – abgeleitet aus ihren eigenen Erfahrungen als Sparkasse für Berlin – ihr Angebot auf das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft, die Konsumentenfinanzierung und die Marktfolge. In diesem Rahmen ist geplant, dass die LBB bei Bedarf gemeinsam mit Sparkassen weitere Unternehmen gründet, zum Beispiel regionale Marktfolgezentren.

Ausbau des Qualitätsmanagements

Qualität ist ein zentraler Unternehmenswert und Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Veränderungen im Markt und Kundenanforderungen müssen frühzeitig erkannt und einbezogen werden. Daher steht das Thema Qualitätsmanagement seit Anfang 2008 weit oben auf der Agenda. In allen Bereichen des Konzerns wurden Qualitätsinitiativen gestartet. Sie sollen nicht nur Produkte und Dienstleistungen für die Kunden verbessern, sondern auch die internen Abläufe und die Zusammenarbeit an Schnittstellen optimieren. Die aktive Steuerung der Prozesse und der Qualität der Leistungserbringung stellen eine dauerhafte Herausforderung an alle Mitarbeiter und Führungskräfte in der LBB dar. In der Marktfolge wurden die Managementsysteme der Risikobetreuung und des BankenService durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen nach der internationalen Qualitätsmanagementnorm ISO 9001:2008 zertifiziert.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2010

Die zu Beginn des Jahres einsetzende Konjunkturerholung der Weltwirtschaft hat sich auch in der zweiten Jahreshälfte, wenn auch in abgeschwächter Form, fortgesetzt. Getragen wurde das globale Wirtschaftswachstum vor allem von den asiatischen Schwellenländern, die bereits wieder ein Wirtschaftswachstum auf Vorkrisenniveau erreichten. Die meisten Industrieländer hingegen waren noch von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise beeinflusst. Der US-Wirtschaft machten die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Probleme am Immobilienmarkt zu schaffen. Die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum verlief sehr uneinheitlich. Während sich die Aussichten der von der Staatsschuldenkrise besonders betroffenen Länder deutlich eintrübten, expandierte die Wirtschaft vor allem in Deutschland kräftig und über den ursprünglichen Erwartungen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die zügige Erholung aufgrund massiver geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen in einen, insbesondere im Hinblick auf die private Nachfrage, sich selbsttragenden Aufschwung mündet.

Nach der Überwindung des Tiefpunkts der Wirtschaftskrise setzte Deutschland den bereits 2009 begonnenen Aufschwung fort und holte den konjunkturellen Einbruch zu großen Teilen auf. Größter Impulsgeber war die dynamische Entwicklung der Weltwirtschaft und damit einhergehend ein Anstieg der Exportnachfrage. Die hohen Ausfuhren, eine gestiegene Investitionstätigkeit der Wirtschaft und die im Jahresverlauf anziehende Binnennachfrage führten zum größten prozentualen Wertzuwachs im Bruttoinlandsprodukt seit der Wiedervereinigung. Positiv verlief zudem die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen. Als besonders stabil erwies sich der Arbeitsmarkt, der von Beschäftigungszuwachs und sinkender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war.

Auch in der Kernregion Berlin-Brandenburg hat sich im Jahr 2010 die wirtschaftliche Lage deutlich verbessert. So erreichte die Wirtschaftsleistung Berlins bereits das Vorkrisenniveau. Rückgrat des Zuwachses waren die robuste Industriekonjunktur und der Dienstleistungssektor. Hierbei ist besonders die Tourismusbranche hervorzuheben, die das Vorjahresniveau übertraf und erstmals die Marke von 20 Mio. Übernachtungen durchbrach. Die verbesserte Einschätzung der Unternehmen über die aktuelle Geschäftslage und die Geschäftserwartungen sowie die Beschäftigungsaussichten und Investitionspläne sind weiterer Ausdruck der wirtschaftlichen Erholung.

Das größte Risiko für die Wirtschaftsentwicklung und die Stabilität der europäischen Gemeinschaftswährung stellt die stark gestiegene Staatsverschuldung in einigen Euro-Staaten dar. Um die Staatsverschuldung zu begrenzen, sind Konsolidierungsprogramme und umfassende Reformen notwendig, die bereits von mehreren Mitgliedsstaaten beschlossen wurden. Dieser Reformprozess kann das Wirtschaftswachstum im Euroraum belasten. Zusätzlich haben sich die EU-Staaten im Mai 2010 auf einen Rettungsschirm für hoch verschuldete Mitgliedsländer verständigt. Dieser sieht neben Darlehen des Internationalen Währungsfonds (IWF) auch Kredite und Garantien der Euro-Staaten vor. In diesem Zusammenhang beschlossen die Finanzminister der 27 EU-Staaten Ende November die Eckpunkte eines künftig dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM).

Auf die Finanzkrise reagierten die Notenbanken mit deutlich gesenkten Leitzinsen und reichlicher Liquiditätsversorgung. Sowohl die US-Notenbank FED als auch die EZB behielten im Jahr 2010 die historisch niedrigen Leitzinsen bei. Nachdem die EZB zunächst den Ausstieg aus der unkonventionellen Geldpolitik plante, vollzog sie mit der Zuspitzung der Schuldenkrise einen Kurswechsel. Erstmals willigten die Währungshüter in den direkten Ankauf von Staatsanleihen ein.

Der Vertrauensverlust der Anleger in die Solidität der Staatsfinanzen führte erneut zu erheblicher Unsicherheit an den Finanzmärkten, die nur teilweise durch vertrauensbildende Maßnahmen wie dem Bankenstresstest und Euro-Rettungsschirm beseitigt werden konnte. Vor diesem Hintergrund bleibt das Umfeld für Finanzinstitute im Hinblick auf neue Regularien schwierig. Besonders die strukturellen Veränderungen im Bankgeschäft, wachsende Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung (Basel III), die Harmonisierung der Einlagen-

sicherung, aber auch die Einführung der Bankenabgabe zur Finanzierung eines nationalen Stabilitätsfonds stellen die gesamte Finanzbranche – und damit auch den Konzern – vor neue Herausforderungen. Darüber hinaus ist abzusehen, dass die Umsetzung der Änderungen internationaler Rechnungslegungsstandards und mögliche zukünftige Belastungen wie die Finanztransaktionssteuer und die Finanzaktivitätssteuer wesentliche finanzielle und organisatorische Auswirkungen auf das Bankengewerbe haben werden.

Ertragslage

in Mio. €	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderung	
	2010	2009 ¹⁾	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	725	862	-137	-16
Zinserträge	4.174	4.686	-512	-11
Zinsaufwendungen	3.449	3.824	-375	-10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	105	185	-80	-43
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	620	677	-57	-8
Provisionsüberschuss	274	262	12	5
Provisionserträge	421	395	26	7
Provisionsaufwendungen	147	133	14	11
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	7	-15	22	> 100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	349	478	-129	-27
Ergebnis aus Finanzanlagen	-22	-107	85	79
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	8	-14	22	> 100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	84	41	43	> 100
Verwaltungsaufwendungen	1.003	985	18	2
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	317	337	-20	-6
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	0	-8	8	100
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	317	329	-12	-4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	52	64	-12	-19
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	265	265	0	0
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	-2	15	-17	< -100
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	267	250	17	7

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Das Ergebnis vor Steuern lag nahezu auf Vorjahresniveau. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Vorjahr vor allem Wertaufholungseffekte das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten positiv beeinflusst hatten. Dem rückläufigen Zinsergebnis standen eine deutlich verringerte Risikovorsorge sowie eine positive Entwicklung beim Ergebnis aus Finanzanlagen gegenüber.

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebniskomponenten des Konzerns dargestellt:

Der Zinsüberschuss lag mit 725 Mio. € unter dem Vorjahreseergebnis von 862 Mio. €. Im Vorjahr konnten aufgrund der Zinsentwicklung erhöhte Erträge aus dem Geldhandel erzielt werden. Darüber hinaus stiegen die in das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten umzugliedernden Zinseffekte gegenüber dem Vorjahr um 65 Mio. € an.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	1.848	2.281	-19
Zinserträge aus Finanzanlagen	554	914	-39
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	10	12	-17
Sonstige Zinserträge	1.762	1.479	19
Summe der Zinserträge	4.174	4.686	-11
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	1.257	1.926	-35
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	72	91	-21
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
Sonstige Zinsaufwendungen	2.120	1.807	17
Summe der Zinsaufwendungen	3.449	3.824	-10
Zinsüberschuss	725	862	-16

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wies insgesamt einen Nettoaufwand von 105 Mio. € aus. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entsprach dies einer Reduzierung um 80 Mio. €. Die sich widerspiegelnde wirtschaftliche Erholung und die günstigeren wirt-

schaftlichen Rahmenbedingungen führten zu geringeren Abschreibungen und Wertberichtigungen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 24 Mio. € und höheren Auflösungen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 56 Mio. €.

in Mio. €	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	202	146	38
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	307	331	-7
Gesamt	105	185	-43

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 12 Mio. € auf 274 Mio. €. Hierzu trugen insbesondere gestiegene Erträge aus dem Kredit- und Kartengeschäft bei. Das Wertpapier- und Emissionsgeschäft entwickelte sich stabil.

in Mio. €	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	Veränderung in %
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	75	73	3
Zahlungsverkehr / Kontoführung	95	102	-7
Kreditgeschäft	27	23	17
Kartengeschäft	65	53	23
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	4	3	33
Sonstiger Provisionsüberschuss	8	8	0
Provisionsüberschuss	274	262	5

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen belief sich auf 7 Mio. € (Vorjahr: -15 Mio. €) bei einem im Rahmen von effektiven Hedgebeziehungen abgesicherten Gesamtvolumen von insgesamt 34,1 Mrd. €.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten verringerte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 129 Mio. € auf 349 Mio. €. Grund sind negative Wertanpassungen, ausgelöst durch die Ausweitung der Credit

Spreads der sogenannten „PIIGS“-Staaten. Während sich das Ergebnis der als „Handel“ klassifizierten Bestände um 255 Mio. € auf 292 Mio. € reduzierte, erhöhte sich das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) um 126 Mio. € auf 57 Mio. €. Zu berücksichtigen ist der im Vorjahr deutlich stärker ausgeprägte Wertaufholungseffekt bei den Finanzinstrumenten. Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten korrespondiert, wie oben erläutert, nicht unerheblich mit gegenläufigen Effekten im Zinsüberschuss (2010: 366 Mio. €, Vorjahr: 301 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 85 Mio. € auf –22 Mio. €. Der Saldo ist ganz wesentlich durch das Bewertungsergebnis in Höhe von –25 Mio. € (Vorjahr: –82 Mio. €) geprägt. Dem stand ein Veräußerungsergebnis in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: –25 Mio. €) gegenüber.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erhöhte sich um 22 Mio. € auf 8 Mio. € (Vorjahr: –14 Mio. €). Das Vorjahr war durch einen erhöhten Abschreibungsbedarf auf eine Beteiligung belastet.

Das sonstige betriebliche Ergebnis lag mit 84 Mio. € um 43 Mio. € über dem des Vorjahreszeitraums. Es enthält neben Erlösen aus Dienstleistungen des Bankenservice und Erträgen aus IT-Dienstleistungen auch Erträge aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten. Weiterhin sind Erträge aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen (11 Mio. €) enthalten.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich leicht um 18 Mio. € beziehungsweise 2 % auf 1.003 Mio. €. Sie beinhalten Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie andere Verwaltungsaufwendungen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %	
Personalaufwendungen	551	537	3	
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	55	62	–11	
Andere Verwaltungsaufwendungen	397	386	3	
Gesamt	1.003	985	2	

Der Personalaufwand belief sich auf 551 Mio. € nach 537 Mio. € im Vergleichsjahr. Die Abschreibungen und die anderen Verwaltungsaufwendungen bewegten sich mit zusammen 452 Mio. € auf Vorjahresniveau. Insgesamt blieben die Verwaltungsaufwendungen im laufenden Geschäftsjahr unter unseren Erwartungen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag enthalten neben den tatsächlichen Steuern in Höhe von 12 Mio. € auch Aufwendungen aus latenten Steuern von 40 Mio. €. Die niedrige Steuerquote von 16,4 % resultierte im Wesentlichen aus der Nutzung der vorhandenen steuerlichen Verlustvträge.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009 ¹⁾	Veränderung in Mio. €		in %
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern ²⁾	265	265	0	0	
Erfolgsneutrales Ergebnis ²⁾	31	468	–437	–93	
Gesamtergebnis der Periode	296	733	–437	–60	

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

Das **erfolgsneutrale Ergebnis** reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (468 Mio. €) um 437 Mio. €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr deutlich geringeren Wertaufholungen bei den AfS-Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise zurückzuführen.

Das operative Ergebnis/Ergebnis vor Steuern im **vierten Quartal des Geschäftsjahres 2010** betrug 102 Mio. € und erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresquartal um 72 Mio. €. Dazu trugen vor allem die Verbesserung des Zinsüberschusses und eine deutlich verringerte Risikovorsorge bei. Weiterhin zeigten sich positive Effekte im Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen und im sonstigen betrieblichen Ergebnis. Demgegenüber sanken die Ergebnisse aus Finanzanlagen und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten.

Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** konnte das operative Ergebnis um 76 Mio. € auf 149 Mio. € gesteigert werden (Vorjahr: 73 Mio. €).

Der Zinsüberschuss lag mit 404 Mio. € um 47 Mio. € beziehungsweise 13 % über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Das Stichtagsvolumen der Einlagen wuchs im Segment Private Kunden im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 7 %. Aufgrund der im Jahr 2009 erfolgreich eingeführten neuen Kontomodelle wurde im Jahr 2010 eine Steigerung der Kontoeröffnungen auf rund 89.200 neue Konten erreicht. Der Bestand in den neuen Kontomodellen erhöhte sich auf 716.400 Konten. Das Volumen der Neuvaluierungen der Hypothekenkredite wurde gegenüber dem Vorjahr um 22 % auf 190 Mio. € gesteigert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich deutlich um 18 Mio. € auf 42 Mio. €. Maßgeblich beeinflusst wurde diese Entwicklung durch den positiven Risikoverlauf im Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft.

Der Provisionsüberschuss lag mit 194 Mio. € um 7 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Während der Provisionsüberschuss im Kartengeschäft um 7 Mio. € gesteigert wurde, lag er aus dem Zahlungsverkehr mit 8 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Beim Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft wurde der Vorjahreswert leicht unterschritten (-3 Mio. €). Der Absatz von Publikumsfonds stieg im Vergleich zum Vorjahr um 8 % auf 339 Mio. €. Die Ausweitung des Absatzes von Versicherungsprodukten setzt sich weiter fort. Die nettopolicierte Beitragssumme lag im Berichtsjahr 8 % über dem Vorjahreswert. Insbesondere die Sachversicherungen trugen mit einer deutlichen Steigerung (+38 %) zum Wachstum bei. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) stiegen im Vergleich zum 31. Dezember 2009 sowohl die Provisionserträge (+9 %) als auch die Kreditkartenkonten (+10 %).

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis ist im Wesentlichen ein Sondereffekt aus dem Verkauf der Beteiligung ATOS Worldline Processing GmbH zu verzeichnen.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 442 Mio. € um 29 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Hierin enthalten sind Aufwendungen für Personalabbaumaßnahmen aufgrund der geplanten Umsetzung neuer Vertriebsstrukturen sowie ein erhöhter Aufwand für die im Jahr 2011 anstehende IT-Migration. In den Verwaltungsaufwendungen sind Abschreibungen in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) enthalten.

Das Segment **Firmenkunden** erzielte ein operatives Ergebnis in Höhe von 107 Mio. € und übertraf damit das Vorjahresergebnis um 19 Mio. € (Vorjahr: 88 Mio. €). Das Segment setzte damit seine positive Entwicklung auch im Jahr 2010 fort.

Das Zinsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich um 19 Mio. € auf 158 Mio. € gesteigert werden. Die Kreditrisikovorsorge stieg gegenüber 2009, die Gesamthöhe blieb aber mit 6 Mio. € auf niedrigem Niveau.

Das Volumen im Kreditneugeschäft stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30 %. Dennoch lag der Bestand an Kundenforderungen – nach Überleitungen an das Geschäftsfeld Kapitalmarkt – unter dem Bestand vom 31. Dezember 2009. Die Kundeneinlagen hingegen konnten auf bereits hohem Niveau nochmals leicht um 70 Mio. € auf 5.119 Mio. € ausgebaut werden.

Die Kundenzahl war aufgrund der Übergabe von Betreuungszuständigkeiten an andere Geschäftsfelder leicht rückläufig und betrug per 31. Dezember 2010 rund 64.400.

Der Provisionsüberschuss wurde um 8 Mio. € auf 42 Mio. € verbessert. Insbesondere stiegen die Erträge aus dem Exportfinanzierungsgeschäft.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 88 Mio. € nur leicht über Vorjahresniveau (86 Mio. €).

Das operative Ergebnis des Segments **Immobilienfinanzierung** betrug 172 Mio. € (Vorjahr: 191 Mio. €).

Stark beeinflusst wurde dieses Ergebnis durch Rückgänge im Zinsüberschuss um 37 Mio. € und beim Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten um 61 Mio. €. Die Verflachung der Zinskurve und die Schwankungen an den Märkten führten im Treasury der Berlin Hyp zu entsprechenden Reduzierungen gegenüber dem sehr ertragsstarken Jahr 2009.

Sehr erfolgreich war das Kerngeschäft (gewerbliches Immobilienfinanzierungsgeschäft). Durch das gute Neugeschäft und durch ein erfolgreiches Bestandsmanagement konnte der Zinsüberschuss auf 295 Mio. € (Vorjahr: 267 Mio. €) gesteigert werden.

Das Segment Immobilienfinanzierung profitierte 2010 von den positiven Entwicklungen des inländischen Immobilienmarkts und der europäischen Kernmärkte. Die positive Marktstimmung spiegelte sich auch im Neugeschäft des Geschäftsfelds wider. Das Kontrahierungsvolumen stieg auf 6,3 Mrd. € und lag damit deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres (4,8 Mrd. €). Unsere Risiko- und Margenanforderungen galten dabei unverändert. Der Bestand der Kundenforderungen im Kerngeschäft lag per 31. Dezember 2010 mit 26,3 Mrd. € um 0,6 Mrd. € höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Positiv auf das Segmentergebnis wirkten sich auch die deutlich geringere Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 74 Mio. € (Vorjahr: 140 Mio. €) und das verbesserte Provisionsergebnis von 26 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) aus.

Die Verwaltungsaufwendungen betrugen unverändert 115 Mio. €, darin enthalten sind wie im Vorjahr Abschreibungen in Höhe von 5 Mio. €.

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** entwickelte sich im Berichtsjahr positiv und erzielte ein operatives Ergebnis von 213 Mio. € (Vorjahr: 215 Mio. €). Trotz der hohen Volatilität an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten reichte das Ergebnis damit an das Vorjahr heran.

Die Bonitätskrise in der Eurozone führte zu einer deutlichen Ausweitung der Credit Spreads und damit zu Kursverlusten bei europäischen Staatsanleihen und Finanztiteln (insbesondere von den sogenannten „PIIGS“-Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien).

Der Zinsüberschuss sank im Vergleich zum Jahr 2009 um 87 Mio. € auf 346 Mio. €, im Wesentlichen verursacht durch den Rückgang der Erträge aus Geldhandelsgeschäften. Diese hatten im Vergleichszeitraum 2009 noch von der Sondersituation mit weit über den Tendersätzen der EZB liegenden Interbankensätzen profitiert.

Nettoaufösungen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, insbesondere aus der positiven Entwicklung von Kreditrisiken im Abbauportfolio Strukturierte Finanzierungen, führten im Berichtszeitraum zu einem Ertrag von 19 Mio. €. Im Vorjahr war keine nennenswerte Risikovorsorge ausgewiesen worden. Der Provisionsüberschuss lag 2010 mit 18 Mio. € um 1 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Aufgrund der beschriebenen Marktentwicklungen lag das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten mit einem Ergebnisbeitrag von 6 Mio. € um 7 Mio. € unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Das Ergebnis aus Finanzanlagen war mit –24 Mio. € um 71 Mio. € höher als 2009. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Vorjahresergebnis durch Impairments auf Fonds sowie geringere Wertansätze für Bondbestände isländischer Banken belastet gewesen war.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 155 Mio. € um 10 Mio. € höher als im Vorjahr. In den Verwaltungsaufwendungen sind Abschreibungen in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) enthalten.

Die Marktsituation der letzten Monate hat auch das Kundengeschäft beeinflusst, die Dynamik hat gegenüber dem Vorjahr deutlich nachgelassen.

Das Zertifikatevolumen stieg im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 0,4 Mrd. € auf 2,9 Mrd. €. Die Assets under Management der LBB-INVEST lagen mit 11,6 Mrd. € auf Vorjahresniveau.

Im Internationalen Geschäft wurde, trotz der teilweise im Jahresverlauf noch bestehenden Restriktionen im Kreditgeschäft, ein um 31 Mio. € höheres Kreditvolumen von 1,2 Mrd. € ausgewiesen. Erreicht wurde dies durch einige größere Geschäfte in der Zielregion (Mittel-/Osteuropa und GUS), die im Jahr 2010 um die Türkei erweitert wurde.

Das operative Ergebnis 2010 des Segments **Zinsmanagement** betrug –115 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Deren Basis bilden die sich aus dem zinstragenden Kundengeschäft der Bank ergebenden Positionen. Die Entscheidungen im Zinsmanagement fallen in die Zuständigkeit des Dispositionsausschusses, dem alle Mitglieder des Vorstands der Landesbank Berlin AG angehören. Die Durchführung der Beschlüsse erfolgt durch die jeweils produktverantwortlichen Bereiche im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Alle im Zinsmanagement abgebildeten Marktpreisrisiken sind in die Gesamtbankrisikosteuerung eingebunden und entsprechend limitiert.

Während des Jahres 2010 blieb das Niedrigzins-szenario zunächst intakt. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen sank bis Ende August auf 2,12 %. Vor dem Hintergrund der sich fortsetzenden konjunkturellen Stabilisierung der Eurozone – insbesondere Deutschlands – kam es danach zu einem deutlichen Anstieg der Kapitalmarktzinsen, der sich unter starken Schwankungen vollzog. Bei weiterhin guter Verankerung der Geldmarktzinsen angesichts unverändert niedriger Leitzinsen der Europäischen Zentralbank wurde die Zinsstrukturkurve zum Ende des Jahres wieder steiler.

Die bereits zuvor geübte Zurückhaltung bei Investitionen wurde auch in diesem Marktumfeld beibehalten.

Bestehende Transformationsrisikopositionen litten unter der beschriebenen Entwicklung der Kapitalmarktzinsen und wurden angesichts der Dynamik des sich fortsetzenden Zinsanstiegs im weiteren Verlauf des vierten Quartals abgesichert.

Eine zusätzliche Ergebnisbelastung ergab sich durch das starke Volumenwachstum bei zinsvariablen Kundeneinlagen. Deren bankinterner Verrechnungszins – aus historisch gültigen Zinssätzen abgeleitet – übertraf die zu aktuellen Marktzinsen vorgenommene neutralisierende Anlage im Zinsmanagement.

Infolge der Bilanzierungsregeln der Kategorisierung stehen den Zinsaufwendungen der Passiva im Zinsüberschuss weiterhin die Zinserträge der Sicherungsgeschäfte im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten gegenüber.

Das operative Ergebnis im Segment **Sonstiges** war im Berichtszeitraum begünstigt durch die Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 39 Mio. € auf –206 Mio. €.

Im Segment **Sonstiges** werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 28 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €).

Im Segment **Konsolidierung** werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2009 verringerte sich die Bilanzsumme um 12,3 Mrd. € auf 131,5 Mrd. € (31. Dezember 2009: 143,8 Mrd. €). Im Stichtagsvergleich ist vor allem eine deutliche Reduzierung der Geldmarktaktivitäten zu verzeichnen.

Die Forderungen an Kreditinstitute lagen mit 16,8 Mrd. € um 5,7 Mrd. € unterhalb des Vorjahresausweises. Der Rückgang betraf mit 4,7 Mrd. € insbesondere die Geldanlagen bei Kreditinstituten. Die Schuldscheindarlehen und die Kommunal-kredite gingen insgesamt um 0,8 Mrd. € zurück.

Die Forderungen an Kunden verringerten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 2,1 Mrd. € beziehungsweise 4 % auf 46,5 Mrd. €. Dies betraf überwiegend die Kommunal-kredite aufgrund von Fälligkeiten.

Der Bestand an Risikovorsorge im Kreditgeschäft konnte gegenüber dem Vorjahr um 58 Mio. € reduziert werden.

Die positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten lagen mit 1,2 Mrd. € um 0,2 Mrd. € über dem Vorjahresniveau (1,0 Mrd. €).

Die Marktwerte der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte verringerten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2009 (17,6 Mrd. €) um 0,4 Mrd. € auf 17,2 Mrd. €. Neben den Bestandsveränderungen wirkte sich die Veränderung des Zinsniveaus auf die Wertansätze der derivativen Finanzinstrumente aus.

Die Finanzanlagen reduzierten sich, insbesondere aufgrund von Fälligkeiten, gegenüber dem Vorjahr um 8 % auf 45,0 Mrd. € (Vorjahr: 48,7 Mrd. €).

AKTIVA

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Barreserve	830	1.342	-512	-38
Forderungen an Kreditinstitute	16.750	22.461	-5.711	-25
Forderungen an Kunden	46.468	48.592	-2.124	-4
Risikovorsorge	-1.058	-1.116	58	5
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.182	983	199	20
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	17.198	17.586	-388	-2
Finanzanlagen	45.013	48.687	-3.674	-8
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	90	106	-16	-15
Immaterielle Vermögenswerte	681	654	27	4
Sachanlagen	550	569	-19	-3
Investment Properties	59	86	-27	-31
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	55	34	21	62
Latente Ertragsteueransprüche	720	795	-75	-9
Sonstige Aktiva	2.927	3.043	-116	-4
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	12	13	-1	-8
Gesamt	131.477	143.835	-12.358	-9

Die nach der **Equity-Methode** bewerteten Anteile beliefen sich auf 90 Mio. € nach 106 Mio. € im Vorjahr. Veränderungen ergaben sich insbesondere durch den Abgang von Publikumsfonds.

Die **immateriellen Vermögenswerte** stiegen um 4 % auf 681 Mio. € (31. Dezember 2009: 654 Mio. €) und beinhalteten im Wesentlichen Geschäfts- und Firmenwerte von 591 Mio. € (31. Dezember 2009: 591 Mio. €). Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist auf aktivierte Eigenleistungen und Käufe im Zusammenhang mit der Umstellung des Kernbankensystems auf OSPlus zurückzuführen.

Die **Sachanlagen** reduzierten sich leicht um 3 % von 569 Mio. € auf 550 Mio. €.

Investment Properties (fremdgenutzte Immobilien) wurden mit 59 Mio. € und damit 27 Mio. € geringer ausgewiesen als im Vorjahr (86 Mio. €). Ausschlaggebend waren insbesondere Immobilienverkäufe im Berichtsjahr.

Die **tatsächlichen Ertragsteueransprüche** lagen mit insgesamt 55 Mio. € um 21 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Die **latenten Ertragsteueransprüche** reduzierten sich um 75 Mio. € auf 720 Mio. €.

Der Rückgang der **Sonstigen Aktiva** um 116 Mio. € auf 2.927 Mio. € ist überwiegend auf den Rückgang von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie reduzierten Forderungen aus gestellten Barsicherheiten zurückzuführen.

Der Ausweis unter **zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögensgegenständen und Abgangsgruppen** betraf hauptsächlich die beabsichtigte Veräußerung von Beteiligungen und Immobilien.

PASSIVA

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.840	41.370	-8.530	-21
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	36.092	35.129	963	3
Verbriefte Verbindlichkeiten	24.695	28.657	-3.962	-14
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2.000	1.624	376	23
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	27.669	28.321	-652	-2
Rückstellungen	1.192	1.214	-22	-2
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	120	136	-16	-12
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	15	15	0	0
Sonstige Passiva	1.884	2.113	-229	-11
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Nachrangkapital	2.248	2.544	-296	-12
davon Stille Einlagen	700	700	0	0
Eigenkapital	2.722	2.712	10	0
Gesamt	131.477	143.835	-12.358	-9

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 8,5 Mrd. € oder 21 % auf 32,8 Mrd. €. Der Rückgang betraf vor allem Geldmarktgeschäfte.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Mrd. € oder 3 % auf 36,1 Mrd. € und betrafen ganz überwiegend die Termin- und Sichteinlagen.

Das Volumen der **verbrieften Verbindlichkeiten** reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,0 Mrd. € oder 14 % und wird mit 24,7 Mrd. € ausgewiesen. Hiervon entfielen auf begebene öffentliche Pfandbriefe 7,9 Mrd. €, auf Hypothekendarlehen 8,3 Mrd. € und auf Schuldverschreibungen 7,9 Mrd. €.

Die **negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** erhöhten sich im Stichtagsvergleich um 0,4 Mrd. € auf 2,0 Mrd. €.

Das Volumen der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen** reduzierte sich unter anderem aufgrund von Bestandsveränderungen und des veränderten Zinsniveaus um 0,6 Mrd. € auf 27,7 Mrd. €.

Die **Rückstellungen** lagen mit 1,2 Mrd. € auf Vorjahresniveau. Den Auflösungen und Inanspruchnahmen in Höhe von insgesamt 0,1 Mrd. € standen Zuführungen in etwa gleicher Höhe gegenüber.

Bei der Bewertung der **Pensionsverpflichtungen** wurden die Anpassung des Rechnungszinses auf 5,4 % (31. Dezember 2009: 5,5 %), des Gehaltstrends (0,5 % bis 3,5 %, 31. Dezember 2009: 3,0 % bis 3,5 %), des Rententrends (1,0 % bis 2,2 %, 31. Dezember 2009: 1,0 % bis 3,0 %) sowie die Fluktuationsrate berücksichtigt. Diese Veränderungen erhöhten das Eigenkapital – vor latenten Steuern – um 31 Mio. €.

Die **Ertragsteuerverpflichtungen** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 16 Mio. € auf 135 Mio. €. Sie setzten sich aus den tatsächlichen Verpflichtungen (120 Mio. €) und den latenten Verpflichtungen (15 Mio. €) zusammen.

Der Posten **Sonstige Passiva** reduzierte sich im Vergleich mit dem Vorjahr um 0,2 Mrd. € auf 1,9 Mrd. € und beinhaltete insbesondere Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten (1,7 Mrd. €).

Das **Nachrangkapital** reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mrd. € auf 2,2 Mrd. € und beinhaltete nachrangige Verbindlichkeiten (1,5 Mrd. €) und stille Einlagen (0,7 Mrd. €). Der Rückgang im Berichtsjahr ist auf Fälligkeiten in entsprechender Höhe zurückzuführen.

Das **Konzerneigenkapital** belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 2,7 Mrd. €. Es lag damit auf Vorjahresniveau (vergleiche Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns). Zuwächse ergaben sich aus dem Konzernüberschuss (265 Mio. €) und den in den Neubewertungs- und Gewinnrücklagen erfassten Erfolgen (31 Mio. €). In der Neubewertungsrücklage schlugen sich insbesondere zeitweilige Wertschwankungen unserer Wertpapierbestände der Kategorie Available-for-Sale und von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges nieder. Reduzierungen des Eigenkapitals ergaben sich aus der Dividendenausschüttung gemäß Beschluss der Hauptversammlung der Landesbank Berlin Holding AG in Höhe von 140 Mio. € und bei den Anteilen im Fremdbesitz.

Die per 31. Dezember 2010 auf Ebene der RVG-Gruppe gemeldete **Gesamtkennziffer** für das haftende Eigenkapital betrug 16,89 %; die **Kernkapitalquote** lag bei 15,24 %. Die per 31. Dezember 2009 nach Feststellung der Jahresabschlüsse der LBB und der Holding gemeldete Gesamtkennziffer der RVG-Gruppe betrug 16,82 %; die Kernkapitalquote lag bei 14,45 %.

Für die LBBH-Gruppe erhöhte sich die Gesamtkennziffer per 31. Dezember 2010 auf 12,82 % (31. Dezember 2009: 11,79 %), die Kernkapitalquote wuchs auf 10,12 % (31. Dezember 2009: 8,50 %).

Eine Umkategorisierung von Wertpapieren gemäß IAS 39.50 aus den IFRS-Kategorien Held-for-Trading und Available-for-Sale nach Loans and Receivables wurde im Jahr 2010 nicht vorgenommen.

Der Bestand zum 31. Dezember 2010 an außerbilanziellen Finanzierungsinstrumenten nach Risikovor-sorge belief sich auf 5,4 Mrd. € (31. Dezember 2009: 5,7 Mrd. €). Die außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente beinhalten überwiegend Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Finanzlage

Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen. Mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen zu gewährleisten, wurden die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern jederzeit eingehalten. Darüber hinaus wird ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das sich auf das Beschaffungs- und das Fristenrisiko bezieht. Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Auslastung der Limite war im Jahresverlauf sowohl für das Beschaffungs- als auch das Fristenrisiko unbedenklich. Eine detaillierte Darstellung zur Steuerung und zum Controlling der Liquiditätsrisiken erfolgt im Risikobericht. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellung zur Kapitalflussrechnung.

Vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Situation an den Refinanzierungsmärkten stellte sich die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation des Konzerns geordnet dar. Dabei erfolgte die Refinanzierung schwerpunktmäßig über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten, hauptsächlich im deutschen Raum. Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise großvolumige Emissionen nicht wirtschaftlich nutzen ließen, führte die LBB die Mehrzahl der Refinanzierungen im Jahr 2010 mit Hilfe von Privatplatzierungen durch.

Das ausgewiesene Eigenkapital lag auf Vorjahresniveau. Die Entwicklung des Nachrangkapitals war geprägt durch Rückzahlungen fälliger Nachrangverbindlichkeiten. Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit unseren Kunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar. Die Sparkasse wird in ihrem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Die Refinanzierungssituation des Konzerns erlaubt – trotz schwieriger Marktverhältnisse – eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte.

Auswirkungen der Konsolidierung

Die Posten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie das Konzern-Bilanzvolumen werden maßgeblich durch die LBB und die Berlin Hyp bestimmt. Bezogen auf den Summenabschluss entfielen 90,8 % der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften (Vorjahr: 90,5 %).

Ereignisse nach dem 31. Dezember 2010

Der Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung der Berlin Hyp vom 9. Dezember 2010 zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die LBB gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung (§ 327a Abs. 1 Satz 1 AktG) wurde am 25. Januar 2011 in das Handelsregister eingetragen. Somit verfügt die LBB über 100 % der Anteile an der Berlin Hyp.

Für die WestLB AG, Düsseldorf, ist ein europarechtliches Beihilfeverfahren anhängig. Zum Ausgleich der erhaltenen Beihilfe hat die Bundesrepublik Deutschland der Europäischen Kommission neben weiteren Alternativen ein Konzept zur Aufteilung und geordneten Abwicklung der WestLB vorgeschlagen. Als Teil dieses Konzepts sollen bestimmte Geschäftsaktivitäten der WestLB, die für Sparkassen von Relevanz sind, in eine neu zu errichtende Verbundbank überführt werden, die anschließend über einen längeren Zeitraum hin in Teilen weiterveräußert, auf andere Einheiten überführt oder abgewickelt werden soll. Die deutschen Sparkassen und Landesbanken haben sich bereit erklärt, im Rahmen des Gesamtkonzepts einen Beitrag zur Errichtung der Verbundbank zu leisten und neben den Sparkassenverbänden in Nordrhein-Westfalen Eigentümer der Verbundbank zu werden. Die genaue Ausgestaltung der Eigentümerstruktur der Verbundbank steht noch nicht fest. Es besteht die Möglichkeit, dass sich Sparkassen und Landesbanken über ihre Sicherungseinrichtungen an der Verbundbank beteiligen oder dieser Garantien aussprechen. Die LBB wäre an derartigen Maßnahmen als Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beteiligt.

Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2010 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit oder auf Veranlassung oder im Interesse der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG und der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

Risikobericht

Rahmenbedingungen

Der Risikobericht des Konzerns Landesbank Berlin Holding (Konzern) enthält sowohl die nach den Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note 60 (Risikomanagement) enthalten. Ebenso sind die Angaben zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystem gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB enthalten.

Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) nimmt als Konzernobergesellschaft die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der Landesbank Berlin AG (LBB) und der LBB-INVEST.

Aus der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding.

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und uns jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach unseren internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben.

Im Berichtsjahr wurde analysiert, welche Auswirkungen die diskutierten Verschärfungen der Eigenkapitalanforderungen für Banken (Basel III) haben werden. Es wurde ein Umsetzungsprojekt gestartet. Wesentliche Ziele sind

- die Erarbeitung eines konkreten Umsetzungsplans auf Basis der finalen Papiere des Baseler Ausschusses,
- die Konkretisierung der Umsetzungserfordernisse durch Proberechnungen und Begleitung des Konsultationsprozesses,
- die Ermittlung der neuen Liquiditätskennziffern sowie
- die Weiterführung der laufenden Aktivitäten (Anpassung der Eigenmittelanforderung für das Handelsbuch, Optimierung der gewichteten Risikoaktiva und Anpassungen im Rahmen der MaRisk).

Die Anforderungen der Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) aus dem Jahr 2009, beispielsweise die Umsetzung gesamtbankweiter risikübergreifender Stresstests und Überwachung der Risikokonzentrationen bei Adressenausfallrisiken, sind vollständig umgesetzt.

Die BaFin hat im Dezember 2010 eine weitere Neufassung der MaRisk veröffentlicht. Der Konzern hat die neuen Anforderungen untersucht und sich am Konsultationsverfahren beteiligt. Wesentliche Anforderungen daraus betreffen die Aspekte

- Controlling der Liquiditätsrisiken und Aufbau der Liquiditätsreserve,
- erweiterte Anforderungen an Stresstests,
- Risikoinventur und Risikotragfähigkeit sowie
- Strategieprozess.

Die neue Fassung gilt mit Veröffentlichung; von aufsichtsrechtlichen Maßnahmen wird aber bis 31. Dezember 2011 seitens der Aufsicht abgesehen. Die neuen Anforderungen werden im Wesentlichen erfüllt und notwendige Ergänzungen werden innerhalb der gesetzten Fristen umgesetzt. Die Anforderungen an das Liquiditätsrisikomanagement kapitalmarkt-orientierter Institute traten unmittelbar mit Veröffentlichung in Kraft. Wir gehen davon aus, dass die Anforderungen an die Liquiditätsreserve bereits erfüllt werden.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Die Risikostrategie ist Teil der Gesamtbankstrategie der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der Landesbank Berlin AG (LBB) und leitet sich aus den strategischen Rahmenbedingungen ab. Sie gestaltet diese bezüglich der Übernahme von Risiken aus. Hierzu gehört insbesondere die Festlegung nicht strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht. Die Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns müssen dafür Sorge tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methode messbar sind.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Die zuständigen Risikocontrollingeinheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und dem Risikohandbuch.

Verantwortlichkeiten

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Konzern existieren die nachfolgend genannten Gremien im Risikomanagementprozess:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement.
- Im Kreditrisiko-Komitee erfolgt die Diskussion und Votierung konzeptioneller Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das Allgemeine-Produkt-Komitee koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und -früherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risiko und Controlling ist die unabhängige konzernweite Risikoüberwachungseinheit – bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Zusammen mit den Risikocontrollingeinheiten der Töchter Berlin Hyp und der Landesbank Berlin International S.A. sowie der Niederlassungen in London und Luxemburg übernimmt Risiko und Controlling das operative Risikocontrolling. Weiterhin erstellt und entwickelt der Bereich den monatlichen Top Management Report, in dem über die Finanz- und Risikolage des Konzerns berichtet wird.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im Konzern definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung der Handelseinheiten im Kapitalmarktgeschäft und die Risikosteuerung für das Bankbuch im Dispositionsausschuss. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury zuständig.

Gesamtrisikosteuerung

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting

gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management Reports und des Aufsichtsratsreports, in denen alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert der Konzern die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand des Konzerns als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Anteilseignerrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Währungsrisiken, Aktienkursrisiken),
- Immobilienrisiken und
- Operationelle Risiken.

Mit der Definition der Anteilseigner- und Immobilienrisiken als wesentliche Risiken werden über den MaRisk- und Marktstandard hinaus Konzernspezifika berücksichtigt.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko wird den nicht monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden.

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept. Das Konzept des internen Konsolidierungskreises (IKK) als Teil des Stufenkonzepts stellt sicher, dass für alle wesentlichen Risiken ein Prozess definiert ist, der die MaRisk-Anforderungen zum Risikomanagement auf Gruppenebene erfüllt. Für Gesellschaften innerhalb des IKK wird nach dem Transparenzprinzip eine risikoartenbezogene Einzelbetrachtung der Risiken vorgenommen. Alle anderen Gesellschaften außerhalb des IKK, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden als Anteilseignerrisiken dargestellt. Das Stufenkonzept wird regelmäßig überprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass wirtschaftlich wesentliche Risiken in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Grundsätzlich ist das Risikomanagement der Deckungsstöcke in das Gesamtrisiko-Risikomanagementsystem des Konzerns für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und monatlich im Rahmen des Top Management Reports dem Vorstand dargestellt. Der Vorstand der Berlin Hyp wird quartalsweise im Rahmen eines gesonderten Berichts über die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen sowie der internen Limite informiert.

Kapitalmanagement

Die Kapitalstrategie hat das Ziel, mittel- und langfristig eine angemessene regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung zu sichern. Hierzu werden Veränderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds und Anforderungen der Ratingagenturen analysiert und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im jährlichen Planungsprozess berücksichtigt beziehungsweise umgesetzt. Zielgrößen sind im Wesentlichen eine Kernkapitalquote von mindestens 8 % und eine Gesamtkennziffer von mindestens 10 % sowie ein Mindestrating im Single-A-Bereich. Die Kapitalsteuerung erfolgt konzernweit über das Kapitalmanagement-Komitee.

Aufsichtsrechtliche Eigenmittelbestandteile des Konzerns

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel werden auf Basis der HGB-Rechnungslegung der Unternehmen des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises bestimmt und unterscheiden sich dementsprechend von den bilanziellen Eigenmitteln.

Per 31. Dezember 2010 wurde der Begriff „Stille Einlagen“ im KWG gestrichen. Kapital, welches auf dieser Basis einem Kreditinstitut zur Verfügung

gestellt wird, darf nur noch eingeschränkt angerechnet werden. Die der LBB AG zur Verfügung gestellten 700 Mio. € dürfen gemäß Übergangsvorschrift des KWG bis zum 31. Dezember 2020 weiterhin zu 100 % angerechnet werden. Mit der Umsetzung von Basel III wird es eine erneute Änderung des KWG geben. Voraussichtlich wird die derzeitige Übergangsregelung gemäß KWG per 31. Dezember 2012 deutlich geändert. Ab dem 31. Dezember 2010 wird sie im Sonstigen Kapital ausgewiesen und ist nicht mehr Bestandteil des eingezahlten Kapitals.

Eigenmittelstruktur der LBBH in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Eingezahltes Kapital	2.557	2.557
Vermögenseinlagen Stiller Gesellschafter	0	700
Kapitalrücklagen	537	274
Sonstige anrechenbare Rücklagen	-978	-925
Sonstiges Kapital	700	0
Aktivischer Unterschiedsbetrag gemäß § 10a (6)	776	795
Immaterielle Vermögensgegenstände	-75	-44
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB	6	0
Sonstige Abzugsposten nach § 10 (2a)	-302	-284
Kernkapital für Solvenz Zwecke	3.221	3.073
Ergänzungskapital für Solvenz Zwecke (§ 10 (2b) KWG) und Drittrangmittel (§ 10 (2c) KWG)	860	1.186
nachrichtlich:		
Kapitalabzugspositionen insgesamt (nach § 10 (6) und (6a) KWG)	-603	-568
davon Abzugsbeträge nach § 10 (6a) 1 und 2 KWG	-376	-294
Modifiziertes verfügbares Eigenkapital und anrechenbare Drittrangmittel	4.081	4.259

Die nach IAS/IFRS bilanzierten Eigenkapitalbestandteile können der Note 19 (Eigenkapital) im Jahresabschluss des Konzerns entnommen werden.

Interne Kapitaladäquanz

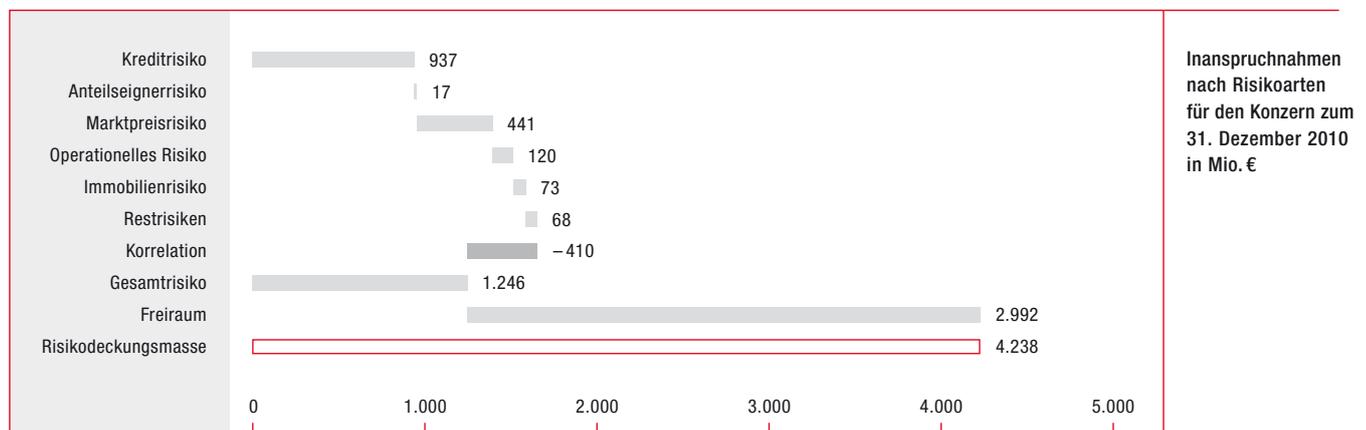
Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse wird im Rahmen der Mittelfristplanung berücksichtigt und ist darüber in den weiteren Prozessen, wie zum Beispiel die Planung von Kapitalmaßnahmen, berücksichtigt. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit im Planungszeitraum sicherzustellen.

Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert. Zur Vermeidung einer nicht steuerungsrelevanten Volatilität der Risikodeckungsmasse wird die Neubewertungsrücklage mit einem Durchschnittswert aus den vorangegangenen Drei-Monats-Ultimos ange-

setzt. Die Risikodeckungsmasse des Konzerns betrug per 31. Dezember 2010 4.238 Mio. € (Vorjahr: 4.365 Mio. €). Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch in Stresssituationen und bei der theoretischen Vollauslastung des aktuellen Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2010 im Konzern wie folgt dar:



Die Stresstests des Konzerns werden auf Basis von fünf Szenarien nach einheitlichem Verfahren durchgeführt. Dabei werden die Auswirkungen auf die wesentlichen Ertrags- und Risikokennzahlen und damit auf das bilanzielle, das ökonomische und

das regulatorische Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ermittelt. Die regulatorische und ökonomische Risikotragfähigkeit waren dabei aber jederzeit gegeben.

31.12.2010	Freiraum RTF in Mio. €	Kernkapitalquote SolvV %-Punkte	Gesamtkennziffer SolvV %-Punkte
Normal	2.992	10,1	12,8
Veränderungen Stresstest Stressszenario Rezession	-1.106	-2,4	-3,9

RTF: Risikotragfähigkeit, SolvV.: Solvabilitätsverordnung; die Darstellung enthält Werte nach Feststellung

Im dargestellten Szenario „Rezession“ werden die größten Auswirkungen auf die Kennzahlen simuliert. Die Parametrisierung dieses Szenarios entspricht in Anlehnung an die Anforderungen der MaRisk einer schweren wirtschaftlichen Krise. Die Effekte lassen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Kreditrisiko und im Marktpreisrisiko erklären.

Die ermittelte theoretische Erhöhung der Kreditrisikovorsorge und des Kreditrisikos bewirkt die Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa –600 Mio. € der hier ausgewiesenen –1.106 Mio. €. Darüber hinaus sind –1,3 %-Punkte der oben ausgewiesenen Kernkapitalquotenveränderung (–2,4 %-Punkte) durch das Kreditrisiko begründet.

Die theoretischen Veränderungen der Ergebnisse im Marktpreisrisiko führen zu einer Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa –430 Mio. € der oben ausgewiesenen –1.106 Mio. €. Darüber hinaus sind –1,0 %-Punkte der oben ausgewiesenen Kernkapitalquotenveränderung (–2,4 %-Punkte) durch das Marktpreisrisiko begründet.

Darüber hinaus wurde ein Prozess zur Identifikation, Steuerung und zum Reporting von Risikokonzentrationen etabliert.

Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft im Jahr 2007 gehört die LBBH-Gruppe aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen nachfolgend die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene des Einzelinstituts LBB sowie der Gruppen LBBH und RVG aus.

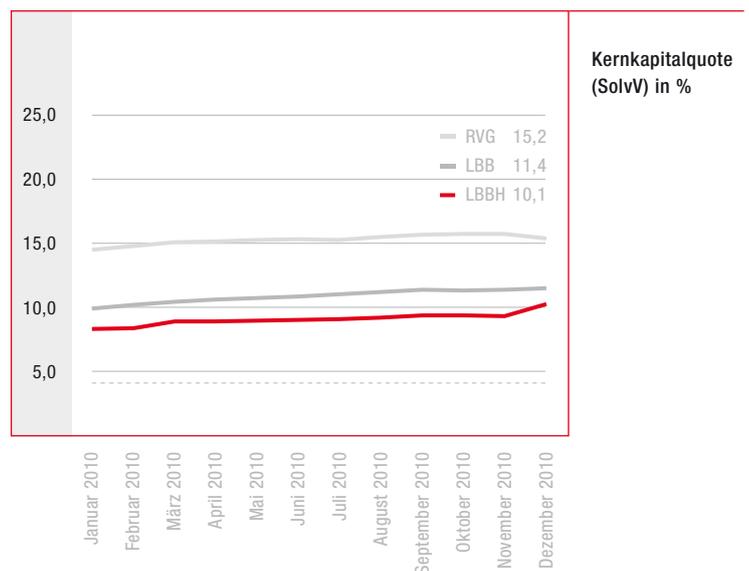
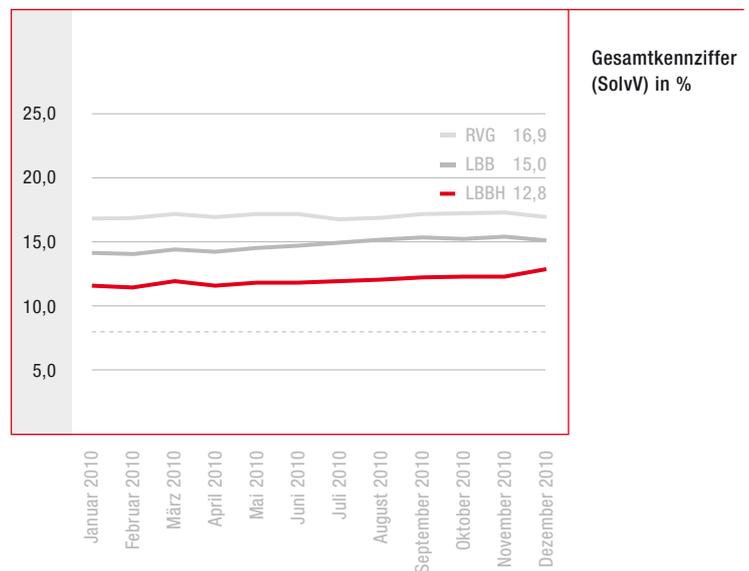
Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte. Per 31. Dezember 2010 werden für die LBB und LBBH-Gruppe die Werte nach Feststellung des Jahresabschlusses dargestellt. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBBH-Gruppe (LBB) betragen nach Feststellung per 31. Dezember 2010 4.081 Mio. € (3.405 Mio. €). Die Änderung der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2010 resultiert insbesondere aus der durch die S-Erwerbsgesellschaft erfolgte Abschreibung von 11% auf den Buchwert der gehaltenen Anteile an der Holding.

Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8% bei der Gesamtkennziffer und 4% bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor zu erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80% unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird den Eigenmitteln der Bank gegenübergestellt. Hierbei darf der Wert der Eigenmittel nicht überschritten werden. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung laufend eingehalten.

Die Landesbank Berlin hat an den EU-weiten aufsichtsrechtlichen Stresstests als eine von 14 deutschen Banken teilgenommen. Die Kernkapitalquote, die unser Haus im adversen Szenario dieses Stresstests unter Berücksichtigung des Sovereign-Risk-Schocks erreichte, betrug 11,2% und lag damit deutlich oberhalb der von den Aufsichtsbehörden vorgesehenen Grenzquote von 6%.



Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

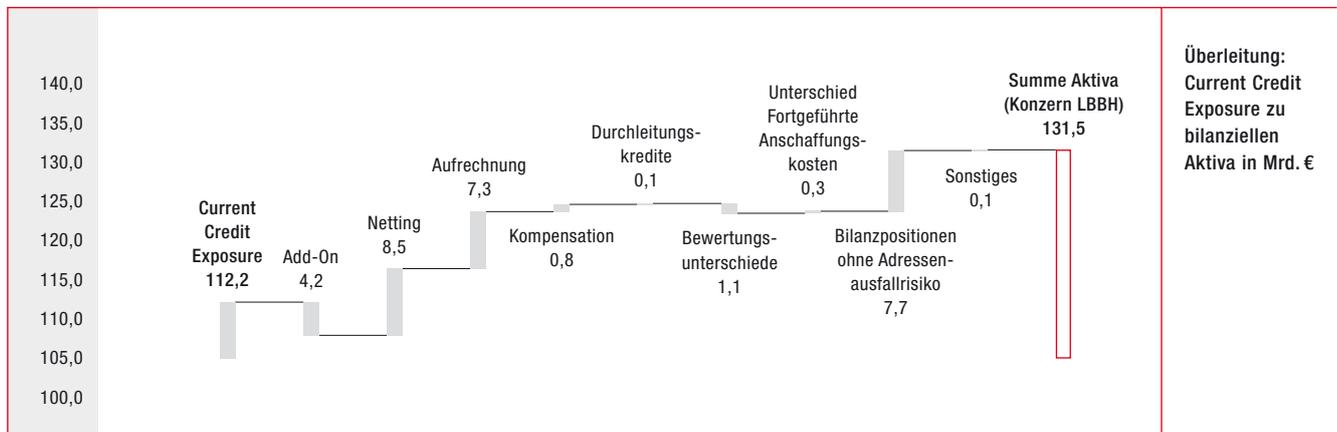
Ziel eines jeden Geschäfts ist es, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und damit zu einer kontinuierlichen Wertsteigerung des Konzerns zu leisten. Geschäfte sind nur innerhalb bestehender Limite für die mit dem Engagement verbundenen Adressenausfallrisiken zulässig. Für die Einräumung von Handelslimiten gelten besondere Prozesse. Risikokonzentrationen hinsichtlich Einzeladressen („Klumpen“), Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten.

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe. Unter diesem Gesichtspunkt werden im Folgenden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen übernommen.

Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem CCE und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Geschäften in Wertpapieren und Derivaten wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das CCE berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt.
- Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
- Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für den Konzern darstellen, werden nicht einbezogen.

Unter Berücksichtigung der dargestellten methodischen Unterschiede ist eine Überleitung des CCE auf die bilanziellen Aktiva möglich. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den bilanziellen Aktiva auch Bilanzpositionen ohne Adressenausfallrisiko – zum Beispiel immaterielle Vermögensgegenstände oder Sachanlagen – enthalten sind. In der folgenden Grafik werden die wesentlichen Unterschiedseffekte zu den bilanziellen Aktiva dargestellt.



Das gesamte CCE des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2010 rund 112 Mrd. €. Dabei entfielen etwa 39 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von rund 74 Mrd. € im CCE enthalten.

Der überwiegende Teil des CCE entfiel auf die strategischen Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung.

Neben dem CCE wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich auch nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposure sowie des CCE ergab sich für den Konzern zum 31. Dezember 2010 folgende Aufteilung nach den strategischen Geschäftsfeldern:

STRATEGISCHES GESCHÄFTSFELD

in Mio. €	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Private Kunden	11.005	10.617	4.879	4.624	4.019	3.875	860	750
Firmenkunden	6.877	7.040	4.940	5.053	4.940	5.053	0	0
Immobilienfinanzierung	51.000	53.196	47.802	50.419	27.151	26.898	20.651	23.521
davon Hypothekendarlehen	29.980	28.771	26.971	26.062	26.971	26.062	0	0
Kapitalmarktgeschäft	42.996	45.655	42.634	45.284	2.390	3.568	40.244	41.716
Sonstige	11.994	13.804	11.994	13.803	2	2	11.991	13.801
Konzern LBBH	123.871	130.312	112.248	119.183	38.502	39.396	73.746	79.787

Hier und in allen folgenden Tabellen werden Werte kaufmännisch gerundet, so dass es dazu kommen kann, dass die angegebenen Summenwerte geringfügig von der Summe der Einzelpositionen abweichen.

Der Konzern geht vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung

betreut der Konzern Kunden mit Beleihungsobjekten im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im In- und Ausland.

CCE REGIONALE VERTEILUNG

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2010 in Mio. €	2009 in Mio. €	2010 in %	2009 in %	2010 in Mio. €	2009 in Mio. €	2010 in %	2009 in %
Deutschland	32.062	32.386	83	82	37.037	39.639	50	50
Berlin	14.104	14.896	37	38	4.850	4.313	7	5
Alte Bundesländer	13.458	12.962	35	33	29.225	32.332	40	41
Neue Bundesländer	4.501	4.528	12	11	2.962	2.994	4	4
Ausland	6.389	6.923	17	18	36.709	40.147	50	50
EU	4.403	4.290	11	11	27.721	40.147	38	50
Rest Ausland	1.986	2.633	5	7	8.988	0	12	0
Sonstige	51	87	0	0	0	0	0	0
CCE Konzern LBBH	38.502	39.396	100	100	73.746	79.787	100	100

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkunden-

geschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

CCE BRANCHENAUFTEILUNG

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2010 in Mio. €	2009 in Mio. €	2010 in %	2009 in %	2010 in Mio. €	2009 in Mio. €	2010 in %	2009 in %
Immobilienfinanzierung	21.827	20.373	57	52	310	273	0	0
Kreditgewerbe	3.553	4.493	9	11	51.789	58.182	70	73
Enthaftetes Geschäft (DetV)	2.628	3.450	7	9	1.940	14	3	0
Privatpersonen	3.779	3.801	10	10	0	1	0	0
Handel & Gewerbe	2.305	2.084	6	5	356	587	0	1
Dienstleistungen	2.378	2.486	6	6	327	1.139	0	1
Gesundheit & Soziales	837	816	2	2	1	1	0	0
Gebietskörperschaften	340	566	1	1	18.194	18.762	25	24
Beteiligungsgesellschaften	474	723	1	2	438	421	1	1
Versicherungen	28	26	0	0	120	131	0	0
Chemische Industrie	26	25	0	0	116	123	0	0
Sonstige	328	551	1	1	154	153	0	0
CCE Konzern LBBH	38.502	39.396	100	100	73.746	79.787	100	100

Aus der Aufgliederung nach Restlaufzeiten ist im Bereich der Kreditrisiken über einem Jahr unser Engagement in Immobilienfinanzierungen ersichtlich.

CCE RESTLAUFZEITEN

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2010 in Mio. €	2009 in Mio. €	2010 in %	2009 in %	2010 in Mio. €	2009 in Mio. €	2010 in %	2009 in %
unter drei Monate	6.162	6.426	16	16	6.606	7.852	9	10
drei Monate bis ein Jahr	1.720	2.380	4	6	9.175	10.193	12	13
ein Jahr bis fünf Jahre	12.022	9.981	31	25	41.497	42.629	56	53
über fünf Jahre	18.598	20.609	48	52	16.468	19.113	22	24
CCE Konzern LBBH	38.502	39.396	100	100	73.746	79.787	100	100

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Gesamtengagement des Konzerns in solchen Ländern, deren Staatsverschuldungen im Jahr 2010 in das Zentrum

der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt sind. Der darin enthaltene Anteil der Staatsfinanzierungen beträgt 4 % des Konzernengagements in allen EU-Länder.

CCE AUSGEWÄHLTE STAATEN

in Mio. €	31.12.2010	
	Current Credit Exposure	Netto CCE
Griechenland		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	51	155
Staat	364	364
Irland (Republik)		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.188	1.059
Staat	0	0
Italien		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	2.916	2.940
Staat	510	510
Portugal		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	239	388
Staat	0	0
Spanien		
Nichtstaatliche Kreditnehmer	3.317	3.188
Staat	404	460
CCE ausgewählte Staaten	8.989	9.064

Das Netto CCE setzt sich aus dem Current Credit Exposure abzüglich Sicherheiten plus Risikübertrag aus Garantiebeziehungen (garantierte Emissionen und Kreditversicherer) zusammen.

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bilden Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 31 Mrd. € das wesentliche Element. Darüber hinaus werden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting im Umfang von rund 8 Mrd. € reduziert. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, sogar bei dessen Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen. Kreditderivate werden in Höhe von etwa 5 Mrd. € und Collaterals mit einem Volumen von rund 2 Mrd. € berücksichtigt.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten erfolgt in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich, bei kritischen Engagements jedoch in kürzeren Intervallen. In diesem Rahmen werden die Sicherheiten gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen.

Die Überwachung der Immobilien setzt die LBB gemäß § 20a Abs. 6 KWG um. Bewertungen inländischer und ausländischer Immobilien werden turnusbezogen alle drei Jahre beziehungsweise ab einem Kreditrestbetrag und Beleihungswert ab 1,5 Mio. € jährlich überprüft. Anlassbezogen wird die Bewertung

bei eingetretenem 90-Tage-Verzug, Kenntnis über den gesunkenen Marktwert der Immobilie oder bei Ratingverschlechterung überprüft. Die Marktschwankungskonzepte des Zentralen Kreditausschusses für Wohnen und Gewerbe werden angewendet. Entsprechend der strategischen Ausrichtung des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung liegt der Schwerpunkt des Portfolios und demzufolge auch der Großteil der Sicherheiten in den alten Bundesländern.

Kreditrisikomessverfahren

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert und führen zu einer Einstufung innerhalb der 25-stufigen Rating-Masterskala. Diese Masterskala wird in allen strategischen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Der Konzern verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die er in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig durch das Kreditrisikocontrolling überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling nimmt die Aufgaben der Adressrisikoüberwachungseinheit nach § 152 der SolV wahr.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die 25-stufige Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergabe-richtlinien, für die Intensität der Kreditüberwachung und bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem sogenannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposures, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden im Konzernkreditrisikoreport dargestellt. Dieser wird durch eine monatlich dem Vorstand vorgelegte detaillierte Aufgliederung der Risikokonzentrationen ergänzt.

Im Jahr 2010 wurde das Kreditportfoliomodell umfassend überarbeitet. Eine wesentliche Veränderung ist die Ausrüstung des Modells mit einem „Migration Mode“. Dieser ermöglicht die modellhafte Berücksichtigung von Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente aufgrund von Ratingmigrationen. Die Inbetriebnahme der neuen Modellversion erfolgte zum Jahresanfang 2011.

Kreditqualität

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

KREDITQUALITÄT

Risikoklassen	Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2010	2009	2010	2009
in Mio. €				
1 bis 3	23.681	22.648	71.487	76.494
4 bis 7	5.611	6.713	1.447	2.287
8 bis 12	4.214	3.910	396	528
13 bis 15	895	997	146	136
keine Risikoklasse verfügbar	400	469	217	212
CCE Konzern LBBH – weder überfällig noch wertgemindert	34.801	34.738	73.693	79.658
<i>Anteil am Gesamt-CCE Konzern LBBH</i>	<i>90,4 %</i>	<i>88,2 %</i>	<i>99,9 %</i>	<i>99,8 %</i>
Gesamt-CCE Konzern LBBH	38.502	39.396	73.746	79.787

Kreditüberwachung

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und -überwachung abgeleitet.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

Einzelkreditnehmerlimite

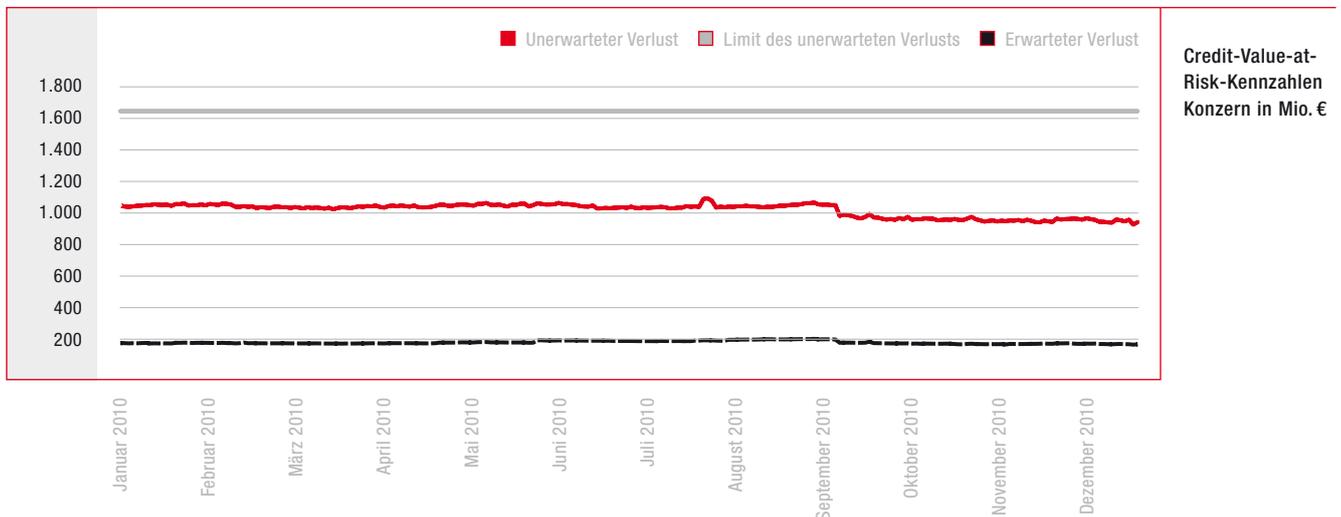
Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmerebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgen dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der strategischen Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für den Konzern der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2010 dargestellt. Die Schwankung des unerwarteten Verlusts im Juli resultiert aus der Umschichtung eines Kreditengagements. Die Reduktion des unerwarteten Verlusts (99,9 %) im September ist auf den Ausfall eines größeren Kreditnehmers zurückzuführen. Bereits ausgefallene Kreditnehmer gehen nicht mehr in die Berechnung der Kreditrisikokennzahlen ein, die sich dadurch reduzieren. Die Wertkorrekturen der Engagements werden im Rahmen der Kreditrisikovorsorgeprozesse auf die Risikodeckungsmasse angerechnet.



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die Limit-höhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand beschlossen.

Länderlimite beschränken das Netto Potential Future Exposure (Netto PFE). Dies entspricht dem CCE

inklusive Add-Ons nach Berücksichtigung der Sicherheiten. Im Herbst 2010 hat der Konzern beschlossen, auch für einige EU-Länder Limite einzuführen, insbesondere für Portugal, Spanien, Irland, Italien und Griechenland. Wie im Folgenden dargestellt, führt dies zu einer starken Verringerung des Netto PFEs in der unlimitierten Eurozone und zu einer Erhöhung der Werte für limitiertes Auslandsvolumen mit geringem Transferrisiko.

Auslandsvolumen

in Mio. €	Netto PFE	
	2010	2009
Ohne Limitierung des Auslandsvolumens	26.980	39.253
Eurozone	11.762	23.304
Rest EU	8.233	8.022
Europa	1.466	1.538
Nordamerika	5.519	6.389
Limitiertes Auslandsvolumen mit	12.498	2.058
geringem Transferrisiko	12.159	1.695
mittlerem Transferrisiko	296	314
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	43	49
Konzern	39.478	41.311

Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in

Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden. Im Rahmen der Sanierung kam es bei Engagements mit einem CCE in Höhe von 77,4 Mio. € zu Konditionsanpassungen ohne Bildung einer Wertberichtigung.

Im Folgenden findet sich eine Unterteilung des Portfolios mit Kreditrisiken nach Good Loans, Subperforming Loans und Nonperforming Loans sowie nach Alter der Forderung. Zusätzlich werden die Exposure von Kreditnehmern, die in Verzug sind, aber nicht wertberichtigt wurden, ausgewiesen. Gleichzeitig wird die Höhe der rückständigen Leistungen für diese Teilportfolien wiedergegeben.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

ALTERSSTRUKTUR KREDITRISIKO

per 31.12.2010 in Mio. €	Alter				Summe	Sicherheiten ¹⁾	Wertberichtigungen ²⁾
	< 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre	> 10 Jahre			
Good Loans	4.707	13.551	3.497	12.853	34.608	28.499	117,6
davon Verzug	196	117	57	304	674		
davon Rückständige Leistungen	0	2	3	90	96		
Subperforming	118	511	45	473	1.146	805	117,6
davon Verzug	6	53	7	86	151		
davon Rückständige Leistungen	0	15	0	65	80		
Nonperforming	432	1.012	291	1.012	2.748	1.680	953,6
davon Verzug	134	200	2	58	394		
davon Rückständige Leistungen	1	15	0	8	23		
Kreditrisiko des Konzerns LBBH	5.257	15.074	3.833	14.338	38.502		
davon Verzug	336	370	66	448	1.220		
davon Rückständige Leistungen	1	32	3	163	199		

¹⁾ gemäß Regelwerk anerkannte Sicherheiten sowie weitere wirtschaftlich anrechenbare Absicherungen

²⁾ bei Good Loans und Subperforming Loans: Portfolio- und Länderwertberichtigungen;

bei Nonperforming Loans: Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen

ALTERSSTRUKTUR KREDITRISIKO

Vergleichswerte des Vorjahres

per 31.12.2009 in Mio. €	Alter				Summe	Sicherheiten ¹⁾	Wertberichtigungen ²⁾
	< 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre	> 10 Jahre			
Good Loans	5.074	16.037	4.178	9.762	35.050	26.932	146
davon Verzug	184	684	72	369	1.310		
davon Rückständige Leistungen	1	9	10	120	140		
Subperforming	321	513	50	421	1.305	842	146
davon Verzug	112	54	6	136	307		
davon Rückständige Leistungen	0	10	0	95	105		
Nonperforming	243	1.191	395	1.212	3.041	2.002	988
davon Verzug	27	95	4	84	210		
davon Rückständige Leistungen	0	10	1	16	27		
Kreditrisiko des Konzerns LBBH	5.638	17.741	4.623	11.395	39.396		
davon Verzug	323	834	82	588	1.827		
davon Rückständige Leistungen	1	28	11	231	271		

¹⁾ gemäß Regelwerk anerkannte Sicherheiten sowie weitere wirtschaftlich anrechenbare Abschirmungen

²⁾ bei Good Loans und Subperforming Loans: Portfolio- und Länderwertberichtigungen;
bei Nonperforming Loans: Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen

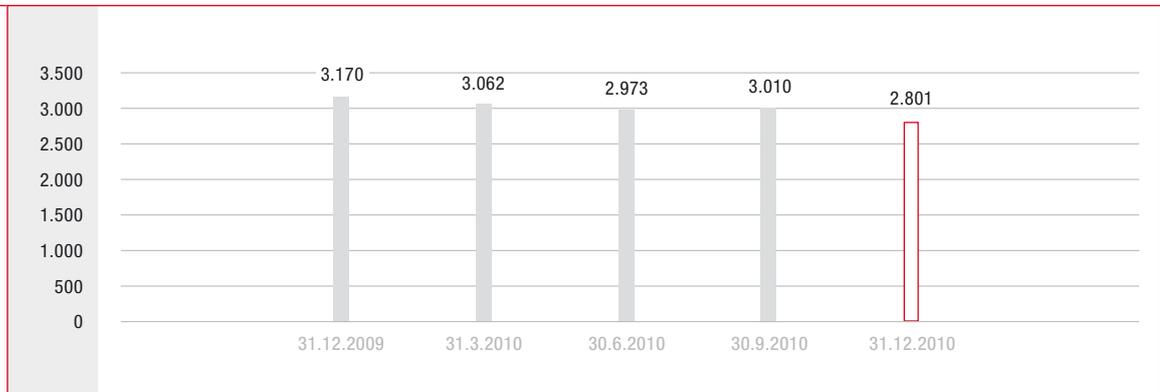
Aufgrund der weitgehend risikoarmen Struktur der Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken bestehen in diesen Bereichen so gut wie keine Sub- oder Nonperforming Loans.

ALTERSSTRUKTUR KREDITRISIKO EMITTENTEN-, KONTRAHENTEN- UND KREDITNEHMERRISIKEN

in Mio. €	Alter								Summe		in % ¹⁾	
	0 bis 3 Monate		3 Monate bis 1 Jahr		1 bis 5 Jahre		> 5 Jahre		2010	2009	2010	2009
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009				
Subperforming	0	0	20	0	92	94	34	42	146	136	0,20	0,17
Nonperforming	0	0	25	15	11	69	18	46	53	130	0,07	0,16
Summe	0	0	45	15	102	163	51	88	199	266	0,27	0,33

¹⁾ vom CCE der Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken

Current Credit Exposure der Nonperforming Loans in Mio. €



Das CCE der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist im Berichtsjahr gesunken. Der Anteil am Gesamtexposure des Konzerns lag zum 31. Dezember 2010 bei 2,5 % (Vorjahresstichtag: 2,7 %).

Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

In einem Report an den Vorstand wird monatlich sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Ergebnisse der oben beschriebenen Parameter des Kreditrisikomessverfahrens (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote) ein.

Anteilseignerrisiken

Das Anteilseignerrisiko umfasst das Risiko von Verlusten aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital und eigenkapitalnahen Mitteln an Dritte. Das betrifft in Beteiligungen gebundenes Kapital wie auch mit den Beteiligungen verbundene weitere Verpflichtungen.

Für das Beteiligungsportfolio ist die Fokussierung auf unternehmerisch vorteilhafte, die Wertschöpfungskette unterstützende Beteiligungen vorgesehen. Die Reduktion des Beteiligungsbestands um nicht mehr benötigte oder in Abwicklung befindliche Beteiligungen wird fortgesetzt.

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstestings wurden als maßgebliche Risikofaktoren die Bonität der Beteiligungen, deren Ertragskraft und deren Unternehmenswerte identifiziert. Dabei erfolgt eine Variation der Parameter Ratingeinstufungen, Beteiligungserträge und Wertberichtigungen.

Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den strategischen Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortlich werden. Das strategische Geschäftsfeld, dem die jeweiligen Anteile zugeordnet wurden, trägt die Verantwortung für die risiko- und ergebnisorientierte Steuerung der Beteiligungen. In der Risikostrategie der jeweiligen strategischen Geschäftsfelder werden die Beteiligungen berücksichtigt und Aussagen über die strategische Ausrichtung getroffen. Der Vorstand der LBB wird monatlich im Rahmen des Top Management Reports über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, wurden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Insgesamt hat sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr durch Verkäufe beziehungsweise Liquidationen um rund 1,5 Mio. € oder 8 % reduziert. Mit der Atos Worldline Processing GmbH ist eine wesentliche Beteiligung zur Jahresmitte 2010 veräußert worden.

Aufgrund der erfolgten Abgänge und da keine wesentlichen Neuengagements geplant sind, wurde das Limit für Anteilseignerrisiken im Berichtsjahr entsprechend gesenkt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Die Gewährleistung der zentralen Liquiditätsversorgung des Konzerns ist Aufgabe des Bereichs Treasury und Trading im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen.

Auswirkungen der Finanzkrise

Die seit Ausbruch der Finanzkrise 2007 eingeschränkte Funktionsfähigkeit der Refinanzierungsmärkte bestand auch im Jahr 2010 fort. Sie wurde insbesondere durch Unsicherheiten über die Zahlungsfähigkeit der Staaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien ausgelöst. Die Märkte sind weiterhin abhängig von massiven Unterstützungsmaßnahmen durch Staaten und deren Notenbanken, auch wenn seit dem dritten Quartal mit dem Auslaufen von zwei Jahrestendern eine Tendenz zur Reduzierung der Maßnahmen durch die EZB erkennbar ist. Von einer Normalisierung der Märkte kann jedoch nicht gesprochen werden.

In diesem herausfordernden Umfeld ist die Refinanzierungs- und Liquiditätssituation der LBB als geordnet zu bezeichnen. Für die LBB hat sich diese Entwicklung eher in den Refinanzierungspreisen statt in den Volumina niedergeschlagen. Im gesamten Jahresverlauf gelang es, das Geschäftsvolumen vollständig und unter Aufrechterhaltung angemessener Reserven in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten zu refinanzieren.

Grundlagen und Liquiditätskennziffer

Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

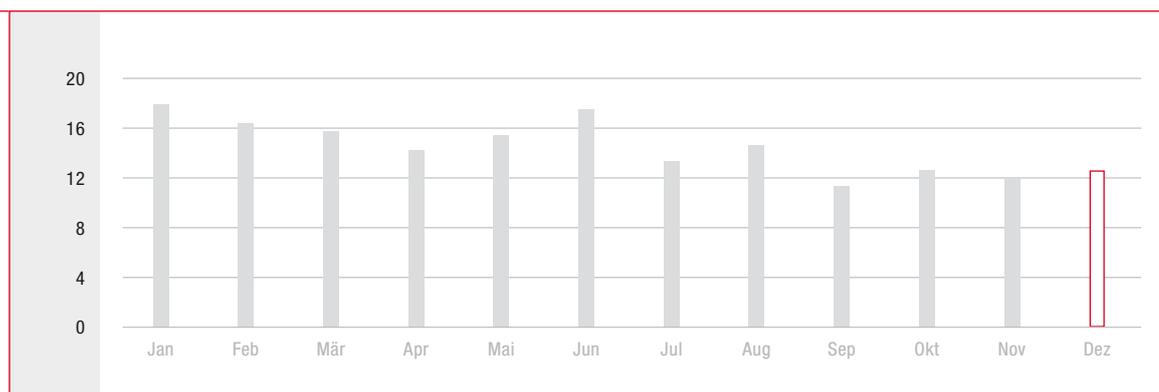
Die Liquidität der Bank gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens

abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 360 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo bis zum 15. Werktag des Folgemonats an die Bundesbank gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten für Vermögenswerte ergeben sich die kumulierten Zahlungsmittelüberschüsse der LBBH auf 360 Tage gemäß Liquiditätsverordnung:

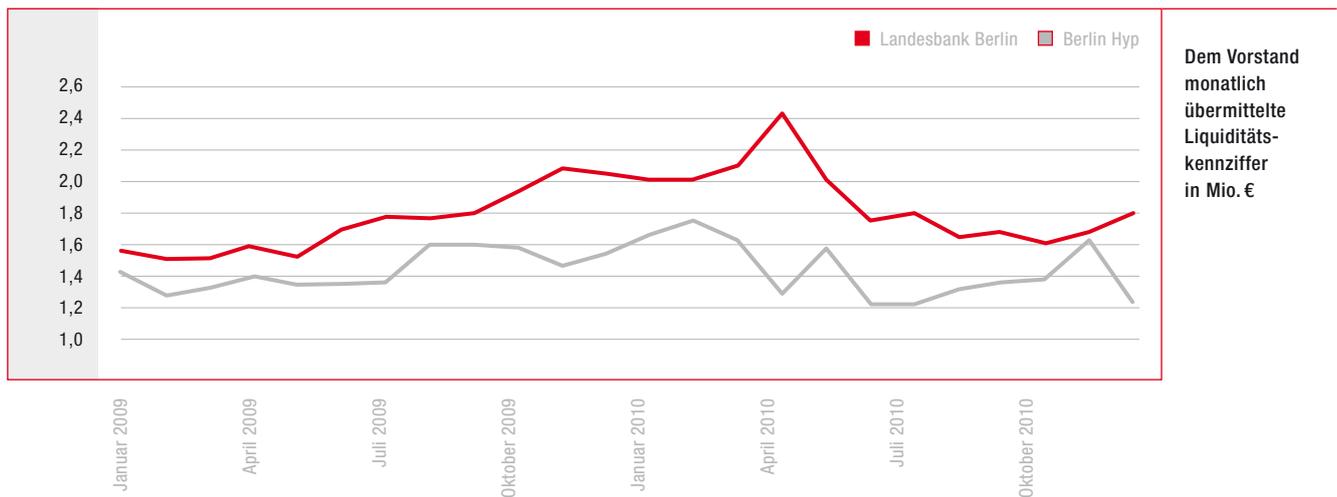
Kumulierter Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage des LBBH-Konzerns in Mrd. €



Es ist erkennbar, dass durch das Liquiditätsmanagement jederzeit ein positiver Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage sichergestellt wurde.

Die interne Liquiditätsrisikomessung und -steuerung des Konzerns wird im Folgenden beschrieben und erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva decken zu können.

Die folgende Grafik zeigt die dem Vorstand monatlich übermittelte Liquiditätskennziffer.



Die Liquiditätskennziffern wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo ergeben sich folgende Zahlen:

Liquiditätskennziffer	2010	2009
Landesbank Berlin	1,81	2,05
Berlin Hyp	1,23	1,54

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für den Konzern ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisikoccontrolling vorgenommen, das sich grundsätzlich an der Methodik der Liquiditätsverordnung orientiert.

Es wurden jedoch zusätzliche Stresstests mit Modellparametern eingeführt, die zwar auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung basieren, aber zum Teil deutlich konservativer angesetzt sind.

Das interne Liquiditätsrisikoccontrolling ist unterteilt in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Grundlage für alle Liquiditätsrisikobetrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. Basis der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling darauf überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen unter anderem den teilweisen Abfluss kurzfristiger Einlagen, die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien, Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen und auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die Bankenaufsicht (BaFin) informiert. Das interne

Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2010 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stress-tests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

Risikokonzentrationen

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu circa 80 % im deutschen Raum. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird.

Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise die unbesicherten Bondmärkte mit großvolumigen Emissionen nicht wirtschaftlich nutzen ließen, führte die LBB die Mehrzahl der notwendigen Refinanzierungen im Jahr 2010 mit Hilfe von Privatplatzierungen durch. Bei Neuemissionen von Pfandbriefen der LBB wurde im Berichtsjahr auf Jumbotransaktionen verzichtet, da sich auch hier Privatplatzierungen als wirtschaftlich sinnvollere Alternative gezeigt haben. Der Absatz sowohl der gedeckten als auch der ungedeckten Neuemissionen erfolgte mit einem Anteil von mehr als 90 % im Inland.

ANGABEN AUS DER BILANZ (PASSIVA)

in %	2010	2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25,0	28,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27,5	24,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	18,7	19,9
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	21,1	19,7
Andere Passiva	7,7	7,2
Bilanzsumme Konzern	100,0	100,0

Restlaufzeitengliederung

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen des Konzerns per 31. Dezember 2010 gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Daten basieren auf der Kapitalablaufbilanz des internen Liquiditätsrisikocontrollings. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Sicht, die sich wie im IFRS 7 vorgegeben von den Angaben in der Bilanz unterscheidet. Berücksichtigt werden hierbei zusätzlich zukünftige Zinszahlungen beziehungsweise bei derivativen Verbindlichkeiten die voraussichtlichen undiskontierten Nettoszahungsströme, wenn diese Zahlungsströme ermittelt werden können. Anderenfalls finden die beizulegenden negativen Zeitwerte Verwendung. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühestmöglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.

VERBINDLICHKEITEN NACH RESTLAUFZEITEN

in Mio. €	2010	2009
Kreditinstitute		
<= 1 Monat	23.230	25.537
> 1 Monat und <= 1 Jahr	6.129	18.032
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	1.756	1.664
Gesamt	31.115	45.232
Kunden		
<= 1 Monat	23.642	23.385
> 1 Monat und <= 1 Jahr	4.092	4.398
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	6.630	5.948
Gesamt	34.364	33.731
Emittierte Wertpapiere		
<= 1 Monat	1.725	382
> 1 Monat und <= 1 Jahr	10.429	11.461
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	32.492	31.424
Gesamt	44.646	43.267
Derivate Verbindlichkeiten		
<= 1 Monat	3.788	3.823
> 1 Monat und <= 1 Jahr	4.051	5.569
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	6.388	6.037
Gesamt	14.227	15.429

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Der Konzern geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie sonstigen Preisrisiken (insbesondere Credit-Spread-Risiken) in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung im Bankbuch stehen der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung und eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals. Ergänzend werden im Zinsmanagement Investitionen innerhalb anderer Risikoarten im Rahmen langfristiger Strategien eingegangen.

Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiger Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die **Handelsaktivitäten** erfolgt durch die Frontoffice-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Gewinn- und Verlust (P & L)-Analysen pro strategischem Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach strategischem Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des **Bankbuchs** erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle zwei Wochen berät und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos entscheidet. Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwert-

veränderungen) und Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter fundiert.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine Produkt Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produkt Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risiko und Controlling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss im Konzern sichergestellt wird. Gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen können somit den Kontrollen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisiküberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die BaFin gemeldet.

Reporting der Marktpreisrisiken

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P & L-Analysen werden an das für das Risikocontrolling sowie das für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Ressort-Vorstandsmitglieder,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf.

Die im Konzern eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Dies gilt insbesondere für die außergewöhnlichen Marktentwicklungen während der Griechenland- und Irlandkrise im Mai und November 2010. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

Marktpreisrisikolimit und -inanspruchnahmen im Konzern

In der nachfolgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte, Maxima und Minima den Limiten gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

VALUE-AT-RISK KONZERN

in Mio. €	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	31.12.2010	31.12.2009
Kapitalmarktgeschäft	75	86	41	38	217	210	170	180
Trading	6	11	3	5	16	20	60	40
Client Business	8	11	4	4	22	22	27	25
Treasury	69	79	36	36	196	186	150	180
Internationales Geschäft	1	1	0	0	2	2	5	5
Bankbuch	63	118	33	47	130	235	230	260
Bankbuch Landesbank	43	60	25	26	113	166	150	150
Bankbuch Berlin Hyp	37	73	16	25	115	131	85	110
Sonstige Bankbücher	1	2	1	1	2	7	5	12
Konzern	108	157	56	85	341	336	400	400
Aktienrisiko	17	17	14	11	35	47		
Währungsrisiko	10	9	6	2	18	25		
Zinsrisiko	52	80	24	23	134	193		
Credit-Spread-Risiko	69	124	31	68	174	263		
Konzern	108	157	56	85	341	336		

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzernwerte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden ausführlich Detail- und Einzelrisiken dargestellt. Hinzu kommen eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie fünf Risiko-stress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden. Im Berichtsjahr gab es keine besonderen Konzentrationen von Marktpreisrisiken auf Einzeltitel.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinssätze und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern war per Jahresende 2010 gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100 und –100 Basispunkte werden im Rahmen der Szenarioberechnungen ermittelt.

in Mio. €	+ 100 BP		– 100 BP	
	2010	2009	2010	2009
Konzern	– 257	– 184	18	94
LBB	– 197	– 123	– 8	72
Berlin Hyp	– 57	– 44	23	0
Andere	– 3	– 17	4	22

Die Methodik der Szenarioberechnung beruht auf einer kompletten Neubewertung des Portfolios unter Berücksichtigung optionaler Bestandteile und mit einer Begrenzung der Zinsbewegung nach unten bei null. Daraus resultiert die zu beobachtende Asymmetrie bei Zinsanstieg und Zinsverfall.

Die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs der LBB AG sind gemäß Vorgabe der Solvabilitätsverordnung bezüglich der Änderungen um +130 und –190 Basispunkte zu betrachten:

in Mio. €	+ 130 BP		– 190 BP	
	2010	2009	2010	2009
LBB (Anlagebuch)	– 246	– 149	– 73	143

Währungsrisiken

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen in Währungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk Konzern aufgezeigte Währungskursrisiko in Höhe von durchschnittlich 10 Mio. € stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des US-Dollar.

Aktien- und Fondsrisiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Im Jahresverlauf 2010 hielt der Konzern ein weit diversifiziertes Fondsportfolio überwiegend im Anlagebuch. In der Risikomessmethodik werden Fonds wie Aktien behandelt. Im Handelsbuch wird nach Möglichkeit eine Durchschau vorgenommen. Hinzu kommen spezifizierte Stresstests für verschiedene Fondsgattungen.

Verlauf des Marktpreisrisikos des Konzerns

Das Marktpreisrisiko ist im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 12 Mio. € auf 98 Mio. € gestiegen. Im Jahresdurchschnitt betrug es 108 Mio. €.

Bis Mitte April 2010 ist das Risiko aufgrund merklich beruhigter Marktbewegungen und des Ausbleibens stresshafter Sprünge stetig zurückgegangen. Der darauf folgende starke Risikoanstieg Anfang Mai auf 341 Mio. € im Konzern resultierte vor allem aus dem Kapitalmarktgeschäft aufgrund von stresshaften Bewegungen in Credit Spreads von Banken- und Finanztiteln sowie von europäischen Staatsanleihen vor dem Hintergrund der griechischen Finanzkrise. Dies hatte zur Folge, dass im Kapitalmarktgeschäft des Konzerns das Risikolimit kurzzeitig überschritten wurde. Vor dem Hintergrund der auf europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen wurde in der LBB

entschieden, auf eine aktive Gegensteuerung zu verzichten. Die Beruhigung der Marktvolatilitäten ab Mitte Mai führte zur Fortsetzung des stetigen Risikorückgangs.

Infolge der Irlandkrise mit resultierenden höheren Volatilitäten von Credit Spreads und Zinsen sowie aufgrund von veränderten Swaptions sensitivitäten nach Zinsbewegung kam es im November erneut zu einem Risikoanstieg.

Im Bankbuch stieg das Risiko wegen stärkerer Bewegung der eigenen Credit Spreads im Dezember weiter bis auf 122 Mio. €.

Im Jahresverlauf 2010 ergaben sich die folgenden Auslastungen für das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 170 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 230 Mio. €):



Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten durch Berücksichtigung von verschiedenen Zinskurven (zum Beispiel Swapkurven, Overnight Index Swaps, Money Market) explizit gemessen. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil (Single Index Model). Dieses Verfahren versetzt den Konzern in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der circa 2.500 zentralen Risikofaktoren werden je strategischem Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen. Die Gültigkeit der Modellannahmen wird durch weitere mathematische Methoden regelmäßig analysiert.

Es erfolgt eine untertägige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Sicherungsbeziehungen

Zur bilanziellen Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge führt der Konzern das sogenannte Hedge Accounting durch. Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges werden Fair Value-Änderungen von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können, gesichert. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet. Im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellungen unter Note 7.7 im Konzernabschluss.

Verbriefungstransaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forums wird im Folgenden über das Engagement des Konzerns im Verbriefungsgeschäft berichtet. Der Konzern hat seit langem in ein diversifiziertes und vergleichsweise konservativ ausgerichtetes Portfolio von Verbriefungstransaktionen investiert. Aktuell besteht dieses hauptsächlich aus klassischen ABS/MBS. Das Portfolio wird zentral durch das Geschäftsfeld Treasury gesteuert und ist in die Risikoüberwachung und -steuerung des Konzerns vollständig eingebunden. Neue Engagements werden weiterhin sehr selektiv und in begrenztem Umfang vorgenommen. Emissionstätigkeit in diesem Marktsegment erfolgt nicht, ebenso sind keine derartigen Emissionen des Konzerns ausstehend.

VERBRIEFUNGSPORTFOLIO DES KONZERNS PER 31. DEZEMBER 2010

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert	Buchwert nach externem Rating					
			AAA	AA	A	BBB	Non-inv. grade	Not rated
Ausgewählte strukturierte Verbriefungen	2.796	2.779	2.046	301	221	138	74	0
CMBS	118	118	44	28	27	19	0	0
RMBS	1.507	1.491	1.151	173	48	45	74	0
Verbriefte Auto Loans	304	303	303	0	0	0	0	0
Verbriefte Student Loans	544	544	273	100	97	73	0	0
Verbriefte Credit Cards	323	323	275	0	49	0	0	0
CDO	1.442	1.353	74	778	301	91	110	0
Synthetische CDOs	134	82	16	4	0	16	46	0
True-Sale-CDOs von nicht strukturierten Underlyings	1.226	1.225	58	774	287	75	31	0
CDO of ABS	81	46	0	0	14	0	32	0
Sonstige strukturierte Verbriefungen	691	579	165	81	74	110	0	149
Konzern LBBH	4.929	4.712	2.285	1.160	596	339	183	149

CMBS: Commercial mortgage-backed security; RMBS: Residential mortgage-backed security; CDO: Collateralized Debt Obligation; ABS: Asset backed security

Bei den sonstigen strukturierten Verbriefungen handelt es sich um Verbriefungen, die keiner der darüber genannten Kategorien zuordenbar sind, sowie um Fonds, die Verbriefungen enthalten. Diese Fonds sind aufgrund des nicht vorhandenen externen Ratings zwar als not rated aufgelistet, enthalten jedoch geratete Verbriefungen und wären gemäß interner Ratingmethodik mindestens analog B, zu über 50 % als BBB oder besser einzustufen.

Immobilienrisiken

Das Immobilienportfolio des Konzerns umfasst Objekte, die von der Bank selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objekte in Fonds, an denen die Bank beteiligt ist. Ein großer Teil des Exposures entfällt auf selbstgenutzte Verwaltungsgebäude innerhalb Berlins. Ziel ist es, den fremdgenutzten Teil des Immobilienportfolios weiter abzubauen.

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte) der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstests werden die Modellparameter Fair Value der Immobilien und die Werte für die Immobilienindizes variiert. Aufgrund der Zusammensetzung des Portfolios und der Risikostrategie sind hinsichtlich Risikokonzentrationen keine weiteren Steuerungsmaßnahmen notwendig. Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die strategischen Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ist im Jahresverlauf 2010, im Wesentlichen aufgrund von Anpassungen der Objektwerte an die aktuellen Marktbedingungen, um circa 1,6 Mio. € beziehungsweise 2,2 % leicht zurückgegangen.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden die Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften, verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks zum Management operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie die Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos umfasst. Der Bereich Risiko und Controlling sorgt zugleich für die Umsetzung und Anwendung des Regelwerks. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäftsbereiche sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen.

Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Auch dient es der Förderung der Risikokultur in der Bank. Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risiko-vorstand) in Kenntnis gesetzt.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung des Konzerns einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet. Dies beinhaltet unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht),
- den Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung/Verwaltung und zum Reporting der oben genannten Daten entwickelt.

Messung der operationellen Risiken

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung verwendet der Konzern derzeit den Standardansatz gemäß § 272 SolvV. Nach den Vorschriften des Standardansatzes wurde im Jahr 2010 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für den Konzern in Höhe von 212 Mio. € (Vorjahr: 170 Mio. €) ermittelt. Der Konzern hat sich in 2010 einer Prüfung zur Zertifizierung eines fortgeschrittenen Messmodells zur Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken (AMA – Advanced Measurement Approach) unterzogen. Die Prüfung wird 2011 fortgesetzt.

Der Konzern hat sein internes Modell zur Berechnung des ökonomischen Kapitals im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts auf Basis der gesetzlichen Anforderungen zur Anwendung eines AMA verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden (intern/extern),
- Szenarioanalyse (Festlegung des zukünftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

In Zusammenarbeit mit dem Datenkonsortium OpRisk (DakOR) wurde der Katalog der signifikanten Szenarien operationeller Risiken ergänzt beziehungsweise überarbeitet. Diese Szenarien werden in der Szenarioanalyse diskutiert und bewertet. Zur Bewertung der Szenarien werden unter anderem neben den internen Schäden auch die Schäden aus DakOR und der öffentlichen Schadensfallsammlung (ÖffSchOR) herangezogen. Der Loss Distribution Approach (LDA) ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthäufigkeiten und -höhen, welches auf Analysen historischer Schadensfälle basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der Risiken zu erkennen. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle strategischen Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell ergab per 31. Dezember 2010 für den Konzern einen Wert von 120 Mio. € (Vorjahr: 70 Mio. €), der in der Risikotragfähigkeitsberechnung des Konzerns berücksichtigt ist. Die Veränderung zum Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aufgrund des Methodenwechsels von einer eher szenariobasierten Modellierung des ökonomischen Kapitals zu einem an die AMA-Anforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung angelehnten Modell.

Betrugsprävention

Im November 2009 hat der Vorstand beschlossen, dass die Einheit Compliance die Koordinierungsfunktion für alle Aktivitäten „Betrügerischen Handlungen vorbeugen“ konzernweit ausüben soll. Das bisherige dezentrale Aktivitätennetzwerk in der Holding und ihren Tochterunternehmen wird weitergeführt.

Der Umfang und die Gestaltung dieses neuen Kernprozesses in Compliance ergeben sich aus der noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen neuen Fassung des § 25c KWG sowie aus noch von der BaFin zu erwartenden Durchführungsbestimmungen.

Compliance übernimmt für die Betrugsprävention des Konzerns auch die Außenvertretung beispielsweise gegenüber Staatsanwaltschaften sowie Aufsichtsbehörden.

Die Ergebnisse der Feststellungen und Tätigkeiten zum Thema Betrugsprävention werden von Compliance in der mindestens einmal jährlich zu veröffentlichen Gefährdungsanalyse niedergelegt. Dabei wird die Wirksamkeit der dezentralen Schlüsselkontrollen (zum Beispiel Vieraugenprinzip, Kontrollen zu Personen- und Gebäudesicherheit) und zentralen Schlüsselkontrollen (Funktionalität des internen Kontrollsystems, maschinelle Kontrollen zu Insiderverhalten, Marktmanipulation, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Embargoverstößen sowie Konto- und Kundenbetrug) als präventive Sicherungsmittel seitens des Konzerns analysiert.

Personalrisiken

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den nachfolgend genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenskollisionen entgegengesteuert. Hierzu hat die Bank gemäß den Anforderungen der MaRisk einen Vergütungsausschuss eingerichtet, der die Konformität zu den aufsichtsrechtlichen Erfordernissen beobachtet und dem Vorstand regelmäßig berichtet.

Weiterhin wird dolosen Handlungen durch ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Steuerung und Weiterentwicklung von Technologien, Infrastrukturelementen und IT-Prozessen unter Abwägung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Dringlichkeit (gesetzliche oder technologische Notwendigkeit), Innovation und Risiken ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungs- und Qualitätsziele sowie die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es dem Konzern, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit orientierte sich bisher an der ISO-Norm 27002. Im Zusammenhang mit der OSPlus-Migration zur Finanz Informatik GmbH & Co. KG hat sich die Landesbank Berlin nun vertraglich verpflichtet, den Best-Practice-Standard „Sicherer IT-Betrieb“ der Finanz Informatik als neuen Informationssicherheitsstandard im Konzern zu etablieren. Die Finanz Informatik hat den SIZ-Standard „Sicherer IT-Betrieb“ zu einem Best-Practice-Standard für Finanzinstitute (SITB) verdichtet. Der SITB ist selbst ein zertifizierbarer Standard, stellt aber darüber hinaus die Einhaltung von nationalen und internationalen Standards und Regelwerken sicher. Im SITB werden nicht nur die wichtigsten Standards bezüglich Sicherheitsmanagement (ISO/IEC 27001:2005, ISO/IEC 27002:2005) berücksichtigt,

sondern auch Betriebsführungs- (ITIL) und Prüfungsstandards (zum Beispiel IDW, COBIT) sowie branchen- oder organisationspezifische Standards. Insofern ist mit der Neuorientierung der LBB am SITB eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen verbunden, um nachhaltig ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen.

Der Konzern hat ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt.

Eine kontinuierliche und unabhängige Auditierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) erfolgt durch das SIZ (Sparkassen Informatikzentrum).

Ebenso wird das Qualitätsmanagement konsequent weiterentwickelt. So wurde der Bankenservice als wesentliches Auslagerungsunternehmen nach DIN EN ISO 9001:2000 im Jahr 2009 zertifiziert. Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2010 standen die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur:

- Erfüllung geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen,
- Optimierung des Daten- und Qualitätsmanagements,
- Modernisierung, Konsolidierung, Standardisierung, Integration der IT-Infrastruktur und IT-Prozesse sowie
- Migration auf den OSPlus-Standard der Finanzinformatik bis April 2011.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

Sicherheits- und Notfallpläne

Für das Management von Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

Darüber hinaus verfügt der Konzern vor dem Hintergrund der laufenden Sicherung des Bankbetriebs und der Reduzierung von Verlusten für den Fall schwerer Betriebsstörungen auf ein Minimum über eine detaillierte Informationssicherheitspolitik und eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung für kritische und hochkritische Geschäftsprozesse. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Der Konzern hat für die Koordination und die Überwachung der Informationssicherheit, der Aktualität der Notfallpläne inklusive der erforderlichen Notfallübungen einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit Operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Outsourcing

Der Konzern führt regelmäßig eine Risikoanalyse für MaRisk-relevante Auslagerungen zur Bestimmung der Wesentlichkeit durch. Die Risikoanalyse stellt Kriterien zur Ermittlung der Risikosituation beim Dienstleister sowie Risikogesichtspunkte zur Ableitung der Wesentlichkeit bereit.

Ferner wurde ein Internes Kontrollsystem für Leistungsüberwachende Stellen (IKS LÜS) im Bereich Organisation implementiert. Das IKS LÜS überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich der Konzern im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden vom Konzern sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 sogenannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)

Die Holding, damals noch firmierend unter Bankgesellschaft Berlin AG, hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet sind.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die LBB übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die Holding sowie die RVG. Für die LBB und die Holding umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 15 zugrunde gelegt. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüsse entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolge sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadensfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und -überwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2010 nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Veit. Zum 1. Januar 2011 hat Herr Dr. Evers die Zuständigkeit übernommen.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereichs Risiko und Controlling zurück, der nach dem Geschäftsverteilungsplan dem Vorstandsressort von Herrn Müller zugeordnet ist. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung, dem Vorstandsressort von Herrn Müller, und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen sowie für Steuerbilanzen gemacht. Für die Erstellung von Konzernabschlüssen erfolgt dies insbesondere durch ein Konzernhandbuch.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Implizierter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben.

Die interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Informationstechnologie Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

Werden bei Kontrollen Abweichungen und Fehler festgestellt, erfolgt die Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht der Konzern das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert.

Chancen- und Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung/Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt für die deutsche Wirtschaft günstig. Doch dürften Aufholeffekte aus der Rezession eine geringere Rolle als im Vorjahr spielen, so dass sich der Wirtschaftsgang im Jahresverlauf etwas verlangsamt. An der Peripherie der Eurozone (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) werden die Sparbemühungen fortgesetzt, die Binnennachfrage bleibt hier schwach. Zudem büßt die finanzpolitische Stimulanz in den USA Wirkung ein. Auch das Konsumwachstum bildet sich zurück, weil die Privathaushalte weiterhin nur geringe Einkommenssteigerungen erzielen und ihre Sparanstrengungen fortsetzen. Positiv macht sich hingegen bemerkbar, dass die Liquiditätsbedingungen weltweit großzügig bemessen bleiben. Investitionen können zudem verstärkt aus unternehmenseigenen Reserven finanziert werden.

Die Wachstumsrate in der Region Berlin-Brandenburg wird sich wieder dem Bundesdurchschnitt angleichen. Im Trend ist von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Nicht zuletzt der Ausbau des Tourismus wirkt stabilisierend. Wachstumskerne bleiben darüber hinaus die Bereiche unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, Verkehrstechnik sowie die Informations- und Kommunikationstechnik. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch Unternehmen überwiegend in kleineren Umsatzgrößenklassen.

Die Preissteigerung dürfte im Tempo leicht anziehen, weil haushaltsbezogene Konsolidierungsmaßnahmen belasten und die Unternehmen höhere Vorleistungspreise noch überwälzen werden. Die EZB wird mögliche Störungen durch die derzeit großzügige Liquiditätsausstattung vermeiden und Laufzeiten und Volumina ihrer Tenderoperationen strikter handhaben wollen. Mit Rücksicht auf die zugespitzte Verschuldungssituation an der Peripherie der Eurozone und die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor ist ein behutsames Vorgehen der Zentralbank wahrscheinlich. In erster Linie wird diese Problematik aber durch staatliche Auffanglösungen entschärft, so dass von einer schrittweisen Normalisierung der Geldpolitik auszugehen ist.

Das Kreditgewerbe wird sich weiterhin in einem schwierigen Umfeld bewegen. Die Ertragschancen aus der Fristentransformation bleiben bei immer noch steiler Zinsstruktur auskömmlich. Dem stehen aber Risiken gegenüber, die im Kontext der Rücknahme der stimulierenden Geldpolitik und einer insgesamt volatileren Marktentwicklung bestehen. Diese Konstellation wird mit schwierigeren Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute einhergehen, zumal auch die höheren Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität für zusätzliche Herausforderungen sorgen.

Geschäftliche Ausrichtung

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage ist der Konzern weiter darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern zu wachsen, durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Der Konzern nimmt eine zunehmend stärkere Rolle als Dienstleister in der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin-Brandenburg. Die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sowie das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen.

Die strategischen Geschäftsfelder werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert:

- Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität,
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung, das HGB-Ergebnis und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder

Die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung in Verbindung mit steigenden Kursen an den Börsen bietet dem Konzern Chancen für eine verstärkte beziehungsweise wiederbelebte Produktnachfrage der Retail- und Geschäftskunden. Darüber hinaus dürften sich positive Effekte für die Bewertung der strategischen Portfolien ergeben.

Die Refinanzierungssituation erlaubt eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte. Der Konzern wird in seinem traditionellen Geschäft allen Kunden uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumsfelds sowie der beschriebenen geschäftlichen Ausrichtung werden in den einzelnen Geschäftssegmenten folgende Entwicklungen erwartet.

Private Kunden

Die 2009 eingeführten Girokontenmodelle haben sich als Instrumente zur Kundenbindung und zur Ausweitung der marktführenden Position (Marktanteil bei Privatgirokonten in Berlin 42 %) im Regionalgeschäft bereits bewährt. Die 2010 verzeichnete Nettosteigerung bei der Anzahl der Girokonten übertrifft im zweiten Jahr noch die bereits hervorragende Entwicklung aus 2009. Wir gehen auch weiterhin von einer wachsenden Marktakzeptanz aus, da die Konten die hohe Servicequalität der Berliner Sparkasse mit einem fairen Preis verbinden. Der erste Platz im CityContest 2010 von Focus Money („Beste Bank in Berlin“) unterstreicht auch aus externer Sicht die Qualitätsführerschaft der Berliner Sparkasse.

Chancen ergeben sich aus der begonnenen Neustrukturierung des Vertriebs im Kernmarkt der Berliner Sparkasse und den erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Konsumentenkreditgeschäft (S-Kreditpartner GmbH).

Die strategische Neuausrichtung des Vertriebs im Geschäftsfeld Private Kunden wurde im Projekt „Wege zum Kunden“ organisatorisch abgeschlossen. Die operative Umsetzung begann in der zweiten Jahreshälfte 2010 und wird Ende 2012 beendet sein. Die Beratungsqualität unseres Hauses wird in den FinanzCentern neu gebündelt, die den Privatkunden-Centern an die Seite gestellt sind. Für vermögende Kunden stehen unverändert die Vermögensanlage-Center zur Verfügung. Dies ermöglicht eine intensivere Kundenbetreuung und eine verbesserte Nutzung unserer Kompetenzen durch die Kunden. Die Gründung der Vertriebsbereiche „Direkt“ und „Mobile Beratung“ unterstützt die Geschäftstätigkeit mit unseren Kunden, die einen medialen Kontakt zu ihrer Bank dem Besuch in einer Vertriebsstelle vorziehen beziehungsweise einen Besuch ihres Beraters zu Hause wünschen. Das Projekt soll zu weiterem Wachstum des Geschäftsvolumens und damit einhergehenden Ertragssteigerungen führen.

Daneben wird die Konzentration auf das Anlagegeschäft und die Konsumentenfinanzierung fortgeführt. Im Wertpapiergeschäft wird erwartet, dass die Kunden aufgrund der guten Marktentwicklung im Jahr 2010 die Zurückhaltung und Sicherheitsorientierung wieder zugunsten einer größeren Renditeorientierung aufgeben.

Die mit der Absatzfinanzierung und der Kreditplattform für Sparkassen begonnene Expansion in der Konsumentenfinanzierung wird fortgeführt. Für Mitte 2011 wird die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens (S-Kreditpartner GmbH) mit der Deutsche Leasing vorbereitet. Darüber hinaus gibt es Aktivitäten zur Einbindung der readybank. Kerngeschäft der S-Kreditpartner GmbH werden Ratenkredite (Sparkassen-Privatkredit), Kfz-Finanzierungen und Händler-einkaufsfinanzierungen sein. Damit unterstützen wir aktiv die Bündelung der Kräfte zur Konsumentenfinanzierung innerhalb der Sparkassenorganisation.

Ziel ist es, in der Vergangenheit verloren gegangenes Terrain der Sparkassen im Kreditgeschäft zurückzugewinnen und auch in diesem Geschäft eine der marktführenden Stellung der Sparkassen adäquate Position zu erreichen.

Im überregionalen Kartengeschäft sollen weitere Produktinnovationen zum Ausbau der Kundenbasis führen. Die Zusammenarbeit mit der netbank wird fortgeführt.

Die Neuorganisation der Vertriebsstruktur bis Ende 2012 erfordert Investitionen in den Umbau von Vertriebsstandorten, die Weiterqualifizierung von Mitarbeitern und den Ausbau des Direktbankgeschäfts über den Internetauftritt der Berliner Sparkasse und Direktwerbemaßnahmen.

Des Weiteren werden wir unser Augenmerk auf die Weiterentwicklung der Investment- und Kundenberatungsprozesse im qualifizierten Anlagegeschäft richten. Ziele sind die Steigerung der Wertpapierkompetenz und deren Wahrnehmung im Markt sowie der Ausbau des Geschäfts.

Risiken liegen in der Nichterreicherung des geplanten Geschäftswachstums im Wettbewerbsumfeld oder aufgrund von künftigen gesetzlichen oder regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung.

Im Geschäft mit Privaten Kunden erwarten wir steigende Erträge, temporär belastend werden sich die beschriebenen Investitionen auswirken. Das durch Sondereffekte beeinflusste Ergebnis 2010 wird in den kommenden zwei Jahren nicht erreicht werden. Wir erwarten eine Eigenkapitalrentabilität in der Größenordnung von 25 %.

Firmenkunden

Der Kernmarkt des Firmenkundengeschäfts ist Berlin und sein Umland. Das Geschäftsfeld Firmenkunden ist in diesem durch intensiven Wettbewerb geprägten Regionalmarkt mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft eine der führenden Banken.

In diesem Wettbewerbsumfeld gewinnt neben der Neukundenakquisition die Vertiefung bestehender Kundenbeziehungen durch aktive Kundenansprache und ein zielgruppenadäquates Betreuungskonzept weiter an Bedeutung. Die bereits hohe Kundenloyalität soll weiter ausgebaut werden und bildet die Basis einer noch höheren Potenzialausschöpfung.

Die Landesbank Berlin wird Gewerbekunden und mittelständische Unternehmen im Kernmarkt Berlin-Brandenburg auch weiterhin durch ein umfassendes Finanzdienstleistungsangebot, Kundennähe und Kompetenz überzeugen. Im Rahmen einer ertrags- und risikoorientierten Geschäftspolitik bleibt die Festigung der starken Marktposition strategisches Ziel.

Besondere Chancen ergeben sich durch das Vertrauen der Unternehmen in unsere Kompetenz und unser verlässliches Geschäftsmodell. Risiken liegen in der unterdurchschnittlichen wirtschaftlichen Entwicklung des Regionalmarkts und in der regional hohen Insolvenzquote. Darüber hinaus sind die Auswirkungen aus regulatorischen Änderungen noch nicht abschätzbar.

Das Firmenkundengeschäft wird auch in Zukunft in die Qualität als Wettbewerbsfaktor investieren. Im Jahr 2010 wurden alle Vertriebswege im Firmenkundengeschäft durch den TÜV Rheinland für Beratungs- und Servicequalität zertifiziert. Diesem

hohen Anspruch wollen wir auch in Zukunft gerecht werden. Die Umsetzung der Qualitätsstrategie bleibt in allen Kundensegmenten und Vertriebswegen von zentraler Bedeutung.

Das in 2010 erzielte Ergebnis wird insbesondere durch den zunehmenden Druck auf die Zinsmargen in den nächsten beiden Jahren nicht erreicht werden. Wir rechnen mit einem geringeren Ergebnisbeitrag bei einer Eigenkapitalrentabilität von rund 20 %.

Immobilienfinanzierung

Im Jahr 2010 ist es dem Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wiederum gelungen, seine Top-Position unter den führenden deutschen Anbietern im Immobilienfinanzierungsgeschäft weiter zu festigen.

Auch zukünftig bleibt die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bundesweit auf Investoren-Finanzierung und individuelle Finanzierungsstrukturen bei risikoadäquatem Pricing bestehen. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen mit dem Ziel einer ausgewogenen Mischung und breiteren Risikostreuung des Portfolios.

Die Immobilienmärkte werden auch 2011 vom konjunkturellen Aufwärtstrend profitieren. Die Rückkehr der ausländischen Investoren an den deutschen Markt, die Stabilisierung der Preise mit teilweise leichten Erhöhungstendenzen sowie eine festzustellende rückläufige Renditeerwartung lassen eine zunehmende Investitionsbereitschaft und damit ein weiter steigendes Transaktionsvolumen erwarten. Hoffnungsvolle Signale kommen auch vom Wohnungsbau, wo das Bauhauptgewerbe und die Zahl der Baugenehmigungen im Jahr 2010 Zuwächse von mehr als 7 % gegenüber dem Vorjahr erzielten. Ausgehend von dieser Einschätzung erwarten wir im Jahr 2011 ein Neugeschäft in der Größenordnung des sehr guten Vorjahres.

Aus der künftig strafferen Neuausrichtung der Vertriebsbereiche und weiteren Optimierungsmaßnahmen in unseren Kreditentscheidungsprozessen ergeben sich Chancen für eine noch bessere Marktdurchdringung. Risiken bestehen insbesondere in noch nicht abschätzbaren Auswirkungen aus regulatorischen Änderungen.

Mit der Eröffnung einer Repräsentanz in Paris im Frühjahr 2011 wird in den Ausbau des Auslandsgeschäfts investiert.

Wir rechnen mit einem leichten Rückgang der Risikovorsorge und einer moderaten Erhöhung des Kreditbestands. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und unserer Positionierung im Markt geht das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung von steigenden Ergebnisbeiträgen und einer Eigenkapitalrentabilität von mehr als 20 % aus.

Kapitalmarktgeschäft

Das Kapitalmarktgeschäft (KMG) ist eine wesentliche Ertrags Säule der LBB. Die Erfolge zeigen sich im Sparkassensektor und Zertifikatemarkt. Hier wird die LBB als innovativer Anbieter mit hoher Produktqualität und ausgezeichnetem Service wahrgenommen. Mit der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts ergeben sich Chancen für die Steigerung der Kundenerträge und die Verringerung der Ergebnisvolatilität in den nicht kundenbezogenen Geschäften bei voller Risikotransparenz. Die verstärkte Fokussierung auf das Kundengeschäft und die Kundenbedürfnisse erfordert die Neuausrichtung und Ausweitung der Vertriebsaktivitäten sowie die Etablierung einer neuen Vertriebsphilosophie. Von entscheidender Bedeutung sind auch die Investitionen in technische Plattformen, die den Anforderungen des Markts und der einzelnen Kunden entsprechen.

Der Ausbau der zentralen Produktmanagement-Funktion und der gesamten Handelsinfrastruktur steht deshalb im Fokus der nächsten Jahre. Die Bank wird als Partner und Dienstleister die Sparkassen bei der Weiterentwicklung ihres Geschäfts unterstützen und dabei Veränderungen im Wettbewerbsumfeld nutzen.

Risiken bei der Erreichung dieser Ziele bestehen in einer ungünstigen Veränderung der Wettbewerbssituation sowie in der Markt- und Margenentwicklung. Die internationalen Finanzmärkte werden auch in den nächsten Jahren von hoher Unsicherheit geprägt sein und für anhaltend volatile Kursverläufe sorgen. Eine weitere Zuspitzung der Schuldenkrise sowie eine Wachstumsabschwächung stellen dabei die größten Risikofaktoren dar. Es ist mit deutlich steigenden Kapitalkosten aus Basel III insbesondere bei Marktrisikopositionen zu rechnen, was die Ertragssteuerung in den nächsten Jahren beeinflussen wird.

Die finale Umsetzung der neuen Strategie und die Hebung der identifizierten Potenziale führen in den nächsten Jahren zu einer leichten Ergebnisverbesserung. Über das Gesamtportfolio der Aktivitäten strebt das Kapitalmarktgeschäft für die kommenden zwei Jahre eine Eigenkapitalrentabilität von rund 20 % an.

Soll/Ist-Vergleich

Das Ergebnis vor Steuern des Konzerns lag per 31. Dezember 2010 unter unseren Erwartungen. Die Ergebnisentwicklung der Kundengeschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden und Immobilienfinanzierung verlief positiv. Mit Blick auf die Volatilität an den Kapitalmärkten sowie durch unsere vorsichtige Risikopolitik und die entsprechende Zurückhaltung bei Finanzinvestitionen blieben die Ergebnisse der Kapitalmarktaktivitäten unter unseren Erwartungen.

Schätzverfahren/Mittelfristplanung

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Die konjunkturelle Lage stellt sich derzeit freundlich dar. Doch dürften die Aufholeffekte jetzt an Zugkraft einbüßen, so dass sich der Wirtschaftsgang deutlich verlangsamt. Zusätzlich wird die Entwicklung mit schwierigeren Refinanzierungsbedingungen für die Kreditinstitute einhergehen, zumal auch die Diskussionen um höhere Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität zusätzliche Herausforderungen sind. Das Kreditgewerbe wird sich daher weiterhin in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen.

Basierend auf diesen Annahmen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden/Marktstellung, Neugeschäft, Erträgen und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen festgelegt.

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2015 reicht. Darüber hinaus werden zur Einschätzung des Konzernergebnisses und der Eigenkapitalrendite die Segmente Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung berücksichtigt.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

Zusammenfassung/Gesamtaussage

Der Konzern erwartet eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Daher geht der Konzern davon aus, seine positive Entwicklung im operativen Geschäft fortsetzen zu können. Die Unsicherheiten an den weltweiten Finanzmärkten und die damit verbundenen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone erschweren jedoch eine Prognose. Ungeachtet dessen geht der Vorstand für die nächsten zwei Jahre davon aus, das Ergebnis vor Steuern sukzessive steigern zu können, die Kapitalbasis kontinuierlich zu stärken, eine Dividendenzahlung zu ermöglichen und eine Eigenkapitalrendite vor Bankenabgabe – auf Basis des Konzernergebnisses – von circa 15 % zu erreichen.

Jahresabschluss des Konzerns

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns	114
Der Konzern im Quartalsvergleich	116
Bilanz des Konzerns	118
Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns	120
Kapitalflussrechnung des Konzerns	122
Notes	124
Allgemeine Angaben (Notes)	126
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)	137
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)	150
Angaben zur Bilanz (Notes)	158
Sonstige Erläuterungen (Notes)	186

Gesamtergebnisrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	Notes	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009 ¹⁾	Veränderung in %	
Zinsüberschuss	21	725	862	-137	-16
Zinserträge		4.174	4.686	-512	-11
Zinsaufwendungen		3.449	3.824	-375	-10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	22	105	185	-80	-43
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		620	677	-57	-8
Provisionsüberschuss	23	274	262	12	5
Provisionserträge		421	395	26	7
Provisionsaufwendungen		147	133	14	11
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	24	7	-15	22	>100
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	25	349	478	-129	-27
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	-22	-107	85	79
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	27	8	-14	22	>100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	84	41	43	>100
Verwaltungsaufwendungen	29	1.003	985	18	2
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung		317	337	-20	-6
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	30	0	-8	8	100
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern		317	329	-12	-4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31	52	64	-12	-19
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern		265	265	0	0
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste		-2	15	-17	<-100
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens		267	250	17	7

Ergebnis je Aktie	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009 ¹⁾	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	267	250	7
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	999.327.870	999.327.870	0
Gewinn je Aktie (€)²⁾	0,27	0,25	7

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ verwässertes = unverwässertes Ergebnis

Gesamtergebnis der Periode

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009 ¹⁾	Veränderung in %	
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern²⁾	265	265	0	0
Veränderung der				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	49	626	-577	-92
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-7	28	-35	<-100
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	-7	-18	11	61
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	16	18	-2	-11
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	31	-33	64	>100
Rücklage aus Währungsumrechnung	0	11	-11	-100
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	-4	2	-6	<-100
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen				
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	31	135	-104	-77
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	-2	-6	4	67
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	9	-10	19	>100
Rücklage aus Währungsumrechnung	0	1	-1	-100
Erfolgsneutrales Ergebnis²⁾	31	468	-437	-93
Gesamtergebnis der Periode	296	733	-437	-60
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	-1	19	-20	<-100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	-2	15	-17	<-100
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	1	4	-3	-75
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	297	714	-417	-58

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

Der Konzern im Quartalsvergleich

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	IV / 2010	III / 2010 ¹⁾	II / 2010	I / 2010 ¹⁾	IV / 2009 ²⁾	III / 2009 ²⁾	II / 2009 ²⁾	I / 2009
Zinsüberschuss	197	180	177	171	188	197	222	255
Zinserträge	1.006	965	1.107	1.096	1.015	1.055	1.178	1.438
Zinsaufwendungen	809	785	930	925	827	858	956	1.183
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5	22	36	42	47	77	38	23
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	192	158	141	129	141	120	184	232
Provisionsüberschuss	75	73	60	66	73	64	63	62
Provisionserträge	113	112	97	99	109	100	96	90
Provisionsaufwendungen	38	39	37	33	36	36	33	28
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-2	10	1	-2	4	-7	-20	8
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	88	92	-1	170	91	156	144	87
Ergebnis aus Finanzanlagen	-20	-9	6	1	-16	-23	-26	-42
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	5	2	0	1	-12	-5	2	1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	29	13	40	2	12	8	12	9
Verwaltungsaufwendungen	266	251	241	245	259	227	245	254
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	101	88	6	122	34	86	114	103
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	1	0	-1	0	-4	-1	-2	-1
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	102	88	5	122	30	85	112	102
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18	14	1	19	-17	53	16	12
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	84	74	4	103	47	32	96	90
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	-7	3	0	2	2	5	5	3
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	91	71	4	101	45	27	91	87

¹⁾ Vorquartale angepasst

²⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Gesamtergebnis der Periode

in Mio. €	IV / 2010	III / 2010 ¹⁾	II / 2010	I / 2010 ¹⁾	IV / 2009 ²⁾	III / 2009 ²⁾	II / 2009 ²⁾	I / 2009
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern³⁾	84	74	4	103	47	32	96	90
Veränderung der								
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	-56	63	-55	97	70	228	151	177
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	4	-3	-6	-2	-2	5	10	15
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges	32	-3	-17	-19	18	6	0	-42
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	5	5	3	3	4	5	5	4
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	179	-52	-51	-45	5	-40	-60	62
Rücklage aus Währungsumrechnung	0	4	-1	-3	-2	7	18	-12
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	-7	1	3	-1	1	4	-3	0
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen								
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten ⁴⁾	-13	19	-2	27	17	56	25	37
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges ⁴⁾	10	-1	-6	-5	5	1	0	-12
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)	53	-15	-15	-14	2	-12	-19	19
Rücklage aus Währungsumrechnung	0	1	0	-1	0	1	0	0
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile	0	0	0	0	0	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis³⁾	98	9	-98	22	68	159	100	141
Gesamtergebnis der Periode	182	83	-94	125	115	191	196	231
Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Gesamtergebnis	-9	5	-1	4	5	5	6	3
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	-7	3	0	2	2	5	5	3
davon konzernfremden Gesellschaftern zustehende erfolgsneutrale Erträge / Aufwendungen	-2	2	-1	2	3	0	1	0
Gesamtergebnis der Anteilseigner des Mutterunternehmens	191	78	-93	121	110	186	190	228

¹⁾ Vorquartale angepasst

²⁾ Vorjahreszahlen angepasst

³⁾ einschließlich „Anteile im Fremdbesitz“, siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

⁴⁾ Vorjahresquartale zur besseren Vergleichbarkeit aufgliedert

Bilanz des Konzerns

zum 31. Dezember 2010

Aktiva

in Mio. €	Notes	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung		1.1.2009
					in %	
Barreserve	8, 33	830	1.342	-512	-38	1.727
Forderungen an Kreditinstitute	7, 34	16.750	22.461	-5.711	-25	22.369
Forderungen an Kunden	7, 35	46.468	48.592	-2.124	-4	47.462
Risikovorsorge	7, 36	-1.058	-1.116	58	5	-1.245
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 37	1.182	983	199	20	749
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	7, 38	17.198	17.586	-388	-2	18.295
Finanzanlagen	7, 39	45.013	48.687	-3.674	-8	50.466
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	9, 40	90	106	-16	-15	98
Immaterielle Vermögenswerte	10, 12, 41	681	654	27	4	650
Sachanlagen	11, 12, 42	550	569	-19	-3	578
Investment Properties	14, 43	59	86	-27	-31	65
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	17, 44	55	34	21	62	99
Latente Ertragsteueransprüche	17, 44	720	795	-75	-9	930
Sonstige Aktiva	45	2.927	3.043	-116	-4	3.074
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abganggruppen	15, 46	12	13	-1	-8	71
Gesamt		131.477	143.835	-12.358	-9	145.388

Passiva

in Mio. €	Notes	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾	Veränderung		1.1.2009
					in %	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7, 47	32.840	41.370	-8.530	-21	45.950
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7, 48	36.092	35.129	963	3	32.720
Verbriefte Verbindlichkeiten	7, 49	24.695	28.657	-3.962	-14	29.826
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7, 50	2.000	1.624	376	23	1.340
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	7, 51	27.669	28.321	-652	-2	27.097
Rückstellungen	16, 52	1.192	1.214	-22	-2	1.168
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	120	136	-16	-12	157
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	17, 53	15	15	0	0	33
Sonstige Passiva	54	1.884	2.113	-229	-11	1.915
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsguppen zugeordnete Verbindlichkeiten		0	0	0	0	83
Nachrangkapital	18, 55	2.248	2.544	-296	-12	3.137
davon Stille Einlagen		700	700	0	0	687
Eigenkapital	19, 56	2.722	2.712	10	0	1.962
Gezeichnetes Kapital	19, 56	2.555	2.555	0	0	2.555
Kapitalrücklage	19, 56	77	77	0	0	76
Gewinnrücklagen	19, 56	258	130	128	98	-76
Rücklage aus Währungsumrechnung	19, 56	1	1	0	0	-9
Neubewertungsrücklagen	19, 56	-181	-189	8	4	-664
Anteile im Fremdbesitz	19, 56	12	138	-126	-91	80
Gesamt		131.477	143.835	-12.358	-9	145.388

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Konzerns

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn/-verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2008		2.555	76	-93	-9	-664	80	0	1.945
Anpassungen gemäß IAS 8	57			17					17
Eigenkapital zum 31.12.2008 (angepasst)		2.555	76	-76	-9	-664	80	0	1.962
Konzernüberschuss/Ergebnis nach Steuern	32						15	257	272
Erfolgsneutrales Ergebnis				-21	10	468	4		461
Veränderung der									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						607	9		616
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-15	-3		-18
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)				-33					-33
Rücklage aus Währungsumrechnung					11				11
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile				2					2
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						129	3		132
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-5	-1		-6
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)				-10					-10
Rücklage aus Währungsumrechnung					1				1
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile									
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5		1	234			39	-257 ¹⁾	17
Eigenkapital zum 31.12.2009	19, 56	2.555	77	137	1	-196	138	0	2.712

¹⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

in Mio. €	Notes	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanzgewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
Eigenkapital zum 31.12.2009	19, 56	2.555	77	137	1	-196	138	0	2.712
Anpassungen gemäß IAS 8	57	0	0	-7	0	7	0	0	0
Eigenkapital zum 31.12.2009 (angepasst)		2.555	77	130	1	-189	138	0	2.712
Ausschüttungen				-140					-140
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	32						-2	267	265
Erfolgsneutrales Ergebnis				22		8	1		31
Veränderung der									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						50	-1		49
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-8	1		-7
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)				30			1		31
Rücklage aus Währungsumrechnung									
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile				1		-5			-4
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Erträge und Aufwendungen									
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten						31			31
Rücklage aus der Bewertung von Sicherungsderivaten in Cashflow-Hedges						-2			-2
Rücklage aus der Bewertung von Pensionsrückstellungen (versicherungsmathematische Gewinne / Verluste)				9					9
Rücklage aus Währungsumrechnung									
Wertansätze der nach der Equity-Methode bewerteten Anteile									
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen	5			246			-125	-267 ¹⁾	-146
Eigenkapital zum 31.12.2010	19, 56	2.555	77	258	1	-181	12	0	2.722

¹⁾ Umgliederung in die Gewinnrücklagen

Kapitalflussrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

in Mio. €	Notes	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009 ¹⁾
Konzernjahresüberschuss		265	265
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	22, 26, 29	186	329
Veränderungen der Rückstellungen (nur Zuführung und Auflösung)	52	118	136
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		-75	-786
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	26, 28	-20	4
Zinsüberschuss	21	-725	-863
Sonstige Anpassungen (per saldo)		-520	-362
Zwischensumme		-771	-1.277
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute	34	5.658	-244
Forderungen an Kunden	35	1.909	-1.383
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	38	347	1.795
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		-123	-101
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		-8.273	-9.924
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit		12.501	12.088
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	-8.488	-4.422
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48	993	2.415
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	-3.897	-1.024
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	51	-530	948
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		14	178
Erhaltene Zinsen und Dividenden		4.584	4.773
Gezahlte Zinsen		-3.698	-3.740
Ertragsteuerzahlungen		-50	-6
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		176	76
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	49	58
Sachanlagen	42	1	1
Immateriellen Vermögenswerten	41	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	39	-219	-1
Sachanlagen	42	-22	-25
Immateriellen Vermögenswerten	41	-37	-26
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises			
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenen Zahlungsmittelbestands		0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit		0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-228	7
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen		0	0
Dividendenzahlungen		-140	0
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	55	40	606
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	55	-360	-1.074
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit		0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-460	-468
Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Vorperiode		1.342	1.727
Cashflow aus operativer Tätigkeit		176	76
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-228	7
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-460	-468
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode		830	1.342

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden, sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Notes – Inhalt

Allgemeine Angaben (Notes)	126
1 Grundlagen der Berichterstattung	126
2 Angewandte Bilanzierungsvorschriften und -interpretationen	126
3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	127
4 Konsolidierungsgrundsätze	129
5 Konsolidierungskreis	130
6 Segmentberichterstattung	131
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)	137
7 Finanzinstrumente	137
8 Barreserve	143
9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	143
10 Immaterielle Vermögenswerte	143
11 Sachanlagen	143
12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert	144
13 Leasinggeschäft	145
14 Investment Properties	145
15 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	146
16 Rückstellungen	147
17 Ertragsteuern	147
18 Nachrangkapital	148
19 Eigenkapital	148
20 Außerbilanzielles Geschäft	149
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)	150
21 Zinsüberschuss	150
22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	150
23 Provisionsüberschuss	151
24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)	151
25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	152
26 Ergebnis aus Finanzanlagen	152
27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	153
28 Sonstiges betriebliches Ergebnis	153
29 Verwaltungsaufwendungen	154
30 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	156
31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	156
32 Ergebnis je Aktie	157

Angaben zur Bilanz (Notes)	158
33 Barreserve	158
34 Forderungen an Kreditinstitute	159
35 Forderungen an Kunden	160
36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	161
37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	164
38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	164
39 Finanzanlagen	165
40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	167
41 Immaterielle Vermögenswerte	167
42 Sachanlagen	169
43 Investment Properties	170
44 Ertragsteueransprüche	170
45 Sonstige Aktiva	171
46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	171
47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	172
48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	173
49 Verbriefte Verbindlichkeiten	174
50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	175
51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	176
52 Rückstellungen	177
53 Ertragsteuerverpflichtungen	184
54 Sonstige Passiva	184
55 Nachrangkapital	185
56 Eigenkapital	185
Sonstige Erläuterungen (Notes)	186
57 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8	186
58 Treuhandgeschäfte	187
59 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen	187
60 Risikomanagement	188
61 Angaben zu Finanzinstrumenten	188
62 Sicherheiten	194
63 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	194
64 Anzahl Arbeitnehmer	201
65 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2010	201
66 Anteilsbesitzliste	201
67 Corporate Governance	205

Allgemeine Angaben (Notes)

1 Grundlagen der Berichterstattung

Die Landesbank Berlin Holding AG (im Folgenden „Holding“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin, Deutschland (im Folgenden „Konzern“ genannt). Sie hat ihren Sitz in Berlin, Deutschland, und ist dort im Handelsregister eingetragen. Die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) mit Sitz in Neuhardenberg, Deutschland, ist oberste Konzerngesellschaft. Sie hält per 31. Dezember 2010 unmittelbar und mittelbar 98,66 % der Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG.

Der vorliegende Bericht stellt einen vollständigen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar. Der hierin enthaltene Konzernabschluss der Holding für das Geschäftsjahr 2010 wurde in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2010 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Weitere Angaben zu den angewandten Bilanzierungsstandards und -interpretationen sind in nachfolgender Note enthalten. Des Weiteren erstellt und veröffentlicht die Holding einen Konzernlagebericht nach § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB. Auch hierbei wurden zusätzlich die relevanten DRS berücksichtigt.

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Aufgrund von Rundungen kann es in Einzelfällen zu geringfügigen Abweichungen bei der Addition kommen.

2 Angewandte Bilanzierungsvorschriften und -interpretationen

Bei der Bilanzierung und Bewertung berücksichtigt der Konzern alle relevanten und gültigen, von der EU in europäisches Recht übernommenen und zum Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden Bilanzierungsstandards und -interpretationen der International Financial Reporting Standards. Der Konzernabschluss 2010 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept sowie den für den Konzernabschluss jeweils relevanten IFRS und deren Interpretationen. Eine freiwillige, vorzeitige Anwendung von gültigen Bilanzierungsstandards und -interpretationen findet im Konzern grundsätzlich nicht statt.

Im Geschäftsjahr waren erstmals folgende wesentlichen Änderungen und Neuerungen an Bilanzierungsstandards und Interpretationen verpflichtend zu berücksichtigen:

IAS 27 (revised) „Consolidated and Separate Financial Statements“: Die Neuerungen betreffen insbesondere die bilanzielle Abbildung von Transaktionen, die zu einer Veränderung der Beteiligungsquote des Mutterunternehmens an einem Tochterunternehmen führen:

- Führt die Transaktion nicht zu einem Kontrollverlust des Mutterunternehmens beim Tochterunternehmen, erfolgt die bilanzielle Abbildung als erfolgsneutrale Eigenkapitaltransaktion.
- Führt die Transaktion zu einem Kontrollverlust des Mutterunternehmens über das Tochterunternehmen und entsteht hierbei eine Beteiligung mit maßgeblichem Einfluss, erfolgt die Dotierung der verbleibenden Equity-Beteiligung zum Fair Value im Zeitpunkt des Kontrollverlusts und nicht mehr mit dem Wertansatz des Abgangswerts der Beteiligung im Rahmen der Entkonsolidierung.

Vorgenannte Änderungen sind prospektiv anzuwenden. Die geänderten Regelungen wurden im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 berücksichtigt, wesentliche Angaben hierzu werden in Note 5 vorgenommen.

IFRS 3 (revised) „Business Combinations“: Der überarbeitete Standard IFRS 3 ist erstmals verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 begonnen haben. Zur Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen ist weiterhin alleinig die Erwerbsmethode zulässig. Neben veränderten Anhangangaben betreffen die Änderungen insbesondere die Präzisierung einzelner Vorschriften zur Bestimmung des Erwerbers sowie die Regelungen zur Fair Value-Bilanzierung von Vermögenswerten und Schulden. Die Möglichkeit der Goodwillermittlung nach der Purchased-Goodwill-Methode wurde um die Anwendbarkeit der Full-Goodwill-Methode erweitert. Das Wahlrecht kann für jeden Unternehmenszusammenschluss neu ausgeübt werden. Nebenkosten von Unternehmenszusammenschlüssen sind in der Periode des Anfalls erfolgswirksam zu behandeln.

Alle vorgenannten Änderungen sind prospektiv anzuwenden. Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Unternehmenserwerbe im Sinne des IFRS 3 vorgenommen.

Aus den im Berichtsjahr erstmals verpflichtend anzuwendenden Standardänderungen oder Interpretationen einzelner Rechnungslegungsstandards resultieren keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Die zukünftige Anwendung zum Abschlussstichtag noch nicht verpflichtend anzuwendender Bilanzierungsstandards oder der Interpretation einzelner Rechnungslegungsstandards wird, soweit zum Abschlussstichtag quantitativ bestimmbar, keine materiellen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben; grundlegende Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden sich nicht ergeben.

Am 12. November 2009 veröffentlichte der IASB den Standard IFRS 9 „Financial Instruments“ mit überarbeiteten Regelungen zu Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Dieser wurde durch den IASB am 28. Oktober 2010 durch weitere Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Verbindlichkeiten ergänzt. Die neuen Veröffentlichungen sind Teil einer insgesamt dreiteiligen Überarbeitung des IAS 39. In seiner derzeitigen Form (1. Teil) beinhaltet der IFRS 9 neue Vorschriften bezüglich der Anforderungen Classification und Measurement für Finanzinstrumente, die in den Regelungsbereich des IFRS 9 fallen. Die verbindliche Erstanwendung der Anforderungen Classification und Measurement ist für Geschäftsjahre vorgeschrieben, die am 1. Januar 2013 oder später beginnen; eine vorzeitige Anwendung ist grundsätzlich zulässig, wird jedoch vom Konzern nicht angestrebt.

Die Übernahme des neuen Standards IFRS 9 in EU-Recht (Endorsement) ist bisher nicht erfolgt. Vor der Übernahme in EU-Recht ist eine Erstanwendung innerhalb des EU-Raums nicht zulässig.

Der Konzern verfolgt zeitnah und kritisch die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem neuen Standard IFRS 9 sowie den weiteren, bisher lediglich im Entwurfsstadium vorliegenden, Überarbeitungsschritten des IAS 39. Der Konzern bereitet sich auf die zukünftige Erstanwendung entsprechend vor. Da es sich hierbei um grundlegende Änderungen bezüglich der Bilanzierung von Finanzinstrumenten handelt und der vollständige Anforderungsstand zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegt, sind mögliche Auswirkungen der Standardänderungen auf die Bilanzierungsgrundsätze der Bank qualitativ und quantitativ noch nicht abschätzbar.

Darüber hinaus wurden im vorliegenden Konzernabschluss die relevanten Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuchs sowie die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2010 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Grundsätze

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2010 der Holding steht im Einklang mit den IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die wesentlichen vom Management getroffenen Ermessungsentscheidungen, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Dabei werden hier zunächst übergreifende Aspekte erläutert; detaillierte Erläuterungen finden sich in den Notes 7 bis 20. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Schätzungsunsicherheiten und Annahmen

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Für die Bewertung der zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen werden Börsenkurse sowie interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen.

Für einen geringen Teil der Finanzinstrumente konnte zur Ermittlung des Fair Value weder auf notierte Marktpreise noch auf direkt oder indirekt (von Preisen abgeleitete) beobachtbare Inputparameter zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73). Der Fair Value-Hierarchie des IAS 39 folgend wurde in diesen Fällen auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen (IAS 39.AG74-79). Hierbei wurden die Verlautbarungen zur Anwendung der Bewertungsmodelle des International Accounting Standards Board (IASB) vom Oktober 2008 berücksichtigt. Details hierzu, einschließlich Aussagen zu Annahmen und Schätzungen, werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 61) ausgeführt.

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, unter anderem für den Geschäfts- oder Firmenwert. Der Wertminderungstest für den Geschäfts- oder Firmenwert, der jährlich durchzuführen ist, basiert auf der Discounted-Cashflow-Methode. Dabei werden die zukünftig zu erwartenden Cashflows geschätzt.

Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.

Weitere Schätzungsunsicherheiten betreffen die Risikovorsorge im Kreditgeschäft (Note 7.3), die Rückstellungen (Note 16) und die latenten Steuern (Note 17).

Währungsumrechnung

Im Konzern werden die Umrechnung von Geschäftsvorfällen in Fremdwährung als auch die Umrechnung der Abschlüsse für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausländischer Geschäftseinheiten nach IAS 21 vorgenommen. Bei der Zugangsbewertung von in Fremdwährung abgeschlossenen Geschäften erfolgt die Umrechnung in EUR mit dem am Geschäftstag gültigen Kassakurs.

Bewertungsergebnisse aus monetären Posten werden ergebniswirksam berücksichtigt. Bei der Währungsumrechnung von monetären Posten, die als Available-for-Sale klassifiziert werden, werden nur die Wertänderungen, die auf den Wechselkurs zurückzuführen sind, erfolgswirksam erfasst. Die Wertänderungen, die auf andere Risiken zurückzuführen sind, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Bei nicht monetären Posten wird die gesamte Wertänderung erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für diese ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung EUR nach der Zeitbezugsmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher GBP beziehungsweise USD, und die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2009 grundsätzlich – mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Änderungen – beibehalten.

Die extreme Marktsituation, die seit 2008 vorlag, hat sich im Laufe des Berichtsjahres weiter entspannt. An den Märkten konnte auch gegenüber 2009 eine höhere Aktivität beobachtet werden. Das zeigte sich unter anderem in gesteigerter Emissionstätigkeit, höheren Umsätzen und belastbareren Quotierungen. Die Kursversorgung mit externen Marktpreisangebietern hat ein Niveau erreicht, das mit dem Niveau vor der Finanzkrise vergleichbar ist. Es blieben jedoch Finanzinstrumente übrig, für die zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden konnte (IAS 39.AG71-73).

Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2010 wurden Anpassungen nach IAS 8.42 für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2009 vorgenommen. Eine detaillierte Darstellung dieser Anpassungen sowie ihrer betragsmäßigen Auswirkungen findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 57) dieses Berichts.

4 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Holding wird gemäß IAS 27.24 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden, sowie die nach der Equity-Methode einbezogenen Unternehmen.

25 Tochterunternehmen einschließlich SIC-12-Gesellschaften, 10 assoziierte Unternehmen und 5 Gemeinschaftsunternehmen mit untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden nicht einbezogen. Sie werden innerhalb der Bilanz als Finanzanlagen ausgewiesen und nach den entsprechenden Regelungen bewertet. Für die Abgrenzung des Konsolidierungskreises werden Wertkriterien wie Bilanzsumme, Eigenkapital und Jahresergebnis der Konzerngesellschaften in ihrer absoluten Höhe sowie Wertrelationen vorgenannter Kriterien zwischen Konzern und Einzelgesellschaften herangezogen. Die Prüfung der Relationen erfolgt auf Ebene Konzern-Einzelgesellschaft sowie auf Ebene aller nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften.

Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 66) kenntlich gemacht. Zudem sind SIC-12-Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft unter anderem auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen in Note 5 „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden erworbener Unternehmen mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- und Firmenwert aktiviert. Transaktionen in Eigenkapitaltiteln beherrschter Unternehmen, die nicht einen Verlust der Beherrschung zur Folge haben, werden als Transaktion mit den Eigentümern im Eigenkapital dargestellt (Economic Entity Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- und Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.20 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2010 aufgestellt. Fonds und SIC-12-Gesellschaften, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2010 jeweils geprüfte Meldungen vorgelegt. Damit wurden alle wesentlichen Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste hingewiesen.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available-for-Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46(c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf welches der Konzern durch die Möglichkeit der Mitwirkung an dessen finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungsprozessen maßgeblichen Einfluss nehmen kann und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt. Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von mehr als 20 % nicht als assoziiertes Unternehmen eingestuft sind, und Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von unter 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Verluste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden.

Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

5 Konsolidierungskreis

Zum 31. Dezember 2010 sind neben der Landesbank Berlin Holding AG 93 Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen worden; Angaben zu den weiteren, nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, können der Note 9 entnommen werden. Dieser Kreis von Unternehmen stellt den Konsolidierungskreis dar und ist aus der Anteilsbesitzliste ersichtlich. Die Veränderungen bei den Tochterunternehmen im Konsolidierungskreis stellen sich im Geschäftsjahr 2010 wie folgt dar:

	31.12.2009	Zugänge	Abgänge	31.12.2010
Tochterunternehmen	20	0	3	17
SIC-12-Gesellschaften				
Spezialfonds	11	0	0	11
Dotationsbestand Publikumsfonds	3	1	3	1
weitere SIC-12-Gesellschaften	70	0	6	64
Gesamt	104	1	12	93

Im Oktober 2010 hat die Konzerngesellschaft Landesbank Berlin AG die von der Norddeutschen Landesbank in Höhe von 8,07 % gehaltenen Anteile an der Berlin Hyp erworben und damit ihren Anteil auf 99,66 % erhöht. Hierfür wurde eine Gegenleistung in Höhe von 100 Mio. € in bar an die Inhaber von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss gezahlt. Der Buchwert des Reinvermögens der Berlin Hyp (ohne Geschäfts- und Firmenwert des ursprünglichen Erwerbs) betrug zu diesem Zeitpunkt 1.058 Mio. €, der auf die zusätzlich erworbenen Anteile entfallende Buchwert betrug 85 Mio. €. Die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem auf die erworbenen Anteile entfallenden Buchwert in Höhe von 15 Mio. € wurde im Eigenkapital in den Gewinnrücklagen erfasst.

Darüber hinaus nahm die LBB an einer Kapitalerhöhung der Berlin Hyp im Umfang von rund 100 Mio. € teil und schloss einen Ergebnisabführungsvertrag mit der Berlin Hyp. Am 9. Dezember 2010 hat die außerordentliche Hauptversammlung der Berlin Hyp dem Verlangen des Vorstands der LBB als Vertreter des Hauptaktionärs mehrheitlich zugestimmt, gemäß § 327a Absatz 1 Satz 1 AktG die Aktien der Minderheitsaktionäre der Berlin Hyp auf die Hauptaktionärin gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung zu übertragen. Nach Wirksamwerden dieses Beschlusses durch Eintragung in das Handelsregister am 25. Januar 2011 verfügt die LBB über 100 % der Anteile an der Berlin Hyp.

Zugänge zum Konsolidierungskreis

Seit dem 31. Dezember 2009 wurde folgende Gesellschaft neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen:

Zugänge	
LBB Interest Rate Opportunity Fund, Berlin	Neuaufgabe des Fonds durch die LBB-INVEST, Berlin

Unternehmensveräußerungen und sonstige Abgänge aus dem Konsolidierungskreis

Abgänge	
Keppler-Global Alpha-LBB-INVEST, Berlin	Abmelzen der Quote an diesem Publikumsfonds auf unter 50 % und somit Bewertung nach der Equity-Methode
Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin	Anwachsung auf die „Grundstücksgesellschaft Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin
Check Point Charlie Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands)	Entkonsolidierung nachdem die Positionen auf die Landesbank Berlin AG, Berlin übertragen wurden.
Portfolio Purchasing Company 1 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands)	
Portfolio Purchasing Company 2 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands)	
Portfolio Purchasing Company 3 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands)	
Portfolio Purchasing Company 4 Ltd., Saint Helier / Jersey (Channel Islands)	
FlexBond-Plus-INVEST, Berlin	Rückführung des Dotationskapitals
Vermögensstruktur Chance / Inhaber-Anteile, Berlin	Rückführung des Dotationskapitals
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin	Verschmelzung auf die LBB Grundstücksgesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin
RR II R-11281, City of Wilmington / Delaware	Auflösung im Rahmen des Tender Option Bond-Programms
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin	Entkonsolidierung wegen Unwesentlichkeit

Nennenswerte Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aus der Veränderung des Konsolidierungskreises ergaben sich nicht.

6 Segmentberichterstattung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist eine Universalbank. Seine Geschäftsaktivitäten betreibt der Konzern in den vier Kerngeschäftsegmenten Private Kunden, Firmenkunden, Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft. Als weitere Segmente werden Zinsmanagement, Sonstiges und Konsolidierung ausgewiesen.

Beschreibung der Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** konnte das operative Ergebnis um 76 Mio. € auf 149 Mio. € gesteigert werden (Vorjahr: 73 Mio. €).

Der Zinsüberschuss lag mit 404 Mio. € um 47 Mio. € beziehungsweise 13 % über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Das Stichtagsvolumen der Einlagen wuchs im Segment Private Kunden im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 7 %. Aufgrund der im Jahr 2009 erfolgreich eingeführten neuen Kontomodelle wurde im Jahr 2010 eine Steigerung der Kontoeröffnungen auf rund 89.200 neue Konten erreicht. Der Bestand in den neuen Kontomodellen erhöhte sich auf 716.400 Konten. Das Volumen der Neuvaluierungen der Hypothekenkredite wurde gegenüber dem Vorjahr um 22 % auf 190 Mio. € gesteigert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich deutlich um 18 Mio. € auf 42 Mio. €. Maßgeblich beeinflusst wurde diese Entwicklung durch den positiven Risikoverlauf im Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft.

Der Provisionsüberschuss lag mit 194 Mio. € um 7 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Während der Provisionsüberschuss im Kartengeschäft um 7 Mio. € gesteigert wurde, lag er aus dem Zahlungsverkehr mit 8 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Beim Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft wurde der Vorjahreswert leicht unterschritten (-3 Mio. €). Der Absatz von Publikumsfonds stieg im Vergleich zum Vorjahr um 8 % auf 339 Mio. €. Die Ausweitung des Absatzes von Versicherungsprodukten setzt sich weiter fort. Die nettopolicierete Beitragssumme lag im Berichtsjahr 8 % über dem Vorjahreswert. Insbesondere die Sachversicherungen trugen mit einer deutlichen Steigerung (+38 %) zum Wachstum bei. Im überregionalen Kreditkartengeschäft (Co-Branding) stiegen im Vergleich zum 31. Dezember 2009 sowohl die Provisionserträge (+9 %) als auch die Kreditkartenkonten (+10 %).

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis ist im Wesentlichen ein Sondereffekt aus dem Verkauf der Beteiligung ATOS Worldline Processing GmbH zu verzeichnen.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 442 Mio. € um 29 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Hierin enthalten sind Aufwendungen für Personalabbaumaßnahmen aufgrund der geplanten Umsetzung neuer Vertriebsstrukturen sowie ein erhöhter Aufwand für die im Jahr 2011 anstehende IT-Migration. In den Verwaltungsaufwendungen sind Abschreibungen in Höhe von 14 Mio. € (Vorjahr: 15 Mio. €) enthalten.

Das Segment **Firmenkunden** erzielte ein operatives Ergebnis in Höhe von 107 Mio. € und übertraf damit das Vorjahresergebnis um 19 Mio. € (Vorjahr: 88 Mio. €). Das Segment setzte damit seine positive Entwicklung auch im Jahr 2010 fort.

Das Zinsergebnis konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich um 19 Mio. € auf 158 Mio. € gesteigert werden. Die Kreditrisikovorsorge stieg gegenüber 2009, die Gesamthöhe blieb aber mit 6 Mio. € auf niedrigem Niveau.

Das Volumen im Kreditneugeschäft stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 30 %. Dennoch lag der Bestand an Kundenforderungen – nach Überleitungen an das Geschäftsfeld Kapitalmarkt – unter dem Bestand vom 31. Dezember 2009. Die Kundeneinlagen hingegen konnten auf bereits hohem Niveau nochmals leicht um 70 Mio. € auf 5.119 Mio. € ausgebaut werden.

Die Kundenzahl war aufgrund der Übergabe von Betreuungszuständigkeiten an andere Geschäftsfelder leicht rückläufig und betrug per 31. Dezember 2010 rund 64.400.

Der Provisionsüberschuss wurde um 8 Mio. € auf 42 Mio. € verbessert. Insbesondere stiegen die Erträge aus dem Exportfinanzierungsgeschäft.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 88 Mio. € nur leicht über Vorjahresniveau (86 Mio. €).

Das operative Ergebnis des Segments **Immobilienfinanzierung** betrug 172 Mio. € (Vorjahr: 191 Mio. €).

Stark beeinflusst wurde dieses Ergebnis durch Rückgänge im Zinsüberschuss um 37 Mio. € und beim Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten um 61 Mio. €. Die Verflachung der Zinskurve und die Schwankungen an den Märkten führten im Treasury der Berlin Hyp zu entsprechenden Reduzierungen gegenüber dem sehr ertragsstarken Jahr 2009.

Sehr erfolgreich war das Kerngeschäft (gewerbliches Immobilienfinanzierungsgeschäft). Durch das gute Neugeschäft und durch ein erfolgreiches Bestandsmanagement konnte der Zinsüberschuss auf 295 Mio. € (Vorjahr: 267 Mio. €) gesteigert werden.

Das Segment Immobilienfinanzierung profitierte 2010 von den positiven Entwicklungen des inländischen Immobilienmarkts und der europäischen Kernmärkte. Die positive Marktstimmung spiegelte sich auch im Neugeschäft des Geschäftsfelds wider. Das Kontrahierungsvolumen stieg auf 6,3 Mrd. € und lag damit deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres (4,8 Mrd. €). Unsere Risiko- und Margenanforderungen galten dabei unverändert. Der Bestand der Kundenforderungen im Kerngeschäft lag per 31. Dezember 2010 mit 26,3 Mrd. € um 0,6 Mrd. € höher als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Positiv auf das Segmentergebnis wirkten sich auch die deutlich geringere Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 74 Mio. € (Vorjahr: 140 Mio. €) und das verbesserte Provisionsergebnis von 26 Mio. € (Vorjahr: 17 Mio. €) aus.

Die Verwaltungsaufwendungen betragen unverändert 115 Mio. €, darin enthalten sind wie im Vorjahr Abschreibungen in Höhe von 5 Mio. €.

Das Segment **Kapitalmarktgeschäft** entwickelte sich im Berichtsjahr positiv und erzielte ein operatives Ergebnis von 213 Mio. € (Vorjahr: 215 Mio. €). Trotz der hohen Volatilität an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten reichte das Ergebnis damit an das Vorjahr heran.

Die Bonitätskrise in der Eurozone führte zu einer deutlichen Ausweitung der Credit Spreads und damit zu Kursverlusten bei europäischen Staatsanleihen und Finanztiteln (insbesondere von den sogenannten „PIIGS“-Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien).

Der Zinsüberschuss sank im Vergleich zum Jahr 2009 um 87 Mio. € auf 346 Mio. €, im Wesentlichen verursacht durch den Rückgang der Erträge aus Geldhandelsgeschäften. Diese hatten im Vergleichszeitraum 2009 noch von der Sondersituation mit weit über den Tendersätzen der EZB liegenden Interbankensätzen profitiert.

Nettoaufösungen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, insbesondere aus der positiven Entwicklung von Kreditrisiken im Abbauportfolio Strukturierte Finanzierungen, führten im Berichtszeitraum zu einem Ertrag von 19 Mio. €. Im Vorjahr war keine nennenswerte Risikovorsorge ausgewiesen worden. Der Provisionsüberschuss lag 2010 mit 18 Mio. € um 1 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Aufgrund der beschriebenen Marktentwicklungen lag das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten mit einem Ergebnisbeitrag von 6 Mio. € um 7 Mio. € unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Das Ergebnis aus Finanzanlagen war mit –24 Mio. € um 71 Mio. € höher als 2009. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Vorjahresergebnis durch Impairments auf Fonds sowie geringere Wertansätze für Bondbestände isländischer Banken belastet gewesen war.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 155 Mio. € um 10 Mio. € höher als im Vorjahr. In den Verwaltungsaufwendungen sind Abschreibungen in Höhe von 6 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) enthalten.

Die Marktsituation der letzten Monate hat auch das Kundengeschäft beeinflusst, die Dynamik hat gegenüber dem Vorjahr deutlich nachgelassen.

Das Zertifikatevolumen stieg im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 0,4 Mrd. € auf 2,9 Mrd. €. Die Assets under Management der LBB-INVEST lagen mit 11,6 Mrd. € auf Vorjahresniveau.

Im Internationalen Geschäft wurde, trotz der teilweise im Jahresverlauf noch bestehenden Restriktionen im Kreditgeschäft, ein um 31 Mio. € höheres Kreditvolumen von 1,2 Mrd. € ausgewiesen. Erreicht wurde dies durch einige größere Geschäfte in der Zielregion (Mittel-/Osteuropa und GUS), die im Jahr 2010 um die Türkei erweitert wurde.

Das operative Ergebnis 2010 des Segments **Zinsmanagement** betrug –115 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

Im Zinsmanagement wird die zentrale Steuerung des Bankbuchs abgebildet. Deren Basis bilden die sich aus dem zinstragenden Kundengeschäft der Bank ergebenden Positionen. Die Entscheidungen im Zinsmanagement fallen in die Zuständigkeit des Dispositionsausschusses, dem alle Mitglieder des Vorstands der Landesbank Berlin AG angehören. Die Durchführung der Beschlüsse erfolgt durch die jeweils produktverantwortlichen Bereiche im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft.

Alle im Zinsmanagement abgebildeten Marktpreisrisiken sind in die Gesamtbankrisikosteuerung eingebunden und entsprechend limitiert. Während des Jahres 2010 blieb das Niedrigzinsszenario zunächst intakt. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen sank bis Ende August auf 2,12%. Vor dem Hintergrund der sich fortsetzenden konjunkturellen Stabilisierung der Eurozone – insbesondere Deutschlands – kam es danach zu einem deutlichen Anstieg der Kapitalmarktzinsen, der sich unter starken Schwankungen vollzog. Bei weiterhin guter Verankerung der Geldmarktzinsen angesichts unverändert niedriger Leitzinsen der Europäischen Zentralbank wurde die Zinsstrukturkurve zum Ende des Jahres wieder steiler.

Die bereits zuvor geübte Zurückhaltung bei Investitionen wurde auch in diesem Marktumfeld beibehalten. Bestehende Transformationsrisikopositionen litten unter der beschriebenen Entwicklung der Kapitalmarktzinsen und wurden angesichts der Dynamik des sich fortsetzenden Zinsanstiegs im weiteren Verlauf des vierten Quartals abgesichert.

Eine zusätzliche Ergebnisbelastung ergab sich durch das starke Volumenwachstum bei zinsvariablen Kundeneinlagen. Deren bankinterner Verrechnungszins – aus historisch gültigen Zinssätzen abgeleitet – übertraf die zu aktuellen Marktzinsen vorgenommene neutralisierende Anlage im Zinsmanagement.

Infolge der Bilanzierungsregeln der Kategorisierung stehen den Zinsaufwendungen der Passiva im Zinsüberschuss weiterhin die Zinserträge der Sicherungsgeschäfte im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten gegenüber.

Das operative Ergebnis im Segment **Sonstiges** war im Berichtszeitraum begünstigt durch die Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 39 Mio. € auf –206 Mio. €.

Im Segment Sonstiges werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Leistungsbeziehungen der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Im operativen Ergebnis des Segments verbleiben nach der Leistungsverrechnung im Wesentlichen die Overheadfunktionen, die betriebswirtschaftlich nicht anderen Segmenten zugeordnet werden können. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazugehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 28 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €).

Im Segment **Konsolidierung** werden insbesondere die Leistungsbeziehungen ausgewiesen, die zwischen den einzelnen Konzernsegmenten stattgefunden haben.

Ergebnisse der Segmente

in Mio. €	Private Kunden		Firmenkunden		Immobilienfinanzierung	
	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009
Zinsüberschuss	404	357	158	139	357	394
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	42	60	6	1	74	140
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	362	297	152	138	283	254
Provisionsüberschuss	194	201	42	34	26	17
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen					3	5
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					-14	47
Ergebnis aus Finanzanlagen	6	1			-4	
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	6	-16				
Sonstiges betriebliches Ergebnis	23	3	1	2	-7	-14
Verwaltungsaufwendungen	442	413	88	86	115	115
Operatives Ergebnis vor Restrukturierung	149	73	107	88	172	194
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen						-3
Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern	149	73	107	88	172	191
Segmentvermögen ¹⁾	5.459	5.293	4.614	5.248	51.048	51.769
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) ¹⁾	14.473	13.505	6.040	6.156	42.200	42.969
Eigenmittelanforderungen nach SolvV	254	262	238	251	1.050	1.117
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) ²⁾	309	305	270	222	877	943
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2.265	2.324	289	285	452	452
Eigenkapitalrentabilität ³⁾	48,2 %	23,9 %	39,6 %	39,6 %	19,6 %	20,3 %
Cost-Income-Ratio ³⁾	69,8 %	75,6 %	43,8 %	49,1 %	31,9 %	25,6 %

¹⁾ Segmentvermögen/-verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen

²⁾ Für den Konzern insgesamt wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital (ohne stille Einlage) und in den Segmenten das nach ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital ausgewiesen.

³⁾ gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. €

⁴⁾ inklusive Aufwand für Vergütung der stillen Einlage (1.1.–31.12.2010: 51 Mio. €; 1.1.–31.12.2009: 51 Mio. €)

⁵⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Kapitalmarktgeschäft		Zinsmanagement		Sonstiges ⁴⁾		Konsolidierung		Konzern	
1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009 ⁵⁾	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009	1.1.–31.12. 2010	1.1.–31.12. 2009 ⁵⁾
346	433	-474	-382	-63	-78	-3	-1	725	862
-19	1	1		1	-17			105	185
365	432	-475	-382	-64	-61	-3	-1	620	677
18	17	-2	-4	-1		-3	-3	274	262
2	-23	2	3					7	-15
6	13	357	418					349	478
-24	-95		-13					-22	-107
2	2	1				-1		8	-14
-1	14	10	1	174	155	-116	-120	84	41
155	145	8	15	315	334	-120	-123	1.003	985
213	215	-115	8	-206	-240	-3	-1	317	337
					-5				-8
213	215	-115	8	-206	-245	-3	-1	317	329
63.327	69.670	13.458	15.636	2.760	2.854	-9.964	-7.464	130.702	143.006
50.723	58.708	23.010	24.532	2.064	2.498	-9.890	-7.396	128.620	140.972
771	1.035	112	151	122	75			2.547	2.891
959	998	643	690	-366	-807			2.692	2.351
435	419			2.544	2.529			5.985	6.009
22,2 %	21,5 %	neg.	1,2 %					11,8 %	14,0 %
44,4 %	40,2 %	neg.	65,2 %					70,4 %	65,4 %

Methodische Grundlagen

Die Segmentberichterstattung nach IFRS 8 basiert auf dem „Management Approach“, das heißt das interne Reporting bildet hinsichtlich Form und Inhalt die Grundlage für die externe Segmentberichterstattung. Die ausgewiesenen Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie im internen Reporting abgebildet wird. Durch das interne Reporting erfolgt die regelmäßige Information des „Chief Operating Decision Maker“ über die Segmentergebnisse. „Chief Operating Decision Maker“ ist der Gesamtvorstand, der auf Grundlage dieser Informationen über die Zuordnung von Ressourcen zu den Segmenten entscheidet sowie die Performance der Segmente beurteilt.

Das interne Reporting basiert auf IFRS-Werten, daher entfällt die in IFRS 8.28 geforderte Überleitungsrechnung. Konsolidierungsbeträge aus Leistungsbeziehungen zwischen den Segmenten werden im Segment Konsolidierung ausgewiesen.

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- und Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen dem Segment „Sonstiges“ zugerechnet, hier erfolgt auch die Anlage der Rückstellungen.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieft Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten. Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/-verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten.

Die LBB stattet die Segmente mit einem nach ökonomischen Verfahren erforderlichen Kapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (MAK; umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität des Konzerns erfolgt auf Basis des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals. Der Aufwand für die Vergütung der stillen Einlage wird im Segment „Sonstiges“ ausgewiesen.

Angaben auf Unternehmensebene

Die geografische Aufteilung der Erträge des Konzerns ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Aufteilung orientiert sich wesentlich nach dem Standort der bilanzierenden Gesellschaft.

in Mio. €	Inland		Ausland		Konzern	
	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009 ³⁾	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009 ³⁾
Erträge gesamt ¹⁾	1.199	1.163	121	159	1.320	1.322
Operatives Ergebnis/ Ergebnis vor Steuern	226	201	91	128	317	329
Langfristige Vermögenswerte ²⁾	1.192	1.184	39	39	1.231	1.223

¹⁾ Summe aus Zinsüberschuss nach Risikovorsorge, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis

²⁾ Summe aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten

³⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Informationen über Produkte und Dienstleistungen (IFRS 8.32) sind den Notes-Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Angaben über einzelne Kunden entfallen, da die Wesentlichkeitsgrenze des IFRS 8.34 nicht überschritten wird.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

7 Finanzinstrumente

Der Konzern bilanziert Finanzinstrumente, zu denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zählen, gemäß IAS 39. Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Sowohl originäre finanzielle Vermögenswerte als auch originäre finanzielle Verpflichtungen werden im Rahmen der Folgebewertung entsprechend ihrer Kategorie teilweise mit fortgeführten Anschaffungskosten, teilweise zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zum Fair Value bewertet. Die konkrete Folgebewertung richtet sich nach der Kategorisierung dieser Finanzinstrumente. Der Erstansatz von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Finanzinstrumente sind nach Klassen zu gliedern. Neben der Unterscheidung von Bilanzposten wird die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten als ein wesentliches klassenrelevantes Merkmal verstanden. Darüber hinaus wird eine weiter gehende Aufgliederung vorgenommen.

7.1 Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen

Im Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in nachfolgend dargestellte (Bewertungs-)Kategorien eingeordnet. Der bilanzielle Ausweis finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erfolgt jedoch abweichend, so dass sich Kategorien und Bilanzpositionen nicht unmittelbar entsprechen. Eine Überleitung mit Angabe der jeweiligen Buchwerte je Kategorie findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 61) dieses Berichts. Dort finden sich auch Angaben zu vorgenommenen zulässigen Änderungen bei der Einordnung in diese Kategorien (Umkategorisierungen).

Loans and Receivables (LaR)

Dieser Kategorie werden Kredite zugeordnet, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden. Diese weist der Konzern unter Forderungen an Kreditinstitute sowie unter Forderungen an Kunden aus. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen sowie Wertpapiere gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden oder wurden (zum Beispiel auch ABS-Wertpapiere). In diesem Fall erfolgt der Ausweis unter Finanzanlagen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien/Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt. Im Fall der im Jahr 2008 umkategorisierten Finanzinstrumente, die zuvor als AfS ausgewiesen wurden, wird das bis zur Umkategorisierung in der Neubewertungsrücklage erfasste Bewertungsergebnis über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis berücksichtigt beziehungsweise bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts sofort erfolgswirksam aufgelöst.

Held-to-Maturity (HtM)

Dieser Kategorie werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zugeordnet, welche eine feste Laufzeit haben und bis zum Tag der Fälligkeit gehalten werden. Die Halteabsicht schließt auch die Fähigkeit ein, die Wertpapiere bis zur Fälligkeit halten zu können. Wertpapiere dieser Kategorie weist der Konzern ausschließlich unter Finanzanlagen aus.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Handelsaktiva und -passiva (Held-for-Trading, HFT)

Dieser Unterkategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken eingegangen wurden. Hierzu zählen zum einen originäre Finanzinstrumente – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – sowie Derivate des Handelsbuchs mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) und zum anderen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs mit negativem Marktwert (Handelspassiva). Zudem werden Derivate des Anlagebuchs ebenfalls den Handelsaktiva oder -passiva zugerechnet. Derivative Finanzinstrumente, die gemäß IAS 39 als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting verwendet wurden, sind nicht Teil dieser Kategorie.

Handelsaktiva und -passiva einschließlich der Derivate des Anlagebuchs werden bilanziell jeweils unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten beziehungsweise Verpflichtungen ausgewiesen. Sie werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Gewinne und Verluste aus dieser Bewertung, Effekte aus der Währungsumrechnung, laufende Zins- und Dividendenzahlungen sowie Maklercourtage werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (Fair Value-Option, FVO)

Der Konzern wendet die sogenannte Fair Value-Option an und designiert ausgewählte finanzielle Vermögenswerte und Schulden zum Fair Value. Für Aktiva wird die Fair Value-Option auf Schuldverschreibungen und Aktienbestände angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden oder um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting Mismatch) zu vermeiden. Als Passiva sind verbriefte Verbindlichkeiten, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten, der Fair Value-Option zugewiesen worden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbriefte Verbindlichkeiten und passive Schuldscheindarlehen angewendet, um ein Accounting Mismatch zu vermeiden.

Dieser Unterkategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Fair Value bilanziert. Sie sind ebenfalls Teil der Bilanzpositionen für erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in die korrespondierende Ergebnisposition ein. Laufende Zins- und Dividendenzahlungen beziehungsweise Provisionen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zins- beziehungsweise Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale, AfS)

Diese Kategorie umfasst nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Hierunter fallen im Wesentlichen verzinsliche Wertpapiere, Aktien sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet werden. Der Ausweis erfolgt unter Finanzanlagen. Ferner wurden im Konzern auch Darlehen, der Kategorie AfS zugeordnet, deren Wert sich aus am Markt beobachtbaren Parametern ableiten lässt. Sie werden unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise unter Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Bewertung zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird zum Fair Value vorgenommen. Wertveränderungen werden – sofern es sich nicht um ein Impairment handelt – in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) erfasst. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Fall einer Wertminderung (Impairment) wird die Neubewertungsrücklage unmittelbar erfolgswirksam aufgelöst und der Abschreibungsbetrag im Finanzanlageergebnis berücksichtigt. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel erfolgsneutral vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und – wie auch Zins- und Dividendenzahlungen – im Zinsergebnis erfolgswirksam berücksichtigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Other Liabilities, OL)

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verpflichtungen, soweit sie nicht Handelspassiva oder zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen darstellen. Sie werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbriefte Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital bilanziell ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

7.2 Forderungen

Forderungen werden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterschieden. Sie umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen – das Kreditgeschäft – sowie Forderungen aus Geldmarktgeschäften. Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet. Die Bewertung erfolgt überwiegend zu fortgeführten Anschaffungskosten, also unter Fortschreibung eventueller Agien/Disagien. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten Risikovorsorge ausgewiesen. Eine kleine Gruppe von Forderungen sind Teil der Kategorie AfS und werden somit zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (zum Beispiel Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Ausgewählte Forderungen werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges verwendet. Die Buchwerte dieser Forderungen werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; dies wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Agio- und Disagioträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien/Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden nicht im Rahmen der Forderungen, sondern unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

7.3 Wertberichtigung auf Forderungen

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), pauschalieren Einzelwertberichtigungen (pEWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und Länderwertberichtigungen (LWB) Rechnung.

Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor (Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer nur aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, Insolvenz, sonstige Sanierungsmaßnahmen oder finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners), wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

Pauschalisierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit vorstehend genannten Hinweisen auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (zum Beispiel allgemeines Konjunkturrisiko) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der Forderungen bereits einzelwertberichtigter Kreditnehmer. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Die durch Umgliederung nunmehr zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente werden in die PoWB einbezogen. Deren Methodik wird auch nach Ausweitung der zu betrachtenden Bestände unverändert angewendet.

Länderwertberichtigungen (LWB)

Länderwertberichtigungen werden zur Abschirmung von Transferrisiken gebildet. Diese Wertberichtigungen werden für sämtliche risikobehafteten Forderungen gegenüber allen Schuldnern in einem Land vorgenommen. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich des bereits einzelwertberichtigten Forderungsanteils.

Die Kreditrisikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Avale, Akkreditive, Wechselverbindlichkeiten) wird durch eine Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft berücksichtigt beziehungsweise in die PoWB einbezogen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen sind im Abschnitt Risikomanagement aufgeführt.

7.4 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verpflichtungen werden in finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieft Verbindlichkeiten und Nachrangkapital unterschieden und entsprechend ausgewiesen. Zudem werden einige finanzielle Verbindlichkeiten als sonstige Passiva bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen. Beim Rückkauf eigener Emissionen werden die verbrieften Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Eventuelle Gewinne oder Verluste zwischen Buchwert und Anschaffungskosten (Zeitwert) bei Rückkauf werden erfolgswirksam im Zinsüberschuss erfasst.

Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges designiert. Die Buchwerte dieser Verbindlichkeiten werden um den Buchgewinn oder -verlust angepasst, welcher dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist. Diese Wertänderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Mit Ausnahme eines Teilbetrags des Nachrangkapitals werden finanzielle Verpflichtungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), nicht im Rahmen der Verbindlichkeiten, sondern unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen.

7.5 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente

Diese Bilanzposition unterteilt sich zum einen in Finanzinstrumente der Handelskategorie (Held-for-Trading) – hierzu zählen die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen, welche zu Handelszwecken im Bestand sind, sowie derivative Geschäfte des Nichthandelsbuchs – und zum anderen in Finanzinstrumente, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option). Finanzinstrumente dieser Kategorie mit positiven Marktwerten werden als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, solche mit negativen Marktwerten als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen dargestellt.

Derivate, die im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Sicherungsgeschäfte eingesetzt werden, werden gesondert als positive und negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten ausgewiesen.

7.6 Eingebettete Derivate

Eingebettete Derivate sind derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die keine eigenständigen Instrumente darstellen, sondern Bestandteile strukturierter Finanzinstrumente sind. Unter bestimmten Bedingungen wird nach IAS 39 eine getrennte Bilanzierung des zugrunde liegenden Basisvertrags und des eingebetteten Derivats gefordert. In diesem Sinne trennungspflichtige strukturierte Finanzinstrumente ordnet die Bank ausnahmslos der Fair Value Option zu. Folglich wird keine Trennung der Bestandteile vorgenommen, sondern das gesamte strukturierte Finanzinstrument zum Fair Value bewertet und entsprechend der Kategorie in der Bilanz ausgewiesen.

7.7 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Die Regeln von IAS 39 ermöglichen die bilanzielle Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge unter restriktiven Voraussetzungen. Im Konzern kommen das Mikro Fair Value-Hedging und das Makro Cashflow-Hedging zur Anwendung.

Mikro Fair Value Hedge Accounting

Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges sichert der Konzern den Fair Value von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet.

Die Sicherungsderivate werden in der Bilanz unter positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bewertet, wobei die Bewertungsänderungen vollständig erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst werden. Für die Grundgeschäfte der Kategorien LaR/OL wird der Buchwert in der Bilanz jeweils um die kumulierte, aus dem gesicherten (Zins-)Risiko resultierende Marktwertveränderung (Hedge Adjustment) angepasst. Diese Wertveränderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für Grundgeschäfte der Kategorie AfS wird das Hedge Adjustment ebenfalls im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen, während der übrige – nicht vom abgesicherten Risiko verursachte – Teil der Wertänderung in der Neubewertungsrücklage erfolgsneutral erfasst wird.

Da diese bilanzielle Behandlung von der Effektivität der Mikro Fair Value-Hedges abhängt, führt der Konzern prospektiv und retrospektiv Effektivitätstests durch. Für die retrospektive Effektivitätsmessung kommen die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis und die Regressionsanalyse zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedgebeziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+ 100 Basispunkte-Shift) ermittelt oder ein sogenannter Critical Term Match durchgeführt.

Makro Cashflow Hedge Accounting

Im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/ Passivsteuerung mittels Zinsswaps. Im Berichtszeitraum wurden Zahlungsströme mit Laufzeiten von 1 Monat bis zu 20 Jahren abgesichert.

Alle hierfür eingesetzten und designierten Zinsderivate werden als positive beziehungsweise negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bilanziert. Deren kumulierte Wertveränderungen werden im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage aus Cashflow-Hedges erfasst. Sofern im Rahmen des Effektivitätsnachweises eine Ineffektivität ermittelt wird, wird diese erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Für die gesicherten Grundgeschäfte ändern sich hierbei die allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht. Der Effektivitätsnachweis der Makro Cashflow-Hedges erfolgt auf Basis der Change-in-Fair-Value-of-Cashflows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cashflows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80 – 125 %-Bandbreite mittels der Hedge-Ratio aus den tatsächlichen Cashflows aus Sicherungs- und Grundgeschäften überprüft.

Im Berichtszeitraum gab es keine gesicherten Grundgeschäfte, mit deren Eintreten nicht mehr gerechnet wird.

7.8 Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden beziehungsweise zum Fair Value designierten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (soweit nicht nach der Equity-Methode bewertet) sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese sind grundsätzlich als AfS kategorisiert. Ferner enthalten die Finanzanlagen zum Bilanzstichtag beziehungsweise zum Umwidmungsstichtag nicht an einem aktiven Markt gehandelte Schuldverschreibungen und Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere), die als LaR kategorisiert sind. Des Weiteren werden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere als Finanzanlagen der Kategorie HtM ausgewiesen.

Die AfS-Bestände werden zum Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen erfolgt bis zur Veräußerung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. Schuldverschreibungen und ABS-Papiere werden – soweit als LaR oder HtM kategorisiert – zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf signifikante oder dauerhafte Wertminderungen durchgeführt. Für Eigenkapitaltitel der Kategorie AfS wird gemäß IAS 39.61 eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts als objektiver Hinweis auf eine Wertminderung angesehen. Bei Fremdkapitaltiteln erfolgt neben einer qualitativen Untersuchung nach IAS 39.59 eine quantitative Untersuchung, ob eine signifikante oder eine länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts vorliegt. Sofern eine entsprechende Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Schuldtiteln wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Wertaufholungen bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht zulässig; sie werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Für Eigenkapitaltitel, die mit Anschaffungskosten bewertet werden, ist eine Wertaufholung generell unzulässig.

7.9 Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Repo-Geschäft zufließende Liquidität wird als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entliehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden. Gestellte Barsicherheiten für entliehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

7.10 Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien können Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive zählen.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Prämie für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG4(a)). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Bei Finanzgarantien gegen Einmalzahlung wird diese über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

8 Barreserve

Der Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken werden zum Nennwert ausgewiesen.

9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

In dieser Kategorie werden Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle beziehungsweise gemeinschaftliche Führung vorliegt. Als Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von IAS 31 gelten vertragliche Vereinbarungen, bei denen zwei oder mehrere Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt.

	31.12.2009	Zugänge	Abgänge	31.12.2010
Joint Ventures (IAS 31) – at Equity bewertet	1	0	1	0
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – at Equity bewertet	2	0	0	2
Spezial- und Publikumsfonds – at Equity bewertet	3	3	3	3
Gesamt	6	3	4	5

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen, und in der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

10 Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- und Firmenwert. Die Dauer der linearen Abschreibung für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- und Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren historischen Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn die Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

11 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Bruttobuchwerte der Anschaffungskosten umfassen gemäß IAS 16.16 neben dem Anschaffungspreis insbesondere die Anschaffungsnebenkosten und Anschaffungspreisminderungen. Nachträgliche Anschaffungskosten werden gemäß IAS 16.12 ff. berücksichtigt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Abschreibungsdauer in Jahren

Eigengenutzte Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- und Firmenwert des Unternehmens werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögenswerten werden Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der Discounted Cashflow-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Bilanzierte Geschäfts- und Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird jährlich zum Bilanzstichtag durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Der Konzern steuert und bewertet die Geschäfts- und Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder). Im Rahmen des Impairmenttests wird untersucht, ob der jeweilige Buchwert den erzielbaren Betrag (höherer Betrag aus Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten) übersteigt. Bei der Berechnung des erzielbaren Betrags wird der Nutzungswert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt. Die Berechnung des Nutzungswerts erfolgt anhand der jeweils für den Impairmenttest-Stichtag gültigen, vom Management verabschiedeten Planungsrechnung des Konzerns (Management Approach).

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst; der Ausweis bei immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen (ohne Geschäfts- und Firmenwerte) erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen, bei Geschäfts- und Firmenwerten hingegen im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Bei einer Wertaufholung in einer Folgeperiode wird der Buchwert des Vermögenswerts entsprechend dem festgestellten erzielbaren Betrag angepasst. Eine Zuschreibung ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- und Firmenwert wird nicht vorgenommen.

13 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating Leasing klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating Lease-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen sowie unter Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating Lease-Vertrags geleasteten Anlagegütern verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating Lease-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Zum Bilanzstichtag waren keine Finance Lease-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Im Rahmen von Finance Lease gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz entweder unter Sachanlagen oder Investment Properties, und die Leasingverpflichtung wird im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ beziehungsweise „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ gebucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleaster Sachanlagen beziehungsweise Investment Properties.

14 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties gehalten werden, und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden.

Investment Properties werden – gemäß dem sogenannten Cost Model – mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt; die Abschreibung erfolgt bis zu einem Erinnerungswert von 1 €. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Sofern vereinbart, werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Beim Vorliegen von Wertminderungen, die über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen, werden diese vorgenommen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Es bestehen keine Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit oder Veräußerbarkeit von Investment Properties.

Bei der Bestimmung des Fair Value von als Investment Properties gehaltenen Immobilien wird auf öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige, mit entsprechender Berufserfahrung, zurückgegriffen, soweit dieses zur Fair Value-Bestimmung notwendig ist. Die Bestimmung des Fair Value erfolgt regelmäßig im Rahmen von Ertragswertermittlungen. Hierbei werden Annahmen bezüglich Bodenwerten, Liegenschaftszinssatz, Restnutzungsdauer des Gebäudes, nachhaltiger Vermietbarkeit von Gebäudeflächen sowie des nachhaltigen Mietzinses getroffen. Soweit Daten aktueller Markttransaktionen für in Lage und Ausstattung vergleichbarer Liegenschaften bekannt sind, werden diese bei der Fair Value-Findung mit berücksichtigt.

15 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten (Abgangsgruppen) werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als zwölf Monaten erwartet wird, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Vermögenswerte und Abgangsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es höchstwahrscheinlich ist, dass eine planmäßige Veräußerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert beziehungsweise die Abgangsgruppe in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für Abgangsgruppen nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Abgangsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Wertminderungsaufwendungen beziehungsweise Erträge aus Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

16 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt, die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit konzernerweitlich vorgegebenen Zinssätzen abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinnt.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, weil durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode – PUC) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne unter Berücksichtigung bestimmter demografischer und ökonomischer Rechnungsannahmen. Die bestandsspezifischen Bewertungsparameter berücksichtigen dabei das frühestmögliche Pensionsalter nach dem RVAGAnpG, soweit arbeitsvertraglich keine andere Vereinbarung getroffen wurde, eine altersabhängige Fluktuation sowie die Sterbe- und Invaliditätswahrscheinlichkeiten unter Verwendung der „Heubeck-Richttafeln 2005G“. Bei der Festlegung der ökonomischen Parameter werden neben dem Rechnungszins weitere unternehmensspezifische Trendannahmen zur Entwicklung der Gehälter und Renten und sonstige gesetzliche Rechengrößen (zum Beispiel Beitragsbemessungsgrenze in der Deutschen Rentenversicherung) beachtet.

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

17 Ertragsteuern

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen Wertansätzen nach IFRS und Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Daraus resultieren voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und Überhänge der aktiven latenten Steuern wurden in der Höhe angesetzt, in der sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Planungszeitraums von fünf Jahren unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung realisiert werden können. Diese ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht; zur Beurteilung wird auf die jeweils aktuelle steuerliche Planungsrechnung der Gesellschaft zurückgegriffen. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerverpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen beziehungsweise zukünftig anzuwendenden und beschlossenen Steuersätze verwendet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgte – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom jeweiligen Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden tatsächliche und latente Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

18 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Das Nachrangkapital setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen. Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Ein Teilbetrag in Höhe von 146 Mio. € wird freiwillig zum Fair Value bewertet (Fair Value-Option). Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den Buchgewinn oder -verlust angepasst, welcher dem abgesicherten Risiko zuzurechnen ist.

19 Eigenkapital

Zusammensetzung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus gezeichnetem Kapital (Grundkapital) in Form von Inhaberaktien sowie diversen Rücklagen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 2,56 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 2.555 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin Holding AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

Eigene Aktien

Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres keine eigenen Aktien im Bestand.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind hier die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, enthalten.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und die anderen Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss der Holding einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen setzt sich zu 39 Mio. € (Vorjahr: 25 Mio. €) aus gesetzlichen Rücklagen (Aktiengesetz), zu –11 Mio. € (Vorjahr: –33 Mio. €) aus Rücklagen für Bewertung der Pensionen und zu 230 Mio. € (Vorjahr: 138 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der AfS-Finanzanlagen, die sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Wertpapieren sowie Beteiligungen zusammensetzt, sowie vereinzelt Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Fair Value eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist. In diesem Eigenkapitalposten sind zudem die aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cashflows ermittelten Bewertungsergebnisse aus wirksamer Makro-Absicherung ausgewiesen.

In der Neubewertungsrücklage werden ferner latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (zum Beispiel solche auf AfS-Wertpapiere und Sicherungsderivate aus Cashflow-Hedges).

Mindestkapitalanforderungen

Die interne Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert und betrug per 31. Dezember 2010 4.238 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen per 31. Dezember 2010 4.081 Mio. €.

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGV ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe.

Der Konzern gibt regelmäßig eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) ab. Auf Ebene der RVG ergab sich zum Jahresende eine Gesamtkennziffer in Höhe von 16,89 % und eine Kernkapitalquote in Höhe von 15,24 %. Beide regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten wurden sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute stets eingehalten.

Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Ausführliche Darstellungen zum Kapitalmanagement finden sich im Abschnitt „Gesamtrisikosteuerung“ des Risikoberichts.

Dividendenzahlung

Im Jahr 2010 wurde eine Dividende von 0,14 € je Aktie an die Aktionäre ausgeschüttet. Das entspricht einer Ausschüttungssumme von 140 Mio. €.

20 Außerbilanzielles Geschäft

Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden nach IFRS nicht bilanziert, sondern stellen außerbilanzielles Geschäft dar. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Eventualschulden

Bei Eventualschulden handelt es sich um mögliche Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt wird. Hierzu gehören im Bankgeschäft unter anderem Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Weiterhin zählen hierzu gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Provisionszahlungen aus obigen Sachverhalten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

21 Zinsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Zinserträge			
Zinserträge aus Forderungen	1.848	2.281	-19
Zinserträge aus Finanzanlagen	554	914	-39
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	10	12	-17
Sonstige Zinserträge	1.762	1.479	19
Summe der Zinserträge	4.174	4.686	-11
Zinsaufwendungen			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	1.257	1.926	-35
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	72	91	-21
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	0
Sonstige Zinsaufwendungen	2.120	1.807	17
Summe der Zinsaufwendungen	3.449	3.824	-10
Zinsüberschuss	725	862	-16

Im Zinsüberschuss sind Zinserträge in Höhe von 3.973 Mio. € (Vorjahr: 4.511 Mio. €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 2.935 Mio. € (Vorjahr: 3.322 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren. Weiterhin sind hierin Zinserträge in Höhe von 1.561 Mio. € (Vorjahr: 1.304 Mio. €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 1.606 Mio. € (Vorjahr: 1.305 Mio. €) aus Hedge Accounting enthalten.

In den Zinserträgen sind ferner Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 58 Mio. € (Vorjahr: 65 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	202	146	38
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	307	331	-7
Gesamt	105	185	-43

Die Risikovorsorge resultiert hauptsächlich aus Forderungen der Kategorie „Loans and Receivables“.

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

23 Provisionsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	119	114	4
Zahlungsverkehr / Kontoführung	107	111	-4
Kreditgeschäft	38	33	15
Kartengeschäft	126	108	17
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	17	14	21
Sonstige Provisionserträge	14	15	-7
Summe der Provisionserträge	421	395	7
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	44	41	7
Zahlungsverkehr / Kontoführung	12	9	33
Kreditgeschäft	11	10	10
Kartengeschäft	61	55	11
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	13	11	18
Sonstige Provisionsaufwendungen	6	7	-14
Summe der Provisionsaufwendungen	147	133	11
Provisionsüberschuss	274	262	5

Im Provisionsüberschuss sind Provisionserträge in Höhe von 265 Mio. € (Vorjahr: 240 Mio. €) und -aufwendungen in Höhe von 88 Mio. € (Vorjahr: 72 Mio. €) enthalten, die nicht aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten resultieren.

Die verbleibenden Provisionserträge und -aufwendungen betreffen im Wesentlichen andere Dienstleistungen.

Die Provisionserträge aus Treuhandgeschäften betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) und sind in den sonstigen Provisionserträgen enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind weder 2010 noch 2009 angefallen.

24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	121	-8	>100
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	-114	-7	<-100
Gesamt	7	-15	>100

Bei dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen handelt es sich um eine Nettoposition von Bewertungsergebnissen aus Grund- und Sicherungsgeschäften in Mikro Fair Value-Hedges, soweit diese gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accountings erfüllen. Aufgrund einer nicht idealtypischen Entwicklung der Effektivität in den zugrunde liegenden Sicherungszusammenhängen kann es periodenbezogen zu gleichförmigen Entwicklungen des Ergebnisses aus Grund- und Sicherungsgeschäften kommen, obwohl auf Ebene der einzelnen Sicherungsbeziehungen unverändert effektive Sicherungszusammenhänge vorliegen.

Aus Makro Cashflow-Hedges fiel wie im Vorjahr kein als ineffektiv zu bezeichnender Anteil an der Wertänderung der Sicherungsderivate an.

Darüber hinaus kommt im Konzern kein Hedge Accounting zur Anwendung.

25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der erfolgswirksamen Fair Value-Bewertung unterteilt sich in:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten			
klassifiziert als Handel (Held-for-Trading)	292	547	-47
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	57	-69	> 100
Gesamt	349	478	-27

Die Teilergebnisse setzen sich aus folgenden Kategorien zusammen:

Ergebnis der Handelskategorie (HfT)

Das Ergebnis der Handelskategorie (HfT) setzt sich zusammen aus Ergebnisbeiträgen der Wertpapiere und Derivate des Handelsbuchs sowie der Nichthandelsbuch-Derivate. Es enthält – neben Bewertungs- und Veräußerungseffekten – auch Zinserträge und -aufwendungen, Provisionserträge und -aufwendungen sowie Dividendenerträge.

Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Bewertungsergebnis aus Aktiva	63	177	-64
Bewertungsergebnis aus Passiva	-6	-246	98
Gesamt	57	-69	> 100

Im Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) sind Bewertungs- und Veräußerungseffekte enthalten.

26 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009 ¹⁾	Veränderung in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	3	-25	> 100
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	18	8	> 100
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	15	33	-55
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	-25	-82	70
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	5	4	25
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	30	86	-65
Gesamt	-22	-107	79

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Vom Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen 7 Mio. € (Vorjahr: -28 Mio. €*) auf Finanzanlagen der Kategorie AfS und -29 Mio. € (Vorjahr: -79 Mio. €) auf solche der Kategorie LaR.

Von den Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen entfallen 27 Mio. € (Vorjahr: 67 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LaR), 3 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere fest- sowie einzelne unverzinsliche Wertpapiere (AfS).

* Vorjahreszahl angepasst

Nettoergebnis nach Kategorien

Für Finanzinstrumente wird ein sogenanntes „Nettoergebnis“ je Kategorie ermittelt. Das Ergebnis der Kategorien LaR, AfS, HtM und OL umfasst zum einen Ergebniseffekte aus der Bewertung (also Wertberichtigungen – erfasst als Risikovorsorge – sowie Wertminderungen und -aufholungen) einschließlich Bewertungen aus Hedge Accounting und zum anderen Ergebniseffekte aus Veräußerungen. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Das Nettoergebnis der Kategorie LaR beläuft sich auf –81 Mio. € (Vorjahr: –140 Mio. €). Es umfasst den auf LaR-Instrumente entfallenden Teil des Ergebnisses aus Finanzanlagen, die gebildete (oder aufgelöste) Risikovorsorge, Bewertungseffekte von gesicherten LaR-Grundgeschäften im Rahmen des Hedge Accounting sowie einen Teil des Ergebnisses aus verkauften Forderungen, der im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.

Das Nettoergebnis der Kategorie AfS setzt sich aus dem AfS-Anteil am Ergebnis aus Finanzanlagen und aus Bewertungseffekten von gesicherten AfS-Grundgeschäften zusammen und beträgt 44 Mio. € (Vorjahr: –79 Mio. €*). Enthalten sind 7 Mio. € (Vorjahr: –29 Mio. €*), die der Neubewertungsrücklage (AfS) entnommen und erfolgswirksam erfasst wurden. Ferner wurden 57 Mio. € (Vorjahr: 588 Mio. €) erfolgsneutral direkt in diese Rücklage eingestellt. Nach Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Gesamteffekt auf die Neubewertungsrücklage von 18 Mio. € (vergleiche Gesamtergebnis der Periode).

Das Nettoergebnis der Kategorie OL umfasst Ergebniseffekte aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen und Bewertungseffekte von gesicherten OL-Grundgeschäften und beläuft sich auf 44 Mio. € (Vorjahr: –83 Mio. €).

27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen und Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Bewertungsergebnis	2	2	0
Laufendes Ergebnis	3	2	50
Wertaufholung Beteiligungsansatz	3	–18	> 100
Gesamt	8	–14	> 100

28 Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	2	3	–33
Ergebnis aus Investment Properties	10	6	67
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	11	–1	> 100
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	25	30	–17
IT-Erträge	13	13	0
Entkonsolidierungserfolge	18	–4	> 100
Sonstige Steueraufwendungen	1	1	0
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	6	–5	> 100
Gesamt	84	41	> 100

Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen enthält Ergebnisse aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen der Kategorie LaR und dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen.

Die Position „Sonstige Steueraufwendungen“ beinhaltet Substanz- und Verkehrssteuern.

Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis umfasst Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

* Vorjahreszahl angepasst

Der Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

In den übrigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sind Erträge aus Operating Lease-Verhältnissen enthalten. Die künftigen Mindestleasingzahlungen betreffen Mieteinnahmen aus Grundstücken und Gebäuden.

Der Bruttobuchwert der im Rahmen von Operating Lease zur Verfügung gestellten Gegenstände beträgt 44 Mio. €.

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Restlaufzeiten			
bis ein Jahr	1	2	-50
über ein Jahr bis fünf Jahre	1	2	-50
Gesamt	2	4	-50

29 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert) sowie anderen Verwaltungsaufwendungen zusammen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Personalaufwendungen	551	537	3
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	55	62	-11
Andere Verwaltungsaufwendungen	397	386	3
Gesamt	1.003	985	2

Personalaufwendungen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	418	402	4
Soziale Abgaben	61	59	3
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	72	76	-5
Gesamt	551	537	3

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Abschreibungen auf Sachanlagen	37	38	-3
Planmäßige Abschreibungen	37	38	-3
Wertminderungen	0	0	0
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	18	24	-25
Planmäßige Abschreibungen	18	24	-25
Wertminderungen	0	0	0
Gesamt	55	62	-11

Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Gebäude- und Raumkosten	62	64	-3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	163	158	3
Werbung und Marketing	25	26	-4
Geschäftsbetriebskosten	67	63	6
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	58	55	5
Personalabhängige Sachkosten	16	14	14
Sonstige	2	2	0
Gesamt	397	386	3

Das im Geschäftsjahr 2010 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
für Jahresabschlussprüfungen	5	5	0
für andere Bestätigungsleistungen	2	2	0
Gesamt	7	7	0

Die Abschlussprüferhonorare wurden per 31. Dezember 2010 gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB dargestellt. Die Angaben umfassen die Darstellung der Abschlussprüferhonorare für alle in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 285 Nr. 17 HGB. Aus den Abgrenzungen für den Abschluss per 31. Dezember 2009 wurden im Berichtsjahr für die Jahresabschlussprüfungen 0,2 Mio. € ergebniswirksam aufgelöst. Die Darstellung per 31. Dezember 2010 erfolgte jeweils ohne Berücksichtigung der Umsatzsteuer (IDW RS HFA 36).

Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Operating Lease-Verhältnisse betreffen im Wesentlichen Geschäftsfilialen sowie IT-Systeme. Ein Teil der Leasingzahlungen für Geschäftsfilialen wird in Abhängigkeit vom allgemeinen Mietindex gezahlt, für IT-Systeme in Abhängigkeit von der Nutzung. Ferner bestehen Verlängerungsoptionen für diese Mietverträge.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen, aufgrund von unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen, gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Restlaufzeiten			
bis ein Jahr	26	27	-4
über ein Jahr bis fünf Jahre	44	51	-14
über fünf Jahre	13	17	-24
Gesamt	83	95	-13

Die Summe der erwarteten künftigen Mindestzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen beträgt 1 Mio. €.

Die Mindestleasingzahlungen des Geschäftsjahres betragen 26 Mio. € (Vorjahr: 27 Mio. €), die bedingten Mietzahlungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €); aus Untermietverhältnissen fielen im Jahr 2010 und im Vorjahr keine Zahlungen an.

30 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009	Veränderung in %
Restrukturierungserträge	0	1	– 100
Restrukturierungsaufwendungen	0	9	– 100
Gesamt	0	– 8	100

Der im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens für die ehemalige Bankgesellschaft Berlin AG durchgeführte Restrukturierungsprozess ist abgeschlossen. Die wirtschaftlich nachgelagerten Umsetzungen waren im Geschäftsjahr von untergeordneter Bedeutung. Aus diesem Grund wurden Restrukturierungserträge und -aufwendungen in andere Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Konzern Landesbank Berlin Holding besteht aus einem steuerlichen Organkreis sowie Unternehmen, die diesem Organkreis nicht angehören.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die Landesbank Berlin AG fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009 ¹⁾	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	12	66	– 82
Latente Steuern	40	– 2	> 100
Gesamt	52	64	– 19

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾
Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS	317	329
Konzernertragsteuersatz	30,175 %	30,175 %
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	96	99
1. Steuerfreie Erträge	– 22	– 27
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	10	15
3. Abweichende Gewerbesteuerbemessungsgrundlage	4	5
4. Steuersatzabweichungen	1	0
5. (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	– 40	– 46
6. Nicht abzugsfähige Ertrag- oder Quellensteuer	1	2
7. Aperiodische Effekte	1	16
8. Sonstiges	1	0
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand / Steuerertrag (–)	52	64
Effektiver Steuersatz	16,4 %	19,4 %

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz in Höhe von 30,175 % setzt sich zusammen aus dem in Deutschland geltenden Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Steuersatz für die Gewerbesteuer von 14,35 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %).

Für die Berechnung der latenten Steuern sind dagegen die Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden. Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus nach § 8b Abs. 1 und 2 KStG steuerfreien Erträgen. Die Differenz zum Vorjahr beruht hauptsächlich aus einer in 2009 erfassten Auflösung von Rückstellungen für steuerliche Nebenleistungen zur Körperschaftsteuer.

Die Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen wie im Vorjahr im Wesentlichen die nach § 8b Abs. 2 und 3 KStG nicht abzugsfähigen Aufwendungen und Avalprovisionen, die aufgrund der mit der DetV übernommenen Risikoabschirmung an das Land Berlin zu leisten sind.

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen 12 % und 29 %. Bei einer inländischen Konzerngesellschaft liegt die Soll-Steuerquote aufgrund höherer Gewerbesteuerhebesätze über dem Konzernsteuersatz von 30,175 %. Der Steuereffekt, der sich aufgrund der Unterschiede zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung unter Steuersatzabweichungen dargestellt. Des Weiteren sind in dieser Position die Effekte aus Steuersatzänderungen in Großbritannien und Luxemburg berücksichtigt worden.

Die Position „(Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern“ reflektiert im Wesentlichen Steuereffekte im Zusammenhang mit der zusätzlichen Aktivierung latenter Steuern auf bisher nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge. In Höhe der verbrauchten aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge konnten bei der Landesbank Berlin Holding AG und der Niederlassung London der Landesbank Berlin AG aktive latente Steuern auf Verlustvorträge neu gebildet werden (31 Mio. €). Erfasst sind in dieser Position auch die Auswirkungen der angepassten Mittelfristplanung einschließlich der Effekte, die sich aus dem in 2010 abgeschlossenen und wirksam gewordenen Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Landesbank Berlin AG und der Berlin Hyp ergeben (54 Mio. €).

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verlustvorträge in Höhe von 1.085 Mio. € (Vorjahr: 1.243 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 1.026 Mio. € (Vorjahr: 791 Mio. €) wurden insgesamt 332 Mio. € an aktiven latenten Steuern (Vorjahr: 329 Mio. €) angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorträgen wurden insgesamt aktive latente Steuern in Höhe von 39 Mio. € (Vorjahr: 57 Mio. €) aufgelöst. Dies betraf die Landesbank Berlin Holding AG, die Niederlassung der Landesbank Berlin AG in London sowie die LBB International S.A. Luxemburg. Der Abschluss des Ergebnisabführungsvertrags mit der Berlin Hyp führte zur Auflösung der bei dieser Gesellschaft erfassten aktiven latenten Steuern auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge. Gleichzeitig konnten beim Organträger Landesbank Berlin Holding AG höhere aktive latente Steuern sowohl auf die körperschaft- wie auch auf die gewerbesteuerlichen Verlustvorträge angesetzt werden.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorträge inklusive ausländischer Verluste in Höhe von 1.982 Mio. € (Vorjahr: 1.922 Mio. €) und gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 1.954 Mio. € (Vorjahr: 2.228 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorträge sind jeweils zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG, die Besteuerung der Betriebsstättenergebnisse allein in den Quellenstaaten und § 8 GewStG). Die im Konzern der Holding bilanzierten aktiven latenten Steuern sind dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt.

Die Neubewertungsrücklage latente Steuern beträgt 52 Mio. € (Vorjahr: 81 Mio. €*). Diese entfällt mit 9 Mio. € (Vorjahr: 40 Mio. €*) auf die AfS-Rücklage und mit 43 Mio. € (Vorjahr: 41 Mio. €) auf die Rücklage für Cashflow-Hedges.

Die temporären Unterschiede gemäß IAS 12.81(f), auf die keine latenten Steuerschulden bilanziert wurden, liegen wie im Vorjahr unter 1 Mio. €.

Das Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 Abs. 2 KStG beträgt 2,2 Mio. € (Vorjahr: 2,6 Mio. €). Im Zeitraum bis 2017 wird der Restbetrag in sieben gleichen Jahresbeträgen ausgezahlt werden.

32 Ergebnis je Aktie

	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009 ¹⁾	Veränderung in %
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	267	250	7
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	999.327.870	999.327.870	0
Gewinn je Aktie (€)²⁾	0,27	0,25	7

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

²⁾ verwässertes = unverwässertes Ergebnis

Im Geschäftsjahr und zum 31. Dezember 2010 waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Der bereinigte Gewinn je Aktie entspricht daher dem Gewinn je Aktie.

* Vorjahreszahl angepasst

Angaben zur Bilanz (Notes)

33 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Kassenbestand	367	426	-14
Guthaben bei Zentralnotenbanken	463	916	-49
Gesamt	830	1.342	-38

Alle Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 453 Mio. € (Vorjahr: 892 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Das Mindestreserve-Soll zum Bilanzstichtag betrug 561 Mio. € (Vorjahr: 621 Mio. €).

34 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	12.317	16.996	-28
täglich fällig	2.363	2.419	-2
bis drei Monate	5.030	8.137	-38
über drei Monate bis ein Jahr	4.904	6.415	-24
über ein Jahr bis fünf Jahre	20	25	-20
Darlehen	1.130	1.239	-9
bis drei Monate	135	149	-9
über drei Monate bis ein Jahr	383	444	-14
über ein Jahr bis fünf Jahre	523	580	-10
über fünf Jahre	89	66	35
Schuldscheindarlehen	1.039	1.326	-22
bis drei Monate	22	22	0
über drei Monate bis ein Jahr	136	287	-53
über ein Jahr bis fünf Jahre	698	863	-19
über fünf Jahre	183	154	19
Kommunalkredite	1.891	2.363	-20
bis drei Monate	95	347	-73
über drei Monate bis ein Jahr	420	291	44
über ein Jahr bis fünf Jahre	770	1.059	-27
über fünf Jahre	606	666	-9
Andere Forderungen	373	421	-11
täglich fällig	109	169	-36
bis drei Monate	16	1	>100
über drei Monate bis ein Jahr	3	3	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	235	232	1
über fünf Jahre	10	16	-38
Gesamt LaR	16.750	22.345	-25
AfS			
Kommunalkredite	0	116	-100
bis drei Monate	0	93	-100
über drei Monate bis ein Jahr	0	23	-100
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	0	0
Andere Forderungen	0	0	0
Gesamt AfS	0	116	-100
Gesamt	16.750	22.461	-25

Hierin sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 16.219 Mio. € (Vorjahr: 22.026 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 531 Mio. € (Vorjahr: 435 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2010 Wertberichtigungen in Höhe von 42 Mio. € (Vorjahr: 36 Mio. €).

35 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
LaR			
Termin- und Sichteinlagen	2.360	2.279	4
täglich fällig	1.322	1.349	-2
bis drei Monate	927	860	8
über drei Monate bis ein Jahr	111	70	59
Darlehen	10.723	10.804	-1
bis drei Monate	670	615	9
über drei Monate bis ein Jahr	935	1.159	-19
über ein Jahr bis fünf Jahre	4.201	3.563	18
über fünf Jahre	4.917	5.467	-10
Schuldscheindarlehen	1.460	893	63
bis drei Monate	322	242	33
über drei Monate bis ein Jahr	368	205	80
über ein Jahr bis fünf Jahre	572	435	31
über fünf Jahre	198	11	> 100
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken	16.651	15.942	4
bis drei Monate	2.827	2.616	8
über drei Monate bis ein Jahr	1.341	1.797	-25
über ein Jahr bis fünf Jahre	8.718	7.952	10
über fünf Jahre	3.765	3.577	5
Grundpfandrechtlich gesicherte Darlehen	1.835	1.687	9
bis drei Monate	57	31	84
über drei Monate bis ein Jahr	63	86	-27
über ein Jahr bis fünf Jahre	474	426	11
über fünf Jahre	1.241	1.144	8
Kommunalkredite ¹⁾	11.781	14.944	-21
bis drei Monate	1.326	1.616	-18
über drei Monate bis ein Jahr	1.006	2.476	-59
über ein Jahr bis fünf Jahre	3.949	4.430	-11
über fünf Jahre	5.500	6.422	-14
Andere Forderungen	1.150	1.094	5
täglich fällig	679	674	1
bis drei Monate	46	62	-26
über drei Monate bis ein Jahr	149	24	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	244	280	-13
über fünf Jahre	32	54	-41
Gesamt LaR	45.960	47.643	-4
AfS			
Kommunalkredite	508	949	-46
bis drei Monate	23	159	-86
über drei Monate bis ein Jahr	36	283	-87
über ein Jahr bis fünf Jahre	303	353	-14
über fünf Jahre	146	154	-5
Andere Forderungen	0	0	0
Gesamt AfS	508	949	-46
Gesamt	46.468	48.592	-4

¹⁾ Die Positionen „Kommunalkredite der Hypothekenbanken“ und „Kommunalkredite anderer Kreditinstitute“ wurden zusammengefasst.

Hierin sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 45.536 Mio. € (Vorjahr: 47.741 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 932 Mio. € (Vorjahr: 851 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2010 Wertberichtigungen in Höhe von 1.016 Mio. € (Vorjahr: 1.080 Mio. €).

Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance Lease), bestehen derzeit nicht.

36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für folgende Forderungen (hauptsächlich in der Kategorie Loans and Receivables):

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	- 42	- 36	- 17
Forderungen an Kunden	-1.016	-1.080	6
Gesamt	-1.058	-1.116	5

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Risikovorsorge	-1.058	-1.116	5
zuzüglich Rückstellungen	-13	-18	28
Gesamt	-1.071	-1.134	6

Als Altkredite werden Kredite bezeichnet, die die LBB im Rahmen der Währungsunion übernommen hat. Die erforderliche Risikovorsorge für diese Kredite wurde im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 1. Juli 1990 ermittelt und als Ausgleichsforderung zugeteilt. Die Verwaltung der Kredite erfolgt weiterhin durch die LBB. Da die Risikovorsorge nicht über die eigene Gewinn- und Verlustrechnung, sondern zulasten der Ausgleichsforderungen gebildet wird, stehen die Eingänge auf diese wertberechtigten Kredite nicht der LBB, sondern dem Bund (Ausgleichsfonds Währungsumstellung) zu und sind entsprechend abzuführen.

Im Geschäftsjahr haben sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen				Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen	
	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		2010	2009	2010	2009
	2010	2009	2010	2009				
Stand 1.1. vor Konsolidierungskreisänderung	22	8	706	864	203	172	135	140
Konsolidierungskreisänderung				4				
Stand 1.1.	22	8	706	868	203	172	135	140
Zuführungen	11	20	215	222	32	43		8
Abgänge								
Inanspruchnahmen	2		116	265	6	5		
Auflösungen	2		92	77	10	3	25	
Unwinding	1		52	61	5	4		
Wechselkursveränderungen / Umbuchungen	6	-6	10	19				-13
Stand 31.12.	34	22	671	706	214	203	110	135
Stand 31.12. nach Forderungsarten:								
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken (LaR)			300	262				
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen (LaR)			33	56				
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (LaR)								
Kommunalkredite anderer KI (LaR)								
Andere Forderungen (LaR)	34	22	338	388				
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (AfS)								
Andere Forderungen (AfS)								

¹⁾ darin enthalten Zuschreibungen aus Wertaufholung in Höhe von 48 Mio. € (Vorjahr: 34 Mio. €)

Altkredite		Rückstellungen Kreditgeschäft		Länderrisiko		Gesamt		davon GuV-wirksam		
2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	
39	49	18	24	11	12	1.134	1.269			
						0	4			
39	49	18	24	11	12	1.134	1.273			
		1	4	1	3	260	300	260	300	
18	10					142	280			
		6	10	4	4	139	94	139	94	
						58	65	58	65	
						16	0			
21	39	13	18	8	11	1.071	1.134	63	141	
								Direktabschreibungen	47	31
								Eingang auf abgeschriebene Forderungen ¹⁾	63	52
								Summe	47	120
								davon		
								GuV-wirksam Risikovorsorge	105	185
								GuV-wirksam Zinsertrag (unwinding)	58	65

37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	878	865	2
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	304	118	> 100
Gesamt	1.182	983	20

Von den positiven Marktwerten aus derivativen Sicherungsbeziehungen sind 1.142 Mio. € langfristig.

38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind Handelsaktiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Handelsaktiva	11.672	12.887	-9
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option)	5.526	4.699	18
Gesamt	17.198	17.586	-2

Handelsaktiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	531	812	-35
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	642	700	-8
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	7.572	8.155	-7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	2.927	3.220	-9
Gesamt	11.672	12.887	-9

Gliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12	48	133	114	282	485	104	165	531	812
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	1	1	641	699	642	700
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	342	486	595	977	3.152	3.696	3.483	2.996	7.572	8.155
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	70	106	72	293	1.657	1.546	1.128	1.275	2.927	3.220
Gesamt	424	640	800	1.384	5.092	5.728	5.356	5.135	11.672	12.887

Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	47	52	-10
Finanzanlagen	5.479	4.647	18
Gesamt	5.526	4.699	18

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2010 beträgt 47 Mio. € (Vorjahr: 52 Mio. €); Kreditderivate oder Ähnliches zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Forderungen an Kunden	0	0	0	0	0	0	47	52	47	52
Finanzanlagen	121	49	545	116	3.464	2.612	1.349	1.870	5.479	4.647
Gesamt	121	49	545	116	3.464	2.612	1.396	1.922	5.526	4.699

Die auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2010 auf 44 Mio. € (Vorjahr: -9 Mio. €).

Die kumulierten Wertänderungen betragen -53 Mio. € (Vorjahr: -165 Mio. €).

Für die Berechnung dieser Beträge wurden die Forderungen und Finanzanlagen zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread, anschließend mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Die Differenz dieser beiden Bewertungen entspricht der Zeitwertveränderung, die auf die Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist.

39 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
LaR	24.410	31.797	-23
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24.398	31.786	-23
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12	11	9
AfS	18.939	15.229	24
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18.721	14.997	25
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	118	129	-9
Beteiligungen	99	100	-1
Verbundene Unternehmen	1	3	-67
HtM	1.664	1.661	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.664	1.661	0
Gesamt	45.013	48.687	-8

Sie gliedern sich wie folgt nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
LaR										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.691	2.522	3.887	5.347	14.280	17.460	4.540	6.457	24.398	31.786
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	1	11	0	0	10	0	0	12	11
AfS										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	946	450	2.462	2.499	11.849	9.692	3.464	2.356	18.721	14.997
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	118	129	118	129
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	99	100	99	100
Verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	1	3	1	3
HfM										
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	1.127	1.092	537	569	1.664	1.661
Gesamt	2.638	2.973	6.360	7.846	27.256	28.254	8.759	9.614	45.013	48.687

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	2010	2009	2010	2009
Buchwert 1.1.	100	102	3	2
Zugänge	1	1	1	1
Abgänge	1	1	0	0
Umbuchungen	0	0	-2	0
Abschreibungen	1	2	1	0
Buchwert 31.12.	99	100	1	3

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten keine Effekte aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

In den Beteiligungen sind 15 (Vorjahr: 16) assoziierte Unternehmen und Joint Ventures mit untergeordneter Bedeutung, die nicht nach der Equity-Methode bilanziert werden, enthalten. Deren Bewertung erfolgt nach IAS 39 zu Anschaffungskosten.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Joint Ventures:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	569	504	13
Summe der Verpflichtungen	549	491	12
Erträge	339	291	16
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	8	3	> 100

40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Es werden insgesamt 2 (Vorjahr: 2) assoziierte Unternehmen und 0 (Vorjahr: 1) Joint Venture sowie 3 (Vorjahr: 3) Fonds nach der Equity-Methode bewertet und gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz ausgewiesen.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Anteile an Kreditinstituten	60	60	0
Anteile an sonstigen Unternehmen	30	46	-35
Gesamt	90	106	-15

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen und Joint Ventures sowie Fonds, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	7.963	8.042	-1
Summe der Verpflichtungen	7.458	7.439	0
Erträge	406	410	-1
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	26	29	-10

41 Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	591	591	0
Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	12	5	> 100
Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	78	58	34
Gesamt	681	654	4

Der Betrag der aktivierten Entwicklungskosten betrug 8 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €). Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für selbst erstellte Software beträgt 8 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Geschäfts- oder Firmenwerte		Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte		Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Buchwert 1.1.	591	592	5	4	58	54	654	650
Zugänge	0	0	8	3	37	26	45	29
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	0	0	0	0	0
Umbuchungen ¹⁾	0	-1	0	0	0	0	0	-1
Abschreibungen	0	0	1	2	17	22	18	24
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Buchwert 31.12.	591	591	12	5	78	58	681	654

¹⁾ Anpassung im Vorjahr aufgrund von Rundung

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- und Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Die sonstigen immateriellen Vermögenswerte beinhalten aktivierte Computersoftware, insbesondere im Rahmen von Systemanpassungen des Konzerns. Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 334 Mio. € (Vorjahr: 290 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 227 Mio. € und zum Ende der Periode auf 245 Mio. €.

Die aktivierten Geschäfts- und Firmenwerte des Konzerns sind den folgenden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (strategische Geschäftsfelder) zugeordnet:

Geschäfts- und Firmenwerte	Zahlungsmittelgenerierende Einheiten				Gesamt
	Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Kapitalmarktgeschäft	
in Mio. €					
LBB Investment GmbH	0	0	0	23	23
Landesbank Berlin AG	377	70	100	0	547
netbank AG	21	0	0	0	21
Summe	398	70	100	23	591

Eine Änderung der oben dargestellten Zuordnung gegenüber dem Vorjahr ist nicht erfolgt.

Der Nutzungswert wurde auf Basis der diskontierten Zahlungsströme resultierend aus der fortgesetzten Nutzung der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten abgeleitet. Der Wertableitung unter Anwendung eines Dividend Discount Modells lagen insbesondere die folgenden Annahmen zugrunde:

- Die Zahlungsströme wurden auf Basis der aktuellen Ergebnisse und der 5-Jahres-Mittelfristplanung des Konzerns geplant.
- Für die Cashflows nach dem Ende des Planungszeitraums wird eine Wachstumsrate verwendet, die sich an der langfristigen Entwicklung des Verbraucherpreisindex in Deutschland orientiert.
- Für die Bewertung je strategischem Geschäftsfeld wurde unterstellt, dass die Geschäftsfelder eine Thesaurierung oder Ausschüttung ihres Ergebnisses in der Höhe vornehmen, wie dies zum Erreichen des jeweils in der Mittelfristplanung vorgesehenen ökonomischen Kapitals je Segment erforderlich beziehungsweise möglich ist.
- Zur Bestimmung des Nutzungswerts eines jeden Geschäftsfelds wurden unterschiedliche Diskontierungszinssätze angewendet. Diese variieren aufgrund der Verwendung von geschäftsfeldspezifischen Peergroups und damit verschiedenen Betafaktoren.

Die wesentlichen Bewertungsparameter stellen Einschätzungen des Managements hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen der Geschäftsfelder des Konzerns sowie des gesamtwirtschaftlichen Umfelds vor dem Hintergrund der Performance des Konzerns bis zum Bewertungszeitpunkt dar.

Sowohl der Diskontierungszinssatz als auch die langfristige Wachstumsrate wurden einem Sensitivitätstest unterzogen. Selbst bei einer Erhöhung des Kapitalisierungszinses um 200 Basispunkte bei gleichzeitiger Reduzierung der Wachstumsrate um 100 Basispunkte besteht kein Wertberichtigungsbedarf.

42 Sachanlagen

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude	428	436	-2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	122	133	-8
Gesamt	550	569	-3

Sachanlagen mit einem Nettobuchwert von 309 Mio. € (Vorjahr: 319 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Buchwert 1.1.	436	443	133	135	569	578
Zugänge	7	1	15	25	22	26
Abgänge	0	0	1	1	1	1
Umbuchungen	-3	3	0	0	-3	3
Abschreibungen	12	12	25	26	37	38
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	1	0	0	0	1
Buchwert 31.12.	428	436	122	133	550	569

Der Bruttobuchwert der selbstgenutzten Grundstücke und Gebäude beträgt 619 Mio. € (Vorjahr: 615 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 179 Mio. € und zum Ende der Periode auf 191 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 361 Mio. € (Vorjahr: 359 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 226 Mio. € und zum Ende der Periode auf 239 Mio. €.

43 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Unbebaute Grundstücke	0	1	-100
Bebaute Grundstücke und Gebäude	59	85	-31
Gesamt	59	86	-31

Investment Properties mit einem Nettobuchwert von 15 Mio. € (Vorjahr: 16 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Investment Properties haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Investment Properties	
	2010	2009
Buchwert 1.1.	86	65
Zugänge	0	15
Abgänge	25	1
Umbuchungen	0	10
Abschreibungen	2	2
Wertminderungen	0	2
Wertaufholungen	0	1
Buchwert 31.12.	59	86

Die Zugänge des Vorjahres betreffen die Umgliederung zweier ursprünglich zur Veräußerung gehaltener Objekte sowie den Rückerwerb eines bereits veräußerten Objektes.

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 164 Mio. € (Vorjahr: 201 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 115 Mio. € und zum Ende der Periode auf 105 Mio. €.

Der Fair Value der in den Investment Properties enthaltenen Immobilien beträgt 62 Mio. € (Vorjahr: 86 Mio. €).

44 Ertragsteueransprüche

Die Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	55	34	62
Latente Steuern	720	795	-9
Gesamt	775	829	-7

Von den Ansprüchen auf tatsächliche Ertragsteuern sind 29 Mio. € (Vorjahr: 24 Mio. €) langfristig.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorräte angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist. Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	295	385	-23
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0
Finanzanlagen	112	0	x
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	3	5	-40
Sonstige Aktiva	34	2	> 100
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	64	9	> 100
Verbriefte Verbindlichkeiten	80	99	-19
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	573	455	26
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	559	3.193	-82
Rückstellungen	114	132	-14
Nachrangkapital	30	31	-3
Sonstige Passiva	45	73	-38
Verlustvorräte	332	329	1
Zwischensumme	2.241	4.713	-52
Saldierungen mit passiven latenten Steuern	-1.521	-3.918	61
Gesamt	720	795	-9

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

45 Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	2.842	2.904	-2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	46	60	-23
Rechnungsabgrenzung	16	18	-11
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	1	3	-67
Übrige	22	58	-62
Gesamt	2.927	3.043	-4

Alle ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	0	0	0
Finanzielle Vermögenswerte	12	13	-8
Abgangsgruppen	0	0	0
Gesamt	12	13	-8

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren. Die Veräußerung beziehungsweise der Eigentumsübergang der jeweiligen langfristigen Vermögenswerte soll im Jahr 2011 erfolgen.

Unter den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten bestand kein Abwertungsbedarf.

Im Jahr 2010 wurden drei fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude als zur Veräußerung gehalten klassifiziert und im Verlauf des Jahres verkauft. Darüber hinaus wurden 2010 keine weiteren Immobilien als veräußerbar klassifiziert.

Die finanziellen Vermögenswerte betreffen vier Beteiligungen, von denen eine bereits 2009 als zur Veräußerung verfügbar ausgewiesen wurde; die Verhandlungen dauern aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände noch an. Die Vermögenswerte sind den Segmenten „Private Kunden“ und „Sonstiges“ zugeordnet.

Eine weitere Beteiligung, die zum 31. Dezember 2009 zum Verkauf bestimmt war, wurde im Verlauf des Jahres 2010 veräußert und war bis zu ihrer Veräußerung dem Segment „Private Kunden“ zugeordnet.

47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	29.705	37.786	-21
täglich fällig	929	1.303	-29
bis drei Monate	27.284	24.573	11
über drei Monate bis ein Jahr	1.472	11.887	-88
über ein Jahr bis fünf Jahre	20	23	-13
über fünf Jahre	0	0	0
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe	881	914	-4
bis drei Monate	128	57	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	47	325	-86
über ein Jahr bis fünf Jahre	387	416	-7
über fünf Jahre	319	116	> 100
Begebene Schulscheindarlehen	989	1.111	-11
bis drei Monate	138	70	97
über drei Monate bis ein Jahr	89	135	-34
über ein Jahr bis fünf Jahre	587	529	11
über fünf Jahre	175	377	-54
Andere Verbindlichkeiten	1.265	1.559	-19
täglich fällig	89	359	-75
bis drei Monate	30	62	-52
über drei Monate bis ein Jahr	106	34	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	627	696	-10
über fünf Jahre	413	408	1
Gesamt	32.840	41.370	-21

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 31.952 Mio. € (Vorjahr: 37.963 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 888 Mio. € (Vorjahr: 3.407 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Darüber hinaus sind 73 Mio. € (Vorjahr: 114 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Termin- und Sichteinlagen	18.880	17.303	9
täglich fällig	12.764	11.816	8
bis drei Monate	5.668	4.256	33
drei Monate bis ein Jahr	438	1.220	-64
über ein Jahr bis fünf Jahre	10	11	-9
über fünf Jahre	0	0	0
Spareinlagen	6.059	6.164	-2
bis drei Monate	4.614	5.276	-13
über drei Monate bis ein Jahr	1.414	847	67
über ein Jahr bis fünf Jahre	27	37	-27
über fünf Jahre	4	4	0
Begebene Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe	5.644	5.481	3
bis drei Monate	164	150	9
über drei Monate bis ein Jahr	163	407	-60
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.168	1.250	-7
über fünf Jahre	4.149	3.674	13
Begebene Schuldscheindarlehen	4.225	4.730	-11
bis drei Monate	164	260	-37
über drei Monate bis ein Jahr	331	406	-18
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.273	1.686	35
über fünf Jahre	1.457	2.378	-39
Andere Verbindlichkeiten	1.284	1.451	-12
täglich fällig	657	749	-12
bis drei Monate	3	29	-90
über drei Monate bis ein Jahr	7	7	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	58	92	-37
über fünf Jahre	559	574	-3
Gesamt	36.092	35.129	3

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 34.524 Mio. € (Vorjahr: 32.783 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 1.568 Mio. € (Vorjahr: 2.346 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Insgesamt sind darin 226 Mio. € (Vorjahr: 256 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Die Nettobuchwerte der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, betragen 324 Mio. € (Vorjahr: 335 Mio. €).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmsdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz und Prinzregentenstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 45 Mio. € (Vorjahr: 45 Mio. €).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 626 Mio. € (Vorjahr: 634 Mio. €). Aufgrund einer nunmehr detaillierteren Datengrundlage ergaben sich Anpassungen bei den Restlaufzeiten der Vorjahre.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
bis ein Jahr	60	59	2
über ein Jahr bis fünf Jahre	251	246	2
über fünf Jahre	825	890	-7
Gesamt	1.136	1.195	-5

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
bis ein Jahr	51	51	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	193	197	-2
über fünf Jahre	266	313	-15
Gesamt	510	561	-9

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
bis ein Jahr	9	8	13
über ein Jahr bis fünf Jahre	58	49	18
über fünf Jahre	559	577	-3
Gesamt	626	634	-1

Die bedingten Mietzahlungen des Geschäftsjahres betragen wie im Vorjahr 0 Mio. €.

Dem stehen künftige Einnahmen aus unkündbaren Untermietverträgen in Höhe von 30 Mio. € (Vorjahr: 34 Mio. €) gegenüber.

49 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle splittet den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf.

Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen	24.159	28.480	-15
Hypothekendarlehen	8.349	7.893	6
Öffentliche Pfandbriefe	7.929	11.534	-31
Sonstige Schuldverschreibungen	7.881	9.053	-13
Sonstige verbrieft verbundene Verbindlichkeiten	536	177	>100
Gesamt	24.695	28.657	-14

In den sonstigen verbrieften Verbindlichkeiten sind Geldmarktpapiere (zum Beispiel Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro Notes) enthalten.

Vertragliche Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
bis drei Monate	3.278	1.879	74
über drei Monate bis ein Jahr	2.868	6.229	-54
über ein Jahr bis fünf Jahre	14.482	13.734	5
über fünf Jahre	4.067	6.815	-40
Gesamt	24.695	28.657	-14

Wesentliche, im Geschäftsjahr 2010 begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln sind:

Gattung	Währung	Nominal (in Mio. WE) 2010	2009	
Emissionen	Anleihen	EUR	206	1.440
	Hypothekendarlehen	EUR	1.862	1.560
	Anleihen	USD	1.783	1.188
	Anleihen	JPY	101.876	0
	Anleihen	CHF	479	229
Rückzahlungen	Anleihen	EUR	2.813	2.025
	Hypothekendarlehen	EUR	5.349	3.950
	Anleihen	USD	2.032	599
	Anleihen	JPY	101.876	0
	Anleihen	FRF	0	3.250
	Anleihen	CHF	709	0
Rückkäufe	Anleihen	EUR	0	319

Rückkäufe eigener Emissionen sind auch Teil des üblichen Handelsgeschäfts der Bank.

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 336 Mio. € (Vorjahr: 401 Mio. €). Für eigene Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Negative Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	1.372	1.169	17
Negative Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	628	455	38
Gesamt	2.000	1.624	23

Von den negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsbeziehungen sind 1.890 Mio. € langfristig.

51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind Handelspassiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Handelspassiva	10.936	12.011	-9
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	16.733	16.310	3
Gesamt	27.669	28.321	-2

Handelspassiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	420	507	-17
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	7.662	8.356	-8
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	2.854	3.148	-9
Gesamt	10.936	12.011	-9

Gliederung der Handelspassiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	395	476	4	0	21	31	0	0	420	507
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	245	531	666	1.022	3.117	3.706	3.634	3.097	7.662	8.356
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	98	104	55	277	1.403	1.339	1.298	1.428	2.854	3.148
Gesamt	738	1.111	725	1.299	4.541	5.076	4.932	4.525	10.936	12.011

Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	623	633	-2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	848	1.015	-16
Verbriefte Verbindlichkeiten	15.116	14.531	4
Nachrangkapital / Hybridkapital	146	131	11
Gesamt	16.733	16.310	3

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate		drei Monate bis ein Jahr		ein Jahr bis fünf Jahre		über fünf Jahre		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	66	50	29	169	346	314	182	100	623	633
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	31	29	28	136	284	232	505	618	848	1.015
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.723	1.086	1.248	712	9.851	9.739	1.294	2.994	15.116	14.531
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	0	0	31	26	115	105	146	131
Gesamt	2.820	1.165	1.305	1.017	10.512	10.311	2.096	3.817	16.733	16.310

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2010 auf 11 Mio. € (Vorjahr: 80 Mio. €).

Die kumulierten Wertänderungen betragen 47 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €*).

Für die Berechnung der oben genannten Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtags bewertet. Der Teil der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf 262 Mio. € (Vorjahr: –161 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuld-scheindarlehen von –127 Mio. € (Vorjahr: –578 Mio. €), der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt.

52 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Rückstellungen für Pensionen	907	907	0
Sonstige Rückstellungen	285	307	–7
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	16	16	0
Restrukturierungsrückstellungen	44	48	–8
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	13	18	–28
Übrige Rückstellungen	212	225	–6
Gesamt	1.192	1.214	–2

Die Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen beziehen sich auf die im EU-Beihilfverfahren genehmigten Restrukturierungsbeihilfen. Restrukturierungsrückstellungen umfassen Personal- und Standortmaßnahmen. Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft beziehen sich überwiegend auf Avale. In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personalmaßnahmen (76 Mio. €), Prozesskosten (18 Mio. €), Gewährleistungsverpflichtungen und Ausgleichsforderungen (15 Mio. €), andere Steuern (21 Mio. €) sowie für Übrige (82 Mio. €) enthalten. Die Rückstellungen für Personalmaßnahmen beinhalten Aufwendungen für variable Vergütungsbestandteile, Altersteilzeit sowie für Vorruhestandsregelungen. Die Position Übrige umfasst im Wesentlichen Rückbaukosten für zentrale und dezentrale Standorte.

Sämtliche Rückstellungen laufen mehrheitlich länger als ein Jahr.

* Vorjahreszahl angepasst

52.1 Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht.

Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen. Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert.

Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2010 31 Mio. € (Vorjahr: –33 Mio. €).

Versorgungsverpflichtungen

a) Defined Contribution Plan (Beitragsdefinierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 559 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 556 T€).

b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding bestehen mehrere, in der Systemgestaltung unterschiedliche Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge). Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

- Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100),
- Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200),
- Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210),
- Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230),
- Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300),
- Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310),
- Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (Berlin Hyp),
- Versorgungsordnung der ehem. Berliner Industriebank (Plan 520/521).

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um gehaltsabhängige Systeme (Rentenbausteine/Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragssysteme. In Abhängigkeit vom Eintritt des Versicherungsfalls in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Geschlechts- oder altersspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres, soweit in der Versorgungsordnung nicht auf die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung abgestellt wird. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt, Kapitalabfindungen sind in der Regel nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (zum Beispiel Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Seit dem 1. Januar 1995 bestimmen sich die unmittelbaren Versorgungszusagen für neu eingestellte Mitarbeiter ausschließlich nach den Regularien der Konzern-Ruhegeldordnung.

Für die Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, besteht ein Versorgungswerk für die betriebliche Altersversorgung. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgegliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls errechnet.

Unterstützungskasse

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren. Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen/ freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglieder bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Zum 31. Dezember 2010 erhielten noch 808 Rentner aus der Unterstützungskasse eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse (alle Trägerunternehmen) betrug zum 31. Dezember 2010 rund 16,0 Mio. € (Vorjahr: rund 18,2 Mio. €).

Versicherungsmathematische Annahmen

Ökonomische Annahmen:

	31.12.2010	31.12.2009
Rechnungszins	5,40 %	5,50 %
Gehaltstrend	0,50 % – 3,50 %	3,00 % – 3,50 %
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 % – 2,20 %	1,00 % – 3,00 %
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung (In- und Ausland)	2,00 % – 3,00 %	2,00 % – 3,00 %
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	3,10 %	3,40 %
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		
Bis Alter 30	5,00 %	5,00 %
Bis Alter 40	3,00 %	3,00 %
Bis Alter 50	1,00 %	1,00 %
Ab Alter 50	0,00 %	0,00 %

Demografische Annahmen:

- Pensionsalter: Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RVAGAnpG
- Biometrische Risiken: „Richttafeln 2005 G“ (Heubeck), IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

Zusammensetzung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DB0)	23	24
abzüglich Fair Value-Planvermögenswerten	-16	-18
	7	6
Barwert nicht fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DB0)	900	901
Gesamt	907	907

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen:

in Mio. €	2010	2009
Rückstellungen für Pensionen zum 1.1.	907	844
Laufender Dienstzeitaufwand	18	17
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	-
Zinsaufwand	50	49
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-36	-36
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	-31	33
Rückstellungen für Pensionen zum 31.12.	907	907

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DBO):

in Mio. €	2010	2009
Pensionsverpflichtungen zum 1.1.	925	864
Laufender Dienstzeitaufwand	18	17
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	–	–
Zinsaufwand	50	49
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	–39	–39
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	1
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	–31	33
Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	923	925

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 907 Mio. € verändern sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern im Vergleich zum Vorjahr nicht.

Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2010	2009
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	81,8	72,7
Nicht festverzinslich	5,9	4,8
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	8,5	17,6
Ausland	2,8	3,5
Bankguthaben	1,0	1,4
Gesamt	100	100

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (16 Mio. €) und drei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	2010	2009
Fair Value des Planvermögens zum 1.1.	18	20
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	1	1
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	0	0
Rentenzahlungen	–3	–3
Fair Value des Planvermögens zum 31.12.	16	18

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen 510 T€ (Vorjahr: 867 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen von Tochterunternehmen in Höhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) enthalten, jedoch wie im Vorjahr keine nicht festverzinslichen Wertpapiere.

Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste:

in Mio. €	2010	2009
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste		
Geschäftsjahr	31	–33
Kumuliert Vorjahre	–47	–14
Gesamt	–16	–47

Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge:

in Mio. €	2010	2009
Laufender Dienstzeitaufwand	18	17
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	–
Zinsaufwand	50	49
Erwartete Erträge aus Planvermögen	–1	–1
Gesamt	67	65

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Übersicht über Eckdaten für das Geschäftsjahr und die vorherigen drei Jahre:

in Mio. €	2010	2009	2008	2007
Pensionsverpflichtung (DBO)	923	925	864	865
Planvermögen	16	18	20	23
Überschuss des Plans	907	907	844	842
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	31	–33	28	101
in %				
Erfahrungsbedingte Anpassungen an:				
DBO	7,2	5,4	2,0	12,5 ¹⁾
Planvermögen	–0,5	0,3	–2,0	–5,0

¹⁾ betrifft nahezu ausschließlich die Auswirkungen von Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen:

in Mio. €	2011	2010
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
Erwartete direkte Rentenzahlungen	–39	–37

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2010 ein Rechnungszins von 2,2 % (Vorjahr: 3,5 %) berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

52.2 Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	2010	2009
Stand zum 1.1.	307	324
Zuführungen	74	86
Inanspruchnahmen	70	90
Auflösungen	31	22
Umbuchungen	–1	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	1
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Aufzinsungseffekte	6	8
Stand zum 31.12.	285	307

Davon: Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen

in Mio. €	2010	2009
Stand zum 1.1.	16	15
Inanspruchnahmen	1	1
Auflösungen	0	0
Aufzinsungseffekte	1	2
Stand zum 31.12.	16	16

Davon: Restrukturierungsrückstellungen

in Mio. €	2010	2009
Stand zum 1.1.	48	46
Zuführungen	7	5
Inanspruchnahmen	6	6
Auflösungen	1	0
Umbuchungen	-5	0
Aufzinsungseffekte	1	3
Stand zum 31.12.	44	48

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

in Mio. €	2010	2009
Stand zum 1.1.	18	24
Zuführungen	1	4
Inanspruchnahmen	0	0
Auflösungen	6	10
Umbuchungen	0	0
Aufzinsungseffekte	0	0
Stand zum 31.12.	13	18

Davon: Übrige Rückstellungen

in Mio. €	2010	2009
Stand zum 1.1.	225	239
Zuführungen	66	77
Inanspruchnahmen	63	83
Auflösungen	24	12
Umbuchungen	4	0
Änderung Konsolidierungskreis	0	1
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Aufzinsungseffekte	4	3
Stand zum 31.12.	212	225

53 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	120	136	-12
Latente Steuern	15	15	0
Gesamt	135	151	-11

Von den Verpflichtungen für tatsächliche Steuern sind 93 Mio. € (Vorjahr: 120 Mio. €) langfristig.

Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	0	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	357	299	19
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	361	3.171	-89
Finanzanlagen	140	103	36
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	106	111	-5
Sonstige Aktiva	1	9	-89
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	141	222	-36
Verbriefte Verbindlichkeiten	393	0	x
Rückstellungen	4	12	-67
Sonstige Passiva	33	6	> 100
Zwischensumme	1.536	3.933	-61
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	-1.521	-3.918	61
Gesamt	15	15	0

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

54 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	1.669	1.885	-11
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77	77	0
Rechnungsabgrenzungsposten	22	33	-33
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	3	1	> 100
Übrige	113	117	-3
Gesamt	1.884	2.113	-11

Alle Verpflichtungen sind kurzfristig zu erfüllen.

55 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.548	1.844	-16
bis drei Monate	24	12	100
über drei Monate bis ein Jahr	4	383	-99
über ein Jahr bis fünf Jahre	500	478	5
über fünf Jahre	1.020	971	5
Genussrechtskapital	0	0	0
bis drei Monate	0	0	0
über drei Monate bis ein Jahr	0	0	0
Stille Einlagen	700	700	0
über fünf Jahre	700	700	0
Gesamt	2.248	2.544	-12

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt. Für die stille Einlage ist im Zinsaufwand die der S-Erwerbsgesellschaft zustehende gewinnabhängige Verzinsung in Höhe von 51 Mio. € (7,22 %) ausgewiesen.

56 Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009 ¹⁾	Veränderung in %	1.1.2009
Gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	2.555
Kapitalrücklagen	77	77	0	76
Gewinnrücklagen	258	130	98	-76
Gesetzliche Rücklage	39	25	56	13
Andere Gewinnrücklagen	230	138	67	-80
Rücklagen für Pensionen aus Bewertung nach IFRS	-11	-33	67	-9
Rücklage aus Währungsumrechnung	1	1	0	-9
Neubewertungsrücklagen	-181	-189	4	-664
Neubewertungsrücklage (AfS)	-82	-96	15	-581
Neubewertungsrücklage (CFH)	-99	-93	-6	-83
Anteile im Fremdbesitz	12	138	-91	80
Gesamt	2.722	2.712	0	1.962

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst

Sonstige Erläuterungen (Notes)

57 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 sowie den Zwischenabschlüssen zum 31. März 2010, 30. Juni 2010 und 30. September 2010 wurden Anpassungen gemäß IAS 8.42 vorgenommen.

Der folgende Sachverhalt führte zur Anpassung der Vorjahresvergleichszahlen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010:

Bei nicht konsolidierten Fondsanteilen der Kategorie AfS wurde mit Blick auf die in den Fonds enthaltenen Vermögenswerte eine Adjustierung der Impairmentermittlung vorgenommen. In diesem Zusammenhang erfolgten Anpassungen von Wertaufholungen und Wertminderungen sowohl in der Neubewertungsrücklage als auch im Ergebnis aus Finanzanlagen. Die Korrektur der Gewinn- und Verlustrechnung vor Steuern erfolgte für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 6 Mio. € und für die entsprechenden Vorjahreswerte 2009 (10 Mio. €).

Gewinn- und Verlustrechnung 2009 in Mio. €	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung	Konzern- abschluss nach Anpassung
Ergebnis aus Finanzanlagen	-97	-10	-107
Ergebnis vor Steuern	339	-10	329
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	67	-3	64
Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern	272	-7	265
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	15	-	15
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	257	-7	250

Der Gewinn je Aktie des Vorjahres veränderte sich von 0,26 € auf 0,25 €.

Die Vergleichszahlen für das erfolgsneutrale Ergebnis der Periode ändern sich wie folgt:

Gesamtergebnis der Periode 2009 in Mio. €	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung	Konzern- abschluss nach Anpassung
Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	616	+10	626
davon Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	18	+10	28
Latente Steuern auf die Rücklage aus der Bewertung von AfS-Finanzinstrumenten	132	+3	135
Erfolgsneutrales Ergebnis	461	+7	468
Gesamtergebnis der Periode	733	-	733

Im Zusammenhang mit der vorgenannten Anpassung haben wir die betreffenden Bilanzpositionen der Vergleichszahlen 2009 wie folgt korrigiert:

Bilanz zum 31.12.2009 in Mio. €	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung	Konzern- abschluss nach Anpassung
Gewinnrücklagen	137	-7	130
Neubewertungsrücklage	-196	+7	-189

Ferner ergaben sich Anpassungen in den Angaben zu der auf eine Veränderung des eigenen Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführenden kumulativen Änderung der zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Verpflichtungen aufgrund einer nunmehr detaillierteren Datengrundlage.

58 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	57	92	-38
Summe Treuhandkredite	57	92	-38
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7	9	-22
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50	83	-40
Summe Treuhandkredite	57	92	-38

59 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen wurden nicht passiviert. Sie beschreiben gegenwärtige Verpflichtungen des Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können.

Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die unter der Risikovorsorge (Note 36) ausgewiesen wird.

Quantifizierbar

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	843	964	-13
Kreditbürgschaften	485	551	-12
Akkreditive	16	3	>100
Sonstige Bürgschaften	342	410	-17
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal-/Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	4.561	4.707	-3
Gesamt	5.404	5.671	-5

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2010 in Höhe von 675 Mio. € (Vorjahr: 655 Mio. €).

In einigen Fällen erfolgt die Haftungsverteilung für die in der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vereinbarte gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften im Innenverhältnis durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004. Sie sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an den haftungsverursachenden Gesellschaften, die im Jahr 2006 an das Land Berlin veräußert wurden, orientiert.

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist außerdem beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgt ebenfalls aufgrund der Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 7 Mio. € (Vorjahr: 8 Mio. €).

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 189 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 217 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahr 2024 ausgeübt werden.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG bei Feststellung des Stützungsfalls durch den Haftungsverbund eine Nachschussverpflichtung in Höhe von bis zu 72 Mio. €, die dann sofort eingefordert werden kann.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der Finanz Informatik GmbH und der Siemens IT Solutions and Services Management GmbH (SIS) hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen erreicht.

Nicht quantifizierbar

Die Landesbank Berlin AG ist zum 31. Dezember 2010 zu 99,66 % an der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG beteiligt. Diese ist gemäß Vertrag vom Dezember 2007 an die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Landesbank Berlin AG ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin AG darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG,
- Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank),
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin.

Demgegenüber bestehen auch Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Werts unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichts aufgeführt.

60 Risikomanagement

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Angaben gemäß IFRS 7 zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, sowie zu deren Management finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

61 Angaben zu Finanzinstrumenten

61.1 Umkategorisierung von Finanzinstrumenten

Im vierten Quartal 2008 wurden Finanzanlagen, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS) sowie als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte (HfT) kategorisiert waren, in die Kategorie LaR umkategorisiert. Der Konzern hat die Absicht und die Fähigkeit, diese Wertpapiere auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Jahr 2010 wurden wie auch im Vorjahr keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Die Buchwerte zum Umkategorisierungstag sowie die Zeit- und Buchwerte zum Ende der nachfolgenden Geschäftsjahre stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	A. von Finanzanlagen AfS nach Finanzanlagen LaR	B. von Held-for-Trading nach Finanzanlagen LaR
Buchwert am Umkategorisierungstag (A = 1.10.2008 / B = 9.12.2008)	37.822	504
31.12.2009		
Buchwert	27.013	449
Zeitwert	26.936	451
31.12.2010		
Buchwert	19.458	401
Zeitwert	19.137	387

Ein Teil der Wertänderung ist darauf zurückzuführen, dass die Bestände zu A sich seit Umkategorisierung um 18.878 Mio. € und die Bestände zu B sich um 119 Mio. € aufgrund von Fälligkeiten reduziert haben. Gegenläufig wirkte hierbei der Effekt aus der Buchwertfortschreibung.

Zum Umkategorisierungstag lagen für Finanzinstrumente zu A die Effektivzinssätze zwischen 1,44 % und 15,33 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 43.888 Mio. €. Für Finanzinstrumente zu B lagen die Effektivzinssätze am Umkategorisierungstag zwischen 3,97 % und 9,89 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 615 Mio. €.

Im Berichtsjahr wurden für die umkategorisierten Finanzinstrumente folgende Effekte erfasst:

in Mio. €	Erfolgswirksame Erfassung im Eigenkapital		Erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital
	Zinsamortisierungen	Aufwand für Impairments	Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS
31.12.2010	12	16	133
31.12.2009	3	38	207
31.12.2008	-7	16	58

Die Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS wurden durch die Fortschreibung des Buchwerts im Zinsüberschuss kompensiert und hatten daher keine wesentliche Ergebniswirkung.

Ohne erfolgte Umkategorisierung wären folgende Effekte im Berichtsjahr erfasst worden:

in Mio. €	Erfolgswirksame Erfassung im Eigenkapital		Erfolgsneutrale Erfassung im Eigenkapital
	Bewertungsgewinn im Handelsergebnis	Aufwand für Impairments	Amortisierungen und Abgänge in der Neubewertungsrücklage AfS
31.12.2010	-10	13	-139
31.12.2009	6	33	378
31.12.2008	3	16	-124

61.2 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen. Sofern Börsenkurse vorliegen, werden diese zugrunde gelegt. Bei fehlenden Marktpreisen wird der Fair Value anhand von internen Bewertungsmodellen mit aktuellen Marktparametern ermittelt. Zur Anwendung kommen dabei finanzmathematische Verfahren wie die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Bei einigen Finanzinstrumenten wurden neben beobachtbaren Marktdaten auch andere Faktoren berücksichtigt, die geeignet sind, den Fair Value des Finanzinstruments zu ermitteln. Hierbei wird – insbesondere beim Fehlen quotierter aktueller Kurse – auf modifizierte Quotierungen, also Anpassung letztmaliger Quotes auf die aktuelle Entwicklung unter Verwendung am Markt beobachtbarer oder abgeleiteter Inputfaktoren sowie eigener Einschätzungen, zurückgegriffen.

Nachstehend findet sich eine Gegenüberstellung der Fair Values und der Buchwerte für jede Klasse von Finanzinstrumenten, welche zum Fair Value beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz angesetzt werden:

in Mio. €	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Stille Reserven	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Aktiva						
LaR	87.193	101.877	86.062	100.669	1.131	1.208
Forderungen an Kreditinstitute	16.747	22.377	16.708	22.309	39	68
Forderungen an Kunden	46.591	48.051	44.944	46.563	1.647	1.488
Finanzanlagen	23.855	31.449 ¹⁾	24.410	31.797 ¹⁾	-555	-348
AfS	19.447	16.294	19.447	16.294	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	116	0	116	0	0
Forderungen an Kunden	508	949	508	949	0	0
Finanzanlagen	18.939	15.229 ¹⁾	18.939	15.229 ¹⁾	0	0
HfM	1.729	1.730	1.664	1.661	65	69
Finanzanlagen	1.729	1.730	1.664	1.661	65	69
Gesamt	108.369	119.901	107.173	118.624	1.196	1.277
Passiva						
OL						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.917	41.451	32.840	41.370	-77	-81
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ²⁾	35.771	34.588	36.092	35.129	321	541
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ³⁾	36.647	35.569	36.092	35.129	-555	-440
Verbriefte Verbindlichkeiten	24.889	28.889	24.695	28.657	-194	-232
Nachrangkapital inklusive stiller Einlagen	2.090	2.356	2.248	2.544	158	188
Gesamt²⁾	95.667	107.284	95.875	107.700	208	416
Gesamt³⁾	96.543	108.265	95.875	107.700	-668	-565

¹⁾ Vorjahreswert angepasst (Rundung)

²⁾ unter Berücksichtigung steuerungsrelevanter Ablaufkationen für ablaufvariable Finanzinstrumente

³⁾ ohne Berücksichtigung steuerungsrelevanter Ablaufkationen für ablaufvariable Finanzinstrumente

Sofern für bestimmte Eigenkapitalinstrumente (verbundene Unternehmen und Beteiligungen) in den Finanzanlagen Fair Values nicht verlässlich ermittelt werden können, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt.

Für Finanzinstrumente der Fair Value-Kategorie (HfT und FVO) sowie für Derivate in Sicherungsbeziehungen entsprechen sich Buchwerte und Fair Values; diese Geschäfte sind in der vorstehenden Tabelle daher nicht enthalten, sondern jeweils in der entsprechenden Note zu finden.

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäfte sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) ergeben sich über die erfassten Rückstellungen sowie die für das außerbilanzielle Geschäft gebildete Portfoliowertberichtigung hinaus keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Value ungleich null. Die entsprechenden Nennbeträge sind nicht in der vorstehenden Tabelle, sondern in den jeweiligen Notes enthalten.

61.3 Methoden und Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

Im Rahmen der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wendet der Konzern die Regelungen des IAS 39 inklusive zusätzlicher Anwendungshinweise betreffend die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert auf inaktiven Märkten beziehungsweise bei Illiquidität an.

Unter Beachtung der Bewertungshierarchie wird zunächst auf Börsenkurse beziehungsweise andere Marktpreise zurückgegriffen. Sofern derartige Wertansätze nicht verfügbar sind, erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle. Diese berücksichtigen gemäß IAS 39.AG82 beobachtbare Marktdaten und andere Faktoren, die dazu geeignet sind, den Fair Value eines Finanzinstruments zu beeinflussen.

Zum 31. Dezember 2010 standen für einen Großteil der Bestände an Schuldverschreibungen Markt- beziehungsweise Transaktionspreise zur Verfügung. Bei einem geringen Teil der Finanzinstrumente konnte jedoch zur Ermittlung des Fair Value nicht auf Transaktionspreise auf einem aktiven Markt zurückgegriffen werden (IAS 39.AG71-73).

In diesem Fall erfolgt die Ermittlung der Fair Values auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds und Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben. Die für die Bewertung verwendeten Credit Spreads werden regelmäßig auf Marktgerechtigkeit überprüft und angepasst.

Finanzinstrumente der Kategorien HfT und FVO sowie Sicherungsderivate

Fair Values für Finanzinstrumente des Handelsbestands, Handelsbuch- und Anlagebuchderivate (zusammen HfT) sowie als Sicherungsderivate ausgewiesene Bestände werden – entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 – primär auf Basis von Börsen- oder Maklerkursen ermittelt. Bei Nichtexistenz derartiger Wertansätze erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle (insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodelle), in die finanzinstrumentspezifische Marktparameter einfließen. Letzteres trifft auf alle OTC-Derivate zu.

Die im Rahmen der FVO bilanzierten Finanzinstrumente werden in der Regel anhand von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bewertet. Fair Values von Schuldscheindarlehen werden anhand von marktüblichen, anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie AfS

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere, Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die als Finanzanlagen ausgewiesen werden, sowie ausgewählte Schuldscheindarlehen werden als AfS-Bestand kategorisiert. Deren Fair Value wird grundsätzlich auf Basis von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bestimmt.

Ist bei nicht zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren die Fair Value-Ermittlung nicht auf Grundlage von Börsenkursen oder Marktpreisen möglich, erfolgt die Bewertung auf Basis marktüblicher Bewertungsmodelle.

Sofern der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei Letzterem handelt es sich um nicht börsennotierte Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR

Kredite und Forderungen, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht oder unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, erworbene Kredite und Forderungen, Schuldverschreibungen sowie ABS-Wertpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden beziehungsweise wurden, bilanziert der Konzern – unter Berücksichtigung eventueller Wertminderungen – zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die hierfür angegebenen Fair Values werden grundsätzlich mit Hilfe marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Bewertung der Darlehensbestände erfolgt durch Diskontierung der Cashflows mit Diskontfaktoren, bestehend aus am Markt beobachtbaren Zinsen sowie der Credit Spreads. Diese werden aus den Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis des internen Ratings und der internen Sicherheitsniveaus abgeleitet. Kosten haben aus konzeptionellen Erwägungen keinen Eingang in die Bewertung gefunden.

Für Forderungen, die als wertgemindert gelten, werden jeweils auf Basis der anzusetzenden Sicherheiten und Verwertungszeiträume sowie der Erwartungen in Bezug auf die zukünftigen Zahlungen und Kosten Cashflow-Profile abgeleitet. Der erzielbare Betrag und mithin der Fair Value ergibt sich durch Summation der diskontierten Cashflows zum Bewertungsstichtag.

Finanzanlagen der Kategorie HtM

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie HtM werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Fair Values für diese Vermögenswerte werden sowohl aus verfügbaren Marktpreisen abgeleitet als auch anhand der dargestellten Bewertungsmodelle ermittelt.

Verbindlichkeiten, verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital (Kategorie OL)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Fair Values für Verbindlichkeiten und Nachrangkapital inklusive der stillen Einlage – sowie bei Nichtexistenz von Marktpreisen auch für verbrieftete Verbindlichkeiten – werden anhand anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt.

Außerbilanzielles Geschäft

Für das außerbilanzielle Geschäft (Treuhandgeschäft sowie Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen) wurden Fair Values nur modellhaft ermittelt.

Für Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen werden bei Abschluss marktgerechte Konditionen vereinbart, welche mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Treuhandgeschäfte haben lediglich Durchleitungscharakter.

Aufgrund der regelmäßigen Konditionsüberprüfung der Avale, der überwiegend kurzfristigen Laufzeit der unwiderruflichen Kreditzusagen (inklusive Akkreditiven) sowie des Durchleitungscharakters der Treuhandgeschäfte wurden keine signifikanten Ausprägungen der Geschäfte zur Entstehung eines Fair Value ungleich null identifiziert.

61.4 Angaben zur Fair Value-Bewertungshierarchie

Die Einteilung der zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente in die Fair Value-Bewertungshierarchien wird folgendermaßen vorgenommen:

Level 1

Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten ist der aktuelle, an einem aktiven Markt ermittelte Marktpreis der beste Indikator. Als Maßstab für die Bewertung des Fair Value gelten die regelmäßig und rechtzeitig von einer Börse, einem Händler, einem Broker, einer Industriegruppe oder einer Preisagentur zur Verfügung gestellten Preise, vorausgesetzt der Preis spiegelt aktuelle und reguläre Markttransaktionen wider. Somit werden dieser Kategorie börsengehandelte Aktien, Fonds, Schuldverschreibungen und Derivate zugeordnet.

Level 2

Die Zuordnung von Finanzinstrumenten zur Kategorie Level 2 erfolgt, sofern für ein Finanzinstrument kein belastbarer Marktpreis verfügbar ist. In diesem Fall ist die Bewertung des Fair Value anhand anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden durchzuführen. Bei diesen Bewertungsmodellen basieren die entsprechenden Inputparameter auf beobachtbaren Marktdaten. Diese Kategorie enthält grundsätzlich die nicht an einer Börse gehandelten Derivate, Schuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen.

Level 3

Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen in ihren Bewertungsmethoden Inputparameter auf, welche nicht direkt am Markt beobachtbar sind und ein signifikanter Einfluss auf den Fair Value des Finanzinstruments besteht. In diesem Fall werden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts realistische und auf Marktgegebenheiten basierende Annahmen zugrunde gelegt. Darunter fallen wertberichtigte Schuldverschreibungen, Nachrangverbindlichkeiten sowie Asset-Backed-Securities.

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente auf die Hierarchielevel stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2010				31.12.2009			
	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt	Level 1	Level 2	Level 3
Handelsaktiva (HfT), Derivate	10.499	190	10.309	0	11.375	62	11.313	0
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	1.173	559	457	157	1.512	593	794	125
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	5.526	3.100	2.280	146	4.699	2.150	2.332	217
Forderungen an Kreditinstitute (AfS)	0	0	0	0	116	0	116	0
Forderungen an Kunden (AfS)	508	0	508	0	949	0	949	0
Finanzanlagen (AfS)	18.841	10.723	8.091	27	15.129	11.236	3.851	42
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.182	0	1.182	0	983	0	983	0
Gesamt Aktiva	37.729	14.572	22.827	330	34.763	14.041	20.338	384
Handelsspassiva (HfT), Derivate	10.516	185	10.331	0	11.504	100	11.404	0
Handelsspassiva (HfT), sonstige	420	191	229	0	507	289	218	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	16.734	4.686	11.902	146	16.310	6.911	9.268	131
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2.000	0	2.000	0	1.624	44	1.580	0
Gesamt Passiva	29.670	5.062	24.462	146	29.945	7.344	22.470	131

Aufgrund von zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten wurden im Geschäftsjahr 2010 Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 57 Mio. € auf der Aktivseite beziehungsweise 142 Mio. € auf der Passivseite von Level 2 nach Level 1 transferiert. Mit abnehmender Restlaufzeit von Finanzinstrumenten sinkt die Verfügbarkeit von Preisen an einem aktiven Markt. Daher wurden 4.171 Mio. € auf der Aktivseite und 2.337 Mio. € auf der Passivseite von Level 1 nach Level 2 umgegliedert.

Nachstehend findet sich eine Überleitung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente im Hierarchielevel 3, welche sämtliche Bestandsveränderungen, Transfers aus Level 3 sowie Bewertungsänderungen für das Geschäftsjahr 2010 zeigt:

in Mio. €	1.1.2010	FV-Änderungen des Bestands		Bestandsveränderungen			Abgänge	31.12.2010
		erfolgs-wirksam	erfolgs-neutral	Käufe	Verkäufe	Fälligkeiten	nach Level 1+2	
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	125	22	0	121	109	2	0	157
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	217	26	0	32	52	57	20	146
Finanzanlagen (AfS)	42	-1	5	1	20	0	0	27
Gesamt Aktiva	384	47	5	154	181	59	20	330
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	131	15	0	0	0	0	0	146
Gesamt Passiva	131	15	0	0	0	0	0	146

Die Summe der erfolgswirksam erfassten Fair Value-Änderungen ist im Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beziehungsweise im Ergebnis aus Finanzanlagen enthalten. Auf die Bestände am Bilanzstichtag bezogen betrug die Summe dieser Änderungen 29 Mio. €.

Auch für die im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 aus Level 3 transferierten Finanzinstrumente waren die zunehmenden Preisquotierungen an aktiven Märkten ausschlaggebend. Zugänge aus den Hierarchieleveln 1 und 2 lagen nicht vor.

Für die in Level 3 bilanzierten Finanzinstrumente sind die Credit Spreads die einzigen nicht am Markt beobachtbaren Inputparameter. Für die Auswirkung einer Änderung dieses Parameters wurden marktübliche Bandbreiten unterstellt. Die Auswirkungen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

in Mio. €	Änderung Fair Value-Ansatz bei unterer marktüblicher Grenze	Änderung Fair Value-Ansatz bei oberer marktüblicher Grenze
Handelsaktiva (HfT), Wertpapiere	0	0
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)	0	0
Finanzanlagen (AfS)	-5	5
Gesamt Aktiva	-5	5
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)	-5	6
Gesamt Passiva	-5	6

Bei einem Ansatz am äußeren Ende dieser Bandbreiten hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um 11 Mio. € erhöht beziehungsweise um 10 Mio. € verringert.

62 Sicherheiten

Finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheiten gestellt wurden, umfassen die folgenden Positionen (Buchwerte):

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	843	1.236	-32
Forderungen an Kunden	5.685	5.729	-1
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögensgegenstände	2.766	1.817	52
Finanzanlagen	24.662	30.896	-20
Sonstige Aktiva	2.843	2.905	-2
Gesamt	36.799	42.583	-14

Die Sicherheiten für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte wurden im Rahmen der standardisierten Rahmenverträge, die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, gestellt. Die Sicherheiten für die Offenmarktgeschäfte wurden nach den Bedingungen der Bundesbank und die sonstigen Sicherheiten gemäß den Eurex Repo Bedingungen gestellt.

Der Konzern hat zum 31. Dezember 2010 Sicherheiten mit einem Zeitwert von 12.591 Mio. € (Vorjahr: 14.602 Mio. €) aus Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäften erhalten. Diese Geschäfte wurden gemäß den standardisierten Rahmenverträgen für Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Finanztermingeschäfte beziehungsweise den Eurex Repo Bedingungen ausgeführt. Sofern der Konzern bei Beendigung des jeweiligen Geschäfts gleichwertige Wertpapiere, die er als Sicherheit erhalten hat, zurückgibt, hat er als Sicherungsnehmer das Recht, die erhaltenen Sicherheiten zu veräußern oder weiter zu verpfänden. Zum 31. Dezember 2010 waren von diesen Sicherheiten 6.802 Mio. € (Vorjahr: 5.117 Mio. €) veräußert oder verpfändet.

63 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die dem Konzern Landesbank Berlin Holding nahestehenden Unternehmen und Personen umfassen gemäß IAS 24 die Gruppen:

- Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) – Mehrheitsaktionärin der Holding sowie Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft) und – als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft – die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG),
- Tochterunternehmen der Holding und Unternehmen, auf welche die Holding maßgeblichen Einfluss nehmen kann, sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der LBB und Holding, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, sowie die Geschäftsführer des beherrschenden Mutterunternehmens.

Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen um den Mehrheitseigner

Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der Holding im Sinne des IAS 24 gehören auf Seiten des Mehrheitseigners neben der S-Erwerbsgesellschaft, der S-Beteiligungsgesellschaft und der RVG auch die Geschäftsführer der RVG.

In der Landesbank Berlin AG besteht seit dem 1. Januar 2008 eine **stille Einlage** der S-Erwerbsgesellschaft in Höhe von 700 Mio. €. Die stille Einlage hat die S-Erwerbsgesellschaft im Rahmen des Erwerbsprozesses vom Land Berlin übernommen. Vertragsgemäß stehen dem stillen Gesellschafter ergebnisabhängig Gewinnbeteiligungen in Höhe von 7,22 % p.a. in Bezug auf den Einlagebetrag zu beziehungsweise er nimmt an dem Bilanzverlust beziehungsweise Jahresfehlbetrag teil, der ohne den Verlustausgleich entstehen würde, und zwar im Verhältnis des Einlagenennbetrags zum Gesamtnennwert der Haftkapitalanteile. Für die stille Einlage wurde im Geschäftsjahr 2010 eine Vergütung in Höhe von 50,5 Mio. € an die S-Erwerbsgesellschaft gezahlt.

Im Jahr 2008 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag (GBV) zwischen der LBB AG und der RVG abgeschlossen, mit dem die Erstellung von IFRS-Konzernabschlüssen durch die LBB AG für die RVG und die damit verbundene Vergütung geregelt sind. Für die Erstellung des RVG-Konzernabschlusses 2009 und die damit im Zusammenhang von der LBB erbrachten Leistungen wurden der RVG 321 T€ in Rechnung gestellt.

Im Dezember 2009 wurde eine Vereinbarung zur Übernahme der Geschäftsbesorgung im Hinblick auf bestimmte Anzeige- und Meldepflichten gemäß AktG, KWG und WpHG zwischen der LBB und der RVG, der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft geschlossen. Die LBB erhält für die verabredeten Leistungen ein angemessenes jährliches Entgelt.

Mit der RVG, Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft, besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (9 T€) einlageseitig genutzt wird. Meldepflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Erwerbsgesellschaft und der S-Beteiligungsgesellschaft bestehen zum Stichtag keine bankgeschäftlichen Beziehungen.

Mit einem Geschäftsführer der RVG besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung auf Guthabenbasis. Die Mitglieder der Geschäftsführung der RVG und deren nahe Angehörige haben keine weiteren berichtspflichtigen Geschäfte getätigt.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes sind in der „Anteilsbesitzliste“ (Note 66) unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgeführt. Die Anteilsbesitzliste beinhaltet auch die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden Geschäftsbeziehungen zu den nahestehenden Unternehmen des Anteilsbesitzes in folgendem Umfang:

Nicht konsolidierte Tochterunternehmen

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kunden	23	29	-21
Sonstige Aktiva	8	12	-33
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	6	-67

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den nicht konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 1,6 Mio. € (31. Dezember 2009: 1,5 Mio. €).

Gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 3,9 Mio. € (31. Dezember 2009: 2,8 Mio. €) sowie Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von 0,7 Mio. € (31. Dezember 2009: 0,7 Mio. €).

Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

Assoziierte Unternehmen

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kunden	121	124	-2
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	41	11	>100
Finanzanlagen	0	36	-100
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41	69	-41
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	26	39	-33
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	20	15	33
Nachrangkapital	20	20	0

Es bestehen Wertberichtigungen gegenüber den assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,3 Mio. € (31. Dezember 2009: 0,3 Mio. €).

Gegenüber assoziierten Unternehmen bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 2,4 Mio. € (31. Dezember 2009: 0,0 Mio. €) sowie Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von 0,4 Mio. € (31. Dezember 2009: 0,4 Mio. €).

Joint Ventures

in Mio. €	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in %
Aktiva			
Forderungen an Kunden	3	3	0
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	5	-60

Es bestehen (wie zum 31. Dezember 2009) keine Wertberichtigungen, unwiderruflichen Kreditzusagen oder Gewährleistungsbürgschaften gegenüber Joint Ventures.

Die an nicht konsolidierte Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, ausgebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das Zinsergebnis des Konzerns wird aus den Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, entsprechend den Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst.

Angaben zu den Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat

Mit Wirkung zum 1. April 2010 wurde Herr Tessmann in den Vorstand der LBB bestellt und hat die Verantwortung für das strategische Geschäftsfeld Private Kunden von Herrn Dr. Evers übernommen. Zum gleichen Zeitpunkt ist die Ressortzuständigkeit Personal von Herrn Dr. Veit auf Herrn Dr. Evers übergegangen.

Herr Dr. Veit hat seine Mandate im Vorstand der Holding sowie der LBB mit Ablauf des 31. Dezember 2010 niedergelegt. Seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG wird er auf Bitte des Vorstands auch nach seinem Ausscheiden aus der Bank beibehalten.

Herr Dr. Evers, Vorstandsvorsitzender der Holding und der LBB, hat mit Wirkung zum 1. Januar 2011 zusätzlich das bisher von Herrn Dr. Veit verantwortete Ressort Finanzen übernommen.

Für die Nachfolge des bisher von Herrn Dr. Veit verantworteten Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung hat der Aufsichtsrat Herrn Bettink, bis zum Ablauf des 31. Dezember 2010 Vorstandsvorsitzender der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 in den Vorstand der LBB bestellt.

Herr Müller, Vorstandsmitglied der LBB, wurde vom Aufsichtsrat mit Wirkung zum 1. Januar 2011 in den Vorstand der Holding bestellt. Herr Müller ist in der LBB unter anderem für das Ressort Risiko und Controlling verantwortlich.

Herr Kulartz, Vorstandsmitglied der LBB, hat mit Wirkung zum 1. Januar 2011 zusätzlich die bisher von Herrn Dr. Veit verantworteten Ressorts Organisation und Informationstechnologie übernommen.

Entsprechend den aktien- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009, verstärkt auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet worden und hat eine mehrjährige Bemessungsgrundlage erhalten. Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 wurde im Anschluss an die Festsetzung im Jahr 2010 zu 60 % ausgezahlt. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt und in Teilbeträgen in den auf das Jahr der Festsetzung der variablen Vergütung folgenden drei Geschäftsjahren zur Auszahlung festgesetzt. Der Aufsichtsrat beschließt nach Feststellung des Jahresabschlusses eines jeden Geschäftsjahres im Zurückbehaltungszeitraum unter Berücksichtigung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns über die einzelnen Teilraten.

Nach den neuen Anforderungen der InstitutsVergV wird die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstands, beginnend mit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010, noch einmal weitreichender als bisher auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Nunmehr werden 60 % der variablen Vergütung zunächst zurückbehalten, 40 % entfallen auf das Basisjahr. Für den zurückbehaltenen Teil der variablen Vergütung beschließt der Aufsichtsrat in den drei darauf folgenden Geschäftsjahren jeweils nach Feststellung des Jahresabschlusses über die Freigabe des entsprechenden Teilbetrags. Die Freigabe kann erteilt werden, wenn die Entwicklung des Konzerns und der individuelle Erfolgsbeitrag des Vorstandsmitglieds sich als nachhaltig erwiesen haben. Die Nachhaltigkeit wird anhand des bereits beim bisherigen Verfahren dargestellten Vorgehens geprüft. Nachhaltigkeit vorausgesetzt, kann die Höhe der einzelnen Teilbeträge pro Jahr maximal 20 % der im Basisjahr insgesamt festgesetzten variablen Vergütung betragen.

Von den im Basisjahr und in den drei darauf folgenden Jahren durch den Aufsichtsrat freigegebenen Teilbeträgen der variablen Vergütung wird sodann jeweils die Hälfte sofort ausgezahlt. Die andere Hälfte des freigegebenen Teilbetrags wird einer zweiten, im Lagebericht, Abschnitt Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat, dargestellten Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen, unterliegt einer Auszahlungssperfrist von weiteren drei Jahren und kommt erst danach – vorbehaltlich der Nachhaltigkeit des Erfolgsbeitrags – zur Auszahlung.

Für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2009 wurde an die Mitglieder des Vorstands eine variable Vergütung von insgesamt 1.610 T€ (Vorjahr: 0 T€) festgesetzt. Hiervon entfielen 270 T€ auf den im Jahr 2009 aus dem Vorstand ausgeschiedenen Herrn Vetter, die im Geschäftsjahr 2010 gezahlt wurden. Den zum 31. Dezember 2009 amtierenden Mitgliedern des Vorstands wurden 60% der variablen Vergütung (804 T€) nach Feststellung der Jahresabschlüsse 2009 ausgezahlt. Die verbleibenden 40% (536 T€) werden für einen Zeitraum von drei Jahren zurückbehalten. Für das Geschäftsjahr 2008 wurden keine variablen erfolgsabhängigen Vergütungen gezahlt.

Die Höhe der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 sowie die zur Auszahlung kommenden Beträge des Rückbehalts des Geschäftsjahres 2009 können zum Zeitpunkt der Aufstellung der relevanten Jahresabschlüsse noch nicht verlässlich geschätzt werden. Entsprechende Angaben werden im Halbjahresfinanzbericht 2011 dargestellt.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats der LBBH und der LBB hat sich im Geschäftsjahr 2010 dahingehend verändert, dass Herr Jürgen Hilde mit Ablauf der Hauptversammlung der LBBH am 15. Juni 2010 beziehungsweise mit Ablauf der Hauptversammlung der LBB am 14. Juni 2010 ausgeschieden ist. Die Hauptversammlungen der Gesellschaften haben Herrn Helmut Schleweis jeweils als neues Mitglied gewählt. Eine Übersicht über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats befindet sich im Anhang.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG beziehungsweise der Landesbank Berlin AG wurden im Berichtszeitraum folgende Vergütungen zuteil:

in T€	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB ¹⁾	5.326	4.475
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding ²⁾	2.081	1.685
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding ³⁾	620	634
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB ³⁾	262	262
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt ⁴⁾	6.619	6.442
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB	– 310	2.262
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding	– 506	1.146
	31.12.2010	31.12.2009
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	84.036	94.206
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Jahresende zurückgestellt	11.094	11.404
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Jahresende zurückgestellt	5.698	6.204

¹⁾ bestehend aus den Herren Dr. Evers, Demolière, Kulartz, Müller, Tessmann (ab 1. April 2010), Dr. Veit und Herrn Vetter (bis einschließlich 10. Juni 2009)

²⁾ bestehend aus den Herren Dr. Evers (ab 1. Juli 2009 als Mitglied und Vorsitzender), Dr. Veit und Herrn Vetter (bis einschließlich 10. Juni 2009)

³⁾ ohne Umsatzsteuer, Konzernabgaben

⁴⁾ In 2010 erfolgsabhängige (variable) Vergütung an Herrn Vetter in Höhe von 270 T€ enthalten. In 2009 Nachzahlungen für Vorjahre an andere Personen in Höhe von 22 T€ enthalten.

Die „Gesamtbezüge“ sind „kurzfristig fällige Leistungen“ entsprechend dem Standard; „andere langfristig fällige Leistungen“ bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit sonstiger langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente oder Ähnliches) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für den folgenden Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Tessmann bis zu sechs Monaten, Herrn Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Evers, Herrn Kulartz und Herrn Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses. Nach Ablauf dieser Zeit haben die genannten Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf Ruhegehalt wegen Berufsunfähigkeit. Scheiden Herr Müller oder Herr Tessmann infolge Invalidität aus ihrem Dienstverhältnis aus, erhält jeder ab dem darauf folgenden Monat eine Invalidenrente, deren Höhe sich nach den Bestimmungen für das Ruhegehalt bemisst, wobei Zeiten der Invalidität nicht als geleistete Dienstjahre gelten.

Im Falle der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB), haben die Mitglieder des Vorstands einen Anspruch auf die Zahlung von Ruhegehalt.

Herr Dr. Veit hat entsprechend dem mit ihm geschlossenen Dienstvertrag von dem Recht Gebrauch gemacht, nach Vollendung des 62. Lebensjahres auf eigenen Wunsch in den Ruhestand zu treten. Dieses Recht haben auch die amtierenden Vorstände Herr Kulartz und Herr Tessmann. Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Dr. Evers und Herrn Demolière oder durch die LBB gekündigt werden. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

in T€	31.12.2010	31.12.2009
an Mitglieder des Vorstands der LBB	297	296
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	15	11
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	85	111
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	93	98

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen. Die Publikationen zu Aktientransaktionen des Vorstands veröffentlicht die LBBH auf ihrer Internetseite unter „Investor Relations“. Sie erfüllt damit die Meldeerfordernisse nach § 15a WpHG.

Darstellung zu § 314 Abs.1 Nr. 6 a) Satz 5 HGB

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2010 folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 ¹⁾		
Dr. Johannes Evers (Holding, LBB)	850	216	45	1.111
davon nicht ruhegehaltstfähig	330			
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	709	228	33	970
davon nicht ruhegehaltstfähig	300			
Summe Organmitglieder Holding	1.559	444	78	2.081
Serge Demolière (LBB)	1.014	108	57	1.179
davon nicht ruhegehaltstfähig	489			
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	651	126	45	822
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Martin K. Müller (LBB)	675	126	34	835
davon nicht ruhegehaltstfähig	290			
Patrick Tessmann ³⁾	375	0	34	409
davon nicht ruhegehaltstfähig	188			
Vergütung 2010 Gesamt (LBB)	4.274	804	248	5.326

¹⁾ Im März 2010 hat der Aufsichtsrat über die erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen entschieden, die zu 60 % ausgezahlt und in die Vergütung 2010 einbezogen wurden. Die verbleibenden 40 % werden über einen dreijährigen Zurückbehaltungszeitraum gestreckt.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 141 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Der im Vorjahr noch einbezogene Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung wurde nicht mehr mit einbezogen.

³⁾ Herr Tessmann wurde mit Wirkung zum 1. April 2010 in den Vorstand der LBB bestellt.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2009 folgende Vergütungen:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen ²⁾	Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2008 ¹⁾		
Hans-Jörg Vetter (Holding, LBB) ³⁾	483	0	13	496
davon nicht ruhegehaltstfähig	231			
Dr. Johannes Evers (Holding, LBB) ⁴⁾	425	0	22	447
davon nicht ruhegehaltstfähig	165			
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	709	0	33	742
davon nicht ruhegehaltstfähig	300			
Summe Organmitglieder Holding	1.617	0	68	1.685
Serge Demolière (LBB)	1.008	0	34	1.042
davon nicht ruhegehaltstfähig	489			
Dr. Johannes Evers (LBB) ⁵⁾	321	0	24	345
davon nicht ruhegehaltstfähig	123			
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	646	0	44	690
davon nicht ruhegehaltstfähig	246			
Martin K. Müller (LBB)	675	0	38	713
davon nicht ruhegehaltstfähig	290			
Vergütung 2009 Gesamt (LBB)	4.267	0	208	4.475

¹⁾ Für die im Geschäftsjahr 2008 erbrachte Tätigkeit sind keine erfolgsabhängigen (variablen) Vergütungen geleistet worden.

²⁾ Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 102 T€ sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 103 T€, daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

³⁾ Herr Vetter ist mit Ablauf des 10. Juni 2009 aus dem Vorstand der Holding und der LBB als Mitglied und Vorsitzender ausgeschieden.

⁴⁾ Für die Tätigkeit von Herrn Dr. Evers ab dem 1. Juli 2009 als Mitglied und Vorsitzender des Vorstands der Holding und der LBB

⁵⁾ Für die Tätigkeit von Herrn Dr. Evers als Mitglied des Vorstands der LBB bis 30. Juni 2009

Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bb HGB:

in T€	In 2010 aufgewandter oder zurückgestellter Betrag	Barwert Pensionsverpflichtungen (DB0)
Herr Dr. Evers	-54	2.368
Herr Dr. Veit	-452	3.330
Summe Organ LBBH	-506	5.698
Herr Demolière	-14	1.852
Herr Kulartz	-26	2.262
Herr Müller	89	1.135
Herr Tessmann	147	147
Gesamt Organ LBB	-310	11.094

Die anderen Angaben gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) Satz 6 bis 8 HGB sind im Konzernlagebericht enthalten.

Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding für die Tätigkeit in Aufsichtsräten im Konzern der Holding:

Mitglieder des Aufsichtsrats in T€	Jahresvergütung Konzern LBB Holding	
	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12. 2009
Heinrich Haasis	81,0	81,0
Bärbel Wulff	63,8	63,8
Gregor Böhmer ^{1) 3)}	–	18,3
Dagmar Brose ¹⁾	–	6,7
Hans Jörg Duppré	15,0	15,0
Michael Dutschke ²⁾	15,0	8,4
Christina Förster ³⁾	15,0	19,6
Gerhard Grandke ^{2) 4)}	31,5	17,7
Artur Grzesiek	33,5	33,5
Sascha Händler ³⁾	15,0	19,6
Gerald Herrmann ^{2) 4)}	25,5	14,3
Jürgen Hilse ^{5) 6)}	16,2	35,5
Claus Friedrich Holtmann	31,5	31,5
Michael Jänichen	47,5	43,1
Daniel Kasteel ³⁾	15,0	19,6
Thomas Mang	41,5	37,1
Astrid Maurer ^{1) 3)}	–	11,2
Frank Meysel ²⁾	15,0	8,4
Wolfgang Pansegrau ^{2) 4)}	25,5	14,3
Andreas Rohde ^{1) 3)}	–	11,2
Helmut Schleweis ^{7) 8)}	18,5	–
Peter Schneider	25,5	25,5
Friedrich Schubring-Giese	15,0	15,0
Joachim Tonndorf ¹⁾	–	11,1
Dr. Harald Vogelsang	31,5	31,5
Frank Wolf	41,5	41,5
Summe	619,5	634,4
zuzüglich USt	98,6	98,8
Gesamtaufwand	718,1	733,2

¹⁾ Mitglied im AR der Holding bis 9. Juni 2009

²⁾ Mitglied im AR der Holding seit 9. Juni 2009

³⁾ Mitglied im AR der LBB bis 8. Juni 2009

⁴⁾ Mitglied im AR der LBB seit 8. Juni 2009

⁵⁾ Mitglied im AR der Holding bis 15. Juni 2010

⁶⁾ Mitglied im AR der LBB bis 14. Juni 2010

⁷⁾ Mitglied im AR der Holding seit 15. Juni 2010

⁸⁾ Mitglied im AR der LBB seit 14. Juni 2010

64 Anzahl Arbeitnehmer

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen:

	2010	2009
Vollzeit	5.058	5.095
Teilzeit	1.422	1.376
Auszubildende	237	280
Gesamt	6.717	6.751

65 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2010

Der Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung der Berlin Hyp vom 9. Dezember 2010 zur Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die LBB gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung (§ 327a Abs. 1 Satz 1 AktG) wurde am 25. Januar 2011 in das Handelsregister eingetragen. Somit verfügt die LBB über 100 % der Anteile an der Berlin Hyp.

Für die WestLB AG, Düsseldorf, ist ein europarechtliches Beihilfeverfahren anhängig. Zum Ausgleich der erhaltenen Beihilfe hat die Bundesrepublik Deutschland der Europäischen Kommission neben weiteren Alternativen ein Konzept zur Aufteilung und geordneten Abwicklung der WestLB vorgeschlagen. Als Teil dieses Konzepts sollen bestimmte Geschäftsaktivitäten der WestLB, die für Sparkassen von Relevanz sind, in eine neu zu errichtende Verbundbank überführt werden, die anschließend über einen längeren Zeitraum hin in Teilen weiterveräußert, auf andere Einheiten überführt oder abgewickelt werden soll. Die deutschen Sparkassen und Landesbanken haben sich bereit erklärt, im Rahmen des Gesamtkonzepts einen Beitrag zur Errichtung der Verbundbank zu leisten und neben den Sparkassenverbänden in Nordrhein-Westfalen Eigentümer der Verbundbank zu werden. Die genaue Ausgestaltung der Eigentümerstruktur der Verbundbank steht noch nicht fest. Es besteht die Möglichkeit, dass sich Sparkassen und Landesbanken über ihre Sicherungseinrichtungen an der Verbundbank beteiligen oder dieser Garantien aussprechen. Die LBB wäre an derartigen Maßnahmen als Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beteiligt.

66 Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2010 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)						
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ²⁾	100,0	100,0	100,0	5.528	2.830	
Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin ²⁾⁵⁾	99,7	99,7	99,7	830.903	0	
Crown Court I LLC, Wilmington / Delaware	100,0	100,0	100,0	-30.211	-10.702	
Crown Court Property London Ltd., London ⁵⁾¹⁶⁾	100,0	100,0	100,0	16.000	595	
GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ²⁾	100,0	100,0	100,0	9.436	0	
GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	-925	-997	
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde / Gardelegen GbR, Berlin	76,7	76,7	76,7	-24.512	-1.314	31.12.2009
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ⁵⁾	99,9	99,9	99,9	-8.688	327	
Landesbank Berlin AG, Berlin ²⁾⁵⁾	100,0	0,0	100,0	2.861.243	0	
Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	168.984	23.813	
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ²⁾⁵⁾	100,0	0,0	100,0	10.660	0	
LBB Finance (Ireland) plc, Dublin	100,0	100,0	100,0	1.351	10	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ²⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	5.880	0	
LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ²⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	1.460	0	
LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg ⁵⁾	100,0	100,0	100,0	3.200	0	
netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ⁵⁾	75,0	75,0	75,0	21.110	-2.674	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ²⁾⁵⁾	100,0	100,0	100,0	1.036	0	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2010 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds – konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)						
RR II R-11004, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11014, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11017, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11056, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11057, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11063, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11064, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11066, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11072, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11075, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11077, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11080, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11082, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11085, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11087, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11133, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11140, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11144, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11145, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11148, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11157, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11161, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11163, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11172, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11176, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11184, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11189, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11227, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11231, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11232, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11247, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11249, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11251, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11253, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11254, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11262, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11263, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11264, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11265, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11266, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11270, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11277, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11280, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11282, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11285, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11288, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11289, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11290, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11291, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11292, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11297, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11298, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11300, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11301, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11302, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11303, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2010 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
RR II R-11304, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11305, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11306, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11308, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11310, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11804, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-817, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-846, City of Wilmington / Delaware ⁴⁾	0,0	0,0	0,0	–	–	
SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds – konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)						
AGI PIMCO Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main ^{11a)}	100,0	100,0	0,0	89.389	–169	31.12.2009
LBB-TBG-Fonds, Berlin ^{11a)}	100,0	100,0	0,0	99.060	3.435	30.11.2009
BG-Asset-Fonds, Berlin ^{11a)}	100,0	100,0	0,0	20.041	551	30.9.2009
DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main ^{11a)}	100,0	100,0	0,0	94.639	4.290	31.12.2009
DEKA – ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main ^{11a)}	100,0	100,0	0,0	54.121	1.570	31.12.2009
GSAM Global Corporate Bond Fonds INKA, Düsseldorf ^{11a)}	100,0	100,0	0,0	95.136	1.647	31.12.2009
LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf ^{11a)}	100,0	100,0	0,0	70.564	1.896	31.12.2009
LBB-nb 08-Fonds, Berlin ^{11a)}	100,0	100,0	0,0	386.441	8.417	31.12.2009
LBB Prisma Unit Trust, Georgetown / Kaiman-Inseln ^{11c) 17)}	100,0	100,0	0,0	149.322	13.336	30.6.2010
UNIQA Global ABS Income Fund, Bregenz, Austria ^{11a)}	100,0	100,0	0,0	15.326	818	31.12.2009
WAMCO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf ^{11a)}	100,0	100,0	0,0	82.909	2.746	31.12.2009
Dotationsbestand Publikumsfonds						
LBB Interest Rate Opportunity Fund, Berlin ^{11b)}	100,0	100,0	0,0	24.868	–122	30.9.2010
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)						
Bankenservice AO i. L., Moskau	100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ^{2) 5)}	100,0	94,9	100,0	51	0	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2009
Beteiligungsgesellschaft B & E-Maßnahmen mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	22	–3	31.12.2009
B & E-Maßnahme Naumburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2009
B & E-Maßnahme Wustermark GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	–617	–642	31.12.2009
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	–1.642	–24	31.12.2009
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	760	338	31.12.2009
FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	–27	359	31.12.2009
FURIS Verwaltung GmbH, Pullach	100,0	100,0	100,0	13	1	31.12.2009
FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pullach	100,0	100,0	100,0	23	3	31.12.2009
GfBI Teilnehmungsmanagement GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	100	0	
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin	60,2	60,2	60,2	3.834	1	31.12.2009
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München	78,1	78,1	78,1	45	–6	31.12.2009
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ²⁾	100,0	100,0	100,0	26	0	31.12.2009
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking	92,5	92,5	92,5	87	–48	31.12.2009
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	19	0	31.12.2009
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	100,0	100,0	117	2	31.12.2009
Linden Grundstücks GmbH, Berlin (ehemals DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin)	100,0	100,0	100,0	314	–37	
SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	99	16	31.12.2009
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	545	15	31.12.2009
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – nicht konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)						
Chess II Ltd. Series 37, Saint Helier / Jersey, Channel Islands ¹³⁾	0,0	0,0	0,0	0	0	
PPC Holdings Ltd., Saint Helier / Jersey, Channel Islands	0,0	0,0	0,0	13	–9	31.12.2009
Saphir Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ¹⁴⁾	57,8	57,8	0,0	k. A.	k. A.	
Smaragd Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ¹⁴⁾	100,0	100,0	0,0	k. A.	k. A.	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2010 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
Joint Ventures (IAS 31) – nicht bewertet –						
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ³⁾	45,0	45,0	45,0	31	1	31.12.2009
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ³⁾	45,0	45,0	45,0	2.902	-1.225	31.12.2009
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover	50,0	50,0	50,0	1.144	13	31.12.2009
CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	50,0	50,0	145	11	31.12.2009
GbR TOCOTAX	0,0	0,0	33,3	0	-171	31.12.2009
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße / Parkaue, Berlin	50,0	50,0	50,0	-1.149	43	31.12.2009
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin / Hannover	0,0	0,0	50,0	328	49	31.12.2009
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – bewertet –						
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin / Hannover ^{5) 7)}	12,0	12,0	12,0	311.058	13.600	
PEB Capital B.V. in liquidation, Hilversum ⁵⁾	42,4	42,4	42,4	99	-11	
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – assoziiert (IAS 28) – bewertet –						
Keppler-Global Alpha-LBB-INVEST, Berlin ^{11a)}	25,5	25,5	0,0	81.081	2.148	31.3.2010
LBB Special Situations Fund, Hamburg ^{11b)}	100,0	100,0	0,0	10.958	62	31.7.2010
LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin ^{11a)}	12,2	12,2	0,0	54.354	1.088	31.3.2010
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – nicht bewertet –						
Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –, Berlin	47,5	47,5	47,5	32.305	2.263	31.12.2009
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	77	5	31.12.2009
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	25,1	25,1	25,1	13.338	4.413	30.9.2010
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	21,8	21,8	21,8	8.488	112	31.12.2009
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ⁶⁾	49,0	49,0	49,0	-211	-28	31.12.2009
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	39,6	20,0	25	0	31.12.2009
Modernisierungsgesellschaft „Wohnen in Berlin-Charlottenburg, Fritschestraße 67“ GbR, Berlin	30,9	30,9	30,9	k. A.	k. A.	
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	0,0	0,0	40,0	0	0	31.12.2008
SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen ¹⁵⁾	30,0	30,0	30,0	k. A.	k. A.	
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Zweiter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ³⁾	26,8	26,8	26,8	30.280	3.604	31.12.2009
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	49,0	36,3	-2.780	214	
Beteiligungen von mindestens 20 v. H.						
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ^{8) 9)}	100,0	100,0	100,0	-1.841	35	31.12.2009
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. I., Berlin ¹⁰⁾	49,0	49,0	49,0	3	-1	31.12.2008
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. I., Berlin ¹⁰⁾	48,5	48,5	48,5	-2.987	-2.987	31.12.2009
Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz ¹⁰⁾	70,0	70,0	70,0	-84.277	44	31.12.2009
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ^{8) 9)}	100,0	100,0	100,0	2	-3	31.12.2009
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ^{8) 9)}	75,0	75,0	75,0	46	1	30.9.2009
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ^{8) 9)}	75,0	75,0	75,0	499	-262	30.9.2009

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital ¹⁾	Ergebnis ¹⁾	vom 31.12.2010 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H.						
ACATIS Modul Colleg.Fds-Nr. 1, Luxembourg ^{11a) 12)}	27,6	27,6	0,0	4.139	-20	31.12.2009
Jade Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ^{12) 14)}	37,2	37,2	0,0	k. A.	k. A.	
Opal Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ^{12) 14)}	40,7	40,7	0,0	k. A.	k. A.	
Rubin Managed Futures Fund, Frankfurt am Main ^{12) 14)}	38,3	38,3	0,0	k. A.	k. A.	
Magna Africa Fund, London ^{11a) 12)}	39,3	39,3	0,0	36.189	14.194	31.12.2009
OP Extra Bond Euro – hedged, Köln ^{11a) 12)}	24,9	24,9	0,0	253.335	11.026	31.12.2009

¹⁾ Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und/oder ein Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Zur Veräußerung gehalten (Held for Sale gemäß IFRS 5)

⁴⁾ Es handelt sich um die einzelnen Tranchen zum „Tender Option Program“ der Crown Court I LLC; TOB gesamt in Eigenkapital –26.585 T€; Jahresüberschuss/-fehlbetrag 21.012 T€.

⁵⁾ Zahlen aus aufgestelltem Jahresabschluss per 31.12.2010

⁶⁾ Zahlen aus JA / Anteilsbesitz der Muttergesellschaft (Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH)

⁷⁾ Assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7)

⁸⁾ Kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung)

⁹⁾ Kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (VC-Kapital, keine faktische Einflussnahme – Widerlegung IAS 28.7) beziehungsweise Vermittlung über nicht konsolidiertes TU

¹⁰⁾ Kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt

¹¹⁾ Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem Saldo aus Ertrag und Aufwand.

^{11a)} Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis (Jahresüberschuss) entspricht dem ordentlichen Nettoertrag.

^{11b)} Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen.

^{11c)} Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, die Umrechnung erfolgt zum Kurs per 30.6.2010.

¹²⁾ Es handelt sich um Publikumsfonds, die auflegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung beziehungsweise maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.

¹³⁾ Es handelt sich um eine synthetische CDS-Struktur, ein Jahresabschluss existiert nicht.

¹⁴⁾ Der Fonds wurde erst 2010 aufgelegt, ein JA liegt noch nicht vor.

¹⁵⁾ Die Gesellschaft wurde in 2010 gegründet, ein JA liegt noch nicht vor.

Kurse

¹⁶⁾ 1 EUR = 0,8607 GBP (zum 31.12.2010)

¹⁷⁾ 1 EUR = 1,2280 USD (zum 30.6.2010)

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnisabführung in T€	vom 31.12.2010 abweichender Jahresabschluss
Landesbank Berlin AG	Landesbank Berlin Holding AG	235.152	
Landesbank Berlin Investment GmbH	Landesbank Berlin Holding AG	14.170	

67 Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex abzugebenden Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden von der Landesbank Berlin Holding AG und der Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG jeweils im Internetauftritt der Gesellschaften veröffentlicht.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 2. März 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Mark Maternus ppa. Mario Bauschke
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, den 2. März 2011

Der Vorstand

Dr. Johannes Evers

Martin K. Müller

Weitere Informationen

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG	209
Organe der Landesbank Berlin Holding AG	212
Corporate Governance-Bericht	214
Wichtige Adressen	218
Wesentliche Beteiligungen	221
Abkürzungsverzeichnis	222

Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2010 in fünf Plenumsitzungen sowie in neun Ausschuss-Sitzungen – davon drei Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

Schwerpunkte der Aufsichtsrats Tätigkeit

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder sowie über die aktuelle Lage der Holding und des Konzerns.

In der Sitzung vom 9. Februar 2010 berichtete der Vorstand über erste Indikationen zur Geschäftsentwicklung per 31. Dezember 2009 und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des zurückliegenden Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat mit weiteren Inhalten im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung, insbesondere der Ausgestaltung der variablen Vergütung und dem Selbstbehalt in der D & O-Versicherung sowie mit der Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme befasst. Zudem hat der Aufsichtsrat die jährliche DCGK-Entsprechenserklärung beschlossen.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 26. März 2010 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, am 10. März 2010 übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgte die Berichterstattung des Vorstands über das Geschäftsjahr 2009. Dem schlossen sich der Bericht des Wirtschaftsprüfers und die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2009 einschließlich des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns 2009 an. Weitere Themen dieser Sitzung waren die Beschlussfassung über den Bericht des Aufsichtsrats, über die Einberufung und die Tagesordnung sowie die Beschlussvorschläge für die ordentliche Hauptversammlung am 15. Juni 2010 einschließlich des Vorschlags für die Wahl des Abschlussprüfers. Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zum Vergütungsbericht 2009 nahm der Aufsichtsrat die regelmäßige Überprüfung des Vergütungssystems vor. Zudem überprüfte der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Tätigkeit anhand einer Checkliste. Der Aufsichtsrat bestellte gemäß § 33 MitbestG Herrn Dr. Johannes Evers zum Arbeitsdirektor.

In der Sitzung am 15. Juni 2010 vor Beginn der Hauptversammlung hat sich der Aufsichtsrat neben der ausführlichen Berichterstattung durch den Vorstand über die Geschäftsentwicklung der ersten vier Monate zudem über das Stiftungskonzept der LBB und die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft mit der Deutschen Leasing AG (S-Kreditpartner GmbH) zur Bündelung der Aktivitäten im Auto- und Konsumentenfinanzierungsgeschäft informieren lassen.

Am 10. September 2010 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand unter anderem die Effekte aus der Umsetzung der neuen Empfehlungen zu den Eigenkapitalanforderungen für Banken (Basel III) für die LBB. Ferner fasste der Aufsichtsrat einen Vorratsbeschluss zu Organkrediten und beschloss die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2010. Er befasste sich mit der Nachfolge für Herrn Dr. Veit, dessen Mandat zum 31. Dezember 2010 auf seinen Wunsch hin auslief, und bestellte Herrn Martin K. Müller zum Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG. Ferner informierte er sich über das Projekt „Wege zum Kunden“ der Berliner Sparkasse sowie über die Einrichtung des Vergütungsausschusses in der LBB. Einen weiteren Schwerpunkt der Aufsichtsrats Tätigkeit bildeten die Diskussion und Zustimmung zum Kauf der Anteile der Nord/LB an der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank (Berlin Hyp) und der Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags sowie die Übernahme der verbliebenen Minderheitsanteile an der Berlin Hyp.

In der letzten Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr am 19. November 2010 berichtete der Vorstand über die Ergebnisse zum dritten Quartal sowie die aktuelle Geschäftsentwicklung. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über den Stand der OSPlus-Migration sowie das Dienstleistungsangebot der LBB für andere Sparkassen informieren lassen und die Mittelfristplanung 2011 bis 2015 beraten. Der Aufsichtsrat hat eine Empfehlung an die Hauptversammlung zur Prüferbestellung ab dem Geschäftsjahr 2011 ausgesprochen und die Risikostrategie zur Kenntnis genommen.

Außerhalb der Sitzungen wurden vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2010 fünf Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Jahr 2010 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt. Der BPS-Ausschuss trat im Berichtsjahr in neun Sitzungen zur Vorberaterung von Beschlussfassungen des Plenums zusammen; drei der Sitzungen wurden als Telefonkonferenzen abgehalten. Gegenstand dieser Telefonkonferenzen war die Erörterung des jeweiligen Zwischenberichts zum 31. März 2010, 30. Juni 2010 und 30. September 2010 mit dem Vorstand vor seiner Veröffentlichung. Schwerpunktmäßig befasste sich der BPS-Ausschuss insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements sowie mit Personalangelegenheiten, die den Vorstand betrafen. Zudem befasste er sich vertieft mit strategischen Fragen und Vorgängen von besonderer Bedeutung.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen. Alle Mitglieder des BPS-Ausschusses haben im Berichtsjahr an mehr als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss trat im Jahr 2010 nicht zusammen.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) intensiv erörtert. Im Frühjahr 2010 hat der Aufsichtsrat seine Arbeit einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Februar 2011 haben Vorstand und Aufsichtsrat die DCGK-Entsprechenserklärung zur Fassung des Kodex vom 26. Mai 2010 abgegeben. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance-Bericht zu entnehmen. Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für die Aufsichtsräte der Holding und der LBB ein gemeinsamer Bericht erstellt. Ein Mitglied des Aufsichtsrats nahm aufgrund eines anderen ausgeübten Mandats an der Beschlussfassung über die Beteiligungsangelegenheit „Berlin Hyp AG – Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Anteilseignerstruktur“, zu der auch die Zustimmung zum Erwerb der Anteile der Nord/LB an der Berlin Hyp gehörte, nicht teil. Weitere potenzielle Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Aufsichtsrat oder Vorstand nicht auf.

Die Entsprechenserklärung der Landesbank Berlin Holding AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.lbb-holding.de abrufbar.

Weitere Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen sowie ein ausführlicher Bericht zu Höhe und Struktur der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand sind den Seiten 214 ff. und 39 ff. dieses Geschäftsberichts zu entnehmen.

Personalia Vorstand

Am 10. September 2010 hat der Aufsichtsrat Herrn Martin K. Müller mit Wirkung vom 1. Januar 2011 zum Nachfolger für den am 31. Dezember 2010 in den Ruhestand getretenen Herrn Dr. Thomas Veit bestellt. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Dr. Veit für seine langjährige verdienstvolle Tätigkeit als Mitglied des Vorstands der Holding.

Personalia Aufsichtsrat

Mit Ablauf der Hauptversammlung der Landesbank Berlin Holding AG am 15. Juni 2010 legte Herr Jürgen Hilse sein Mandat im Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG nieder. Als Nachfolger von Herrn Hilse hat die Hauptversammlung am 15. Juni 2010 Herrn Helmut Schleweis bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt Herrn Hilse für sein Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit.

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2010 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG hat der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben.

Jahresabschluss 2010

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2010 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über deren Inhalt und Ablauf. Der Jahresabschluss der Holding wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des BPS-Ausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des BPS-Ausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung ging er eingehend auf die Fragen der Gremienmitglieder ein. Der Aufsichtsrat hat sich gemäß DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2010 in seiner Sitzung vom 25. März 2011 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2010 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 140.807.616,52 € wie folgt zu verwenden: Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 0,14 € je dividendenberechtigter Stückaktie, insgesamt 139.905.901,80 €, und Gewinnvortrag in Höhe von 901.714,72 €.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2010 in einem weiteren für die gesamte Finanzbranche schwierigen Jahr erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2011

Der Aufsichtsrat



Heinrich Haasis
Vorsitzender

Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand

Dr. Johannes Evers

Vorsitzender

Martin K. Müller

ab 1. Januar 2011

Dr. Thomas Veit

bis 31. Dezember 2010

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender
Präsident des Deutschen
Sparkassen- und Giroverbands

Bärbel Wulff*

stellv. Vorsitzende
stellv. Vorsitzende des Betriebsrats
der Landesbank Berlin AG

Hans Jörg Duppré

Präsident des Deutschen Landkreistages

Michael Dutschke*

Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Referent Informationstechnologie
der Landesbank Berlin AG

Christina Förster*

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen
der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
des Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Artur Grzesiek

Vorstandsvorsitzender der
Sparkasse KölnBonn

Sascha Händler*

Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Spezialist/Teamkoordinator Internationales
Geschäft der Landesbank Berlin AG

Gerald Herrmann*

Bundesfachgruppenleiter Sparkassen/
Bundesbank ver.di, Bundesverwaltung Berlin

Jürgen Hilse

bis 15. Juni 2010
ehem. Vorstandsvorsitzender der
Kreissparkasse Göppingen

Claus Friedrich Holtmann

Geschäftsführender Präsident des
Ostdeutschen Sparkassenverbands

Michael Jänichen*

Bereichsleiter Firmenkunden
der Landesbank Berlin AG

Daniel Kasteel*

Mitglied des Betriebsrats der
Landesbank Berlin AG,
Mitarbeiter im Projektmanagement
des Bereichs Informationstechnologie
der Landesbank Berlin AG

Thomas Mang

Präsident des Sparkassenverbands
Niedersachsen

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Frank Meysel*

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG,
Mitarbeiter im Bereich Compliance der Landesbank Berlin AG

Wolfgang Pansegrau*

stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Helmut Schleweis

ab 15. Juni 2010
Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg

Peter Schneider

Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg

Friedrich Schubring-Giese

Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern

Dr. Harald Vogelsang

Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG

Frank Wolf*

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss

Heinrich Haasis

Vorsitzender

Bärbel Wulff

stellv. Vorsitzende

Jürgen Hilse

bis 15. Juni 2010

Michael Jänichen

Thomas Mang

Helmut Schleweis

ab 15. Juli 2010

Frank Wolf

Vermittlungsausschuss

Christina Förster

Heinrich Haasis

Peter Schneider

Bärbel Wulff

Corporate Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat messen klaren und effizienten Regeln zur Führung und Kontrolle des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften hohe Bedeutung bei. Die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) werden als Leitlinien guter Unternehmensführung verstanden. Aufsichtsrat und Vorstand handeln in dem Bewusstsein, dass eine gute Corporate Governance im Interesse der Kapitalmärkte liegt und eine wichtige Basis für den Erfolg der Konzerngesellschaften und damit auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt. Zudem ist die Einhaltung der Corporate Governance Regelungen für das Unternehmen ein wichtiger Faktor zur Sicherung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzerngesellschaften orientieren sich unabhängig von ihrer Rechtsform an den Empfehlungen des DCGK, soweit seine Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines konzernweiten Leitbilds von Bedeutung sind.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat insbesondere auch die nicht börsennotierte Landesbank Berlin AG (LBB) die freiwillige Anwendung der Corporate Governance Grundsätze beschlossen. Dies ist daher ein gemeinsamer Corporate Governance Bericht der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der LBB. Die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG erläutert ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance Bericht, einschließlich Entsprechenserklärung.

Vorstand

Die Vorstände der Holding und der LBB bekennen sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle. Sie leiten das jeweilige Unternehmen in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und der Geschäftsordnungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien und wirken auf deren Beachtung durch die Konzerngesellschaften hin. Die Vorstände der Holding und der LBB sorgen für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Konzern. Sie entwickeln die strategische Ausrichtung der jeweiligen Gesellschaft, stimmen sie mit ihrem Aufsichtsrat ab und stellen deren Umsetzung sicher.

Bei der Besetzung von Führungsfunktionen wird auf Vielfalt geachtet und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen angestrebt. Die LBB fühlt sich seit vielen Jahren der Förderung der Chancengleichheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sollen sie bei der Stellenbesetzung bei gleichwertiger Qualifikation vorrangig berücksichtigt werden. Chancengleichheit wird erreicht, wenn Begabung, Potenzial und Kompetenz beider Geschlechter gleichermaßen anerkannt und gefördert werden. Nähere Informationen zur Förderung der Chancengleichheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind in der Erklärung zur Unternehmensführung unter dem Link www.lbb-holding.de/corporate-governance veröffentlicht.

Die Vorstände der Holding und der LBB informieren ihren Aufsichtsrat jeweils umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung ihrer Gesellschaft, über die Planung, die Risikosituation, das Risikomanagement sowie die Compliance und gegebenenfalls über Abweichungen in der Geschäftsentwicklung von der ursprünglichen Planung. Weder der Vorstand der Holding noch der der LBB unterlag bei der Umsetzung seiner Aufgaben Interessenkonflikten.

Die Zusammensetzung der Vorstände der Holding und der LBB und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind im jeweiligen Lage- und Konzernlagebericht dargestellt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Holding besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Der Aufsichtsrat der LBB besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich ebenfalls nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. In ihm sind jeweils acht Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner und der Arbeitnehmer vertreten. Die Aufsichtsratsgremien der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Die Zusammensetzung der Aufsichtsratsgremien insgesamt soll nach Auffassung der Aufsichtsräte den Grundsätzen der Vielfalt (Diversity) entsprechen. Die Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat werden in der Hauptversammlung gewählt. Die Arbeitnehmer wählen ihre Vertreter gemäß den Regeln des Mitbestimmungsgesetzes in einer eigenen Wahl. Auf die Auswahl der Aufsichtsratskandidaten der Arbeitnehmer kann der Aufsichtsrat keinen Einfluss nehmen.

Für seine Zusammensetzung hat der Aufsichtsrat entsprechend der Empfehlung in Ziffer 5.4.1 DCGK konkrete Ziele beschlossen:

- Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands durch den Aufsichtsrat sichergestellt ist. Die zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten sollen aufgrund ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen in der Lage sein, die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds in einer Bankgruppe mit einem regional auf Berlin-Brandenburg ausgerichteten Privat- und Firmenkundengeschäft sowie einem überregionalen Kapitalmarkt- und Immobilienfinanzierungsgeschäft wahrzunehmen.
- Angesichts des Schwerpunkts der Geschäftstätigkeit innerhalb Deutschlands sowie des besonderen Fokus auf die Region Berlin-Brandenburg sind erhöhte Anforderungen an die internationalen Erfahrungen der Aufsichtsratsmitglieder nicht zwingend erforderlich.
- Bei den Wahlvorschlägen soll der Aufsichtsrat insbesondere auf eine angemessene Beteiligung von Frauen achten. Bereits bei der Prüfung potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Gegenwärtig sind bei der Holding zwei Frauen und bei der LBB ebenfalls zwei Frauen im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diese Anzahl bei der nächsten Aufsichtsratswahl im Jahr 2014 mindestens zu wahren oder wenn möglich zu erhöhen.
- Bei ihrer Wahl sollen die Aufsichtsratsmitglieder in der Regel nicht älter als 68 Jahre sein.
- Dem Gremium gehört eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder an, die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder zu deren Vorstand stehen. Darüber hinaus regelt die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, dass Aufsichtsratsmitglieder keine Interessen verfolgen dürfen, die im Widerspruch zu den Interessen der Gesellschaft und ihrer Konzernunternehmen stehen.

Die Mitglieder beider Aufsichtsräte werden namentlich im jeweiligen Anhang und Konzernanhang der LBB und der Holding aufgeführt.

Die Aufsichtsräte der Holding und der LBB beraten und überwachen ihren jeweiligen Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft und arbeiten vertrauensvoll und eng mit ihm zusammen.

Die Aufsichtsräte haben wesentliche Geschäftsvorgänge definiert, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Weiterhin haben sie Regelungen getroffen, die dazu dienen, Interessenkonflikten vorzubeugen. Der Vorstandsvorsitzende steht dabei in ständigem Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden. In beiden Aufsichtsräten wurden zur Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit und der Behandlung komplexer Sachverhalte Ausschüsse gebildet. Neben dem jeweiligen Vermittlungsausschuss und dem Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss hat der Aufsichtsrat der LBB zusätzlich einen Kreditausschuss gebildet.

Die Tätigkeit der Aufsichtsräte sowie ihrer Ausschüsse regelt sich jeweils nach den Geschäftsordnungen dieser Gremien. Über die laufende Arbeit der Ausschüsse informieren die jeweiligen Vorsitzenden alle Aufsichtsratsmitglieder in der nachfolgenden Plenumsitzung. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2010 behandelten wesentlichen Themen sind im Einzelnen jeweils dem Bericht des Aufsichtsrats der Holding beziehungsweise dem der LBB zu entnehmen. Der Bericht des Aufsichtsrats der Holding ist im Geschäftsbericht abgedruckt. Die beiden Aufsichtsratsgremien unterlagen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben – wie auch in den Vorjahren – keinen Interessenkonflikten.

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Holding wie – auf freiwilliger Basis – der Aufsichtsrat der LBB haben auch im vergangenen Jahr eine Effizienzprüfung ihrer Aufsichtsratsarbeit vorgenommen. Diese wurde jeweils anhand einer detaillierten Prüfliste durchgeführt, die von jedem Aufsichtsratsmitglied individuell bewertet wurde. Im Ergebnis der abschließenden Auswertung beurteilten beide Aufsichtsratsgremien ihre Arbeit als effizient, neben organisatorischen Optimierungen wurde unter anderem die Kommunikation mit dem Vorstand intensiviert und die Anzahl der regelmäßigen Sitzungen erhöht. Die bestehenden Verbesserungsvorschläge wurden dem jeweiligen Vorstand mit der Bitte übermittelt, diese bei der künftigen Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat zu berücksichtigen.

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre der börsennotierten Holding nehmen ihre Rechte in der jährlichen Hauptversammlung wahr. Jede Aktie verbrieft das gleiche Stimmrecht. Die Hauptversammlung entscheidet über die ihr durch das Gesetz zugewiesenen Aufgaben, zu denen unter anderem die Gewinnverwendung, die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, die Bestellung des Abschlussprüfers, die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder, Satzungsänderungen und Kapitalmaßnahmen gehören. Den Vorsitz der Hauptversammlung führt grundsätzlich der Aufsichtsratsvorsitzende. Um den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte zu erleichtern, werden die notwendigen Unterlagen im Anschluss an die Einberufung im Internet veröffentlicht. Es besteht für die Aktionäre die Möglichkeit, einen Stimmrechtsvertreter mit der weisungsgebundenen Ausübung ihrer Stimmrechte zu beauftragen.

Transparenz

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats der Holding haben im Geschäftsjahr 2010 keine meldepflichtigen Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Auch Organmitglieder der LBB, die nicht zugleich Führungsaufgaben bei der Holding wahrnehmen, haben im Geschäftsjahr 2010 keine Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen. Ein ebenfalls nach Ziffer 6.6 des DCGK angabepflichtiger Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder der Holding wie auch der LBB lag im Berichtsjahr nicht vor.

Vergütungsbericht

Das Vergütungssystem des Vorstands und des Aufsichtsrats wird in einem gesonderten Vergütungsbericht dargestellt. Zudem wird eine individualisierte Aufschlüsselung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen und über die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten berichtet. Der Vergütungsbericht enthält auch Angaben zu der für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Konzerngesellschaften bestehenden Directors & Officers-Vermögensschadenversicherung (D & O-Versicherung). Um die Verantwortung der einzelnen Gremienmitglieder gegenüber der jeweiligen Gesellschaft und den Aktionären zu unterstreichen, wurde jeweils ein angemessener Selbstbehalt vereinbart.

Der Vergütungsbericht ist mit seiner Darstellung des Vergütungssystems im jeweiligen Lagebericht und Konzernlagebericht enthalten. Die personifizierte Angaben zu den Bezügen des Vorstands und den Leistungen für den Fall der regulären Beendigung der Vorstandstätigkeit sowie zu den Bezügen der Mitglieder des Aufsichtsrats sind im jeweiligen Anhang und Konzernanhang der LBB und der Holding dargestellt. Konzernlagebericht und Konzernanhang der Holding sind Teil dieses Geschäftsberichts.

Bilanzierung

Die Bilanzierung der Konzernabschlüsse erfolgt für das Geschäftsjahr 2010 für die Holding und für die LBB nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Einzelabschlüsse der Holding und der LBB werden gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zu den Jahres- und Konzernabschlüssen gehört jeweils auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Gesellschaften und des Konzerns informiert. Für den Konzernabschluss der Holding ist dieser dem Konzernlagebericht zu entnehmen.

Finanzpublizität

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Holding informiert. Neben dem Jahresabschluss werden Zwischenberichte in Form von Halbjahres- und Quartalsfinanzberichten veröffentlicht. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt. Dort sind unter der Rubrik „Investor Relations“ auch die Geschäfts- und Zwischenberichte der Holding und der LBB sowie weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung zu finden.

Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gemäß der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 26. Mai 2010 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Holding die Entsprechenserklärung der Holding aktualisiert und wie folgt im Februar 2011 abgegeben.

Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 161 AktG

§ 1 Die Landesbank Berlin Holding AG entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz am 2. Juli 2010 im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.

§ 2 (a) In der D&O-Versicherung ist für die Mitglieder des Aufsichtsrats kein dem gesetzlichen Selbstbehalt für die Mitglieder des Vorstands entsprechender Selbstbehalt von mindestens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung vorgesehen (Ziff. 3.8 DCGK).

Der für die Mitglieder des Aufsichtsrats im Rahmen der D&O-Versicherung vereinbarte Selbstbehalt in Höhe einer halben Jahresfestvergütung hat sich bewährt und sollte daher nicht verändert werden. Der bestehende Selbstbehalt erfüllt den Regelungszweck und wird für angemessen gehalten, die Aufsichtsratsaufgaben pflichtgemäß und gewissenhaft wahrzunehmen, insbesondere die Geschäftsführungstätigkeit des Vorstands dahingehend zu überwachen, dass keine unangemessenen Risiken für das Unternehmen eingegangen werden. Einer Erhöhung des Selbstbehalts wird auch keine weiter gehende verhaltenssteuernde Funktion beigemessen. Sie ist daher weder erforderlich noch sachgerecht.

(b) Bei dem Abschluss von Vorstandsverträgen wird nicht in jedem Fall in den Vertrag ein Abfindungs-Cap des Inhalts aufgenommen, dass bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, Abfindungszahlungen der Höhe nach einschließlich Nebenleistungen auf zwei Jahresvergütungen begrenzt sind (Ziff. 4.2.3 DCGK).

Durch die generelle Vereinbarung von Abfindungs-Caps wird die Möglichkeit genommen, die Umstände des jeweiligen Einzelfalls bei Vertragsabschlüssen oder -verlängerungen zu berücksichtigen. Daher soll stattdessen jeweils im Einzelfall entschieden werden, ob ein Abfindungs-Cap vereinbart wird.

(c) Der Aufsichtsrat bildet keinen Nominierungsausschuss, der ihm für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt (Ziff. 5.3.3 DCGK).

Der Aufsichtsrat hält die Bildung eines Nominierungsausschusses, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt, angesichts der Besetzung des Aufsichtsrats auf der Anteilseignerseite derzeit für nicht notwendig. Die Anteilseignervertreter behandeln die vom DCGK für den Nominierungsausschuss empfohlenen Themen gemeinsam. Hierdurch wird auch ohne Errichtung eines separaten Ausschusses gewährleistet, dass der Aufsichtsrat seine Aufgabe zur Auswahl neuer Aufsichtsratsmitglieder qualifiziert erfüllen kann.

(d) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine erfolgsorientierte Vergütung (Ziff. 5.4.6 DCGK).

Der Aufsichtsrat hat sich dafür entschieden, auf den dividendenabhängigen Teil der Aufsichtsratsvergütung zu verzichten, denn die Dividendenhöhe ist nach seiner Ansicht kein Maßstab für die Qualität einer verantwortungsvollen Aufsichtsratsarbeit. Eine daran ausgerichtete Vergütung erscheint daher als nicht zweckmäßig. Einen angemessenen Ausgleich für höheren Arbeitseinsatz und die Übernahme gesteigerter Verantwortung stellen die zusätzlichen Vergütungskomponenten für die Tätigkeit in Ausschüssen und die Übernahme von Vorsitz und Stellvertretung in den Aufsichtsratsgremien ausreichend dar. Für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratsarbeit ist aus dieser Sicht daher eine zusätzliche erfolgsabhängige Vergütung nicht zielführend.

§ 3 Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung im Februar 2010 entsprach die Landesbank Berlin Holding AG sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz am 5. August 2009 im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 18. Juni 2009 mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.

Berlin, im Februar 2011

Vorstand und Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG

Wichtige Adressen

Landesbank Berlin Holding AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 509
www.lbb-holding.de

Landesbank Berlin AG

Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.lbb.de

Niederlassung London

LBB Landesbank Berlin London Branch
1 Crown Court, 66 Cheapside
GB-London EC2V 6 LR
Telefon: +44/20/757 262 00
Telefax: +44/20/757 262 99

Niederlassung Luxemburg

LBB Landesbank Berlin
30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Telefon: +352/468 939 0
Telefax: +352/468 939 201 9

Landesbank Berlin Investment GmbH

Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Telefon: 030/245 645 00
Telefax: 030/245 645 45
www.lbb-invest.de

Berliner Sparkasse

Niederlassung der Landesbank Berlin AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Telefon: 030/869 801
Telefax: 030/869 830 74
www.berliner-sparkasse.de

Eine aktuelle Aufstellung der Vertriebsstandorte finden Sie im Internet unter www.berliner-sparkasse.de/Standorte.

Privatkunden

Private Banking	Bundesallee 171	10715 Berlin	030/869 840 70
Vertriebsbereich Süd-West			
Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte, Steglitz-Zehlendorf			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Berliner Straße 40–41	10715 Berlin	030/869 747 624
Vertriebsbereich Süd-Ost			
Neukölln, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Berliner Straße 40–41	10715 Berlin	030/869 747 646
Vertriebsbereich Ost			
Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf			
Privatkunden			030/869 742 690
Vermögensanlagen	Frankfurter Allee 147	10365 Berlin	030/869 742 691
Vertriebsbereich Nord			
Pankow, Reinickendorf, Spandau			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Scharnweberstraße 14	13405 Berlin	030/869 747 861
Vertriebsbereich ImmobilienCenter	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 840 51

Firmenkunden

Zentrale Direktion Firmenkunden	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 843 89
Direktion Firmenkunden Nord	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 737 777
Direktion Firmenkunden Süd / Direktion Brandenburg	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 747 671 030/869 747 683
Direktion Firmenkunden Zentrum	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 746 586
Direktion FirmenkundenCenter	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 830 23
Direktion BusinessLine	Brunnenstraße 111	13355 Berlin	030/245 550 18

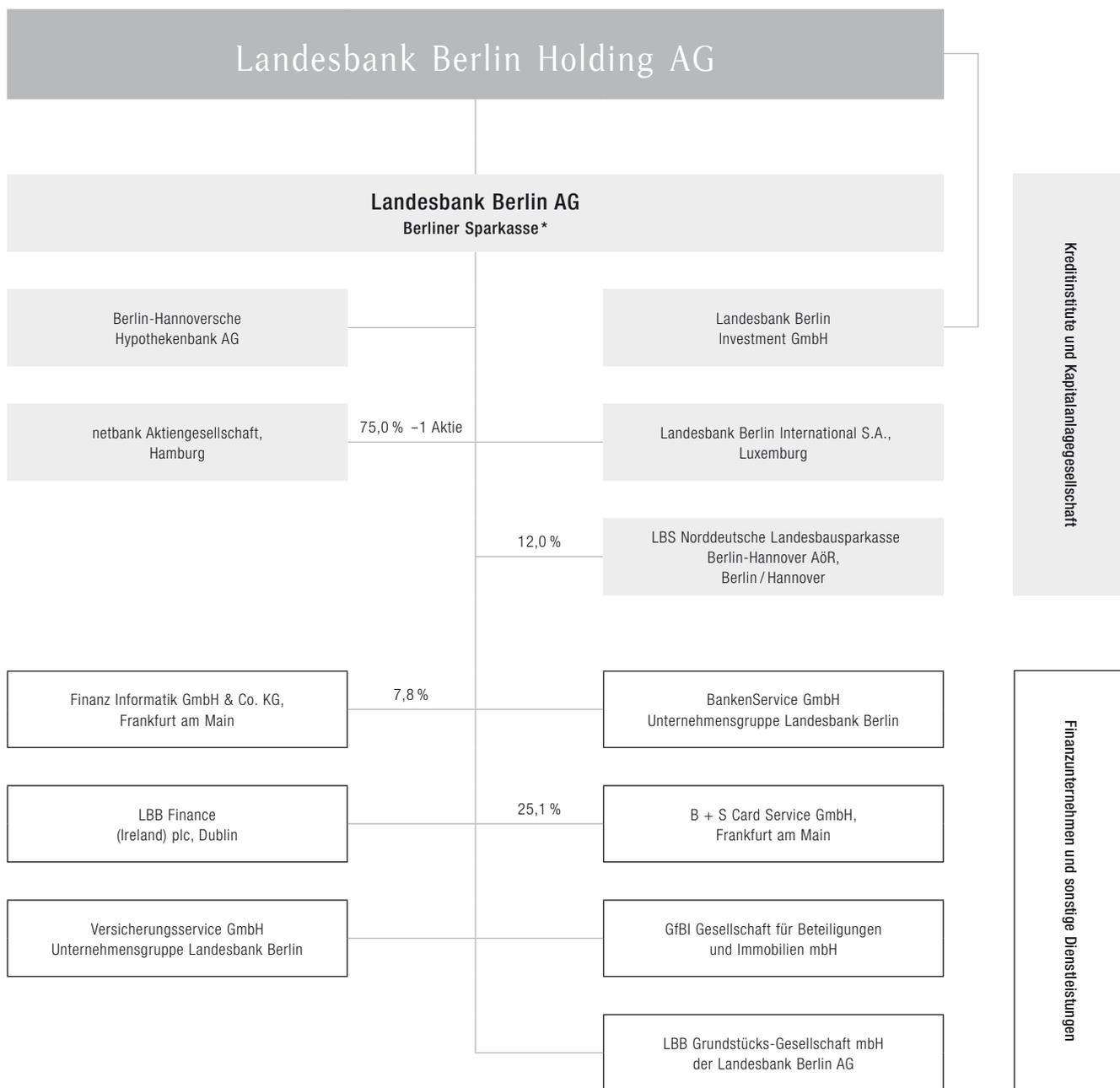
Immobilienfinanzierung

Inland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 90
Berlin/Region Ost	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 90
Wohnungsunternehmen	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 86
Geschäftsstelle Düsseldorf	Königsallee 60	40212 Düsseldorf	0211/839 22 01
Geschäftsstelle Frankfurt am Main	Bockenheimer Anlage 2	60322 Frankfurt am Main	069/150 66 11
Geschäftsstelle Hamburg	Neuer Wall 19	20354 Hamburg	040/286 658 921
Geschäftsstelle München	Perusastraße 7	80333 München	089/291 949 10
Zentrale Betreuung Inland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 955 80
Ausland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 20
Repräsentanz Amsterdam	WTC Schiphol Schiphol Boulevard 263	NL-1118 BH Schiphol	+31/20/206 596 0
Repräsentanz London	1 Crown Court, 66 Cheapside	GB-London EC2V 6 LR	+44/20/757 264 93
Repräsentanz Prag	Slovanský dům Na Příkopě 22	CZ-110 00 Prag 1	+420/221/451 001
Repräsentanz Warschau	ul. Widok 8	PL-00-023 Warschau	+48/22/690 656 5
Repräsentanz Paris	40 Rue La Pérouse	F-75116 Paris	
Zentrale Betreuung Ausland	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	030/259 957 20

Kapitalmarktgeschäft

Business Management	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 625 65
Relationship Management			030/245 929 03
Client Business Distribution	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/869 620 42
Client Business Production	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/869 612 43
Treasury und Trading	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 624 07 030/245 665 16
Internationales Geschäft	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 651 35

Wesentliche Beteiligungen



Abgebildet sind wesentliche Beteiligungen;
 Beteiligungen ohne Prozentangaben entsprechen einer Kapitalanteilsquote von 100,0%;
 Sitz Berlin, wenn nicht anders angegeben.

* Niederlassung der Landesbank Berlin AG

Stand: März 2011

Abkürzungsverzeichnis

ABS	Asset-Backed-Securities	ISO	International Organization for Standardization
AfS	Available-for-Sale	IT	Informationstechnologie
AG	Aktiengesellschaft	ITIL	IT Infrastructure Library
AktG	Aktiengesetz	IWF	Internationaler Währungsfonds
AMA	Advanced Measurement Approach	KG	Kommanditgesellschaft
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	KMG	Kapitalmarktgeschäft
BBG	Beitragsbemessungsgrenze	KStG	Körperschaftsteuergesetz
Berlin Hyp	Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin	KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung	LaR	Loans and Receivables
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch	LBB	Landesbank Berlin AG, Berlin
CCE	Current Credit Exposure	LBBH	Landesbank Berlin Holding AG, Berlin
CDO	Collateralized Debt Obligation	LBB-INVEST	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
CFH	Cashflow-Hedge	LDA	Loss Distribution Approach
CMBS	Commercial Mortgage-Backed-Securities	MAK	Mitarbeiterkapazitäten
COBIT	Controlled Objectives for Information Technology	MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
CreditVaR	Credit Value-at-Risk	MBS	Mortgage-Backed-Securities
CSO	Chief Security Officer	MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
DakOR	Datenkonsortium OpRisk	ÖffSchOR	Öffentliche Schadenfallsammlung
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen	OL	Other Liabilities
DBO	Defined Benefit Obligation	OpRisk	Operationelles Risiko
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex	OSPlus	OneSystem Plus
DRS	Deutsche Rechnungslegungs Standards	OTC	Over-The-Counter
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband	P & L	Profit and Loss
EDV	Elektronische Datenverarbeitung	pEWB	Pauschale Einzelwertberichtigungen
ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus	PFE	Potential Future Exposure
ESStG	Einkommensteuergesetz	PIIGS	Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien
EU	Europäische Union	PoWB	Portfoliowertberichtigungen
EWB	Einzelwertberichtigung	PUC	Projected Unit Credit Method
EZB	Europäische Zentralbank	RMBS	Residential Mortgage-Backed-Securities
FED	Federal Reserve System	RMS	Rechnungslegungsbezogenes internes Risikomanagementsystem
FVO	Fair Value-Option	RVAGAnpG	Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung
GBV	Geschäftsbesorgungsvertrag	RVG	Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	SA	Société Anonyme
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	S-Beteiligungs-	Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe
HfT	Held-for-Trading	gesellschaft	mbH & Co. KG, Neuhardenberg
HGB	Handelsgesetzbuch	S-Erwerbs-	Erwerbsgesellschaft der
Holding	Landesbank Berlin Holding AG	gesellschaft	S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg
HtM	Held-to-Maturity	SIC	Standing Interpretations Committee
IAS	International Accounting Standards	SIZ	Sparkassen Informatikzentrum
IASB	International Accounting Standards Board	SolvV	Solvabilitätsverordnung
IBG	Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH	VaR	Value-at-Risk
IDL	Immobilien dienstleistungsgeschäft	VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer	WE	Währungseinheit
IFRS	International Financial Reporting Standards	WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
IKK	Konzept des internen Konsolidierungskreises		
IKS	Internes Kontrollsystem		
IKS Lüs	Internes Kontrollsystem für Leistungsüberwachende Stellen		
InstitutsVergV	Institutsvergütungsverordnung		
ISMS	Informationssicherheitsmanagementsystem		

Impressum

Herausgeber

Landesbank Berlin Holding AG
Unternehmenskommunikation
Alexanderplatz 2
10178 Berlin

Konzeption und Gestaltung

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG

Fotos

Elke A. Jung-Wolff, Berlin
Titel: Strandperle, Hamburg
Foto Seite 19: 2 Skulpturen im Hintergrund,
Rudolf Belling, © VG Bild-Kunst, Bonn 2011

Druck

Broermann Druck + Medien GmbH, Troisdorf

ISSN 1868-3304



Landesbank Berlin Holding AG
Alexanderplatz 2
10178 Berlin
Postfach 11 08 01
10838 Berlin
Telefon: 030/869 500
Telefax: 030/869 509

Für Anfragen zum Geschäftsbericht
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Investor Relations
Telefon: 030/869 663 89
Telefax: 030/869 663 93
E-Mail: ir@lbb.de

www.lbb.de

